



MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Revolten und Revolutionen in Deutsch-Westungarn“
Deutsch-Westungarn zwischen dem Zusammenbruch der
Habsburgermonarchie und dem Ende der ungarischen
Räterepublik

verfasst von / submitted by

Alfred Reismüller, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2019/ Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 803

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Geschichte

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Hannes Leidinger

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	S 3
2.	Forschungsfrage	S 8
3.	Forschungsinteresse und Forschungsstand	S 15
4.	Das Selbstbestimmungsrecht der Völker	S 18
5.	Zusammenbruch und Revolte	
5.1.	Ungarns Weg zur Unabhängigkeit	S 26
5.2.	Vor dem Zusammenbruch der Monarchie	S 33
5.3.	Die Sozialisierung der Gewalt	S 36
5.4.	Das unabhängige Ungarn	S 39
5.5.	Die Auflösung Altungarns	S 44
5.6.	Nationale Wiedergeburt als Republik	S 47
5.7.	Nach dem Zusammenbruch die Revolte	S 50
5.8.	Deutschösterreichs Anspruch auf Westungarn	S 58
5.9.	Ungarns Kampf um Westungarn	S 67
5.10.	Räte in den Dörfern	S 71
5.11.	Komitat, Stuhlrichterbezirk, Gemeinde	S 74
5.12.	Die Republik Heizenland	S 77
6.	Der Kampf um die Autonomie	
6.1.	Die Vertreter der Deutschen in Ungarn	S 82
6.2.	Selbstbestimmung und Autonomie	S 90
6.3.	Die Zeit der Volksversammlungen	S 95
6.4.	Der Weg zum Autonomiegesetz	S 98
6.5.	Volksgesetz über die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des ungarländischen deutschen Volkes.	S 99
6.6.	Die Umsetzung des Autonomiegesetzes	S 101
6.7.	Der Kampf um Ödenburg beginnt	S 106
6.8.	Der Weg zur Räterepublik	S 109
6.9.	Die Gewalt hörte nicht auf	S 114
7.	Ein föderaler Teil der ungarischen Räterepublik	
7.1.	Die Räterepublik	S 115
7.2.	Die Räterepublik in den Dörfern	S 122
7.3.	Wahlen in den Dörfern	S 125
7.3.	Mehr als Autonomie - föderaler Teil Ungarns	S 132
7.4.	Die deutsche Schule	S 136
7.5.	Der Weg zur neuen Verfassung	S 139
7.6.	Die neue Verfassung	S 142
7.7.	Religion und Kirche in der Räterepublik	S 147
7.8.	Alkohol und dessen Verbot	S 150
7.9.	„Roter Terror“	S 152
8.	Resümee	S 159
9.	Quellen und Literatur	S 163
10.	Zusammenfassung	S 173
11.	Anhang	S 174

1. Einleitung

Das Gebiet, das heute das österreichische Bundesland Burgenland bildet, gehörte zum Königreich Ungarn.¹ Auf politischer Ebene war es auf verschiedenen Komitaten, auf kirchlicher Ebene auf verschiedenen Diözesen verteilt. Daneben war das Gebiet gesellschaftlich und wirtschaftlich sehr heterogen entwickelt.

Der Schwerpunkt dieser Arbeit soll im Gebiet entlang der beiden Eisenbahnlinien von Ödenburg² (ungarisch Sopron) nach Wien über Wiener Neustadt bzw. nach Wien über Pottendorf in der Zeit zwischen Oktober 1918 und Sommer 1919 liegen.

Die Eisenbahnlinie über Mattersburg ist eine der ältesten Bahnlinien der Monarchie. 1844 wurde die Gründung der Ödenburg-Wiener Neustädter Eisenbahn Gesellschaft genehmigt.³ 1847 konnte die Strecke erstmals durchgehend befahren werden. Die Raab-Oedenburg-Ebenfurther Eisenbahn erhielt 1872 die Konzession.⁴ Die Strecke zwischen Raab (ungarisch Győr) und Ödenburg wurde am 3. Jänner 1876 dem öffentlichen Verkehr übergeben.⁵ Die Verbindung nach Neufeld wurde drei Jahre später fertiggestellt. Die Anbindung an das cisleithanische Eisenbahnnetz erfolgte 1891.⁶

Die Beschäftigten der Eisenbahn waren schon frühzeitig einem starken Magyarisierungsdruck ausgesetzt. Bereits 1870 wurde Ungarisch zur einzigen zulässigen Dienstsprache erklärt.⁷ Eine

1 Auch „Länder der ungarischen Krone“ <GA XII 1867> oder „Krone des heiligen Stefan“ <GA XXX 1868> Zu dieser Zeit lediglich eine Bezeichnung für den ungarischen Staat. <Heinrich Marczali, Ungarisches Verfassungsrecht (Tübingen 1911) 29.> oder „Ländern der Heiligen Ungarischen Stephanskrone“ <Pieter M. Judson, Habsburg, Geschichte eines Imperiums (München 2017) Vorbemerkungen.> Im Folgenden wird die Bezeichnung „Königreich Ungarn“ verwendet.

2 Die Namen von geografischen Bezeichnungen werden in dieser Arbeit in der deutschen Form und mit der heutigen Bezeichnung angegeben. Die Namen von Menschen ebenfalls, soweit sie eine Rolle im deutschsprachigen Gebiet spielten. Dabei wird zuerst der Vorname, dann der Familienname genannt. Diese Form war in Ungarn anders herum üblich. Im heutigen Burgenland wird die ungarische Reihenfolge noch oft verwendet.

3 1845 fand in Ödenburg die konstituierende Generalversammlung statt. István Széchenyi war deren erster Präsident. Im Frühjahr 1845 begannen die Bauarbeiten bei Mattersburg. Ursprünglich war der Weiterbau Richtung Triest gedacht. Durch den ungarischen Aufstand 1848 verunsichert, wurde die Strecke zum Meer bzw. nach Triest über den Semmering gebaut. Treibende Kräfte dieses Vorhabens waren neben dem Staat und der Stadt Ödenburg der Bankier Georg Simon Sina (1782-1856) <Österreichisches Biographische Lexikon, <http://www.biographien.ac.at/oebl?frames=yes>, 26.3.2019, 10:30h.> und die Großgrundbesitzer der Umgebung, Széchenyi und Eszterházy. <Mihály Kubinszky, Der Bau der Ödenburger-Wiener Neustädter Eisenbahn In: 150 Jahre Eisenbahn im Burgenland, Katalog der Burgenländischen Landes-Sonderausstellung 1997 (Eisenstadt 1997) 11-30, 14. >

4 Dem Konzessionär gelang es vorerst wegen des Wiener Börsenkraches 1873 nicht, das nötige Kapital aufzubringen, sodass er vorerst mit eigenen Mitteln den Bau begann. Für diese Strecke wurde auch keine damals übliche staatliche Zinsgarantie gegeben.

5 Geschichte der Eisenbahnen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, III. Band (Wien, Teschen, Leipzig 1898) 398.

6 Die Raab-Oedenburg-Ebenfurter Eisenbahn AG, <https://www.raaberbahn.at/das-unternehmen/geschichtlicher-ueberblick/>, 26.3.2019, 10:45h.

7 János Szulovszky, Die Dienstleistungsgesellschaft in Ungarn In: Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Hg), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band IX, 1. Teilband (Wien 2010) 467-491, 476.

ähnliche Entwicklung ist auf dem Postwesen bemerkbar. Um eine Anstellung in diesen attraktiven Bereichen zu bekommen, war es notwendig, sich zur magyarischen Volksgruppe zu bekennen.

Beide Eisenbahnlinien veränderten das soziale und politische Leben der Menschen in einem gewaltigen Ausmaß. Es verband die landwirtschaftlichen Gebiete und ihre Menschen mit den städtischen Zentren. Das wichtigste Industriegebiet der Monarchie, das südliche Wiener Becken, und die Residenzstadt Wien, lagen nun in unmittelbarer Nähe. Diese „überregionale Marktverflechtung“ durch die Errichtung der Eisenbahn⁸ verknüpfte die Menschen noch stärker mit Cisleithanien.⁹ Durch das Gebiet führte aber bereits seit undenklichen Zeiten eine wichtige Verkehrsverbindung entlang der Ausläufer der Ostalpen, die den Mittelmeerraum mit der Ostsee verband. Seit dem Mittelalter gab es enge wirtschaftliche und politische Beziehungen nach Westen. Bedeutende Klöster hatte in diesem Gebiet Landbesitz. Es war vor allem der Wein, der begehrt war.

Gab es im österreichischen Reichsteil noch einige, sich über den europäischen Durchschnitt entwickelte Industriegebiete, so traf dies im Königreich Ungarn lediglich auf Budapest und seine Umgebung zu. Für die deutschsprachige¹⁰ Bevölkerung Westungarns war Budapest allein aus Verkehrsgründen absolut unattraktiv. Dazu kam die weitgehende Unkenntnis der ungarischen Sprache.¹¹ Allein Studenten zog es gezwungenermaßen in die ungarischen Ausbildungsstätten.

Die Menschen im Untersuchungsgebiet konnten nun in Österreich als Wochen- oder sogar als Tagespendlerinnen und -pendler Arbeit annehmen, ohne ihren Wohnort auf Dauer aufzugeben. Tatsächlich lässt sich der Einsatz westungarischer Wanderarbeiterinnen und -arbeiter bis zum Beginn der Industrialisierung zu Beginn des 19. Jahrhunderts belegen.¹² In den Fabriken, meist Textilfabriken, arbeiteten Menschen oft im Familienverband, um am Samstag ins Heimatdorf¹³ zurückzukehren.¹⁴

8 Hannes Stekl, Hans Heiss, Klein- und Mittelstädtische Lebenswelten In: Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Hg), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band IX, 1. Teilband (Wien 2010) 561-619, 571.

9 Nach 1867 lautete der Name des Länderkonglomerates, das nicht zum Ungarischen Königreich gehörte, „Die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“, kurz Cisleithanien genannt. Erst 1915 wurde der Name Österreich eingeführt. <Eugen Rosenstock-Huussy, Die europäische Revolution und der Charakter der Nationen (Zürich, Wien 1951) 416.

10 Deutschsprachige und Deutsche wird in der Arbeit synonym verwendet. Im Untersuchungszeitraum war dies nicht unüblich. Die Verwendung von „deutschsprachig“ wurde manchmal im deutschnationalen Kontext kritisiert.

11 Lediglich ca. 10% der Deutschsprachigen gaben an, Ungarisch zu beherrschen. <Ernö Deák, Änderung in der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung im heutigen Burgenland, In Ungarn-Jahrbuch 2000/2001, 79-96, 90-96, 91>

12 Gerald Schlag, Zur Frühgeschichte der industriellen Wanderarbeiter aus dem Burgenland In: BURGENLÄNDISCHE HEIMATBLÄTTER (1989) 33-41.

13 Neufeld, Hornstein, Steinbrunn, Müllendorf, Pöttsching Sigleß Großhöflein, Baumgarten und Wulkaprodersdorf.

Die Gemeinden im Untersuchungsgebiet zählten 1918/1919 durchwegs zum Komitat Ödenburg (Sopron). Die meisten gehörten zum Stuhlrichterbezirk ¹⁵ Mattersdorf (ungarisch Nagymarton), sechs Gemeinden zum Stuhlrichterbezirk Eisenstadt (ungarisch Kismarton), ¹⁶ und drei zum Stuhlrichterbezirk Ödenburg (Sopron). ¹⁷

Die Menschen des Untersuchungsgebietes sprachen muttersprachlich deutsch oder kroatisch. Eine autochthone ungarischsprachige Bevölkerung war nicht vorhanden. Das dominierende Religionsbekenntnis war das katholische. Loipersbach und Pöttelsdorf waren dagegen fast gänzlich evangelisch A.B. In Walbersdorf war das Verhältnis ca. 50:50. <siehe Anhang> In Mattersburg gab es bis ins 20. Jahrhundert eine selbstständige jüdische Gemeinde. Diese wurde erst per 1. Jänner 1903 mit der Marktgemeinde Matteredorf vereinigt. ¹⁸

Im Königreich Ungarn wurde im April 1848 vom Reichstag die Aufhebung der grundherrschaftlichen Verbände beschlossen. Der Wiener Reichsrat beschloss das Grundentlastungspatent im September 1848. Verkündet wurde es jedoch, zusammen mit der oktroyierten Verfassung, erst am 4. März 1949. Der Beschluss des Budapester Reichstages von 1848 wurde von der habsburgischen Herrschaft trotz der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes nicht zurückgenommen, sondern am 7. Juli 1949 anerkannt. ¹⁹ Bis zur gänzlichen Durchführung vergingen noch viele Jahre und zwei Grundentlastungspatente 1853 und 1857. Die Folge war die „*Kommerzialisierung des bäuerlichen Bodens.*“ ²⁰ Ein anderer Effekt war, dass innerhalb von wenigen Jahrzehnten - im Königreich Ungarn herrschte die freie Teilbarkeit von Grund und Boden ²¹ - kleine Landwirtschaftsbetriebe entstanden. Die kleinteiligen landwirtschaftlichen Betriebe wurden ohne nennenswerte Fremdarbeitskräfte bewirtschaftet, aber auch ohne zahlreich mithelfende Familienangehörige. ²² Wenn fremde Arbeitskräfte benötigt wurden, so reichten dazu Tagelöhnerinnen und Tagelöhner aus dem Ortsgebiet. Ernst Bruckmüller

14 Schlag, Zur Frühgeschichte, 35. zitiert den Kommentar der „Perspektiv-Karte des Erzherzogthums Österreich unter der Enns“ von Franz Xaver Schweichhardt aus 1838. Darin wird behauptet, dass allein aus Hornstein 600 Menschen in der Pottendorfer Spinnfabrik arbeiten. Die Gesamteinwohnerzahl von Hornstein gibt er mit 1.642 an.

15 In etwa unser heutigen Verwaltungsbezirke. Siehe Abschnitt „Komitat – Stuhlrichterbezirk – Gemeinde“ Als Namen von Institutionen, vor allem auf lokaler Ebene, werden in der Arbeit die heute gebräuchlichen Bezeichnungen verwendet. Die Bezeichnungen änderten sich im Beobachtungszeitraum laufend. Zusätzlich wurden die Bezeichnungen, da es meist keine authentische Übersetzung gab, in den Quellen unterschiedlich genannt.

16 Hornstein, Müllendorf, Neufeld an der Leitha, Steinbrunn, Wulkaprodersdorf und Zillingtal.

17 Baumgarten, Loipersbach und Schattendorf.

18 <https://www.mattersburg.gv.at/stadt-mattersburg/historisches.html>, 3.5.2019, 19:30h

19 Helmut Rumppler, Eine Chance für Mitteleuropa, Bürgerliche Emanzipation und Staatszerfall in der Habsburgermonarchie (Wien 1997) 348f.

20 Gerhard Seewann, Geschichte der Deutschen in Ungarn. Band 1: Vom Frühmittelalter bis 1860 (Marburg 2013), 340.

21 Ernst Bruckmüller, Landwirtschaftliche Arbeitswelten und ländliche Sozialstrukturen In: Helmut Rumppler, Peter Urbanitsch (Hg), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band IX, 1. Teilband (Wien 2010) 251-322, 273.

22 Bruckmüller, 283.

sprach von Betrieben, die - hier vor allem der Obst- und Weinbau - mit einer Intensität und Qualität bearbeitet wurden, sodass von „*gartenmäßiger Kultur*“ gesprochen werden kann.²³

Daneben führte der Fortschritt von Hygiene und Medizin zu einem Rückgang der Sterblichkeit. Schlag nannte einen Bevölkerungszuwachs in den späteren burgenländischen Dörfern von 23% zwischen 1850 und 1900.²⁴ In den Dörfern des Untersuchungsgebietes stieg die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um 28%.²⁵ Die einzelnen Dörfer entwickelten sich jedoch höchst unterschiedlich. Von den 26 Ortschaften lagen acht über dem lokalen Durchschnitt.²⁶ In Neufeld an der Leitha z.B. stieg die Bevölkerungszahl um das Dreieinhalbfache. <siehe Anhang> Hervorzuheben ist, dass alle Gemeinden im landwirtschaftlichen Gunstgebiet des Wulkatales unter dem Durchschnitt lagen.

Das niederösterreichische Industriegebiet südlich von Wien und die Residenzstadt stellten neben einem attraktiven Arbeitsmarkt auch einen aufnahmefähigen Markt für landwirtschaftliche Produkte dar. Dies führte dazu, dass auf Obst- und Gemüseanbau spezialisierte Landwirte ihr Einkommen beträchtlich aufbessern konnten. Ein weiterer Aspekt war, dass viele der durch Realteilung zu Zwergwirtschaften verkommenen Betriebe einerseits durch diesen Kleinhandel und andererseits durch Nebenerwerb weitergeführt werden konnten.²⁷ Ohne die beiden Eisenbahnlinien wäre dies nur im geringen Umfang möglich gewesen. Gleichzeitig war es auch möglich, Industrieprodukte direkt und damit kostengünstig zu erwerben.

In den österreichischen Volkszählungsergebnissen von 1910 ist ersichtlich, dass in der Stadt Wiener Neustadt fast 15% der „Ortsanwesenden“ eine fremde Staatsbürgerschaft hatten. Im Bezirk Bruck an der Leitha waren es 12%, in Mödling 13%. Diese Menschen stammten, ohne ins Spekulieren zu kommen, fast ausschließlich von jenseits der Leitha. In Wien hatten fast 7,5% der Bevölkerung die ungarische Staatsbürgerschaft. Davon waren fast 53% Frauen. Und die meisten davon waren katholisch. Die nächst größere Gruppe mit fremder Staatsbürgerschaft waren Menschen aus dem späteren Deutschland mit unter 0.9%.²⁸

23 Bruckmüller, 295.

24 Gerald Schlag, „Aus Trümmern geboren...“ (Eisenstadt 2001) 57.

25 Antau, Baumgarten, Draßburg, Forchtenstein (Forchtenau und Neustift), Hirm, Hornstein, Krensdorf, Loipersbach, Marz, Mattersburg (ehemals Mattersdorf und das eingemeindete Walbersdorf), Müllendorf, Neudörfel, Neufeld an der Leitha, Pöttelsdorf, Pötttsching, Rohrbach, Schattendorf, Sigleß, Steinbrunn (ehemals Stinkenbrunn), Stöttera, Wiesen, Wulkaprodersdorf, Zemendorf, Zillingtal, Bad Sauerbrunn wurde 1909 aus dem Gebiet der Gemeinde Pötttsching herausgelöst. <Allgemeine Landestopographie des Burgenlandes, 3. Band, 1. Teilband (Eisenstadt 1981) 429.>

26 Wulkaprodersdorf, Forchtenau, Neudörfel, Loipersbach, Walbersdorf, Pötttsching, Hirm, Neufeld an der Leitha

27 Den über 30.000 Kleinstbetrieben standen keine 200 Großgrundbesitze gegenüber, die über 25% der Bodenfläche verfügten. <Walter Göhring, Werner Pfeifenberger (Hg), 60 Jahre Burgenland (Mattersburg 1981) 84.>

28 Österreichische Statistik, Neue Folge, 1910-1915, Band 2, 14-18. <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?aid=ost&datum=0002&page=274&size=45>, 30.12.2018, 18:45h

Um ein annähernd realistisches Bild der personellen, sozialen und wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den Menschen in Westungarn und Österreich zu erhalten, sind aber noch die tausenden Wanderarbeiter, Pendler und Händler beiderlei Geschlechts zu rechnen, und überdies jene die kein aufrechtes Meldeverhältnis in Österreich vorweisen konnten. Josef Püchler²⁹ schrieb in seinen Lebenserinnerungen, dass im Viertel unter dem Wienerwald die Bauarbeiter hauptsächlich aus Westungarn stammten.³⁰ Dies führte dazu, dass in einigen Gemeinden des Untersuchungsgebietes - vor allem in den grenznahen - die Arbeiterinnen und Arbeiter gegenüber dem bäuerlichen Sektor bereits in der Überzahl waren.³¹

Das spätere Burgenland war noch für Jahrzehnte ein reines Agrarland. Die wenigen Industriebetriebe befanden sich aber im Untersuchungsgebiet oder daran anschließend. In Hirn und in Siegendorf gab es je eine Zuckerfabrik mit mehreren hundert Arbeitskräften. Dabei handelte es sich aber um Saisonbetriebe. Im Umfeld von Neufeld an der Leitha waren einige Textilbetriebe situiert. Diese wurden einerseits oft aus steuerlichen Gründen auf der ungarischen Seite der Grenze angesiedelt, andererseits von der österreichischen Seite mit Rohstoffen versorgt. Braunkohle wurde in Neufeld an der Leitha und Zillingtal im Tagbau gewonnen. Diese Kohle wurde in einem Kraftwerk in Ebenfurt verstromt. Das Kraftwerk stand im Eigentum der Wiener Stadtwerke. In Brennbach, nahe Ödenburg, wurde hochwertige Kohle unter Tag abgebaut. Die Ziegelnachfrage wurde von drei Betrieben im Untersuchungsgebiet befriedigt.³²

Der Zusammenbruch der Monarchie führte den Menschen im Untersuchungsgebiet, die seit dem Kriegsausbruch mit der Grenze an der Leitha leben mussten, unmissverständlich vor Augen, dass eine noch härtere Grenze, eine zwischen zwei Nationalstaaten, drohte. Weiteres Drohpotential lag in dem Umstand, dass die beiden Restnationalitäten gegenüber den Magyaren im neuen Ungarn in einer schwachen Minderheitsposition waren. Den Deutschsprachigen war bisher die Rolle zugefallen, die magyarische Suprematie gegenüber den anderen zu unterstützen. Diese Rolle war im neuen magyarischen Nationalstaat nicht mehr notwendig. Die staatsrechtliche Stellung Westungarns stand ab dem Zusammenbruch der Monarchie bzw. der Trennung der beiden Reichshälften in Frage. Alle Entscheidungen, die dieses Gebiet und ihre Menschen betrafen, wurden im Schatten dieser ungelösten Frage getroffen.

29 Er war 1919 Vizebürgermeister von Wr. Neustadt (1883-1971) und hatte selbst familiäre Wurzeln in Westungarn.

30 Josef Püchler, Aus meinem Leben (maschinschriftlich Wiener Neustadt) 117.

31 Gerald Schlag, Hornstein im 20. Jahrhundert In: Hornstein 1271-1971 (Hornstein 1971) 69.

32 50 Jahre Burgenland 1921-1971, Statistische Daten über Industrie und Musikpflege (Eisenstadt 1971) 22, 45, 55.

Ungarischerseits wurden die historischen Rechte Ungarns von allen Parteien - offen oder verklausuliert - nie aufgegeben. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde dann hervorgeholt, wenn die eigene ethnische Gruppe Opfer der behaupteten historischen Rechte der Nachbarstaaten wurde. Es waren weder die historischen Rechte noch das Selbstbestimmungsrecht für den tatsächlichen Grenzverlauf der Staaten maßgebend. Es waren die Siegerrechte, die entschieden. Die fallweise durchgeführten Volksabstimmungen berührten niemals die elementaren Interessen der großen Fünf³³. Der Begriff des Selbstbestimmungsrechts der Völker ist jedoch so zentral, dass sich die Arbeit damit kurz beschäftigen wird.

Als zeitliches Ende der Arbeit wurde der Sommer 1919 gewählt. Einerseits soll das Ende der ungarischen Räterepublik und andererseits der Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye bzw. dessen inhaltliches Bekanntwerden als Abschluss dienen. Es dauerte noch bis zum September 1921, also noch mehr als zwei Jahre, bis das zugesprochene Gebiet, wenn auch unvollständig, als selbstständiges Bundesland Burgenland Teil der Republik Österreich wurde. Die ungarische Volksrepublik³⁴ und Deutschösterreich einigten sich stillschweigend darauf, dass die Entscheidung über die Zugehörigkeit des Landstreifens nicht durch Gewalt herbeigeführt werden sollte. Zu sehr waren die beide Staaten aufeinander angewiesen. Beide Staaten waren mit Gebietsansprüchen ihrer Nachbarstaaten konfrontiert, denen sie militärisch nichts entgegenzusetzen hatten. Beide Staaten unterlagen außerdem noch monatelang dem Embargo der Kriegsgegner und wollten nicht auch noch mit dem ehemaligen Kriegspartner in Kampfhandlungen verwickelt werden. Deutschösterreich war dazu noch existentieller auf das Wohlwollen der Siegermächte angewiesen als Ungarn. Hunger und Kohlemangel machten die Wiener Regierung gegenüber der Entente handlungsunfähig. Mit der Entscheidung in Saint-Germain-en-Laye war die staatliche Zugehörigkeit des Landstreifens zu Österreich vorerst entschieden und auf eine andere Ebene gehoben.

2. Forschungsfrage

Mit dieser Arbeit soll untersucht werden, wie und in welcher Intensität die Menschen im Untersuchungsgebiet die politischen und gesellschaftlichen Umbrüche im Rahmen des Zusammenbruchs der Habsburgermonarchie erlebten. Waren die Menschen in ihren Dörfern vielleicht sogar Akteurinnen und Akteure bei den elementaren Veränderungen? Haben sie in dieser

33 Frankreich, Großbritannien, Italien, USA, Japan

34 Siehe Seite 48.

Zeit politische und gesellschaftliche Freiräume besetzt, die sie vorher nicht hatten? Oder erlebten und erlitten sie die Umgestaltungen nur als passiv Beteiligte mit?

Tatsächlich ereignete sich in den Monaten Oktober 1918 bis August 1919 ein mehrmaliger Wechsel der Staatsführung bzw. ein Wechsel der Verfassung: vom Königreich Ungarn im Rahmen der Habsburgermonarchie zu dessen Loslösung von dieser, von der Volksrepublik zur Räterepublik, nach deren Beseitigung durch Okkupationsmächte zur Konterrevolution.³⁵

Der Staat selbst wurde dabei fundamental in Frage gestellt. Viermal wurden die proklamierten staatlichen Grundsätze von Grund auf umgekrempelt. Die Umwälzungen waren derart schwerwiegend wie sie eben nur von weltanschaulichen Gegnern bzw. Feinden betrieben werden konnten. Dies erzeugte höchst divergierende Narrative. Selbst nach hundert Jahren sind die gezogenen Linien mehr als deutlich sichtbar. David Tréfás sieht die Hoffnung, *„dass nach Jahrzehnten der ideologischen Erinnerungspolitik eine entideologisierte Erforschung der Räterepublik möglich wird.“*³⁶ Er spricht von der ungarischen Situation, aber auch in Österreich - speziell im Burgenland - scheint die Aufrechterhaltung liebgewonnener Erzählungen Priorität zu haben.

In der Vergangenheit waren die Auswirkungen von Revolutionen, Revolten, Aufständen und Bürgerkriegen für die Menschen am westlichen Rande Ungarns nur indirekt und selten spürbar - spürbar durch Truppenbewegungen, Einquartierungen oder Plünderungen und Requirierungen. Das Vorhaben, die gesellschaftliche Ordnung grundlegend zu ändern, wurde in Ungarn letztmalig 1514 versucht. Die grausame Vergeltung der Herren des Landes führte zur „ewiger Hörigkeit“ der Landbevölkerung. Die bäuerliche Bevölkerung, die überwiegende Mehrheit des Landes, war schutzlos der Willkür und Tyrannei des Adels ausgesetzt.³⁷ Die barbarischen und widerlichen Exzesse³⁸ konterrevolutionärer Kräfte ließen 1919 den Geist aus der Zeit von György Dózsa wieder aufleben.

35 János M. Bak, Die Diskussion um die Räterepublik in Ungarn 1919 In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas (1966) 551-578, 554. Diese Bezeichnung verwendeten die Akteure bzw. das Regime selbst. Es soll also keine „polemische Akzentuierung“ sein.

36 David Tréfás, Die Rolle der Räterepublik in der ungarischen Erinnerungspolitik In: Christian Koller, Matthias Marschik (Hg), Die ungarische Räterepublik 1919, Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen (Wien 2018) 259-271. 271.

37 Paul Lendvai, Die Ungarn, Sieger in Niederlagen (München³1999) 104f.

38 Béla Bodó, Actio und Reactio, Roter und Weißer Terror in Ungarn 1919-1921 In: Christian Koller, Matthias Marschik (Hg), Die ungarische Räterepublik 1919, Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen (Wien 2018) 69-82, 80. Er berichtet von Hinrichtungen bei denen Menschen die Zunge herausgerissen wurden, die lebendig gehäutet wurden und weitere barbarische Tötungen.

Erst die „Märzrevolution“ von 1848 forderte die Gleichheit vor dem Gesetze und die Aufhebung der Urbarial-Verhältnisse. Die neuen Freiheiten wurden jedoch um den Preis der Unterdrückung der Anderssprachigen proklamiert. Dies betraf 60% der Bevölkerung.³⁹ Waren es zuvor die Adeligen, welche die ungarische Nation bildeten, waren es nun die Ungarischsprachigen. Der Begriff der „ungarischen politischen Nation“ stand im grundsätzlichen Widerspruch zur vollkommenen Gleichberechtigung der Nichtmagyaren.⁴⁰ 1848 sah sich die ungarische Elite mit zwei Problemen konfrontiert: Ihr nationales Unabhängigkeitsstreben stand dem immer stärker werdenden Nationalismus ihrer Minderheiten, denen gegenüber sie keinerlei Autonomierechte zuzugestehen bereit war, entgegen. Diese Entscheidung für ein imaginiertes „historisches Ungarn“, das es zu gewinnen und zu erhalten galt, war zugleich eine Entscheidung gegen jede demokratische Entwicklung. Eine solche Entwicklung hätte den Nationalitäten Rechte zukommen lassen müssen, die Autonomie - ja Unabhängigkeit - möglich gemacht hätte.⁴¹

Um die Frage dieser Arbeit beantworten zu können, soll vorerst untersucht werden, was unter Revolution zu verstehen ist, und ob die Ereignisse in Budapest und Wien im Oktober/ November 1918 bzw. im März und August 1919 in Budapest unter Revolution subsumiert werden können.

Der Begriff Revolution wurde in der Astronomie und Astrologie bereits im Mittelalter verwendet. Dieser zielte auf die zeitliche Dimension von Bewegungen und Abläufen. Er ordnete sie „... *in feste Ablauffolgen und Fristen ein.*“

Vor dem Hintergrund der Aufklärung und erstmalig mit der Amerikanischen Revolution erhält der Begriff Revolution als „*Bewegung der aufgeklärten Geister, ... als Reform zum Besseren*“ langsam eine positive Bedeutung. Es waren „*die natürlichen Menschenrechte*“, die den - auch gewaltsamen - „*Sturz der Despotie legitimierte.*“⁴² Weitere ideelle Vorbedingungen waren vor allem die Säkularisierung, der Humanismus, Rationalismus und Empirismus. Daneben sind noch die Ausbildung von moderner Staatlichkeit und die Frühformen des Kapitalismus zu nennen. Dieser legitime Sturz einer despotischen, ungerechten und autokratischen Gesellschaftsordnung basiert neben den erwähnten Menschenrechten auf den Ideen der Gleichheit und Souveränität der Menschen.

39 Seewann, Band 1, 279-287.

40 George Barany, Ungarns Verwaltung 1848-1918 In: Helmut Rumpler (Hg), Verwaltung und Rechtswesen, Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band II (Wien 1975) 306-468, 371.

41 István Bibó, Die Misere der osteuropäischen Kleinstaaterei (Frankfurt am Main 1992) 28-31.

42 Otto Brunner, Werner Conze, Reinhard Koselleck (Hg), Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Band 5, Revolution 653-788 (Stuttgart 2004) 717f.

Die „zentrale Lehre von der Volkssouveränität“ sah nun die Völker als treibende Kräfte für revolutionäre Entwicklungen. Damit wurde auch die „Rückbindung an kreisläufige Parallelen“ aufgegeben und verstärkt zu einem linearen Zeitbegriff übergegangen. Die Französische Revolution wurde bald als Singularität angesehen und alle vergangenen und zukünftigen Ereignisse ähnlicher Art an ihr gemessen.⁴³

Eine Revolution führt zum „Wechsel der Verfassung“, so Reinhard Koselleck. Gewalt und Aufstand seien unabdingbar, sie verursachen einen in kurzer Zeit erfolgenden „gewaltsamen Umschlag“. Der Begriff Revolution wurde ab dem 18. Jahrhundert für gesellschaftliche Veränderungen verwendet, die „progressiv in eine bessere Zukunft führen sollten.“ Die „Vielfalt und Komplexität“ des Begriffes wird als breites Einfallstor für Ideologien bezeichnet.⁴⁴ Der Begriff Revolution zwingt seit 1789 zur „Parteinahme“ bzw. ist ein „geschichtlicher Grundbegriff, der ohne Parteinahme nicht verwendet werden kann.“ Erich Mühsam definiert 1913 „Alle Revolution ist aktiv, singulär, plötzlich und ihre Ursachen entwurzelnd.“ Gustav Landauer bezeichnete 1907 Revolution als einen dauerhaften Übergangsbegriff zwischen zwei Ordnungen.⁴⁵

Jürgen Osterhammel nannte das lange 19. Jahrhundert „eine Zeit der Revolutionen“.⁴⁶ Er begründete dies mit dem Untergang machtvoller und historischer Staatsorganisationen. Er schließt darin auch die Gründung der USA mit den Ereignissen, die dazu führten, ein. Eine Reihe von Ansprüchen waren notwendig, so der Autor, um die beiden richtungsweisenden Revolutionen in Amerika und Frankreich zu legitimieren. Er nennt dabei vor allem die prinzipielle Gleichheit der Menschen und die Verantwortungspflicht der Machthaber gegenüber der Gemeinschaft von Staatsbürgern. Darüber hinaus hätte jede Revolution, auch wenn sie nur lokal sein konnte, einen „universalen Geltungsanspruch“. Um noch weiter zu greifen, dient die dabei beabsichtigte Ausdehnung von Freiheiten dem Fortschritt der Menschheit sowie die Ausdehnung des Kreises der an der Macht Beteiligten.⁴⁷ Nach Ralf Dahrendorf soll durch eine Revolution nicht nur das alte System beseitigt, es soll „eine neue Welt errichtet“ werden.⁴⁸

Hannah Arendt prognostizierte 1963, dass auch das 20. Jahrhundert „... bis zu seinem Ende ein Jahrhundert der Revolutionen bleiben“ wird.⁴⁹ Die Verbindung von Krieg und Revolution, die sie

43 Brunner, Conze, Koselleck, 744f.

44 Brunner, Conze, Koselleck, 653-656.

45 Brunner, Conze, Koselleck, 784-786.

46 Das sahen auch Historiker der Zeit so. Jakob Burckhardt schrieb um 1880 vom „... jetzigen revolutionären Weltalters.“ <Koselleck, 765>

47 Jürgen Osterhammel, Die Verwandlung der Welt, Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts (München 2009) 736-738.

48 Ralf Dahrendorf, Müssen Revolutionen scheitern? In: Transit Europäische Revue (1991/1992) 8-18, 10.

49 Eric J. Hobsbawm nannte das Buch „aus dem Blickwinkel ... der Geschichtswissenschaft“ als uninteressant und unnützig. <Eric J. Hobsbawm, Hannah Arendt über die Revolution In: Eric J. Hobsbawm, Revolution und Revolte, Aufsätze zum Kommunismus, Anarchismus und Umsturz im 20. Jahrhundert (Frankfurt am Main 1977) 277-286, 286.

schlüssig herstellt, lässt sie für die Zukunft offen. Sie postuliert, dass jeder (verlorene) Krieg in einer Revolution enden musste und muss. Für die Zukunft - unter dem Damoklesschwert der atomaren Bedrohung - konnte sie sich aber Revolutionen ohne die Einbindung von Kriegen vorstellen.⁵⁰ Der weitgehend friedliche Zusammenbruch des Sowjetischen Imperiums ab Ende der 80er Jahre scheint dafür zu sprechen. Für Ralf Dahrendorf ist es bereits gewiss, dass Revolution und Gewalt nicht ursächlich zusammenhängen müssen.⁵¹ Koselleck sieht in der atomaren Bedrohung aber auch die Gefahr, dass unter ihr Terror und Gewalt „...zu fast regulären Elementen der Politik geworden.“ sind.⁵²

Charles Tilly stellt in seiner Untersuchung folgende Gründe dar, die zu revolutionären Situationen führten.

1. Verdeutlichung oder Verschärfung der Widersprüche zwischen den Forderungen und Leistungen des Staates an den „am besten organisierten Bürgern“.
2. Bedrohung der kollektive Identität seiner Bürger oder Verletzung ihrer Identitätsrechte.
3. Nachdrückliche und dauerhafte Schwächung der Machtstellung der Regierenden.⁵³

In der Habsburgermonarchie trafen alle drei Punkte dieses Schemas zu. Die Forderungen des Staates an den überwiegenden Teil der Bevölkerung während des Krieges waren entsetzlich hoch. Dieser Krieg forderte sovielen menschliche Opfer wie kein anderer davor. Die Versorgung der Zivilbevölkerung, aber auch der Soldaten, wurde immer schlechter. Der Krieg wollte scheinbar nicht enden. Die Monarchie verwandelte sich ab Kriegsbeginn in einen Unrechtsstaat, der alle rechtlichen und sozialen Rechtsansprüche sistierte. Der Staat kam seinen Verpflichtungen gegenüber den Menschen dauerhaft und auf allen Ebenen nicht nach.⁵⁴ Die von diesem Staat gebotenen Gegenleistungen waren dagegen überschaubar und hohl. Als „organisierte Bürger“ sind hier solche anzusehen, die auch ohne formelle Organisiertheit Handlungen setzten, die die Verfasstheit des Staates unterminierte. Arbeiterinnen und Arbeiter, aber auch Soldaten, die regelmäßige Streiks und Revolten organisierten, und darüber hinaus auch die kleinen und mittleren Bauernbetriebe, die ihre auferlegten Pflichten zur Lebensmittelablieferung konsequent sabotierten. Die Nationalitäten fühlten sich in ihren Identitätsrechten bedroht. Arbeiterinnen und Arbeiter wurden aller ihrer sozialen Rechte beraubt. Staatlicherseits eingeführte Schutzbestimmungen, die im Laufe des Krieges punktuell eingeführt wurden, konnten nur minimale Verbesserungen der Situation bewirken.

50 Hannah Arendt, Über die Revolution (München 1965) 12-16.

51 Dahrendorf, 9.

52 Brunner, Conze, Koselleck, 786.

53 Charles Tilly, Die europäischen Revolutionen (München 1993) 339.

54 Judson, Habsburg, 491-496.

Die effektive Machtstellung der Regierenden war der Punkt, den die Menschen am schlechtesten abschätzen konnten. Tatsächlich verfügte die Monarchie zuletzt über keine loyalen Truppen in den wichtigen Städten. Dieser Umstand war aber oft beiden Seiten nicht bewusst.⁵⁵

Laut Dahrendorf entwickeln sich solche seltenen revolutionären Situationen, wenn sich das gesellschaftliche Leben in einem krisenhaften Zustand befindet. Dabei unterdrückt die herrschende Schicht nicht nur andere Gruppen, sondern auch ein vorhandenes Veränderungspotential.⁵⁶ In der Habsburgermonarchie sahen sich sowohl die Nationalitäten als auch die Arbeiterschaft als unterdrückte Gruppen. An unterdrücktem bzw. aufgestautem Veränderungspotential sind sowohl die nationalen Souveränitätswünsche als auch die immer stärker werdenden Forderungen nach demokratischen Rechten auf Basis der staatsbürgerlichen Gleichheit der Bevölkerung zu nennen. In der ungarischen Reichshälfte wurden beide Forderungskomplexe von der herrschenden Elite als grundsätzlich unberechtigt zurückgewiesen. Die revolutionäre Situation auf nationalem Gebiet betraf im Königreich Ungarn alle größeren Nationalitäten. Aber auch die Magyaren fühlten sich in ihrem nationalen Traum eines unabhängigen Staates als unterdrückter Teil der Monarchie. Magyarischerseits wurde dabei die Erwartung des Weiterbestandes Ungarns in den „tausendjährigen“ Grenzen von 1867 gepflegt. Alle anderen Nationalitäten zog es zu den „Stammesbrüdern“ jenseits der Grenzen.

In Cisleithanien war die Situation ähnlich. Die Tschechen bildeten dort mit den „ungarischen“ Slowaken einen neuen Staat, der zur Gänze auf dem Boden der Habsburgermonarchie entstand. Und die Deutschen proklamierten - so wie die anderen Nationalitäten - am 30. Oktober 1918 einen eigenen, neuen Staat.

Die Ansprüche der Nationalitäten waren Kraft der faktischen Machtverhältnisse nicht zurückzuweisen und die Monarchie war nicht mehr in der Lage, mit Gewalt gegen die sich entwickelnden Nachfolgestaaten zu wenden. Außerdem gab es Und in diesen Territorien bereits gefestigte Strukturen, die vorbereitet waren, die Macht zu übernehmen.⁵⁷

Daneben existierte eine sozial-revolutionäre Situation. Das Königreich Ungarn wurde von einem bedrückenden Machtapparat einer feudalen Herrschaft verwaltet, der völlig ungeeignet war, die gesellschaftlichen, sozialen und politischen Herausforderungen zu meistern.⁵⁸ Neben den Ängsten der politischen Eliten vor den Nationalitäten stand die Angst vor den organisierten Arbeiterinnen und Arbeitern, die regelmäßig ihre Mobilisierungsfähigkeit bei Streiks und Demonstrationen unter

55 Jászi berichtete, dass er, zusammen mit Károlys Stab, die ganze Nacht vom 30. Oktober auf den 31. Oktober 1918 im Hotel Astoria auf das Eingreifen königstreuer Truppen gewartet haben. <Jászi, Magyariens Schuld, 33-35.>

56 Dahrendorf, 14.

57 Hannes Leidinger, Der Untergang der Habsburgermonarchie (Innsbruck, Wien 2017) 276f.

58 Barany, 306f.

Beweis stellten. Auf dem Land kam es zudem zu regelmäßigen Aufständen und Revolten des ländlichen Proletariats.

Es existierten also nationale und soziale Ansprüche, die von organisierten Gruppen, Organisationen und Parteien artikuliert wurden. Ein wesentlicher Teil der Bevölkerung befürwortete und unterstützte diese Ansprüche. Die Machthaber der Monarchie - speziell Ungarns - waren nicht mehr in der Lage, die Ansprüche zurückzuweisen bzw. zu unterdrücken. Sie waren aber auch nicht bereit und fähig, wirkungsvolle Koalitionen mit den Anspruchstellenden einzugehen.

Revolutionen entstehen dann, wenn sich einflussreiche gesellschaftliche Kräfte gegen das bestehende Regime wenden, die bestehenden bewaffneten Kräfte sich auflösen oder überlaufen, sich Oppositionskräfte den bestehenden oder neuen bewaffneten Kräften versichern und letztendlich den Machtapparat übernehmen.⁵⁹

Diese vorhandenen revolutionären Situationen müssen nicht zwangsläufig auch zu revolutionären Ereignissen führen. Oft sind es nicht die elenden gesellschaftlichen Zustände, die in Revolutionen münden, sondern vielmehr Hoffnungen auf eine mögliche Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Umstände in Verbindung mit einer manifesten Schwächung der Machthaber.⁶⁰

Beispielhaft dafür gab es im Jänner 1918 zweifellos eine solch revolutionäre Situation in der Monarchie. Die Jännerstreiks in den Industriegebieten Niederösterreichs, der Steiermark und im Königreich Ungarn und die Wahl von Arbeiterräten hatten einen „*grandiosen revolutionären Charakter und weckte(n) in den Massen die Hoffnung, den Streik unmittelbar zur Revolution (zu) steigern.*“ Nach Otto Bauer wäre diese Revolution allerdings sofort von den noch intakten, loyalen Truppen niedergeworfen worden. Deutschland stand vermeintlich auf dem Höhepunkt seiner Macht über Europa, was einen Sonderfrieden der Monarchie unmöglich machte. Bauer verwies auf die Reaktion der tschechischen Sozialdemokratie in dieser Zeit der Streiks. Im überwiegenden Teil des tschechischen Industriegebiets gab es - auch aus Angst vor einer deutschen Besetzung - keine Streiks.⁶¹

Für Bauer erfolgte der revolutionäre Akt bzw. der Beginn der Revolution am 30. Oktober 1918 im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landtages. Am 21. Oktober 1918 traten die Abgeordneten

59 Tilly, 345.

60 Dahrendorf, 14.

61 Bauer, Die Österreichische Revolution, 76f.

der deutschen Wahlbezirke zusammen und bildeten die Provisorische Nationalversammlung. Diese rief zwar am 30. Oktober 1918 noch nicht die Republik aus, beschloss aber eine republikanische Verfassung,⁶² in der „für die kaiserliche Gewalt kein Raum mehr“ war.⁶³ Diese Hinwendung zu einer parlamentarisch-demokratischen Republik war für Bauer der entscheidende Bruch mit der Monarchie.⁶⁴ Während in Wien jede Kontinuität mit der Monarchie peinlich vermieden wurde, ließ sich Károlyi in Budapest noch einen Tag später vom König mit der Regierungsbildung betrauen.

Revolution wird in dieser Arbeit zwischen der engen Definition, die die völlige Zerstörung und Vernichtung der bestehenden gesellschaftlichen, staatlichen und sozialen Ordnung vorsieht - wie im März 1919 geschehen - und dem „Wechsel der Verfassung“ liegen. Der bloße Machtübergang, wie er im August 1919 in Budapest erfolgte, fällt nicht in die Kategorie Revolution, da dabei das Versprechen der prinzipiellen Gleichheit der Menschen und damit auch die Ausdehnung von Freiheiten sowie die Erweiterung des Kreises der Machtbeteiligten zurückgenommen wurde.⁶⁵

3. Forschungsinteresse und Forschungsstand

In der landesgeschichtlichen Literatur werden die Monate nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie und hier vor allem die Zeit der Räterepublik als chaotische, gewalttätige und destruktive Zeit dargestellt. Es wird darüber von einer Zeit der Diktatur, des Terrors und des wirtschaftlichen Chaos berichtet, bestenfalls wird sie als Zeit der vergeudeten Chancen dargestellt.

Unmittelbaren Zeitzeugen geben jedoch keinesfalls ein so negatives Bild dieser Zeit. Daher ist die Entstehung und Entwicklung dieses negativen Narratives kurz zu untersuchen.

Das gegenrevolutionäre Ungarn war bemüht, ein eindeutiges Bild der Periode ab Oktober 1918 zu zeichnen. Dabei wurde versucht, diese Zeit als größte Katastrophe der ungarischen Geschichte seit Mohács darzustellen.⁶⁶

Hinzuweisen ist auf die Werke, die sofort nach der Konsolidierung der Konterrevolution erschienen sind. Diese werden in der Literatur selten zitiert, ist ihr Inhalt doch derart haarsträubend, dass sie bald ihrem Zweck zuwiderliefen.⁶⁷ Diese Werke sind „*nur insoferne von Belang, als man aus ihrem Ton und Stil den geistigen Hintergrund des konterrevolutionären Ungarns ... zu rekonstruieren*

62 Der Konstituierenden Nationalversammlung blieb es aber vorbehalten, die Staatsform endgültig zu bestimmen.

63 Bauer, Die Österreichische Revolution, 98.

64 Leidinger, Der Untergang, 324.

65 Siehe auch Bak, Fußnote 34.

66 Bodó, 69.

vermag“. ⁶⁸ Daher wurde in Budapest 1930 eine „seriöse“ deutschsprachige Arbeit mit Betrachtungen über diese Zeit herausgegeben. ⁶⁹ Sie war aber „*lediglich für die Auslandspropaganda*“ bestimmt. ⁷⁰ Überraschenderweise wird dieses Werk trotzdem auch im 21. Jahrhundert noch als unkommentierte Grundlage verwendet. Jedenfalls wird eine Intention des Hortyregimes, die Räterepublik zu verunglimpfen, ⁷¹ bis heute fortgesetzt. Viel Geld floss von Seiten Ungarns in diese Publikationen und vermengte sich bald mit der Pflege des Mythos von Trianon und dem Kampf um die Integrität Ungarns.

In die Weltliteratur eingegangen sind die Artikel von Josef Roth, der eine Fußreise von Wiener Neustadt nach Ödenburg und Deutschkreutz machte. ⁷² Ob er gegen Ende der Räteregierung, oder kurz danach unterwegs war, lässt sich nicht genau datieren. Diese Artikel sind „*in dem ihm eigenen flotten Stil*“ ⁷³ gut nachzulesen. Sie erschienen im DER NEUE TAG am 8. und 9. August 1919. Das berichtete Tatsachensubstrat ist jedoch inhaltlich leer und teilweise absolut falsch. Er stützte sich dabei oft auf Hörensagen vom Hörensagen. Roth war deklariertes Antikommunist und stand noch unter dem Eindruck des „Juniputsches“ ⁷⁴ über den er einen sehr engagierten und gut informierten Artikel mit dem Titel „Der missglückte Putsch“ schrieb. ⁷⁵ Seine Zuschreibung als Jude machte ihn jedoch besonders geeignet, um die Räteregierung und ihre Repräsentanten negativ zu beschreiben. Daneben gibt es eine Reihe von Erinnerungsliteratur handelnder Personen. Einige werden in dieser Arbeit zitiert.

Ein neuer Aufschwung der Dämonisierung der Revolutionszeit - besonders der Räterepublik - ist während der Zeit des Nationalsozialismus zu verzeichnen. Lagen doch die Feindbilder - Linke und

67 Beispielhaft: Ladislaus Bizony, 133 Tage ungarischer Bolschewismus, Die Herrschaft Béla Kuns und Tibor Szamuelys, die blutigen Ereignisse in Ungarn. Authentische Darstellung über den Ausbruch und Sturz des Bolschewismus, die Gegenrevolution, Morde, Hinrichtungen und Gewalttaten der Lenin-Buben (Leipzig, Wien 1920).

68 Bak, 554.

69 Albert Kaas, Fedor Lazarovics, Der Bolschewismus in Ungarn (München, 1930).

70 Bak, 556.

71 Árpád von Klimó, Die Räterepublik in der ungarischen Gedenkpoltik seit 1919 In: Christian Koller, Matthias Marschik (Hg), Die ungarische Räterepublik 1919, Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen (Wien 2018) 249-258, 251.

72 Klaus Westermann (Hg), Joseph Roth, Werke I. Das journalistische Werk 1915-1923 (Köln 1989) 100-116.

73 Schlag, Aus Trümmern, 222.

74 Am 15. Juni 1919 wurden in Wien 17 Menschen von den Ordnungskräften bei einer Demonstration getötet. Diese forderten die Freilassung verhafteter kommunistischer Funktionäre. <Hannes Leidinger, „... von vornherein provisorischer Natur“: Rätebewegung und Kommunismus in Österreich 1918-1924, In: Stefan Karner, Lorenz Mikoletzky (Hg), Österreich. 90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament (Innsbruck 2008) 91-100, 95.>

75 Westermann, 72-77.

Juden - wie bestellt auf der Hand. Oft beinhalten diese Werke,^{76 77} wenn die antisemitische und antibolschewistische Grundeinstellung ausgefiltert wird, jedoch wertvollere Informationen für die Geschichte der Region in dieser Zeit als die magyarischen Propagandawerke. Dieses Geschichtsbild, geprägt von Hortyungarn und den Nationalsozialisten, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg mit den Ingredienzien des Kalten Krieges vermengt und weiter am Leben erhalten. Der Eindruck einer unsachlichen Dramatisierung und einer einseitigen Verzerrung vor dem Hintergrund späterer welthistorischer Ereignisse lässt sich nicht von der Hand weisen.⁷⁸

Die Arbeiten der Landesgeschichtsschreibung in der Zwischen- und Nachkriegszeit wurden häufig von deutschnationalen Historikern - auch Nationalsozialisten - verfasst. Diesen war offenbar überaus wichtig, eine Heldengeschichte des erwachenden Deutschtums zu schreiben. 1931 legte Heinrich Kunnert⁷⁹ den Grundstein für viele Mythen, die auch nach 1945 weiter gepflegt wurden.⁸⁰ Ungarischerseits kam es erst nach dem Tode Stalins zu einer vorsichtigen und nach 1956 raschen Aufarbeitung dieser Zeit. Eine umfangreiche Literaturliste findet sich bei Bak.⁸¹ Diese Arbeiten dürfen, so die einhellige Meinung in der Literatur, trotz des politischen Umfeldes, in dem sie entstanden sind, nach wie vor wissenschaftliche Beachtung beanspruchen.

Die Materialien österreichischer Archive - vor allem des Staatsarchivs - wurden von Eszter Brader in bemerkenswerter Weise betreffend der Beziehung Deutschösterreichs zur ungarischen Räterepublik berücksichtigt.⁸² Hinsichtlich der gesamtstaatlichen Ebene und der Thematik KPÖ und Rätebewegung sind die Werke von Hans Hautmann zu erwähnen.⁸³

„Die zentrale ... Darstellung“ der Gründerjahre des Burgenlandes⁸⁴ stammt von Gerald Schlag und kann laut Martin Krenn als erster Einstieg für die Zeit der Räterepublik genutzt werden.⁸⁵ Dass

76 Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, 8. Band, Freiheitskämpfe in Deutschösterreich (Berlin 1942).

77 Ludmilla Schlereth, Die politische Entwicklung des Ungarländischen Deutschtums während der Revolution 1918/19 (München 1939).

78 Die erste Arbeit, die noch heute zitiert wird und mit den bis heute verwendeten Stereotypen über diese Zeit arbeitet, stammt aus dem Jahr 1937. <Friedrich Szmüdits, Geschichte der Angliederung des Burgenlandes an Österreich (Dissertation Universität Wien 1937).>

79 (1904-1967) Von 1962 bis 1967 war er Vorstand der Abteilung für Allgemeine Kulturangelegenheiten und Presse des Amtes der Burgenländischen Landesregierung. Von 1943 bis 1945 war er Leiter der Sicherheitsdienstes der SS in Eisenstadt. <https://www.profil.at/home/zeitgeschichte-die-nazi-waschmaschine-102743>, 7.5.2019, 11:00h.

80 Heinrich Kunnert, Vor zehn Jahren In: Burgenland Vierteljahresshefte für Landeskunde, Heimatschutz und Denkmalpflege (Eisenstadt 1929) 127-131.

81 János M. Bak, Die Diskussion um die Räterepublik in Ungarn 1919 In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, (1966) 551-578.

82 Eszter Brader, Ungarn und Deutschösterreich zur Zeit der ungarischen Räterepublik 1919 (Dissertation Universität Wien 1981).

83 Hans Hautmann, Die verlorene Räterepublik, Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs (Wien, Frankfurt, Zürich 1971).

84 Gerald Schlag, „Aus Trümmern geboren...“ (Eisenstadt 2001).

85 Martin Krenn, Westungarn in der Räterepublik, Mit besonderem Augenmerk auf verfassungspolitische Aspekte In: Claudia Kuretsidis-Haider, Manfred Mugrauer (Hg), Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe, Beiträge

dieser Landstrich ein eigenes Bundesland im Rahmen der Republik Österreich wurde, hat sicherlich gravierende Rückwirkungen auf den Blick in die Vergangenheit. Krenn wirft Schlag die Erschaffung eines dichotomischen Bildes auf Basis des Wissens über die weitere historische Entwicklung vor.⁸⁶

Umfangreiche Literatur ist in dem erst im Vorjahr herausgegebenen Werk über die ungarische Räterepublik zu finden.⁸⁷ Dass die föderale Struktur der Räterepublik und die nationale Problematik mit den Deutschen, hier vor allem in Westungarn, nicht einmal am Rande angesprochen wurden, ist ein schweres Manko. Noch bemerkenswerter ist aber ein ungarisches Werk, das sich speziell mit der Autonomie in Ungarn beschäftigt. Darin wird die Sonderstellung des deutschsprachigen Westungarn jedoch nicht erwähnt. Es wird sogar behauptet, dass es gar keine „neuen territorialen Verwaltungs- und Selbstverwaltungseinheiten“ in der Zeit zwischen Monarchie und Konterrevolution gegeben hat.⁸⁸

4. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker am Ende des Ersten Weltkrieges

Der Begriff *Selbstbestimmung* bzw. *Selbstbestimmungsrecht der Völker* basiert auf naturrechtlichen Vorstellungen. Gedanken der Volkssouveränität, bzw. Ideen der Aufklärung wurden in der Amerikanischen (1776) bzw. in der Französischen Revolution (1789) zu bestimmenden Ideen. Das Recht einer nationalen Gruppe, einen Staat zu gründen, und die Freiheit von Fremdherrschaft, entstammen denselben Wurzeln.⁸⁹

Das nationale Selbstbestimmungsrecht wurde als ein Element der modernen Demokratie in Europa angesehen. Edvard Beneš (1884-1948)⁹⁰ formulierte dessen Tendenzen und Ziele: „... *Der nationale Geist ... wendet die Prinzipien der Demokratie nicht nur auf das Individuum, sondern auf die Nation als Ganzes an. Unsere nationale Wiedergeburt schöpft gleich anderen slawischen Nationen ihre Freiheitstheorie aus der humanistischen Philosophie der französischen Revolution,*

zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert (Innsbruck/Wien/Bozen 2013) 84.

86 Krenn, 95.

87 Christian Koller, Matthias Marschik (Hg), Die ungarische Räterepublik 1919, Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen (Wien 2018).

88 Péter Kristián Zachar, Autonomie und Zentralisation in Ungarn 1919-1944 In: András Cieger u.a. (Hg), Autonomien in Ungarn 1848-2000 (Budapest 2006) 82-105. Selbst der Hinweis, Zachar beschäftige sich eben nicht mit abgetretenen Gebieten wie dem Burgenland, greift zu kurz, da er ein nicht durchgeführtes Autonomiegesetz (VI./1939) für das in der Nazizeit an Ungarn zurückgegebene Karpatenvorland ausführlich bespricht.

89 Joachim Bentzien, Die völkerrechtlichen Schranken der nationalen Souveränität im 21. Jahrhundert (Frankfurt am Main 2007) 45.

90 Biographisches Lexikon zur Geschichte Südosteuropas <https://www.bioplex.ios-regensburg.de/BioLexViewview.php?ID=556>, 19.7.2018, 9:00h.

... Mit einem Wort, die Philosophie des Humanismus ist die Grundlage der modernen Demokratie und aus dieser Demokratie folgt die politische, wirtschaftliche und kulturelle Freiheit der Nation als Ganzes.“⁹¹

Die Häufigkeit der Verwendung des Begriffes *Selbstbestimmungsrecht* hatte in der Zeit zwischen 1916 und 1918 eine wahre Hochkonjunktur. ANNO⁹² bietet in seinen - in deutscher Sprache herausgegebenen - Publikationen unter diesem Schlagwort für das Jahre 1914 99 Treffer. Für 1916 241 Treffer, 1917 978 Treffer und für 1918 2.111 Treffer.

Der Begriff war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sowohl im bürgerlichen Lager als auch bei der Arbeiterbewegung in Verwendung. Bereits im *Neudörfler Programm* von 1874 wurde postuliert: *“In nationaler Beziehung stellt sie [die österreichische Arbeiterpartei] das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundsatz auf, ...“*⁹³ Es waren vor allem die österreichischen und russischen Sozialisten, die dafür sorgten, dass das *Selbstbestimmungsrecht* zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer wirkmächtigen Parole wurde. Für Otto Bauer (1881-1938) und Karl Renner (1870-1950) handelte es sich um ein individuelles Recht auf kulturelle Identität.⁹⁴ Eine ganz andere Position nahm das Zimmerwalder Manifest vom 15. September 1915 ein, an dem Lenin (1870-1924)⁹⁵ maßgeblich beteiligt war. Darin wurde u.a. proklamiert: *„Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muss unerschütterlicher Grundsatz in der Ordnung der nationalen Verhältnisse sein.“*⁹⁶ Neben der Forderung eines Friedens ohne Annexion und Entschädigung wurde in diesem Manifest das Selbstbestimmungsrecht derart konzipiert, dass daraus das Recht auf staatliche Souveränität und Unabhängigkeit wurde. Inklusiv des Rechtes auf Sezession. Damit wurde das *Selbstbestimmungsrecht der Völker* konsequent zu Ende gedacht.

In einer Rede vor dem Senat am 22. Jänner 1917 äußerte sich der amerikanische Präsidenten Thomas Woodrow Wilson (1856-1924), die Antwort der beiden Kriegsparteien auf seine gleichlautende Note vom 18. Dezember 1916 zusammenfassend, wie folgt: *„... is as necessary for a lasting peace as is the just settlement of vexed questions of territory or of racial and national allegiance.“* bzw. *„I am proposing, ... that no nation should seek to extend its polity over any other*

91 Zitiert nach Elisabeth Kovác, *Untergang oder Rettung der Donaumonarchie?*, Band 1 (Wien 2004).

92 Erweiterte Volltextsuche in den unter den Namen ANNO zu findenden digitalisierten Zeitungen und Zeitschriften der Österreichischen Nationalbibliothek. <http://anno.onb.ac.at/anno-suche#searchMode=complex&dateMode=period&from=1>, 19.3.2019, 18:30h.

93 Klaus Berchtold (Hg), *Österreichische Parteiprogramme 1868-1966* (Wien 1967) 115f.

94 Jörg Fisch, *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Die Domestizierung einer Illusion* (München 2010), 135f.

95 Wladimir Iljitsch Uljanow, <https://www.deutsche-biographie.de/sfz108599.html>, 1.8.2018, 17:15.

96 Marxists Internet Archive, <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1915/09/zimmerwald.htm>, 17.7.2018, 16:30h.

*nation or people, but that every people should be left free to determine its own polity, its own way of development, unhindered, unthreatened, unafraid, the little along with the great and powerful.*⁹⁷

Neben diesen vorsichtigen Formulierungen ist noch darauf hinzuweisen, dass er von den „... *civilized nations of the world* ...“ sprach. Die Völker unter kolonialer Herrschaft wurden von ihm dezidiert ausgenommen.

In den zahlreichen diesbezüglichen Notenwechsel zwischen den beiden kriegsführenden Machtblöcken ist vom *Selbstbestimmungsrecht* nur sehr wenig erkennbar. Als Wilson im Feber 1917 erstmals von Selbstbestimmungsrecht sprach, meinte er keinesfalls eine Friedensordnung auf Basis der Wünsche der Betroffenen. Tatsächlich meinte er Selbstregierung (Selfgovernment).⁹⁸ Es war die russische Regierung, die bereits am 19. April 1917 einen „*Frieden auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker*“ forderte.⁹⁹ Um diese Zeit war Lenin gerade erst in Russland angekommen.

Der Einsatz des Selbstbestimmungsrechtes als wirkmächtige Waffe erfolgte schließlich durch den Rat der Volkskommissare mit seiner „*Erklärung der Rechte der Völker Russlands*.“¹⁰⁰ In diesem Dokument vom 2. November 1917 wurde den Völkern Russlands die „... *freie Selbstbestimmung, bis hin zu einer Loslösung und Bildung eines selbstständigen Staates*“ zugesichert. Diese Erklärung wirkte sowohl innerhalb Russlands als auch im Ausland. Und Lenin war in dieser Sache glaubwürdig, vertrat er diese Forderung doch seit vielen Jahren.

Für Wilson, der diese Forderung scheinbar zu seiner machte, war sie jedoch eine fremde Angelegenheit. Im Jänner 1918 veröffentlichte er seine „*Vierzehn Punkte*“. In diesen skizzierte er eine neue Welt- bzw. Friedensordnung. U.a. wurde den Nationalitäten der Monarchie eine autonome Entwicklung zugesagt.¹⁰¹ Obwohl darin weder *Selbstbestimmung* noch *Demokratie* gefordert wurden, entwickelten sich diese Begriffe zu „*Eckpfeilern der von Wilson vorgelegten freiheitlichen Vision – und wurden ... zur Ermutigung nationalistischer Bestrebungen in Europa*.“¹⁰²

Für ihn selbst waren die Folgen des Amerikanischen Bürgerkrieges, der ein Sezessionskrieg war, noch präsent. Und diese Sezession wurde „... *mit Feuer und Schwert verhindert*.“¹⁰³ Dies wurde auch in Ungarn erkannt. Bereits im Dezember 1918 verfasste Albert Apponyi¹⁰⁴ eine Schrift für die

97 The American Presidency Projekt, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=65396>, 22.7.2018, 8:15h.

98 Fisch, 152f.

99 Fisch, 148.

100 100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte (1917-1991),

[http://www.1000dokumente.de/index.html?](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0002_vol&object=translation&trefferanzeige=&suchmodus=&suchbegriff=&t=&l=de)

[c=dokument_ru&dokument=0002_vol&object=translation&trefferanzeige=&suchmodus=&suchbegriff=&t=&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0002_vol&object=translation&trefferanzeige=&suchmodus=&suchbegriff=&t=&l=de),

21.7.2018, 13:20h.

101 Leidinger, Der Untergang, 256.

102 Ian Kershaw, Höllensturz, Europa 194 bis 1949 (München 2017) 91f.

103 Fisch, 151f.

104 (1846-1933) Seit 1872 Reichsratsabgeordneter. 1906-1910 und 1917-1918 Minister für Kultus und Unterricht.

Leiter der ungarischen Friedendelegation in Trianon. <<https://www.bioplex.ios-regensburg.de/BioLexViewview.php?>

Hungarian Territorial Integrity League und wies darauf hin: "... *the right of self-determination belonging to every nation, involves a right to secession as vested in every part of a nation. America did not think so when she commenced a bloody war with the southern states, ...*"¹⁰⁵

Tatsächlich stand Wilson der „Selbstregierung“ wesentlich näher. Auch Judson ist der Ansicht, dass Wilson eine „Selbstregierung“ der Völker vorsah. Keinesfalls für jede Nationalität einen eigenen Staat.¹⁰⁶ Aufgrund der Attraktivität verwendete er die Formulierung weiter. Trotz des inhaltlichen „Missverständnisses“ oder vielleicht gerade wegen dieses Umstandes.

Die Menschen wollten in Wilsons Botschaften das hören, was Lenin sagte. Selbst die Menschen, die ihm negativ gegenüberstanden, identifizierten die Idee mit dem US Präsidenten. Der Abgeordnete Neunteufel rekurrierte bereits am 14. Juni 1917(!) auf ihn: „*Wilson, der sich als Wortführer ... der Idee der Selbstbestimmung der Völker aufgeworfen hat ...!*“¹⁰⁷ Wilson selbst bestätigte dieses Missverständnis spätestens am 17. September 1919 als er erklärte: „*Es war nicht das Privileg der Friedenskonferenz, irgendeinem Volk das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren, außer jenen, die zu den Territorien der besiegten Imperien gehört hatten.*“¹⁰⁸

Das cisleithanische Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867, Artikel 19, bestimmte Folgendes: „*Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt, und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staat anerkannt.*“¹⁰⁹

Im Königreich Ungarn wurde 1868 der Gesetzesartikel XLIV (44) „*über die Gleichberechtigung der Nationalitäten*“ erlassen.¹¹⁰ In diesem wurde in 29 Paragraphen ein, oberflächlich betrachtet, gutes und großzügig formuliertes Gesetzeswerk beschlossen. Aber bereits in der Einleitung wurde postuliert, dass alle Landesbürger „... *in politischer Hinsicht eine Nation bilden, die untheilbare einheitliche ungarische Nation, deren gleichberechtigtes Mitglied ein jeder Bürger des Vaterlandes,*

[ID=469](#)≥, 10.4.2019, 11:30h.

105 Albert Apponyi, *The American Peace and Hungary* (Budapest 1919) 5f.

106 Pieter M. Judson, „Wilson versus Lenin: The New Diplomacy and Global Echos of Austria-Hungary’s Dissolution In: Helmut Rumpler, Ulrike Harmat (Hg), *Bewältigte Vergangenheit? Die nationale und internationale Historiographie zum Untergang der Habsburgermonarchie als ideelle Grundlage für die Neuordnung Europas* (Wien 2018) 385-396, 390f.

107 Stenographisches Protokoll, Haus der Abgeordneten, XXII. Session, 279f. Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Monarchie und die USA noch nicht im Krieg.

108 Zitiert nach Fisch, 156. siehe *The American Presidency Projekt*: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=117386>, 21.7.2018, 15:20h.

109 Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder In: *Reichs-Gesetz-Blatt für das Kaiserthum Oesterreich*, 1876, Nr. 142 vom 21. December 1867.

110 Landesgesetz-Sammlung für das Jahr 1868 (Ofen 1868) 270 – 279.

zu *welch' immer für einer Nationalität er auch gehöre, ist;*“ [sic!]. Bereits in diesem ersten Satz ist der Unterschied zwischen diesen beiden Gesetzesbestimmungen ganz deutlich erkennbar. Und selbst wenn Ungarn dieses Gesetz so angewendet hätte, wie es den Buchstaben und Geist der Schöpfer entsprochen hätte, wäre das Problem der nationalen Selbstbestimmung unweigerlich aufgebrochen.

Das ungarische Gesetz gewährte dem Individuum Rechte, das cisleithanische auch, setzte aber darüber die „*Volksstämme*“. Kollektivrechte der Nationalitäten waren in Ungarn nicht vorgesehen. Und das Wort „*Nationalitäten*“ hatte aufgrund des Missbrauchs bzw. Nichtgebrauchs dieses Gesetzes in Ungarn keinen guten Klang. Die Magyaren selbst waren keine Nationalität. Die Mitglieder der Nationalitäten hingegen wurden tatsächlich erst dann vollberechtigte Ungarn, wenn sie Magyaren wurden. ¹¹¹ „*Ungarn wurde von den Magyaren trotz seiner vielnationalen Zusammensetzung wie ein Nationalstaat regiert.*“ ¹¹²

Der Inhalt der Begriffe *Selbstbestimmung* bzw. *Selbstbestimmungsrecht der Völker* änderte sich im Laufe der Zeit. Er passte sich der jeweils aktuellen Situation und oft auch der jeweiligen Zweckmäßigkeit derer an, die sich der Begriffe bedienten. *Selbstbestimmung* bzw. *Selbstbestimmungsrecht der Völker* stellten sich immer mehr und immer dominanter neben die Hinweise und Verwahrungen der Nationalitätenvertreter auf angebliche alte historische Rechte.

Da Debatten über das Selbstbestimmungsrecht im ungarischen Reichstag – bis auf wenige Ausnahmen in den letzten Sitzungen - nicht geführt wurden, ¹¹³ sollen die Diskussionen im Wiener Reichsrat, ¹¹⁴ in dem die 259 slawischen Abgeordneten die absolute Mehrheit hatten, zum Ende der Monarchie kurz angesprochen werden. ¹¹⁵ In den ersten Parlamentsdebatten, nach der Wiedereröffnung des Reichsrates 1917, wurde der Begriff *Selbstbestimmung* durchaus noch mehrheitlich im Sinne eines „*bloß innerstaatlichen Ordnungsprinzips interpretiert.*“ ¹¹⁶ Das *Selbstbestimmungsrecht* war ein zentraler Punkt in den Positionsbestimmungen der einzelnen Nationalitäten. Inhaltlich war es jedoch zu unbestimmt, unpräzise und vage, um Basis verbindlicher Vereinbarungen werden zu können. Als Beispiel für die Art des Umganges mit dem Begriff *Selbstbestimmung* soll eine wichtige Rede von František Staněk, vom Klub der Böhmischen

¹¹¹Leidinger, Untergang, 134.

¹¹² Robert A. Kann, Die Habsburgermonarchie und das Problem des übernationalen Staates In: Helmut Rumpler (Hg.), Verwaltung und Rechtswesen, Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band II (Wien 1975) 1-56, 49.

¹¹³ Siehe Seite 25.

¹¹⁴ Die Zusammensetzung des Wiener Reichsrates siehe S 124.

¹¹⁵ Österreichische Nationalbibliothek, Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses des Reichsrates 1861-1918, <http://alex.onb.ac.at/spa.htm>.

¹¹⁶Stefan Malfer, Der Konstitutionalismus in der Habsburgermonarchie – siebenzig Jahre Verfassungsdiskussion in „Cisleithanien“ In: Helmut Rumpler (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918, Band VII, 1. Teilband (Wien 2000) 11- 67, 66.

Agrarier aus Mähren,¹¹⁷ dienen. Als Vorsitzender des Český Scaz, (Tschechischen Verbandes) eröffnete er den Reigen derer, die noch vor der Thronrede des Kaisers, mit staatsrechtlichen Verwahrungen am 30. Mai 1917 Marksteine setzten. Es waren 1870 auch tschechische Abgeordnete die den Begriff der *Selbstbestimmung* erstmalig in einem Memorandum artikulierten.¹¹⁸ Seine Erklärung gab er im Namen der Vertreter des böhmischen Volkes, aus allen drei Ländern der Krone des heiligen Wenzel, und unter Berücksichtigung des Umstandes, dass es Ziel dieses Krieges geworden sei, die Beherrschung eines Volkes durch ein anderes zu beseitigen. Allein damit skizzierte er die gesamte Problematik der geforderten Selbstbestimmung. Das böhmische Volk, das waren für ihn die Tschechen, nicht die deutschsprachigen Bewohner. Diese machten immerhin ein Drittel der Bevölkerung aus. Die deutschsprachigen sahen sich hingegen ebenfalls als Teil des böhmischen Volkes. Staněk berief sich in seiner Rede einerseits auf das historische Recht der Länder der heiligen Wenzelskrone. Er verwies auf „... *unverzichtbare historische, durch Staatsakte voll anerkannte Rechte.*“ Durchaus nicht unüblich für nationskreierende Ideen, wies er auf ein zeitlich weit zurückreichendes Herrschaftsgebilde hin und erklärte es zum legitimen Vorläufer eines noch zu schaffenden Staates. Das Problem mit den historischen Staatsrechten war es, dass die Proponenten sich immer solche Gebilde zu nationalen Vorläufern aussuchten, welche die größte mögliche territoriale Ausdehnung hatten und daher immer mit anderen historischen Staatsrechten in Konkurrenz standen.

Andererseits - die Slowaken betreffend - berief er sich im selben Atemzug auf das „... *natürliche Recht der Völker auf Selbstbestimmung ...*“ und forderte „... *einen demokratischen tschechoslowakischen Staat mit jenem tschechoslawisch(en) [sic!] Stamm, welcher zusammenhängend an den historischen Grenzen unseres böhmischen Vaterlandes lebt.*“¹¹⁹ So wie Staněk die Slowaken und Tschechen zu einem Volk vereinte, so betonte der nachfolgende Redner, der slowenische Abgeordnete Anton Korošec,¹²⁰ die „*einheitliche Nation*“ der Slowenen, Kroaten und Serben.¹²¹ Die hier von ihren Vertretern zu einem Volk verschmolzenen, sollten sich alsbald sehr unfreundlich gegenüberstehen.¹²² Die Nachfolgestaaten der Monarchie waren „*Vielvölkerreiche in Miniaturformat*“ in denen sich lediglich die Hierarchien veränderten.¹²³

Um die ungarische Haltung zu diesem Thema darzustellen, möge ein kurzes Zitat aus einem ausführlichen Bericht über diese Parlamentsdebatte in Wien des PESTER LLOYD dienen: Ein

117 Index der Stenographischen Protokolle, 22. Session, 325.

118 Lorenz, Das Selbstbestimmungsrecht, 350.

119 Stenographisches Protokoll, Erste Republik, 34.

120 (1872-1940) <http://www.biographien.ac.at/oeb1?frames=yes>.

121 Stenographisches Protokoll, 34.

122 Leidinger, Untergang, 207f.

123 Robert Gerwarth, Die Besiegten, Das blutige Erbe des Ersten Weltkrieges (München 2017) 28.

Staat, „... der gleichberechtigten Völkern die freie nationale und kulturelle Entwicklung schrankenlos zuerkennt...“ sei zum Scheitern verdammt. Beendet wurde der Kommentar mit dem Hinweis, dass solche „tschechoslawischen [sic!] und südslawischen Sonderstaatsbestrebungen“ im ungarischen Parlament von der Regierung nicht so „nachsichtig“ zurückgewiesen worden wären.¹²⁴ Um diese Zeit schien die militärische Lage der Monarchie unerschütterlich und stabil zu sein. Dies war allerdings dem Deutschen Reich geschuldet. Bereits ab März 1915 waren es die deutschen Unterstützungen, welche die Armee der Monarchie stabilisierte. Die Großmachtrolle, für welche die Monarchie in den Krieg zog, war hingegen endgültig dahin.¹²⁵ Die Abhängigkeit von Deutschland wurde immer unangenehmer. Alle Versuche Kaiser Karls, dies zu ändern, scheiterten.¹²⁶

In den letzten Sitzungen 1918 stand den allermeisten Abgeordneten die Bedeutung von Selbstbestimmung im Sinne eines „unbeschränkten Selbstbestimmungsrechtes“¹²⁷ vor Augen. Die militärische Lage hatte sich grundlegend verändert. Im Frühjahr 1918 versuchte Deutschland ein letztes Mal einen Durchbruch an der Westfront. Mit dem Scheitern dieser Militäraktion war die Offensivkraft auch des deutschen Heeres endgültig dahin.¹²⁸ Am 2. Oktober 1918 forderten die „Abgeordneten Głqbiński, Korošec, Staněk und Genossen“ im Namen der slawischen Völker¹²⁹ die nationale Vereinigung und die volle staatliche Selbstständigkeit. Entsprechend dem Selbstbestimmungsrecht, wie die „... vom Präsidenten Wilson aufgestellten allgemeinen Prinzipien ...“. In dem Antrag wurde bereits erklärt, dass es sich dabei um ein internationales Problem handle, das in einem Friedenskongress zu lösen sei.¹³⁰ Abgeordneter Staněk erwähnte in seiner Rede die tschecho-slowakischen Brigaden, die von der Entente zu einer kriegsführenden Macht erklärt wurden: „... deshalb verhandeln wir nicht mit Ihnen. Die Frage wird anderswo gelöst als hier in Österreich.“¹³¹ Tatsächlich hatte die Amerikanische Regierung den „Tschecho-Slowakischen Nationalausschuss“ im September 1918 als eine am Krieg teilnehmende Regierung anerkannt.¹³² Ähnlich das Resümee der Rede des Abgeordneten Alcide Degasperi.¹³³ Realistisch und nüchtern stellte er folgende Prognose: „Ob das Trentino zu einem oder dem anderen Staate gehören wird, das entscheiden nun einmal die Waffen.“¹³⁴ Einen Tag später legte Viktor Adler dar,

124 Pester Lloyd, 13.6.1917, Morgenblatt, 1.

125 Herfried Münkler, Der große Krieg, Die Welt 1914-1918 (Reinbek 2017) 192.

126 Kershaw, 132.

127 Lorenz, 376.

128 Münkler, Der große Krieg, 703-705.

129 Sie wurden in der Erklärung einzeln aufgezählt, jedoch ohne die Ruthenen zu erwähnen.

130 Stenographisches Protokoll, 22. Session, 4307.

131 Stenographisches Protokoll, 4320f.

132 Leidinger, Der Untergang, 262f.

133 Chefredakteur, italienische Volkspartei, Wahlbezirk Tirol <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spa&datum=0022&page=103&size=45>, 23.7.2018, 16:00h.

134 Stenographisches Protokoll, 4429.

wie sich die Sozialdemokraten die Neuordnung Österreichs vorstellten: „*Wir halten das alte Österreich für abgetan und erteilen eben allen unseren Völkern das Selbstbestimmungsrecht.*“ Am Ende seiner Rede sprach er noch die Hoffnung aus, dass sich die Völker der Monarchie wieder zusammen finden mögen.¹³⁵

Im Abgeordnetenhaus in Wien konnte man zu dieser Zeit bereits die kommenden Konflikte in Osteuropa erahnen. Die Entstehung eines unabhängigen polnischen Staates war zu diesem Zeitpunkt bereits allgemeiner Konsens. Die polnischen Abgeordneten forderten „*die Wiederherstellung des unabhängigen, aus sämtlichen polnischen Ländern zusammengesetzten polnischen Staat.*“ Sie erhoben dazu noch Anspruch auf eine Meeresküste und auf Schlesien. Sie forderten nicht die von Polinen und Polen bewohnten Gebiete für ihren neuen Staat, sondern die historischen polnischen Länder. Weiters wurde die Internationalisierung der polnischen Frage auf einer Friedenskonferenz mit einer polnischen Delegation gefordert. Es waren für die Polen die historischen Rechte maßgebend, sowie die Siegerrechte, keinesfalls das Selbstbestimmungsrecht.¹³⁶ Diese Pläne der Polen waren für die Ruthenen unakzeptabel. Die ruthenischen Abgeordneten stellten sich gegen die Absicht, Ostgalizien einem polnischen Staat anzuschließen. Dabei wurde Polen als „*nationaler Erbfeind*“ bezeichnet.¹³⁷

Selbst im Budapester Reichstag kam es nun zu Manifestationen der wenigen Abgeordneten der Nationalitäten. Am 18. Oktober 1918 sprach der rumänische Abgeordnete Alexander Vajda im Namen der rumänischen Nationalpartei und verlas eine entsprechende Erklärung. Darin wurde Demokratie und Selbstbestimmung im Sinne Wilsons gefordert. Wie im Wiener Parlament wurde der Regierung erklärt, dass bald andernorts und von „*ganz anderen Faktoren*“ über Demokratie und Selbstbestimmung entschieden werden wird.¹³⁸ Am nächsten Tag wurde vom slowakischen Abgeordneten Ferdinand Juriga eine Proklamation des slowakischen Nationalrates verlesen.¹³⁹ Er nannte dabei die „*zwei Ideale der Menschheit ... die Demokratie und das Selbstverfügungsrecht.*“ wobei er ausdrücklich auf Wilson verwies. Juriga verwendete zeitweise seine Muttersprache und wurde während seines Vortrages laufend gestört. Konnte der rumänische Abgeordnete am Vortag noch weitgehend unbelästigt seine Rede halten, war die Stimmung gegenüber Juriga unfreundlich und aggressiv.¹⁴⁰

135 Stenographisches Protokoll, 4380-4383.

136 Stenographisches Protokoll, 4312.

137 Stenographisches Protokoll, 4311.

138PESTER LLOYD, 18.10.1918, Abendblatt, 1f.

139Leidinger, Der Untergang, 289.

140PESTER LLOYD, 19.10.1918, Abendblatt, 1f.

In Wien, bei der *konstituierenden Sitzung der Nationalversammlung der deutschen Abgeordneten* am 21. Oktober 1918, beglückwünschte Adler „*im Namen der deutschen Sozialdemokratie Österreichs ... unsere slawischen und romanischen Genossen*“, dass sie der „... *Verwirklichung ihres ... Selbstbestimmungsrechtes endlich nahe sind.*“ Dieses und dessen Anerkennung fordert er „... *auch für unser deutsches Volk.*“¹⁴¹

War die Forderung nach dem nationalen Selbstbestimmungsrecht im Wiener Parlament 1917 eine der nichtdeutschen Nationalitäten, so wurde sie gegen Ende des Krieges und danach zu einer der Kriegsverlierer. Es waren die Deutschösterreicher und die Magyaren die Wilsons „Vierzehn Punkte“ als Basis der Nachkriegsordnung forderten.¹⁴²

5. Zusammenbruch und Revolte

5.1. Ungarns Weg zur Unabhängigkeit

Am 17. Oktober 1918 veröffentlichte Kaiser Karl nach langen und mühsamen Querelen mit seinen Beratern das „Völkermanifest“.¹⁴³ In den Verhandlungen über den Inhalt des Manifestes sprach sich der ungarische Ministerpräsident Sándor Wekerle (1848-1921) - er hatte am 11. Oktober 1918 seinen Rücktritt erklärt¹⁴⁴ und amtierte nur mehr interimistisch - vehement und erfolgreich gegen die Einbeziehung der ungarischen Reichshälfte aus. In letzter Minute wurde die Stellung Ungarns nochmals bekräftigt.¹⁴⁵ Dieses Manifest versprach schließlich den „... *getreuen österreichischen Völker(n)...*“ die Umwandlung in einen Bundesstaat „... *in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet.*“ Die Abgeordneten des Reichsrates sollten Nationalräte bilden und mit der Regierung des Kaisers zusammen „... *an dem großen Werke ... mitzuwirken, ...*“. Die Bildung eines unabhängigen polnischen Staates wurde von Karl ebenso angesprochen wie die Sonderrolle der Stadt Triest. Jedoch sollte „... *die Integrität der Länder der ungarischen heiligen Krone in keiner Weise berührt ...*“ werden.

141 Stenographische Protokolle – 1. Republik, 1. Session, 6f.

142 Leidinger, Der Untergang, 281.

143 Text des "Völkermanifest": <http://wk1.staatsarchiv.at/umbruch-und-neubeginn/voelkermanifest-16101918/#/?a=artefactgroup155>, 25.2.2019, 13:30h.

144 Leidinger, Der Untergang, 282.

145 Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914-1918 (Graz, Wien, Köln 2013) 1032f.

Das ungarische Staatsgebiet umfasste nach dem damals geltenden Staatsrecht „... *alles, was einmal mit Recht und Fug in unsere Hände geraten ist* ...“. Dieser Standpunkt führte zu paradoxen Zuständen: Nach ungarischem Staatsrecht wurden Galizien und Lodomerien noch immer im Titel des Königs von Ungarn geführt.¹⁴⁶ Und das cisleithanische Kronland Dalmatien wurde vom Königreich Ungarn als Teil des Dreieinigen Königreichs Dalmatien, Kroatien und Slawonien bis 1918 für sich beansprucht.¹⁴⁷

Wekerle sprach am 11. Oktober 1918 bei einer Parteiversammlung aus, dass Österreich nicht mehr der Staat sei, mit dem das Königreich Ungarn „*in der Vergangenheit Abkommen getroffen habe*“. Österreich habe sich dem Föderalismus verschrieben und Böhmen werde einen separaten Staat bilden, ohne dass Österreich dies verhindern könne.¹⁴⁸ Die ungarische Elite in Regierung und Parlament beharrte kompromisslos auf ihre konstitutionellen Vorrechte gegenüber den Völkern ihres Königreiches. Nach Miklós Molnár war diese Handlungsweise „*folgerichtig*“, da jede Föderalisierung zur Desintegration des Königreiches geführt hätte und damit „*selbstmörderisch*“ gewesen wäre. Um abzuschließen, dass sich letztendlich die Nichtlösung des Nationalitätenproblems ebenso als selbstmörderisch erwiesen hat.¹⁴⁹

Der ungarische Reichstag wurde 1910 das letzte Mal gewählt. Unter den 413 Abgeordneten gab es fünf Abgeordnete von rumänischen und drei von slowakischen Parteien.¹⁵⁰ Das kroatische Parlament, der Sabor, entsandte 40 Abgeordnete. Nur diese durften im Reichsrat ihre Muttersprache verwenden.¹⁵¹ Daher gab es kaum Diskussionen, die das Nationalitätenproblem thematisierten. Schon die entsprechende Thematisierung führte regelmäßig zu Aufregung und Empörung. Franz Josefs Kriegsproklamation „An meine Völker“ betrachteten die ungarischen Eliten als Skandal und Kampfansage.¹⁵²

Neben den sehr wenigen Abgeordneten von Nationalitätenparteien gab es in den ungarischen Parteien Abgeordnete nichtungarischer Muttersprache. In der Partei der Nationalen Arbeit gab es

146 Heinrich Marczali, Ungarisches Verfassungsrecht (Tübingen 1911), 29.

147 Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild, Kroatien und Slavonien, siebenter Band der Länder der St. Stephans-Krone (Wien 1902) 82f.

148 POLITISCHE CHRONIK, 1918, 529. Bei dieser Rede bezog er sich auch auf eine angebliche Zusage, auch im österreichischem Reichsteil Handlungen gegen die Integrität Ungarns strafrechtlich zu sanktionieren.

149 Miklós Molnár, Geschichte Ungarns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (Hamburg 1999), 348f.

150 Einer davon - der rumänische Abgeordnete Alexander Vajda - sprach gar nur von vier rumänischen und zwei slowakischen Abgeordneten. <PESTER LLOYD, 18.10.1918, Abendblatt, 1f.>

151 Basis dieser Bestimmung war der Ungarisch-Kroatischer Ausgleich 1868. G.A. XXX, 1868 bzw. auf kroatischer Seite G.A. I. 1868.

152 Dániel Szabó, Die Agonie des historischen Ungarn. Die einheitliche und unteilbare ungarische Nation im Weltkrieg In: Helmut Rumpler (Hg), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band XI, Teil 2, Vom Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zum neuen Europa der Nationalstaaten (Wien 2016) 679-710, 687.

z.B. alleine sieben serbische Abgeordnete.¹⁵³ Die Wahlberechtigten der Minderheiten wählten oft mehrheitlich nicht die Kandidaten der nationalen Parteien.¹⁵⁴ Das einzige Thema, das den überwiegenden Teil der Reichstagsabgeordneten vereinte, war die kompromisslose Ablehnung eines demokratischen Wahlrechtes. Der Versuch des Königs, eine Wahlrechtsreform zu erwirken, ähnlich wie in Cisleithanien, führte 1905/1906 zu einer Staatskrise.

Es war nur ein kleiner Teil der Bevölkerung (6,4%¹⁵⁵) wahlberechtigt. Die Wahlen waren ferner nicht geheim und die Nationalitäten boykottierten sie überwiegend. Der Wähler musste vor der staatlichen Wahlkommission seine Entscheidung bekanntgeben.

Die Wahl von 1910 brachte Tizzas Partei der Nationalen Arbeit 258 Mandate (62%). Zusammen mit der aus drei Parteiengruppen gebildeten Unabhängigkeitspartei (107 Mandate) waren über 88% der Mandate von diesen beiden Parteien besetzt.¹⁵⁶

Ein Rückblick aus der Zeit der Räterepublik beschrieb dieses Parlament nicht untreffend: „... *kleine Provinzanwälte und mit allen Salben geschmierte Veteranen stritten sich um des Kaisers Bart, die Eitelkeit der führenden Staatsmänner feierte Orgien und das Land selbst, das aus tausenden Wunden blutete, wurde durch diese Spiegelfechtereien am Narrenseil geführt, es wurde durch dieses Parlament geknebelt;*“¹⁵⁷ Ungarische Wahlen waren europaweit ein Synonym für Wahlfälschung, Einschüchterung, Manipulation und Stimmenkauf, durchgeführt durch die Komitatsverwaltung mit Unterstützung des Innenministeriums.¹⁵⁸

Mit Kriegsbeginn gab es in beiden Reichshälften keine halbwegs bedeutende politische Gruppe, die sich nicht der Kriegspolitik der Monarchie unterwarf. Ähnlich wie in Österreich begannen sich ab 1916 auch im Königreich Ungarn Gruppen herauszubilden, die damit mehr oder weniger unzufrieden waren. Die dominierende Nationale Arbeitspartei war für die bedingungslose Fortführung des Krieges, der Unterordnung unter dem Deutschen Reich, der Niederschlagung aller sozialen Unruhen und gegen jede Veränderung des politischen Systems.

153 Imre Rész, Das Königreich Ungarn im Ersten Weltkrieg In: Helmut Rumpler (Hg), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band XI, Teil 2, Vom Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zum neuen Europa der Nationalstaaten (Wien 2016) 1095-1163, 1097.

154 Fußnote 12, Seite 227 von F. Tibor Zsuppán, Die politische Szene Ungarns In: Mark Cornwall (Hg), Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts (Essen 2004) 107-125.

155 Roman Kriszt, Ungarische Parlamentswahlen und die Wahlbezirke Zurndorf, Ungarisch-Altenburg und Neusiedl, In: BURGENLÄNDISCHE HEIMATBLÄTTER (2017) 135-175, 145.

156 F. Tibor Zsuppán, Die politische Szene Ungarns In: Mark Cornwall (Hg), Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts (Essen 2004) 107-125, 108-114, 124.

157 PESTER LLOYD, 14.6.1919, Morgenblatt, 1.

158 Kriszt, 157-168.

Eine gemäßigte Opposition unter der Führung von Albert Apponyi ¹⁵⁹ (Unabhängigkeitspartei) und Gyula Andrassy d.J. ¹⁶⁰ (Verfassungspartei, 21 Mandate) unterschied sich von Tisas Partei darin, dass sie gemäßigte Reformen des politischen Systems befürwortete. Dazu zählten ein Wahlrecht für Frontsoldaten und deren Belohnung mit einer Bodenreform. Die Vorstellung dieser Parteien von einer Wahlrechtsreform verbanden sie regelmäßig mit der Beherrschung der ungarischen Sprache.

¹⁶¹

Tatsächlich waren die Unterschiede dieser Gruppen und Parteien marginal in der beabsichtigten Wirkung ihrer Programme. In allen grundsätzlichen Fragen, welche die magyarische Vorherrschaft sichern und garantieren sollte, gab es keinerlei Differenzen. ¹⁶² Keine dieser Gruppen oder Parteien beabsichtigte eine Demokratisierung des Landes oder die Einbindung der Nationalitäten aufgrund ihrer demografischen Stärke.

Die „radikale“ Opposition im Budapester Reichstag setzte sich aus den 26 Abgeordneten der *Landes-Unabhängigkeits- und Károlyipartei* (OFP) unter der Führung von Mihály Károlyi zusammen. Károlyis Partei war weniger deutschfreundlich, wollte die Umwandlung des Dualismus in eine reine Personalunion sowie demokratische Reformen und eine umfassende Bodenreform. Er kündigte 1916 die Treuga Dei und wurde durch seine nicht der Zensur unterliegenden Reden im Budapester Reichstag bekannt und populär. ¹⁶³ Dazu kamen noch außerparlamentarisch die Sozialdemokraten (MSzDP) und die Bürgerlich-Radikale Landespartei (OPRP). Daneben gab es eine Reihe von radikalen, illiberalen und antisemitischen Gruppierungen, am Rande christlich-sozialer Ideen angesiedelt. ¹⁶⁴

István Tisza (1861 – 1918)¹⁶⁵, adeliger Großgrundbesitzer, war der bedeutendste und einflussreichste Politiker im Königreich Ungarn seiner Zeit. Nach seinem Rücktritt im Mai 1917 blieb er der Führer der parlamentarischen Mehrheit. Seit Feber 1917 verlangte der König seinen Rücktritt. Um dies zu erreichen, musste Karl den Rücktritt explizit fordern. ¹⁶⁶

¹⁵⁹ (1846 – 1933) Seit 1872 Abgeordneter im Reichstag, 1901 Präsident des Abgeordnetenhauses, 1906-10 und 1917 Unterrichtsminister, 1920 Führer der ung. Friedensdelegation in Trianon. <https://www.biolex.ios-regensburg.de/BioLexViewview.php?ID=469>, 27.7.2019, 15:45h.

¹⁶⁰ (1860-1929) Seit 1885 Reichsratsabgeordneter. 1894-1895 Minister am königlichen Hoflager, 1906-1910 Innenminister, 24.10.1918 – 1.11.1918 Außenminister, <https://www.biolex.ios-regensburg.de/BioLexViewview.php?ID=451>, 10.4.2019, 11:40h.

¹⁶¹ Szabó, 696.

¹⁶² Ress, 1107f.

¹⁶³ Ress, 1139.

¹⁶⁴ Ignác Romsics, Weltkrieg, Revolution, Trianon (1914-1920) In: István György Tóth (Hg), Geschichte Ungarns (Budapest 2005) 601-626, 604f.

¹⁶⁵ Seit 1886 im Reichsrat. Ministerpräsident 1903 bis 1905 und 1913 bis 1917. <https://www.biolex.ios-regensburg.de/BioLexViewview.php?ID=1785>, 10.4.2019, 11:15h.

¹⁶⁶ Rauchensteiner, 766.

Nach dem Sturz Tizsas als Ministerpräsident schien es, so Szabó, dass im Königreich Ungarn „*Österreich zum Hauptfeind ... zu werden schien.*“ Den Forderungen der Nichtdeutschen in Österreich werde zu wenig Widerstand geleistet. Dadurch werde das Königreich Ungarn in seiner Existenz bedroht, so die Meinung der ungarischen Eliten.¹⁶⁷

Mit ihm war ein großer Teil der politischen Elite „*durch nationalistische Engherzigkeit und überschwängliches nationales Selbstvertrauen gekennzeichnet.*“¹⁶⁸ Als Ministerpräsident sah er neben den Forderungen der verschiedenen Völker im Königreich Ungarn vor allem die drohende demokratische Umgestaltung und die stärker werdende Arbeiterbewegung als Hauptgefahren an.¹⁶⁹ Móric Esterházy (1881-1960) bezeichnete ihn als markante Persönlichkeit, der viele persönliche Feinde, aber auch fanatische Anhänger hatte.¹⁷⁰

Die kategorische Ablehnung jeglicher demokratischer Veränderungen war neben der unbedingten Aufrechterhaltung der magyarischen Suprematie ein gemeinsames Kennzeichen der ungarischen Eliten. Neben dem Begriff der *ungarischen Suprematie* setzte sich „*die als die ‚ungarischen Grundwerte‘ bezeichnete Triade*“ aus dem *einheitlichen ungarischen Nationalstaat* sowie der territorialen *Integrität* zusammen. Diese vielbeschworene „*Unverletzlichkeit der territorialen Integrität*“, die bis 1944 Leitbild und Fetisch ungarischer Politiker war, wurde erstmals 1848 in Gesetzesform gefasst.¹⁷¹

In der Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich am 30. Oktober 1918 charakterisierte ein sozialdemokratischer Abgeordnete die Integrität Ungarns mit: „*... oder wie das aus dem Magyarischen ins Deutsche übersetzt wird, möglichst viel Herrschaft über ihre Nationalitäten zu bewahren.*“¹⁷² Ein Abgeordneter der rumänischen Nationalpartei übersetzte „*magyarische Suprematie*“ 1917 mit: „*... als das auf Geburt, Vererbung und Brauch beruhende Recht einiger tausend ungarischer Gentry-Familien und der Beamtenaristokratie, gleichermaßen brutal über Ungarn und Nichtungarn zu herrschen.*“¹⁷³

167 Szabó, 698-710. Die Angriffe aus Budapest Richtung Wien standen denen aus dem Wiener Reichsrat gegenüber Ungarn um Nichts nach. Unterschiedlich waren lediglich die Themen.

168 Zoltán Fónagy, Die Epoche des Dualismus (1867-1914) In: István György Tóth (Hg), Geschichte Ungarns (Budapest 2005), 558f.

169 Péter Hanák (Hg), Die Geschichte Ungarns (Essen 1988), 188.

170 Lajos Gecsényi, Die Lebenserinnerungen von Moritz Graf Esterházy In: Ungarn-Jahrbuch, Zeitschrift für die Kunde Ungarns und verwandte Gebiete (1990) 179-204, 186.

Diese Lebenserinnerungen hat Péter Esterházy, der Enkel von Moritz, in seinem Werk über die Familie Esterházy HARMONIA CAELESTIS (Berlin 2001) teilweise wörtlich übernommen.

171 George Barany, Ungarns Verwaltung 1848-1918 In: Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch (Hg), Verwaltung und Recht, Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band II (Wien 1975) 306-468, 336.

172 Stenographische Protokolle – 1. Republik, 1. Session, 13-60.

173 Szabó, Die Agonie, 700f.

Esterházy, aus der zweifellos reichsten Familie des Landes mit einem Grundbesitz im Ausmaß von ca. 300.000 ha,¹⁷⁴ war 1917 selbst für zwei Monate Ministerpräsident. Er berichtete in seinen Erinnerungen über ein Gespräch mit seinem Vorgänger Tisza im Sommer 1918. „... machte ihn aufmerksam, es sei höchste Zeit, sich konkret mit der Friedensfrage zu befassen. Siebenbürgen, Kroatien, möglicherweise die nördlichen Komitate werden bei den Verhandlungen in Rede kommen. Er blickte mich verwundert an, 'die Integrität Ungarns ... ist interne Angelegenheiten Ungarns ...'“.

¹⁷⁵ Esterházy selbst wurde als politisches Leichtgewicht, sogar „als eine politische Null“ beschrieben.¹⁷⁶

Solche - auch für Zeitgenossen - unfassbare Realitätsferne, finden wir bei den ungarischen Spitzenpolitikern der damaligen Zeit häufig. Ob die Handelnden ihre Worte tatsächlich so meinten oder ob dies lediglich für das „Publikum“ so präsentiert wurde, ist nicht immer klar erkennbar. Bekenntnisungarn wie Lehár hatten keine Zweifel, dass Ungarn ohne Gebietsverlust weiterbestehen werde. Ungarn sei „zu neuem nationalen Leben erwacht“.¹⁷⁷ Aber auch die Politiker, die nach der Revolution 1918 Ungarn regierten, waren - mit wenigen Ausnahmen - überzeugt, dass an der Integrität Ungarns nicht gerüttelt werden dürfe.

Istvan Bibó¹⁷⁸ erklärte 1948 dazu Folgendes: „Eine besondere ungarische Erscheinung hingegen ist, dass das Land in seiner jüngsten Geschichte in entscheidenden historischen Momenten – besonders ab dem Ende des 19. Jahrhunderts und v.a. zwischen 1914 und 1920 sowie zwischen 1938 und 1944 – sich in verhängnisvoller Weise als unfähig erwiesen hat, die Realität der eigenen Lage und die sich daraus ergebenden Aufgaben zu erkennen.“¹⁷⁹ Imre Ress charakterisierte die Politik der ungarischen Eliten der damaligen Zeit als eine „Vogel-Strauß-Politik“.¹⁸⁰

Eine ähnliche Einschätzung von Alfred D. Low zitiert Bak „Liest man die Memoranden und Eingaben der späteren, vom Grafen Apponyi geleiteten Friedensdelegationen, so stößt man auf gleiche Naivität und Mangel an Einsicht in die internationale Lage. Die Wurzeln dieser, man darf

174 In Cisleithanien waren die größten Grundbesitzer die Schwarzenbergs in Böhmen mit 176.000 ha. Die größten Grundbesitzer im späteren Österreich waren die Mayr-Melnhofs mit 35.800 ha. Roman Sandgruber, Österreichische Agrarstatistik 1750-1918 (Wien 1978), 234-238. Zitiert nach <Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates, Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Wien 1994), 90.>

175 Gecsényi, 190.

176F. Tibor Zsuppán, Die politische Szene Ungarns In: Mark Cornwall (Hg), Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts (Essen 2004) 107-125, 121.

177 Peter Broucek (Hg), Anton Lehár - Erinnerungen, Gegenrevolution und Restaurationsversuche in Ungarn 1918-1921 (Wien 1973), 51.

178 István Bibó (1911-1979) is considered by some to be the greatest Hungarian political thinker of the twentieth century. <http://hungarianspectrum.org/2011/08/15/istvan-bibo-august-7-1911-may-10-1979/> 31.12.2018, 20:30h. <https://dissidenten.eu/laender/ungarn/biografien/istvan-bibo/> 31.12.2018, 20:40h.

179 Istvan Bibó, Deformierter ungarischer Charakter, ungarische Geschichte auf Irrwegen. <http://www.kakanien-revisited.at/beitr/fallstudie/lbibo1.pdf>, 2. 26.11.2018, 9:00h.

180 Ress, 1161.

sagen – Unaufgeschlossenheit den Realitäten der Weltlage gegenüber könnte man nur mit einer historischen Studie über das Weltbild des globus Hungaricus aufspüren; so viel ist jedenfalls gewiss, dass sie für die Außenpolitik Ungarns 1848/1849 ebenso charakteristisch war wie für die ungarische Außenpolitik der Jahre 1918/1919 ...“.¹⁸¹

Die ungarischen Eliten waren auf das sich abzeichnende Ende des Krieges und die dabei drohende Niederlage politisch und intellektuell nicht vorbereitet. Während im Wiener Parlament der Zusammenbruch der Monarchie jahrelang in allen möglichen und erlaubten Varianten angesprochen wurde, kam dies im Budapester Parlament nie vor. Ein Problembewusstsein in sozialen und nationalen Fragen war diesen Abgeordneten scheinbar fremd. Ihr offenbar einziges Bestreben war die Aufrechterhaltung der magyarischen Vorherrschaft in den aktuellen Grenzen. In einer beispiellosen Verdrehung geschichtlicher Tatsachen wurden diese Grenzen als tausendjährig und gottgegeben dargestellt.¹⁸² Apponyi schrieb 1918, nach der Revolution, "*Hungary within her present limits has been a political unit for more than thousand years.*"¹⁸³ Tisza erklärte in einer Rede vor seiner Partei am 10. Oktober 1918, dass die „Entwicklung der inneren Verhältnisse in Österreich“ - gemeint waren die Autonomiebestrebungen der Nationalitäten - die Aufrechterhaltung des Ausgleiches in Frage stelle. „Die Aufgabe sämtlicher ungarischer Patrioten ... [ist es] ... die tausendjährige Unabhängigkeit des Landes aufrecht[zu]erhalten ...“,¹⁸⁴

Dieses Manifest des Kaisers sollte auch gegenüber Wilson Wirkung zeigen. Dieser hatte aber zu diesem Zeitpunkt bereits die Friedensnoten der Mittelmächte abgelehnt. Tatsächlich hatte die Entente den Tschechen, Polen und Südslawen bereits weitgehende Zugeständnisse gemacht. Somit hatte dieses Manifest auf den weiteren Verlauf des Geschehens keinerlei Auswirkungen und darf als naiver, verspäteter und halbherziger Versuch von Karl gedeutet werden, das Habsburgerreich zu retten.¹⁸⁵ Es „ist zu einem im Einzelnen schwer deutbaren Wortkunstwerk und einem Musterbeispiel staatsrechtlichen Raffinements geworden.“, blieb auch sonst „... völlig ergebnislos.“¹⁸⁶ Da es den „zentralen Aspekt des Dualismus“ unberührt ließ, war es sowohl für die Tschechen und Slowaken als auch für die Südslawen wertlos.¹⁸⁷ Die ARBEITER-ZEITUNG nannte das Manifest eine

181 Bak, 575.

182 Karl Renner, An der Wende zweier Zeiten, Lebenserinnerungen (Wien 1946) 192-195. Er berichtete darin von den „magyarischen Geschichtslegenden“ mit denen sie ein ungarischer Jahrgangskollege beim Militär verblüffte. Es war die Zeit kurz vor der „Tausendjahrfeier“ Ungarns und der Kamerad war ebenfalls Maturant.

183 Apponyi, 4.

184 POLITISCHE CHRONIK, 1918, 528.

185 Robert A. Kann, Geschichte des Habsburgerreiches 1526 bis 1918 (Wien/Köln 1990) 441.

186 Gerhard Schulz, Revolutionen und Friedensschlüsse 1917-1920 (München⁵1980), 162, 139.

187 Leidinger, Der Untergang, 283.

„unfruchtbare Halbheit“. ¹⁸⁸ Mit diesem Manifest stellte Karl - so Herfried Münkler - „die Einheit seines Reiches de facto selbst zur Disposition.“ ¹⁸⁹

Imre Ress führte aus, dass das Manifest in Budapest „keine besonders hohen Wellen“ schlug. ¹⁹⁰ Diese Wellen hatten aber insofern fundamentale Auswirkungen, als die ungarischen Politiker erkannten, dass damit die Unabhängigkeit Ungarns zu erreichen war.

5.2. Vor dem Zusammenbruch der Monarchie

Bereits 1916 brachen Streiks und Revolten aus. Meist war die schlechte Nahrungsmittelversorgung dafür verantwortlich. In den ersten Jännertagen 1918 kam es aus ähnlichen Gründen in Ungarn und Polen zu kurzen Streiks. Und es waren bald auch andere Gründe, die diese Streiks und Revolten wenn schon nicht auslösten, sie jedoch verstärkten.

Die Nachrichten über die Verhandlungen in Brest-Litovsk, aber auch nationale Beweggründe, mischten sich in die allgemeine Unzufriedenheit.

Am 14. Jänner 1918 nahm eine bisher noch nie dagewesene Streikbewegung in Wiener Neustadt ihren Anfang. Zuletzt waren eine Million Arbeiterinnen und Arbeiter der Monarchie in diesen Streik involviert. ¹⁹¹ Vordergründiger Auslöser war die Herabsetzung der täglichen Mehlquote von 200 Gramm auf 165. Die Streiks griffen auf das gesamte niederösterreichische Industriegebiet, auf die Steiermark und bald auf die ganze Monarchie über. Innerhalb kurzer Zeit traten politische Ziele des Streiks in den Vordergrund und der Streik nahm revolutionäre Züge an. Die Sozialdemokratie erkannte rasch, dass sie die Kontrolle über die Arbeiterinnen und Arbeiter zu verlieren drohte. ¹⁹²

In der ARBEITER-ZEITUNG vom 15. Jänner 1918 wurde über die Streiks nicht berichtet. Die Zensur hätte dies sicherlich nicht zugelassen. Die Zeitung hatte so schon genug weiße Flecken. Die Berichte über die Friedensverhandlungen und die entsprechenden Forderungen der Sozialdemokraten nahm hingegen breiten Raum ein. Der Friede sollte das Selbstbestimmungsrecht der Völker berücksichtigen und keine Annexionen hervorrufen. „Die Arbeiterschaft fordert mit leidenschaftlicher Entschiedenheit den allgemeinen Frieden.“ ¹⁹³

188 ARBEITER-ZEITUNG, 17.10.1918, 1.

189 Herfried Münkler, Der Große Krieg, Die Welt 1914-1918 (Reinbek bei Hamburg ²2017) 733.

190 Ress, 1160.

191 Leidinger, Der Untergang, 272f.

192 Rauchensteiner, 905-908.

193 ARBEITER-ZEITUNG, 15.1.1918, 1.

Es war aber nicht nur die sozialdemokratische Presse, die dieses Thema prioritär behandelte. Sowohl die NEUE FREIE PRESSE, das FREMDENBLATT und die REICHSPPOST hatten die Friedensverhandlungen am 14. Jänner 1918 auf der Titelseite.

Am 16. Jänner 1918 erschien die ARBEITER-ZEITUNG mit der dramatischen Schlagzeile über alle drei Spalten „*Arbeiter und Arbeiterinnen!*“. Fast die gesamte erste Seite diente einem Aufruf der mit der unzureichenden Verpflegungssituation begann, deren Zustandekommen den „*Vorrechten der Agrarier*“ und dem „*Schleichhandel der Kapitalisten*“ angekreidet wurde. Er endete mit den Forderungen einer „*schleunigsten Beendigung des Krieges*“ ohne Eroberungen und auf Basis des „*unverfälschten Selbstbestimmungsrechtes der Völker*.“¹⁹⁴ Ein kleiner Teil des dramatischen Aufrufes fiel erkennbar der Zensur zum Opfer. Ab dem 17. Jänner wurde auch in Budapest in den meisten Industriebetrieben gestreikt. Es kam zu Demonstrationen und Ausschreitungen. Sogar die Zeitungen konnten am 19. und 20. Jänner nur eingeschränkt erscheinen.¹⁹⁵

Am 19. Jänner 1918 wurden die Spitzen der österreichischen Sozialdemokratie vom Ministerpräsidenten empfangen. Mit wenigen substantiellen Zusagen waren diese bereit, für den Abbruch des Streiks zu plädieren. Ähnliches ereignete sich in Budapest.¹⁹⁶ Das PRAGER ABENDBLATT meldete am 21. Jänner 1918 „*Der Aufstand in Wien beendet*“. ¹⁹⁷ „*Der Parteivorstand der Deutschen Sozialdemokratie in Österreich*“ forderte die „*Arbeiter und Arbeiterinnen*“ auf „*... die Arbeit wieder aufzunehmen*.“¹⁹⁸

Vor allem im Industriegebiet des Großraums Wiener Neustadt war die Arbeiterschaft aber nicht begeistert von diesen Kompromissen. Der Sozialdemokratie standen hier plötzlich neue radikalere Kräfte zur Seite.

Viele Arbeitskräfte der Industriegebiete Wiener Neustadt, Ternitz, Ebenfurt stammten aus Westungarn. Es ist daher davon auszugehen, dass die Forderungen und Losungen der Streikenden auch in die Dörfer des Untersuchungsgebietes Eingang gefunden haben.

Wie viele Menschen in den Rüstungsbetrieben arbeiteten ist nicht überliefert. Es gab jedoch ein Ereignis, welches erlaubt, eine hohe Zahl anzunehmen. Am 18. September 1918 kam es in der Wöllersdorfer Munitionsfabrik zu einer Brandkatastrophe. In dieser staatlichen Fabrik wurden v.a. Artilleriemunition, Gewehrpatronen und Handgranaten erzeugt.¹⁹⁹ Die Zensur konnte die Meldungen einen Tag lang unterdrücken. Die ARBEITER-ZEITUNG meldete sarkastisch die

194 ARBEITER-ZEITUNG, 16.1.1918, 1.

195 PESTER LLOYD, 21.1.1918, 1.

196 Rauchensteiner, 909.

197 PRAGER ABENDBLATT, 21.1.1918, 1.

198 ARBEITER-ZEITUNG, 21.1.1918, 1.

199 Sabine Schmitner, „Keine unnötige Angst, ruhige Fortarbeit!“ Wirtschaftliche Mobilisierung am Beispiel des Rüstungszentrums Wiener Neustadt In: Jubel & Elend Leben mit dem Grossen Krieg 1914-1918 (Schallaburg 2014) 302-307, 302.

Stellungnahme der Militärverwaltung, dass „... infolge der sofort ergriffenen Maßnahmen eine Betriebsstörung der Munitionsfabrik ausgeschlossen“ sei.²⁰⁰ In Mattersburg, so berichtet ein Zeitzeuge, war es in dieser Nacht so hell, dass man auf der Straße lesen konnte.²⁰¹ Es starben dabei 423 Menschen, fast nur Frauen. In einigen Gemeinden des Untersuchungsgebietes sind Opferzahlen bekannt. So sind aus Schattendorf zwölf Frauen, aus Marz vier bei dem Unglück ums Leben bekommen. In Marz wurden die Namen der Verunglückten sogar am Kriegerdenkmal verewigt, wenn auch nur auf der Rückseite.

Ein ähnliches, offenbar kleineres Explosionsereignis mit einer unklaren Opferzahl, das in den Gemeinden an der Leitha registriert wurde, ereignete sich am 17. Juni 1917 in einem Munitionsdepot in Siegersdorf (Gemeinde Pottendorf) wenige Kilometer nördlich von Neufeld. Selbst das Kaiserpaar besuchte damals die Unglücksstätte²⁰² und amtlicherseits wurde ein „*verbrecherischer Anschlag*“ ausgeschlossen.²⁰³ In Neufeld kam es dabei zu großen Schäden infolge Bruchs von Glas und Dachziegeln. Kosten für die Reparatur der Schäden wurden über die Gemeinde ausbezahlt.²⁰⁴

Durch die hohe Konzentration von Menschen in den Fabriken und deren schlechter Nahrungsmittelversorgung kam es immer wieder zu Ausbrüchen von Krankheitsepidemien. So sind uns Typhuserkrankungen aus Hornstein bekannt.²⁰⁵ Angeblich wurde die Krankheit von jungen Arbeiterinnen aus ihren Arbeitsstätten eingeschleppt. Im Hornsteiner Gemeinderat²⁰⁶ war die Krankheit Thema. Mehrere Menschen starben an der Krankheit.

Die materielle Versorgung der Menschen war, wenn sie tatsächlich nur von den staatlichen Leistungen leben mussten, katastrophal. So erhielt eine Witwe mit sieben minderjährigen Kindern vom ungarischen Staat Anfang 1918 eine staatliche Zahlung von weniger als 67 Kronen pro Monat.²⁰⁷ Ein Liter Milch kostete in Budapest im April 1918 118 Heller.²⁰⁸

Nachdem Ungarn bereits 1914 die freien Lebensmittelausfuhren nach Österreich nicht mehr erlaubte, begannen die Menschen an der Grenze den Ausgleich von 1867 existenziell zu spüren. Schlagartig wurden nun Schmuggel und Schleichhandel zu einer machtvollen Realität. Und die Erscheinungsformen dieser Tätigkeiten waren vielfältig. Für manche war es eine Quelle schnellen

200 ARBEITER-ZEITUNG, 20.9.1918, 6.

201 Samuel Hirsch, Nachdem wie gewöhnlich der erste Prügelknab der Jude ist, Aus dem Tagebuch der Vertreibung. In: Joachim Riedl (Hg), Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder, Festschrift zum 90. Geburtstag von Richard Berczeller (Wien 1992) 145-170, 148.

202 REICHSPPOST, 19.6.1917, 7.

203 ARBEITER-ZEITUNG, 18.6.1917, 1.

204 Albert Absenger, Neufeld – Chronik (Neufeld 2007) 88f.

205 GRENZPOST, 11.1.1918, 2.

206 Protokoll der Gemeinderatssitzung, 18.2.1918.

207 ARBEITER-ZEITUNG, 29.5.1918, 5.

208 PESTER LLOYD, 17.4.1918, Morgenblatt, 9.

Gelderwerbes, ja Reichtums, für viele eine lebenswichtige Notwendigkeit. Schmuggel war als Existenzform auch mit dem Anschluss an Österreich nicht beendet. Er verlagerte sich örtlich nur an die neue Grenze.

5.3. Die Sozialisierung der Gewalt

Je näher das Kriegsende kam, desto häufiger kam es zu Gewalttaten. Gewalt war - nicht nur im politischen Kontext - für die Menschen der Zeit ein, wenn nicht der übliche, Weg zur Problembewältigung. Der Krieg hatte dies nicht zurückgedrängt, sondern weiter verschärft. Die Soldaten waren es gewohnt, auf Befehl oder aus eigenem Antrieb Gewalt auch gegen die Zivilbevölkerung, gegen Frauen und Kinder einzusetzen.

Im engeren Umfeld gab es offenbar soziale Grenzen, die selten überschritten wurden. Diese waren aber wesentlich weiter gezogen als heute. Körperliche Gewalt in der Öffentlichkeit in Form von Schlägereien waren im dörflichen Leben üblich. Die staatlichen Behörden waren für die Menschen in den Dörfern der Feind schlechthin. Einerseits war der Staat als Empfänger von Steuern präsent. Für die Dorfbewohner erbrachte dieser Staat jedoch keine Gegenleistung. Andererseits gab es noch die ungarische Gendarmerie, die für ihre Brutalität bekannt und gefürchtet war.

Im weiteren Umfeld wurde bei sozialen, nationalen oder politischen Problemen regelmäßig und wie selbstverständlich das Militär eingesetzt. Die Menschen konnten den Eindruck gewinnen, dass ohne Einsatz des Militärs der Staat nicht funktionieren würde. So war in der Monarchie das Militär als Ordnungsfaktor nach innen ständig präsent. Rauchensteiner nannte diese Entwicklung „die Sozialisierung der Gewalt“²⁰⁹

Streiks gehörten in dieser Zeit zu alltäglichen Erscheinungen in den großen Städten. Oft folgten den Arbeitskämpfen Aufruhr und Revolte. Im Feber 1902 wurde in Triest der erste Generalstreik in der Monarchie ausgerufen. Das Militär wurde eingesetzt, zwölf Menschen wurden dabei getötet.²¹⁰ In Alesd (ungarisch Élesd, heute NW Rumänien) wurden 1904 bei sozialen Unruhen 23 Menschen,²¹¹ bei der Einweihung einer Kirche in Černová (heute Slowakei) 1907 15 Menschen von der ungarischen Gendarmerie getötet.²¹²

209 Rauchensteiner, 39f.

210 Wolfgang Maderthaner, Urbane Lebenswelten: Metropolen und Großstädte In: Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Hg), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band IX, 1. Teilband (Wien 2010) 493-538, 531f

211 WIKIPEDIA, https://hu.wikipedia.org/wiki/%C3%89lesd#cite_ref-20, 21.4.2019, 15:30h.

212 Die Welt der Habsburger, <https://ww1.habsburger.net/de/kapitel/die-slowaken-im-kampf-gegen-die-magyarisierung-ueber-der-tatra-gehen-blitze-nieder>, 21.4.2019, 16_00h

Als die Sozialdemokraten gegen die Wahl Tizzas zum Parlamentspräsidenten eine Demonstration mit 100.000 Teilnehmern organisierten, kam es zu großen Ausschreitungen und umfangreichen Zerstörungen. Dieser 23. Mai 1912 ging als „blutroter Donnerstag“ in die ungarische Geschichte ein. Sechs Menschen wurden von den Kräften der Regierung getötet.²¹³ In Ungarn kam es ab Anfang des 20. Jahrhunderts regelmäßig auf dem Land zu „Erntestreiks“ bzw. regelrechten Aufständen der Landarbeiter. Diese wurden mit legislativen Mitteln, bekannt ist das sogenannte „Sklavengesetz“ bekämpft, aber auch durch die bewaffnete Macht niedergeschlagen.²¹⁴

1912 wurde das Kriegsdienstleistungsgesetz im Wiener Parlament beschlossen. Selbst die Sozialdemokraten, mit Ausnahme der böhmischen, stimmten diesem Gesetz mit einem schlechten Gewissen und mit Vorbehalten zu. Sie akzeptierten auch einen Verteidigungskrieg vor allem gegenüber dem zaristischen Russland. Dieses Gesetz, seit 1873 immer wieder geplant, hatte in den beiden Reichsteilen denselben Inhalt. Im Kriegsfall wurden die bürgerlichen Rechte sowie die Rechte der Arbeiterschaft aufgehoben. Menschen, die nach einer Kriegserklärung dagegen opponierten, verfielen der Militärjustiz.²¹⁵

Mit kaiserlicher Verordnung wurden bei Kriegsbeginn in weiten Teilen des Reiches der Armee innenpolitische Befugnisse u.a. im Justizbereich übertragen. Damit war die Armee für die Anwendung der Ausnahme Gesetze verantwortlich, was Geiselnahmen, Zerstörung von Privateigentum und die Ermordung von Zivilisten und Soldaten mit der Berufung auf das „Kriegsnotwehrrecht“ zur Folge hatte. Nicht nur in Frontnähe, auch im tiefsten Hinterland kam es zu Verhaftungen, Verurteilungen und Justizmorden. Massaker gab es nicht nur im Feindesland. Der *„als Abschreckung gedachter Terror“* richtete sich primär gegen die eigene Bevölkerung. In Galizien und der Bukowina wurden allein über 5.000 Todesurteile gefällt.²¹⁶ Dazu kamen noch die willkürlichen Tötungen ohne juristische Fassade.

Über das Ausmaß und die Einzelheiten dieses Mordens liegen uns aus Galizien präzise und unzweifelhafte Dokumente in Form von Unterlagen zu den entsprechenden Sitzungen des Abgeordnetenhauses des Wiener Reichsrates 1917 vor. Es waren ruthenische und polnische Reichsratsabgeordnete, die in seltener Einmütigkeit diese Gräueltaten der k.u.k. Armee bzw. der Militärjustiz anprangerten. *„Es wurden alltäglich mehrere Hunderte, durch mehrere Monate hindurch gehenkt, kleine Kinder nicht ausgenommen.“*²¹⁷

213 Rauchensteiner, 38.

214 Barany, 446f.

215 Rauchensteiner, 42-44.

216 Rauchensteiner, 271-276.

217 Hannes Leidinger, „Der Einzug des Galgens und des Mordes“ Die Parlamentarischen Stellungnahmen polnischer und ruthenischer Reichsratsabgeordneter zu den Massenhinrichtungen in Galizien 1914/15 In: Zeitgeschichte, 32.

Obwohl der Kaiser solche Zustände nicht befürwortete und das Innenministerium riet, die Todesstrafe an Zivilpersonen nur in ganz besonders krassen Fällen tatsächlich vollziehen zu lassen, kümmerten sich die militärischen Kommandanten sanktionslos nicht darum. „*Ungerechtfertigte Urteile, eine regelrechte Lynchjustiz und Exekutionen ohne Verfahren wiederholten sich beinahe täglich.*“²¹⁸ Solche und ähnliche Gräueltaten der Armee bzw. der Militärjustiz sind aus dem serbischen Kriegsschauplatz, bzw. dessen Hinterland ebenfalls bekannt und belegt. Das Standrecht sollte das Ausbreiten von Straftaten durch Abschreckung verhindern. Ziel war es, durch wenige Todesurteile die Lage zu beruhigen. Verurteilt sollte nur jemand werden, der auf frischer Tat angetroffen wurde oder dessen Schuld eindeutig ist.²¹⁹ Tatsächlich wendete die k.u.k. Militärjustiz das Standrecht willkürlich und keinesfalls so an, wie es ursprünglich gedacht war. Es kam, wie erwähnt, zu Massentötungen von Menschen.²²⁰

Im Untersuchungsgebiet, das weit weg von der Front lag, gab es gegen Kriegsende immer mehr Möglichkeiten, Opfer von Gewalttaten zu werden. Kriegsgefangenenlager mussten aufgelöst werden. Die elende Lebensmittelversorgung wurde immer miserabler. Gefängnisausbrüche häuften sich.²²¹ Das Heer löste sich auf. Die Sicherungsaufgaben des Militärs wurden oft ersatzlos aufgegeben. Das hatte zur Folge, dass staatliche und militärische Depots, Kriegsgefangenenlager, öffentliche Gebäude, Lebensmittelmagazine, aber auch Kasernen und Waffendepots geplündert wurden. Während des Krieges gab es im Untersuchungsgebiet wenige militärische Anlagen. Lediglich in Hornstein war ein Versuchs- und Ausbildungslager für Minenwerfer. Zuletzt waren dort tschechische Einheiten stationiert.²²² Ende Oktober 1918, nachdem die Soldaten die Anlage verlassen hatten, wurde sie von der Hornsteiner Bevölkerung geplündert. Dabei gelangten große Mengen an Waffen und Munition in zivile Hände.²²³ In diesem Ausbildungslager kam es im August 1918 zu einer Revolte. Diese wurde vom Militär, angeblich waren auch Kadetten aus Ödenburg

Jg./Heft 5 (2006) 235-260, 236.

218 Leidinger, Der Einzug des Galgens, 248.

219 Zsuzsanna Peres, Die rechtlichen Grundlagen und ihre Auswirkungen auf den Alltag. Die Gesetzesartikel Nr. 63 von 1912 und Nr. 50 von 1914 über die außerordentliche Macht In: Rudolf Kropf (Hg), Der Erste Weltkrieg an der „Heimatfront“ Tagungsband der 33. Schlaininger Gespräche 22. bis 26. September 2013 (Eisenstadt 2014) 85-94, 93.

220 In Österreich wurde am 10. November 1933 von der Bundesregierung unter Berufung des Gesetz vom 24. Juli 1917 (Notverordnungsrecht), das Standrecht auf den Tatbestand Aufruhr erweitert. <Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jahrgang 1933, 160. Stück, 501 Verordnung: Änderung der Vorschriften über das standrechtliche Verfahren.> Entsprechende Ausweitungen zur Möglichkeit Menschen staatlicherseits zu töten, erfolgten in der Zeit des Austrofaschismus. Dabei ging es weniger um den Umstand, die Lage zu beruhigen, sondern um Rache und Vergeltung zu üben.

221 NEUE FREIE PRESSE, 1.11.1918, 6. 200 Häftlinge aus dem Militärgefängnis Möllersdorf entflohen.

222 Schlag, Hornstein, 65.

223 CHRISTLICHES ÖDENBURGER TAGBLATT, 7.7.1921, 3.

beteiligt, gewaltsam niedergeschlagen. Eine unbekannte Anzahl von Soldaten wurden anschließend erschossen.²²⁴

In der Monarchie kam es, so wie in (fast) allen kriegsführenden Staaten, zu zahlreichen Revolten. Die bekannteste ist die der Matrosen von Cattaro Anfang Feber 1918. 91 Menschen sollen dabei von der Militärjustiz getötet worden sein.

Das Militär tötet aber auch viele Zivilisten. Um einen Bergarbeiterstreik im Mai 1918 bei Pécs niederzuschlagen, wurden vom Militär zwölf Arbeiter erschossen. Und als die Arbeiter der MÁV (Ungarische Staatsbahnen) Ende Juni 1918 streikten, wurden vier Menschen getötet. Bei den Protesten dagegen abermals vier weitere.²²⁵ Die Ursachen dieser Revolten lagen zumeist im Bereich der schlechten Verpflegung, der Kriegsmüdigkeit, vermischt mit politischen und nationalen Forderungen. Weitere Revolten im Sommer 1918 wurden ebenso brutal und rücksichtslos, wie von den vorgesetzten Dienststellen gefordert, niedergemacht. In Judenburg, Radkersburg und Murau wurden 20 Soldaten erschossen. In Rumburk (Rumburg Nordböhmen) waren es zehn, in Pécs 19 und in Kragujevac 44 Menschen.²²⁶

Eine weitere Gefahr für die Zivilisten im Hinterland waren die nach Hause strebenden Soldaten. Manche Einheiten kamen in militärischer Ordnung und unter Waffen zurück.²²⁷ Vielen fehlte diese Ordnung und oft auch die notwendige Verpflegung. Plünderungen waren daher nichts Außergewöhnliches. In Ungarn wurde vielfach versucht, die zurückkommenden Soldaten, noch bevor sie die Städte erreichten, zu entwaffnen.²²⁸

5.4. Das unabhängige Ungarn

Ministerpräsident Wekerle vollzog die Auflösung der Realunion des ungarischen Königreiches mit Österreich wegen Verletzung des Ausgleiches von 1867. Im Abgeordnetenhaus verkündete er am 16. Oktober 1918: „Wenn wir einem föderalistischen Österreich gegenüberstehen, so ergibt sich die unumgängliche Notwendigkeit, dass wir uns auf den Standpunkt der Personalunion stellen.“²²⁹

Damit verband nur mehr die Personalunion mit Karl I./ IV. die beiden Staaten für kurze Zeit.

224 Marktgemeinde Hornstein, <http://www.hornstein.at/de/heimatarchiv/1.-wk-kriegsopfer/>, 21.4.2019, 14:00h.

225 Karl-Heinz Gräfe, Mythos und Historische Wirklichkeit eines Weltereignisses. Bürgerlich-demokratische Volksrevolution und sozialistische Räterevolution in Ungarn 1918-1919 In: Christian Koller, Matthias Marschik (Hg), Die ungarische Räterepublik 1919, Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen (Wien 2018) 17-46, 24.

226 Hannes Leidinger, Der Untergang der Habsburgermonarchie (Innsbruck, Wien 2017) 269f.

227 Oberst Anton Lehár, kehrte mit seinem Infanterieregiment 106 am 18. November 1918 nach Steinamanger (Szombathely) zurück. Dieses Regiment wurde auch aus dem Komitat Ödenburg mit Soldaten ergänzt. <Broucek, 48, 54.>

228 PESTER LLOYD, 5.11.1918, Abendblatt, 3.

229 PESTER LLOYD, Abendblatt, 16. 10.1918, 1.

In Österreich und Ungarn wurde die staatliche Trennung in den Zeitungen auf den Titelseiten abgehandelt. Der PESTER LLOYD titelte „*Das unabhängige Ungarn auf Grundlage der Personalunion.*“ Und hoffte „*Mit der Personalunion ist ein Gesundheitskordon um unsere Grenzen gezogen, der das Herüberkommen der Miasmen staatlicher Zersetzung aus Österreich verhindern wird.*“ Mit einer atemberaubenden Selbstverständlichkeit wurde die Personalunion und somit die staatliche Selbstständigkeit verkündet, „... *seinem Fortbestand [wurde] der Rechtsboden entzogen ...*“. Mit der gleichen Selbstverständlichkeit wurde in dem Kommentar den Nationalitäten ihr Recht auf Selbstbestimmung verweigert.²³⁰

Die REICHSPPOST hoffte in einem Kommentar, dass „*Sobald die nervöse Flut von heute sich einigermaßen setzt, werden von selbst die unzerstörbaren Fundamente des Reiches wieder zum Vorschein kommen.*“²³¹

Die ARBEITER-ZEITUNG war weniger sentimental, wesentlich weitsichtiger und bezeichnete den Glauben an die heilige Stephanskronen einen „*Fetisch*“. Sie unterstellte den magyarische Eliten zu glauben, „... *dass die nationale Frage an der Leitha aufhört ...*“. Der Autor zieht aus der Auflösung der Realunion einen naheliegenden Schluss und fragt, ob der deutsche Staat in Österreich nun darin gehindert werden kann, auf die Deutschen in Ungarn zu verzichten?²³²

Er konnte damit wohl nur die Deutschsprachigen an der Grenze zu Niederösterreich und der Steiermark gemeint haben. Daraus ist zu ersehen, dass diese Forderung nicht nur in deutschnationalen Kreisen, sondern auch bei den Sozialdemokraten präsent war.

Als Károlyi am 16. Oktober 1918 im Parlament das Offensichtliche aussprach, der Krieg sei verloren, wurden er und seine Mitstreiter noch auf das Wüsteste beschimpft. In seiner Rede erklärte er, dass es wichtig ist, nicht auch noch den Frieden zu verlieren. Er propagierte eine „*dringende und radikale Neuorientierung unserer inneren und auswärtigen Politik*“. Eine Abkehr von der deutschfreundlichen Politik, die er reaktionär nannte und auch von der bisherigen Nationalitätenpolitik. Er bezeichnete die Weiterführung dieser als Gefahr für die territoriale Unversehrtheit Ungarns. „*Die Stunde der Abrechnung ist da.*“ waren seine Worte an die bisherigen Machthaber. Károlyi verkündete, dass ein radikaler demokratischer Kurswechsel Vorbedingung für einen Frieden sei. Neben der Ablöse des Ministerpräsidenten Wekerle forderte er das „*uneingeschränkte, allgemeine, gleiche, geheime, auch auf die Frauen sich erstreckende Wahlrecht.*“ In der Nationalitätenfrage wolle er sich auf „*die Grundlage der Wilsonschen Prinzipien*

230 PESTER LLOYD, Morgenblatt, 17. Oktober 1918, 1.

231 REICHSPPOST, Morgenblatt, 17. Oktober 1918, 2.

232 ARBEITER-ZEITUNG, 17. Oktober 1918, 1.

stellen.“ Durch den bisherigen „übertriebenen Chauvinismus“ würde die territoriale Integrität gefährdet sein. Diese territoriale Integrität wurde zu diesem Zeitpunkt von keiner Partei, sei sie im Parlament oder nicht, in Frage gestellt.

Die Károlyipartei brachte ihre Forderungen an den König zur Verlesung. Im ersten Punkt wurde noch eine Loyalitätsadresse an den König ausgesprochen. Betreffend der Forderungen in der Nationalitätenfrage gab es einen bezeichnenden Zwischenruf von rechts. Die Rechte der Nationalitäten auf dem Gebiet des Unterrichtswesens, der Verwaltung, in der Gesetzgebung und bei den autonomen Organen seien ohnehin schon zufriedenstellend geregelt. Im 9. Punkt wurde eine „radikale Besitzpolitik“ gefordert. Das „besitzlose Volk“ solle Grundbesitz bekommen. Ein Zwischenrufer von rechts merkte an: „Károlyi soll seinen eigenen Boden hergeben.“ Im letzten Punkt wurde gefordert, die ungarischen Truppen zurückzurufen. Mitglieder seiner Partei sprachen unter wütendem Protest der Mehrheit offen aus, „Wir gehen mit der Entente ... Wir sind Freunde der Entente“. Der PESTER LLOYD bezeichnete in dieser Ausgabe die Károlyipartei „eine dreiste, skrupellose schamlose verschwindend kleine Gruppe“. Sie seien Freunde der Feinde und dies soll „der Nachkommenschaft unserer unglücklichen Generation“ erhalten bleiben.²³³

Erst als Tisza selbst einen Tag später im Parlament zugab, „dass wir diesen Krieg verloren haben.“,²³⁴ schien die ungarische Elite begriffen zu haben, wie ernst die Lage war. Esterházy notierte dazu: „Dieser Ausspruch eines Mannes, der stets als unbeugsam galt, wirkte verheerend an der Front und im Hinterland.“²³⁵ Nach Péter Hanák wirkte der Ausspruch Tizas „wie eine Bombe“.²³⁶ Es war nicht die richtige Analyse Károlyis, die die herrschenden Schichten der magyarischen Gesellschaft erschütterte, es war die Bestätigung durch den als reaktionär und unnachgiebig bekannten Tisza. In dieser Rede zeigte Tisza abermals seine Meisterschaft als Opportunist und Zyniker. Um einen „ehrvollen Frieden“ zu bekommen, stellte er sich auf „die Grundlage der Wilsonschen Punkte.“ Nach diesem Kotau vor den Prinzipien Wilsons erklärte er, für Ungarn brauche sich dadurch nichts zu ändern. Das Land habe die Rechte der Nationalitäten stets gewahrt. Und die Grundlagen der Demokratie seien in Ungarn jetzt schon verwirklicht. Er verglich die ungarischen Verfassungsprinzipien mit „... den leitenden Ideen der englischen Verfassung.“²³⁷ Als die Siegesaussichten der Monarchie noch intakt waren, sprach Tisza noch unverblümt aus, was die

233 PESTER LLOYD, 17. Oktober 1918, Morgenblatt, 4f.

234 PESTER LLOYD, 17. Oktober 1918, Abendblatt, 2.

235 Gecsényi, 190.

236 Hanák, 196.

237 PESTER LLOYD, 17.10.1918, Abendblatt, 1.

magyarischen Eliten von ihm hören wollten. Der „*Wahlrechtsradikalismus*“ verdränge die ungarische Intelligenz von der Führerrolle und gefährde Land und Dynastie.²³⁸

Die Situation in Ungarn, speziell in Budapest, erschien aussichtslos und die Handlungsfähigkeit der Regierung tendierte gegen Null. Die Regierung Wekerle stellte am 23. Oktober 1918 abermals ein Demissionsgesuch. Diesmal willigte der König ein.²³⁹ Der zurückgetretene Ministerpräsident wünschte sich die Einbeziehung der politischen Kräfte, die nicht im Parlament vertreten waren und die Ausdehnung des Wahlrechtes, welche von der Mehrheit des Parlamentes unter maßgebender Führung von Tisza bis zuletzt verhindert wurde.²⁴⁰ Die Regierungskrise entwickelte sich zu einer Staatskrise. Die intransigente Haltung der ungarischen Eliten war mit ein Grund, warum die Revolution in Budapest weit heftiger und gewalttätiger ablief als im Rest der Monarchie.²⁴¹ Das Parteiensystem des alten Ungarn kollabierte. Die bisher dominierende Partei, Tizas Nationale Arbeitspartei, löste sich am 22. Oktober 1918 auf. Die Mitglieder sollten von der *Verfassungspartei* aufgenommen werden. Aus dieser löste sich zwei Tage später die *Christlichsoziale Volkspartei*.²⁴²

Am 25. Oktober 1918 (oder in der Nacht zum 24. Oktober 1918.²⁴³) bildete Károlyi in seinem Palais mit zwei bürgerlichen Parteien, der *Radikalen Partei* und seiner Unabhängigkeitspartei sowie den Sozialdemokraten, den Ungarischen Nationalrat. Dass eine bürgerliche Partei sich *Radikale Partei* nannte, zeigte die politische Rückständigkeit Ungarns, nicht aber die politische Radikalität des Parteivorsitzende Jászi.²⁴⁴

Dieser Nationalrat, er bestand aus sechs Vertretern der Károlyi-Partei, zwei der Partei von Jászi, fünf Sozialdemokraten und einer Feministin,²⁴⁵ veröffentlichte eine aus zwölf Punkten bestehende Proklamation. Formuliert wurde die Proklamation von Oskár Jászi.²⁴⁶ Darin wurde der sofortige Abschluss eines Sonderfriedens, die staatliche Unabhängigkeit, die Versöhnung mit den

238 POLITISCHE CHRONIK, 1918, 285.

239 Romsics, 606.

240 PESTER LLOYD, 24. Oktober 1918, Morgenblatt, 2.

241 Mark Cornwall, Auflösung und Niederlage, Die österreichisch-ungarische Revolution In: Mark Cornwall (Hg), Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts (Essen 2004) 174-201, 190.

242 POLITISCHE CHRONIK, 1918, 531.

243 Romsics, 606

244 Károly Kókai, Ungarn Geschichte und Kultur (Wien 2017), 348.

245 Gräfe, Mythos, 26.

246 (1875-1957) Soziologe, sprach sich für die Abschaffung der feudalen Privilegien, der Gleichheit vor dem Gesetz und für eine demokratische Volksvertretung aus. Diese Änderungen sollten unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Erkenntnisse auf evolutionärem Wege erreicht werden. Musste aufgrund seiner Forschungsergebnisse den Staatsdienst verlassen. Ab 1905 politisch tätig. 1914, kurz vor dem Krieg, Gründung der Bürgerlich-Radikalen Partei. Zwischen 31.10.1918 und 19.1.1919 Minister ohne Portefeuille. Setzte sich dabei für eine Föderalisierung Altungarns ein (Schweiz des Ostens). Ging noch während der Räterepublik nach Wien. Danach Professor in den USA. <https://www.biolex.ios-regensburg.de/BioLexViewview.php?ID=1032>, 11.4.2019, 8:45h.

Nationalitäten, das allgemeine Wahlrecht und eine Bodenreform gefordert. Basis all dieser Forderungen war aber auch hier die Unversehrtheit des alten Ungarns.²⁴⁷ Die Aufforderung an alle ausländischen Völker und Regierungen sich nur mehr an den Nationalrat zu wenden,²⁴⁸ war ein weiterer klarer Beweis eines bewussten Bruches mit der bisherigen Ordnung. Für die Außenpolitik war in der Monarchie der gemeinsame k.u.k. Außenminister zuständig. Pikanterweise war dies seit 24. Oktober 1918 Károlyis Schwiegervater Gyula Andrássy d.J.²⁴⁹ Das sah der Zensor offenbar auch so. In der Ausgabe vom 26. Oktober 1918 finden sich im PESTER LLOYD weiße Zensurstellen, absolut außergewöhnlich für diese Zeitung.²⁵⁰ Andrássy seinerseits sprach sich gegen die Ernennung seines Schwiegersohns zum Ministerpräsidenten aus.²⁵¹

Am 25. Oktober 1918 begannen in Budapest Unruhen und Tumulte. Ungarische Offiziere schlossen sich Studentendemonstrationen an. Es gab öffentliche Manifestationen mit nationalistischen Rückgriffen auf den Aufstand von 1848. Der Budapester Stadtkommandant erteilte Schießbefehl. Die gegen die nationale Revolution ausrückenden Truppen verweigerten meist sanktionslos den Befehl.²⁵² Die Asten, die manche Soldaten, die als Ferment der Revolution anzusehen sind, in die Gewehrläufe steckten, gaben ihr den Namen.²⁵³

Am 28. Oktober forderte eine große Demonstration die Übergabe der Regierung an Károlyi. Nach langen Konsultationen ernannte der König aber János Hadik (1863-1933) zum Ministerpräsidenten. Dies befeuerte die nationalen Anwandlungen noch heftiger. Die Fabriken in Budapest veranstalteten einen Warnstreik. Aber nicht nur in Budapest waren die Menschen auf den Straßen, große Demonstrationen gab es auch in Debrecen, Miskolc und Szeged.

Am 30. Oktober 1918 eskalierte die Situation vollends. Nun kam es zu Szenen wie in Prag und Zagreb. Die Hoheitszeichen der Monarchie wurden von öffentlichen Gebäuden, aber auch von den Uniformen entfernt.

Am 31. Oktober wurde Károlyi vom König zum Ministerpräsidenten ernannt. Ihm wurde dies vom Statthalter des Königs am 1. November 1919 mitgeteilt. Seine Regierung leistete noch den Eid auf den König. Der König wurde jedoch fast gleichzeitig bestürmt, die Regierung davon wieder zu entbinden. Karl kam dem Ersuchen nach.

247 Paul Lendvai, Die Ungarn, Ein Jahrtausend Sieger in Niederlagen (München³1999) 407.

248 POLITISCHE CHRONIK, 1918, 531.

249 POLITISCHE CHRONIK, 1918, 505.

250 PESTER LLOYD, 26.10.1918, 5f.

251 Wilhelm Böhm, Im Kreuzfeuer zweier Revolutionen (München 1924) 51.

252 Rauchensteiner, 1045ff

253 Brader, 71f.

Der Nationalrat erlangte jetzt ohne Gewaltanwendung die Macht.²⁵⁴ Trotz der Opfer, die es gab, nannte Molnár die Asterrevolution eine „*fröhliche Revolution*“²⁵⁵ Das prominenteste Opfer war zweifellos Tisza, der von einer Soldatengruppe erschossen wurde.

In Ungarn bestanden nun ein Nationalrat, ein Vollzugsausschuss des Nationalrates und eine Regierung unter Károlyi. Die Entscheidung über die künftige Staatsform wurde vom Volk stürmisch und eindringlich gefordert. Die Regierung nahm die Frage, Monarchie oder Republik, in ihr Programm auf. Entscheiden sollte dies eine aus allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen aller Staatsbürgerinnen und Staatsbürger hervorgehende Nationalversammlung. Diese Wahlen sollten spätestens in sechs Wochen stattfinden.²⁵⁶ Die Regierung, sie nannte sich *Volksregierung*, vereinte in sich die gesamte exekutive Macht in Ungarn. Dies wurde sowohl vom Vollzugsausschuss des Nationalrates, von der Sozialdemokratischen Partei und dem Arbeiter- und Soldatenrat garantiert.²⁵⁷ Daraus ist ersichtlich, dass die Sozialdemokraten als die angesehenen wurden, die die Macht in Händen hatten. Zur Abrundung der Ereignisse lösten sich die Verfassungspartei und die Apponyi-Partei am 7. bzw. 9. November 1918 auf.²⁵⁸

5.5. Die Auflösung Altungarns

Die Tschechoslowakische Republik (ČSR)

Die Vereinigung der Tschechen und Slowaken zu einem gemeinsamen Staat wurde bereits mit der Pittsburgher Erklärung vom 30. Juni 1918 angekündigt. Die Slowaken in Oberungarn, wie das Gebiet von den Magyaren genannt wurde, hatten im Königreich Ungarn wenig Spielraum und Gestaltungskraft. Daher war die Zusammenarbeit mit der tschechischen Emigration faktisch notwendig. Die Tschechoslowakische Republik wurde am 28. Oktober 1918 in Prag ausgerufen. Die slowakische Zustimmung erfolgte einen Tag später. Für Kann beschränkten die Slowaken, „*den einzigen möglichen Weg*“.²⁵⁹

Für die weitere Rolle gegenüber Ungarn war der Umstand ausschlaggebend, dass die Tschechoslowakische Republik als alliierter Staat der Entente anerkannt wurde. Dies führte dazu,

254 Romsics, 606-608.

255 Molnár, 351.

256 POLITISCHE CHRONIK, 611f.

257 PESTER LLOYD, 4.11.1918, 1f.

258 POLITISCHE CHRONIK, 1918, 613.

259 Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, 458.

dass Ungarn am 2. Dezember 1918 von der Entente informiert wurde, dass die ČSR befugt sei, die Slowakei zu besetzen.²⁶⁰

Der Staat der Serben, Kroaten und Slowenen

Am 6. Oktober 1918 wurde in Zagreb der *Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben* konstituiert. Das Plenum bestand aus 80 Delegierten: aus der Banovina²⁶¹ und Rijeka, Dalmatien und Istrien, aus slowenischen Ländern, aus Bosnien und der Herzegowina, der Baranja, der Batschka und dem Banat. Es waren also Vertreter aus beiden Reichsteilen anwesend. Am 19. Oktober 1918 verlangte der Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben die Vereinigung „*unseres gesamten Volkes der Slowenen, Kroaten und Serben auf seinem gesamten ethnographischen Gebiet*“. Mit dieser Erklärung wurde die Monarchie abgestreift und ein Staat der Südslawen gefordert.

Trotzdem wurden die nächsten Schritte noch auf dem Boden der Monarchie, wenn auch reichsteilüberschreitend, getan. Am 29. Oktober 1918 proklamierte der Sabor²⁶² Kroatien, Slawonien und Dalmatien samt Rijeka zu einem unabhängigen Staat, der in den Staat der Slowenen, Kroaten und Serben (SHS) eintrat. Die Wiener Regierung kannte den Staat de-facto an, indem sie ihm seine Flotte unterstellte.²⁶³

Der neue Staat beanspruchte die Länder Kroatien-Slawonien, Bosnien-Herzegowina, die Vojvodina, Dalmatien, Istrien, Görz, Krain, die südliche Steiermark und Teile von Kärnten.²⁶⁴ Am 24. November 1918 wurde dem Prinzregenten Aleksandar Karađorđević vom Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben die Herrschergewalt angeboten. Dies entsprach nicht der Vereinbarungen der „Genfer Deklaration“ mit dem Königreich Serbien. Die Genfer Deklaration zur Bildung eines „Staates der Serben, Kroaten und Slowenen“ wurde am 9. November 1918 veröffentlicht. Diesem Staat sollte sich Montenegro anschließen. Nach einem Staatsstreich am 13. November 1918 schloss sich Montenegro am 26. November 1918 dem Königreich Serbien an. Am 1. Dezember 1918 verkündete der serbische Prinzregent die Vereinigung Serbiens mit dem Staat der Slowenen, Kroaten und Serben.²⁶⁵ Die Vojvodina wurde, da sie zum Königreich Ungarn gehörte,

260 Brader, 103. Ebenfalls bereits durch Oberstleutnant Fernand Vix.

261 Kroatien und Slawonien.

262 Der Sabor war das slawonisch-kroatische Parlament im Rahmen des Königreich Ungarn. Laut ungarischem Staatsrecht gehörte das cisleithanische Kronland Dalmatien zu Ungarn.

263 Marko Trogrlić, Die Südslawische Frage als Problem der österreichisch-ungarischen und internationalen Politik. In: Helmut Rumpler (Hg), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg. Band XI (Wien 2016) 965-1015, 1014.

264 Ludwig Steindorff, Kroatien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. (Regensburg 2007) 153f.

265 Ivan Kristan, Verfassungsentwicklung in Slowenien In: Peter Häberle (Hg), Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Band 42. (Tübingen 1994) 59-110, 63. <https://books.google.at/books?>

vom Staat der Slowenen, Kroaten und Serben beansprucht. Eine „Volksversammlung“ der Vojvodina erklärte aber am 25. November 1918 in Novi Sad den Austritt aus Ungarn und die Annexion durch Serbien.²⁶⁶

Rumänien

Die Rumänen waren die größte Minderheit im Königreich Ungarn. Für kurze Zeit wurden den Rumänen, nach dem Aufstand von 1848 und von Wien verordnet, politische Rechte zuerkannt. Bei den Wahlen zum siebenbürgischen Landtag 1863 wurden 46 rumänische, 43 ungarische und 33 sächsische Abgeordnete gewählt. Dieser Landtag machte die 1848 erfolgte Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn rückgängig. Ungarischerseits wurde dies jedoch nie anerkannt. Bereits zwei Jahre später wurde dieser Landtag wieder aufgelöst.²⁶⁷

Nach dem Kriegseintritt Rumäniens auf Seiten der Entente im August 1916 und der daraus resultierenden Niederlage sowie dem Frieden von Bukarest im Mai 1918 gelang es Rumänien noch in letzter Minute den Krieg wieder aufzunehmen. Verhandlungen mit Rumänien, an denen Jászi führend beteiligt war, scheiterten. Rumänien erklärte am 9. November 1918 Ungarn den Krieg. Rumänische Truppen überschritten darauf sanktionslos die Waffenstillstandslinien und besetzten die Gebiete, die im Bukarester Vertrag vom 17. August 1916 von der Entente zugesagt wurden.²⁶⁸ Rumänien war ein anerkannter Alliierter der Entente. Daher wurden diese Kriegshandlungen von der Entente als legitim angesehen.²⁶⁹ Bis zum 1. Dezember 1918 besetzte es ohne besondere Schwierigkeiten einen Großteil Siebenbürgens, das Banat und die Bukowina.²⁷⁰

Ungarn verlor im Frieden von Trianon 71,52% des Territoriums und 63,56% der Bevölkerung. Wenn man diese Rechnung als berechtigt und nachvollziehbar anerkennt, sollte auch erwähnt werden, dass Österreich tatsächlich mehr verloren hat. Unter Berücksichtigung des Zugewinns des Bundeslandes Burgenland 72,6% der Fläche und 77,6% der Bevölkerung.²⁷¹

[id=3lkloqbjbsC&pg=PA63&lpg=PA63&dq](#), 28. März 2019, 12:00h.

266 Romsics, 606-608.

267 Barany, 372f.

268 Molnár, 353.

269 Brader 33, 99.

270 Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, 457.

271 Peter Haslinger, Der ungarische Revisionismus und das Burgenland 1922-1932 (Frankfurt am Main, Wien u.a. 1994) 14.

5.6. Nationale Wiedergeburt als Republik

Wenn also die Tschechen, Slowaken, Polen, Rumänen usw. den Zusammenbruch der Monarchie 1918 als Beginn ihrer Unabhängigkeit bzw. der Befreiung aus dem Joch der Habsburgermonarchie sahen und auch entsprechend feierten, so traf dies ursprünglich auch auf die Magyaren zu. In den Reden anlässlich der Republikgründung wurde eben nicht auf Mohács 1526 rekurriert. 1848 lag da viel näher und war in der herrschenden Euphorie stimmiger. Mohács tauchte später wieder auf - nach Trianon. Die Revolution im Oktober 1918 war in Budapest genauso wie in Prag, Warschau und Zagreb eine nationale.²⁷² Die späteren Ereignisse, die Kriege mit den Nachbarstaaten, die Grenzziehungen durch die Friedensverträge verdüsterten und vergällten nachträglich den nationalen Jubel in Budapest im Oktober/ November 1918. Die beiden Revolutionen 1819/1919 samt der Gegenrevolution wurden dann im Zusammenhang mit Trianon als Epochengrenze mindestens so dramatisch und folgewirksam wie Mohács im Jahre 1526 gesehen.²⁷³

Trotz der Regierungsübernahme durch Károlyi und dessen Erklärung, ab 1. November 1918 ein neutraler Staat zu sein,²⁷⁴ wurde Ungarn von der Entente als feindliche Macht behandelt, die Regierung nicht anerkannt und zu keinen Verhandlungen eingeladen.²⁷⁵

Deutschösterreich versuchte sich ebenso erfolglos gegenüber den Siegerstaaten als nicht kriegsbeteiligter und neutraler „Nachfolgestaat“ darzustellen, der mit der Monarchie in keinerlei Beziehung stand. Hans Kelsen verfasste dazu ein Gutachten. Allein die aliquoten Staatsschulden wurden anerkannt. Außerdem versuchte Deutschösterreich lediglich die deutschsprachigen Gebiete für sich zu reklamieren. Ungarn hingegen strebte beides gleichzeitig an. Es wollte keine Verantwortung für den Krieg übernehmen, aber die Integrität Altungarns erhalten. Zsuppán konstatierte dazu *„eine fortgesetzte Blindheit gegenüber den wirklichen Gegebenheiten“*²⁷⁶

Die ungarische Regierung anerkannte den Waffenstillstand, der am 4. November 1918 um 15:00 Uhr in Kraft trat, für Ungarn nicht an.²⁷⁷ Daher wurde am 13. November 1918 mit dem Oberbefehlshaber der Balkanarmee ein separater Waffenstillstand vereinbart, der den Rückzug aus

272 Gräfe, Mythos, 30f. Wenn Gyula Szekfü (1883-1955), einer der wichtigsten Historiker Ungarns, von einer „antinationalen Oktoberrevolution“ und vom „nationslosen Jászi“ spricht, dann sind das lediglich antisemitische Befindlichkeiten.

273 Kokai, 335.

274 POLITISCHE CHRONIK, 1918, 612.

275 Brader, 99.

276 F. Tibor Zsuppán, Die politische Szene Ungarns In: Mark Cornwall (Hg), Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts (Essen 2004) 107-125, 122.

277 Rauchensteiner, 1047-1050.

Siebenbürgen und dem Großteil des Banats vorsah. Die dabei vereinbarten Waffenstillstandslinien waren in etwa die ethnischen Grenzen.²⁷⁸ Die Regierung Károlyi ging davon aus, dass die endgültigen Grenzen erst bei der Friedenskonferenz bestimmt werden würden.

Die Entscheidung über die Staatsform, ursprünglich der noch zu wählenden Nationalversammlung vorbehalten, schien nun dringend zu sein. Der Fürstprímás, der Präsident des Magnatenhauses und zwei weitere hohe Adelige, darunter Miklós Esterházy,²⁷⁹ reisten zum König und brachten eine ähnliche Abdankungserklärung heim, er gab diese am 13. November 1918 ab, wie sie die deutschösterreichische Regierung erhielt. Er verzichtete auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften und erkannte „... im voraus die Entscheidung an, in der Ungarn seine künftige Staatsform feststellt.“²⁸⁰

Am 16. November 1918 kam es in Budapest zur Ausrufung der ungarischen Volksrepublik. Einleitend wurden, so wie in Wien einige Tage früher, die beiden Häuser des Parlamentes aufgelöst. Das beschlussfassende Organ war ein auf 500 Mitglieder erweiterter Nationalrat, dem auch Frauen angehörten. Der Verein der Feministinnen nominierte dazu 26 seiner Mitglieder.²⁸¹ Nach welchen Kriterien die Mitglieder dieses Nationalrates ausgewählt wurden, ist nicht ganz klar. Wert gelegt wurde auf eine breite Mischung aus allen Bevölkerungsschichten. Die Abgeordneten der beiden aufgelösten Parlamentskammern waren ebenfalls geladen. Wichtig war den Organisatoren ein buntes und repräsentatives Bild.

In einer nicht auf besondere Förmlichkeiten bedachten Sitzung wurde die Demission des Königs, die Auflösung der beiden Parlamentskammern, die Proklamation der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit und die Staatsform der Republik beschlossen. Dabei gab es einen charakteristischen Zwischenruf, der den Weg in die Zeitungsspalten fand. „*Die soziale Republik*“ wurde verlangt. Der Nationalrat fasste einen „Volksbeschluss“, dessen Inhalt die Regierung erfüllen sollte. 1. „*Ungarn ist eine von jedem anderen Land unabhängige und selbstständige Volksrepublik.*“²⁸² 2. In diesem Punkt wurde die „... auf Grundlage des neuen Wahlrechtes dringend einzuberufende verfassungsgebende Nationalversammlung“ gefordert. 3. Bis dahin übt die unter Károlyi stehende „*Volksregierung*“ die oberste Staatsmacht aus. Unter Punkt 4 wurden fünf zu schaffende Gesetze gefordert. Darunter „*das allgemeine, geheime, gleiche, unmittelbare und sich*

278 Gergely, 171.

279 (1869-1920) Majoratsherr, Fürst.

280 PESTER LLOYD, 15.11.1918, Morgenblatt, 1.

281 Veronika Helfert, Judith Szapor, Revolution der Männer? In: Christian Koller, Matthias Marschik (Hg), Die ungarische Räterepublik 1919, Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen (Wien 2018) 141-154, 145.

282 Otto Bauer, Die Österreichische Revolution, 258-260. Bauer nannte die Bezeichnung Volksrepublik, wie sie auch in der Ukraine verwendet wurde, „den Ausdruck einer kleinbürgerlichen Illusion.“ Seiner Meinung nach wurden 1918 zwar die politischen und rechtlichen Klassenprivilegien aufgehoben. Die Klassengegensätze wurden dadurch nicht berührt. Er verwendet diesen Begriff dahingehend, dass in einer Volksrepublik keine Klasse stark genug sei, die anderen zu beherrschen und daher diese Klassen sich die Staatsmacht untereinander aufteilen.

auch auf die Frauen erstreckende“ Wahlrecht auf allen Ebenen des Staats und *„über die Beteiligung der landwirtschaftlichen Bevölkerung mit Grund und Boden.“* Im Punkt 5 wurden alle den vier Punkten widersprechenden gesetzlichen Normen aufgehoben. Alle anderen blieben in Geltung.²⁸³

Dieser Beschluss ist in zweifacher Hinsicht bemerkenswert. Erstens übt die Regierung ohne jede Kontrolle durch ein anderes Staatsorgan die oberste Staatsmacht aus - nicht nur die exekutive, sondern auch die legislative Funktion. Der Vollzugausschuss des Nationalrates übte nur eine unterstützende Funktion aus. Zweitens wurde im Beschluss der Ministerpräsident nicht als Funktion, sondern mit Namen angeführt. Károlyi Mihály und nicht der ungarische Ministerpräsident führte die Regierung. Mit dieser Erklärung machte sich die Regierung vom ersten Tag an den großgrundbesitzenden Adel zum erklärten Feind. Dieser betrachtete vor allem Károlyi als Verräter seiner Klasse. Dazu gehörte vor allem die Konspiration mit der französischen Militärmission.²⁸⁴

Verschiedene Überlegungen hatten in Budapest dazu geführt, die Proklamation der Republik unter Aufhebung der Rechtskontinuität durchzuführen.²⁸⁵ So wie in Wien versuchten die Handelnden in Budapest sich von jeder Kontinuität mit der Monarchie fernzuhalten. Obwohl die Eidesleistung und die Rücknahme des bereits geleisteten Eides auf den König bzw. die Einholung seiner Erlaubnis dazu eher wie eine Posse wirkte, fühlten sich die Akteure als Revolutionäre, die Neues schufen und einen Neubeginn einforderten. Die Verantwortung für den Krieg wollten sie verständlicherweise nicht übernehmen. Károlyi sprach dies in einer Rede auf einer Parteikonferenz am 29. November 1918 an. *„Für das heutige Elend seien diejenigen verantwortlich, die diesen viereinhalbjährigen Krieg bis zum letzten Blutstropfen, bis zum letzten Kilogramm Fett und bis zum letzten Stück Stiefelsohle geführt haben.“*²⁸⁶

Ab dem 29. Oktober 1919 wurden in den Betrieben Arbeiterräte gebildet. Daraus ging am 2. November 1919 der Budapester Arbeiterrat hervor. Präsident wurde der Sozialdemokrat József Pogány (1886-1938)²⁸⁷. Einige Tage später kam es zur Gründung von Soldatenräten.²⁸⁸ Auch diese standen unter dem Einfluss der Sozialdemokraten.

283 PESTER LLOYD, 16.11.1918, Abendblatt, 1- 4.

284 Brader, 77.

285 Gergely, 170.

286 POLITISCHE CHRONIK, 1918, 617.

287 Brader, 89, Er schloss sich später den Kommunisten an. Wurde 1938 in Moskau im Zuge der stalinistischen Mordkampagnen getötet.

288 Gräfe, Mythos, 27.

Die amtliche Bezeichnung Ungarns lautete *Ungarische Volksrepublik*, so ein Beschluss der Regierung.²⁸⁹ Am 22. November 1918 wurde von der Regierung das Volksgesetz I./1918 über das Nationalversammlungs-, Munizipal- und Kommunalwahlrecht beschlossen. Nachdem Ungarns Eliten bisher ein demokratisches Wahlrecht immer wieder verhindert hatten, wurde ein zeitgemäßes demokratisches Wahlrecht erwartet. Herausgekommen ist, wenn das neue deutschösterreichische als Vergleich dienen soll, abermals ein „typisch ungarisches Wahlrecht“. Männer und Frauen wurden verschieden behandelt. Männer durften ab dem 21. Lebensjahr wählen, Frauen erst ab dem 24.²⁹⁰ Die besondere Perfidie war aber die Bestimmung, dass von den Frauen verlangt wurde, lesen und schreiben zu können. Und das in einem Land, in dem nur ein Drittel der über Sechsjährigen lesen und schreiben konnte.²⁹¹²⁹² Überdies wurde die Regierung verpflichtet, die entsprechenden Verordnungen zur Wahlvorbereitung *„dringlich zu erlassen.“*²⁹³

5.7. Nach dem Zusammenbruch die Revolte

Der Deutschösterreichische Staatsrat veröffentlichte am 3. November 1918 einen überaus pessimistischen Aufruf: *„An das deutsche Volk in Österreich ... ungeheure Arbeitslosigkeit und maßloser Hunger und Elend ... Plünderungen, Verwüstungen, Brandstiftungen ... freiwerdende Italiener, Russen und Serben ... überfluten das Land.“* Der Aufruf endet mit *„Eure Volksregierung baut auf euch!“*²⁹⁴

Die Proklamation der ungarischen Regierung am 1. November 1918 war hingegen optimistisch. Zwar verwies sie darauf, dass das Land seit Mohács nicht in einer solch kritischen Situation war, versprach jedoch als erste ungarische *„Volksregierung“* ... *„in sehr kurzer Zeit das Volk aus den Qualen des Krieges hinauszuführen.“* Dazu wurden die Freiheitsrechte wiederhergestellt, eine Amnestie verkündet, ein demokratisches Wahlrecht, sowie moderne Sozialgesetze und vor allem *„... eine kräftige Bodenbesitzpolitik, die den großen Volksmassen zu Bodenbesitz verhilft ...“* versprochen. Dies alles unter dem Motto *„Wir sind frei“* und hoffen auf die Unversehrtheit unseres Gebietes.²⁹⁵

289 PESTER LLOYD, 19.11.1918, Abendblatt, 1.

290 PESTER LLOYD, 23.11.1918, Morgenblatt, 3.

291 Gräfe, Mythos, 22.

292 In Hortyungarn wurde ein neues, undemokratisches Wahlrecht erlassen. Neben vielen anderen Einschränkungen, durften nur jene Frauen wählen, die die 4. Klasse Volksschule absolviert hatten, Ehefrauen waren und drei oder mehr lebende Kinder hatten. <Kriszt, 138.>

293 PESTER LLOYD, 23.11.1918, Morgenblatt, 3.

294 ARBEITER-ZEITUNG, 3.11.1918, 1.

295 PESTER LLOYD, 1.11.1918, Morgenblatt, 1.

Es waren nicht nur die kriegsgefangenen Soldaten, die Probleme machten. Aus den Kameraden der k.u.k. Armee konnten über Nacht Feinde geworden sein. Diese verproviantierten sich oft noch eigenmächtig, bevor sie Richtung Heimat abfuhr. In Wiener Neustadt, wo eine wichtige Eisenbahndurchzugsstation war, kam es wiederholt zu Plünderungen und Schießereien.

Trotz dieser Probleme scheint das spätere Deutschösterreich im Vergleich zu Ungarn um diese Zeit ein Hort des Friedens und der Ruhe gewesen zu sein. Die ungarischen Zeitungen brachten wochenlang unter der Rubrik „*Die Zustände in der Provinz*“ grauenhafte Schilderungen. Es waren vor allem die Randgebiete des ehemaligen Königreich Ungarn, welche von diesen Gewaltexzessen betroffen waren. Nicht nur die Plünderer gingen mit Waffengewalt vor, die loyalen Ordnungskräfte schossen regelmäßig und wie selbstverständlich auf die plündernden Menschen bzw. wurde das Standrecht ausgerufen und rücksichtslos angewandt. Die Anzahl der dabei getöteten Menschen war enorm.²⁹⁶ Allein aus Prešov (ungarisch Eperjes) wurden am 5. November 1918 30 standrechtliche Erschießungen gemeldet.²⁹⁷ Nachdem sich Soldaten in Miskolc weigerten, vom Wagondach eines überfüllten Zuges zu steigen, eröffnete die Bahnhofswache mit Maschinengewehren das Feuer und tötete dabei drei Menschen.²⁹⁸ „*Zur Herstellung der Ordnung im Lande*“ wurde aus dem Komitat Torontál die Exekutierung von 68 Menschen gemeldet.²⁹⁹ Im November 1918 wurden im Gebiet zwischen Mur und Drau an die 200 Menschen von Regierungskräften getötet.³⁰⁰

Zwei Phänomene waren dabei überall zu beobachten:

1) Die Vertreter des ungarischen Staates auf unterster Ebene, die Notäre, wurden Ziel der ersten Wut der Bevölkerung. Manche wurden ermordet. Viele wurden vertrieben. In einigen Gebieten des ehemaligen Königreich Ungarn scheint es, dass alle verjagt wurden. Im Bezirk Mattersburg geschah dies in fünf Gemeinden (von 22).³⁰¹ Die Situation der Gemeindenotäre war tatsächlich dramatisch. Von den ca. 3.200 Notariaten waren in wenigen Tagen nach Schätzungen der Betroffenen nur einige hundert noch besetzt. Sie flüchteten aus berechtigter Todesangst. Die Ursachen dieses Umstandes wurden von den Notären selbst anlässlich einer Versammlung in Budapest wie folgt dargelegt: Sie seien für die Requirierungen von Getreide und Vieh, für die Lebensmittelverteilung, die Auswahl der „*Kriegsarbeiter*“, die Auszahlung der „*Kriegsunterstützungen*“ verantwortlich gewesen. Die Bevölkerung hielt sie offenbar für durchwegs korrupt. „*In diesem Sinne wurden auch die*

296 PESTER LLOYD, 6.11.1918, Morgenblatt, 6.

297 PESTER LLOYD, 5.11.1918, Morgenblatt, 2.

298 PESTER LLOYD, 7.11.1918, Morgenblatt, 9.

299 PESTER LLOYD, 8.11.1918, Abendblatt, 4.

300 Gräfe, Mythos, 35.

301 Ernst Löger, Heimatkunde des Bezirkes Mattersburg im Burgenland (Wien, Leipzig 1931) 171.

Familienangehörigen auf dem Kriegsschauplatz unterrichtet, die nach ihrer Heimkehr ...“ die Notäre entsprechend behandelten.³⁰² Nationalistische Anwandlungen werden bei diesen Gewalttaten sicherlich eine Rolle gespielt haben. Aber Ausschreitungen, Vertreibungen und Morde gab es auch im magyarischen Kernland. Als Beispiel soll die Gemeinde Fertöhomok, südlich des Neusiedlersees gelegen, dienen. Der Notär musste flüchten, die Volksmenge zerstörte die Notärskanzlei und sämtliche Matriken. In der Meldung wurde erwähnt, dass solche Vorkommnisse auch „*in vielen anderen Gemeinden*“ passiert sind.³⁰³ Fertöhomok war keine deutschsprachige Gemeinde.

2) Geplündert wurden zuerst und vor allem die Geschäfte der jüdischen Bevölkerung. In den zum Komitat Ödenburg gehörenden Städten Kapuvar und Csorna kam es zu judenfeindlichen Ausschreitungen, die „*den Charakter regelrechter Pogrome*“ annahmen. Der Sachschaden soll in die Millionen gegangen sein. Es dauerte Tage, bis die Ruhe wieder hergestellt werden konnte.³⁰⁴ In Mattersburg befürchtete die jüdische Bevölkerung ebenfalls Opfer von Gewalttaten zu werden. Daher organisierten die jüdischen Weltkriegsteilnehmer eine Wache, Waffen waren ausreichend vorhanden und verbreiteten diese Kunde. Offensichtlich genügte diese Warnung an „*die anführer des Pöbel [sic!]*“.³⁰⁵

Am 4. November 1918 wurden das große Militärdepot in Ödenburg sowie der Bahnhof geplündert. Es waren vor allem Frauen und Jugendliche dabei beteiligt. In Kapuvar und Fertöscentmiklos, nahe Ödenburgs wurden jüdische Geschäfte ausgeraubt.³⁰⁶

Die Beurteilung des Kriegsministeriums über die Lage im Komitat Sopron vom 1. November 1918, dass „... *hungrige österreichische Arbeiter und kleinere herumstreifende Räuberbanden ...*“ wohl von der Gendarmerie im Zaum gehalten werden können, stellte sich doch als zu optimistisch heraus.³⁰⁷ Oder war es doch nur ein Zeichen der Hilflosigkeit der Behörden in diesen Wochen?

Andererseits war die Situation im Rest des Landes, Budapest ausgenommen, noch wesentlich unübersichtlicher und vor allem gewalttätiger. Neben der Aufstellung von lokalen Nationalräten forderte die Regierung, bzw. das Kriegsministerium „... *die Einwohnerschaft der Provinz, tunlichst...*“ auf, selbst für Ordnung zu sorgen. Offensichtlich war man sich in Budapest nicht mehr sicher, ob funktionierende Behörden überhaupt noch vorhanden waren. Daher war man gezwungen, sich direkt an die Bevölkerung zu wenden. Die „... *Bürgerschaft und Arbeiterschaft...*“ wurde

302 PESTER LLOYD, 10.11.1918, 5f.

303 PESTER LLOYD, Morgenblatt, 15. November 1918, 7

304 PESTER LLOYD, 11.11.1918, 3.

305 Hirsch, 149.

306 PESTER LLOYD, 5.11.1918, Morgenblatt, 3.

307 PESTER LLOYD, 1.11.1918, Abendblatt, 2.

aufgerufen, die „... nötigen Verteidigungsorganisationen zu schaffen.“³⁰⁸ Unterzeichnet war dieser Aufruf vom Staatssekretär Stefan Friedrich.³⁰⁹

Am selben Tag, als dieser Aufruf in den ungarischen Zeitungen veröffentlicht wurde - am 3. November 1918 - trat der Mattersburger³¹⁰ Gemeinderat (Repräsentanz) zusammen. Die Sitzung wurde am gleichen Tag einberufen. Protokollsprache war in Mattersburg, anders als in allen anderen Gemeinden, Deutsch. Einziger Tagesordnungspunkt war die Aufstellung einer „Bürgerwehr“.³¹¹ Der Notär beantragte die Aufstellung einer „Bürgerwache“. Er berichtete, dass „... im jetzigen Weltkrieg Waffenstillstand geschlossen wurde. Das Militär strömt ... nach Hause und wird daher die Vermögenssicherheit sich immer verschlechtern.“ Deshalb beantragte er die „Aufstellung einer Bürgerwache.“ Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Alle Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren wurden verpflichtet dieser Bürgerwache beizutreten. Eine Ablöse durch Geld wurde dabei ausgeschlossen. Selbst über Strafmaßnahmen machten sich die Männer Gedanken. Ein Bürgergericht sollte darüber befinden.

Ernst Löger³¹² berichtet, dass Géza Zsombor³¹³ in einer Versammlung am Mattersburger Hauptplatz am 6. November 1918 eine „Volkswehr“ gegründet hätte. Kommandant soll der ehemalige Feldwebel Josef Suchard gewesen sein. Ausgerüstet wurde sie mit alten Gewehren, da amtlicherseits an ihrer Loyalität gezweifelt wurde. Die Bezahlung soll 15 Kronen pro Tag betragen

308 PESTER LLOYD, 3.11.1918, 4

309 Dieser wird im August 1919 die Nachfolgeregierung der Räterepublik durch einen Staatsstreich stürzen.

310 Der damalige deutsche Name war Mattersdorf, der ungarische Nagymarton.

311 Protokoll der Gemeinderatssitzung von Mattersburg vom 3.11.1918.

312 Lögers Werk scheint durchaus geeignet zu sein als zuverlässige Quelle zu gelten. Seine stramme deutschnationale ideologische Ausrichtung bürgt für keine übertrieben Sympathie gegenüber der Räterepublik. Er ist jedoch von den bald dominierenden nationalsozialistischen Gedanken weit entfernt. Das Erscheinungsdatum (1931) bzw. die Mitarbeit etlicher weiterer Lehrer garantiert eine entsprechende Ausgewogenheit. <Ernst Löger, Heimatkunde des Bezirkes Mattersburg im Burgenland (Wien, Leipzig 1931).>

313 (1871-1930) Er war eine Persönlichkeit mit vielen Facetten. „... von magyarischer Abstammung, der heute noch in seiner Familie nur ungarisch spricht,“ <WECKRUF, 19.3.1919> Er war Magyare, Zeitungsherausgeber und Parteigründer. Der Begriff „Deutsch-Westungarn“ soll von ihm stammen. <Schlereth, 37> Steinacker charakterisierte ihn als „... ohne besondere völkische Gesinnung und ohne für einen Politiker unentbehrliche Charaktereigenschaften, doch dem Chauvinismus wiederholt entgegengetreten war ...“. <Steinacker, 147> Er arbeitet sich, auch durch List und Täuschung, zum Gouverneur Deutsch-Westungarn hinauf. Selbst die Räteregierung hatte eine wichtige Position für ihn vorgesehen. <PROLETARIER, 4.4.1919> Er war jedoch in Unruhen in Ödenburg verwickelt. Wurde festgenommen und nach Budapest gebracht. Es gelang ihm, in offizieller Mission nach Wien auszureisen. <PROLETARIER, 9.4.1919> Ende August 1919 (bis 1922) wurde er Staatssekretär der deutschen Hauptabteilung des Ministeriums für nationale Minderheiten. <OBERWARTER SONNTAGS-ZEITUNG, 28.8.1919> Bei der ersten Wahl zur Nationalversammlung 1920 war er erfolgloser Kandidat in Ödenburg. Sein Zugang zum Deutschtum gelang über seine Frau. Diese war eine geborene Windisch. Seine Schwiegermutter eine geborene Tschürtz. <https://sopronanno.hu/bejegyzes/zsombor-geza-1871-1930_18.4.2019_15:20h> Ab 1921 arbeitete er in der christlich-nationalen Wochenzeitung WESTUNGARN mit. <Unger, 16.>

haben. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit war der Andrang recht groß.³¹⁴ Dieses Datum wurde auch von Dorothea Pados genannt, die für ihre Arbeit noch mit Hans Suchard, dem Bruder des Genannten, sprechen konnte.³¹⁵ Hans Suchard³¹⁶ nahm für sich selbst ebenfalls gehörigen Anteil an diesen Geschehnissen.³¹⁷ Wer diese Truppe nun gegründet hatte ist sekundär, bezahlt wurde sie von der Gemeinde. Erkennbar ist jedenfalls, wie rasch sich Mythen bildeten und vermeintliche Verdienst von mehreren Personen beansprucht wurden.

Die Aufstellung solcher Wachkörper ging zügig voran. In Ödenburg, in dem bereits seit dem 1. November 1918 ein Nationalrat bestand, hatte dieser nach wenigen Tagen bereits eine Stärke von 400 Mann. Es war bereits möglich, diese in die „bedrohten“ Dörfer zu senden.³¹⁸ Das war fallweise notwendig, oft jedoch wirkungslos. Der *Nationalrat für die Stadt und das Komitat Sopron*, er sollte die alte Komitatsführung ersetzen, hatte drei Vorsitzende, einer davon war Zsombor.³¹⁹

Im Untersuchungsgebiet kam es in einigen Ortschaften zu Ausschreitungen und Plünderungen. In Hornstein beispielsweise wurden die Wohnung des Notärs sowie das Gemeindeamt verwüstet und geplündert. Geplündert wurde auch bei den jüdischen Kaufleuten und im Meierhof. Sogar dem Pfarrer wurde eine Kuh gestohlen.³²⁰ Die zu Hilfe eilenden Sicherheitskräfte aus Ödenburg wurden mit Gewehrsalven vertrieben.³²¹ Die GRENZPOST charakterisierte die Beteiligten mit „*die heimkehrenden Soldaten, vereint mit dem Pöbel.*“ Dem Notär wurde noch wenige Wochen vorher anlässlich seines 25jährigen Dienstjubiläums, die Ehrenbürgerschaft der Gemeinde verliehen.³²² Besser ist die Diskrepanz zwischen der Dorfelite - üblicherweise vom Notär, dem Pfarrer und dem Lehrer angeführt - und der politisch rechtlosen Bevölkerung nicht darzustellen.

Ähnliches ereignete sich in Pöttsching. Am 11. November 1918 abends wurde zuerst versucht die vier im Ort anwesenden Gendarmen zu entwaffnen. Das gelang nach einem Feuergefecht, bei dem

314 Löger, 171.

315 Dorothea Pados, Studien zur Ortsgeschichte von Mattersburg (Dissertation Universität Wien 1962) 219.

316 (1893-1968) Geboren in Mattersburg, trat als Bauarbeiter in Österreich frühzeitig der österreichischen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung bei. In der Räterepublik Bezirkskommissar von Mattersburg. Nach August 1919 Flucht nach Österreich. Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei für das Burgenland . Bis 1934 Mitglied der Landesparteileitung, Landtagsabgeordneter und Landessekretär der Bauarbeitergewerkschaft. 1934 verhaftet. Trat noch vor 1938 der illegalen NSDAP bei. Eröffnete 1940 eine Steuerberatungskanzlei, die er bis zu seinem Tod betrieb. <Gerald Schlag, Burgenland Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien (Eisenstadt 1991), 312f.>

317 Hans Suchard, Gesprengte Ketten (Sauerbrunn 1931) 55f.

318 PESTER LLOYD, 5.11.1918, Morgenblatt, 3.

319 Schlag, Aus Trümmern, 119. Die anderen waren Ladislaus Fischl und Józef Faragó. Nach Schlag war Fischl ein gemäßigter Sozialdemokrat und Faragó „linksintellektueller“ Gymnasiallehrer.

320 ÖDENBURGER ZEITUNG, 8.11.1918.

321 GRENZPOST, 12. 11. 1918, 1.

322 GRENZPOST, 1.10.1918, 1.

es Verletzte gab. Der Notär verteidigte sich die ganze Nacht über mit einer Waffe, wobei ihm in der Früh die unbemerkte Flucht gelang. Angeblich, so der PESTER LLOYD, stammten die Waffen von den „*Grünen Kadern*“³²³ aus Hornstein.³²⁴ Die Familie des Notärs wurde nicht belästigt, floh aber umgehend. Seine Wohnung und das Gemeindeamt wurden daraufhin geplündert. Am nächsten Tag wurde im Ort ein Nationalrat durch die „*versammelte Einwohnerschaft*“ gewählt, der bis zur Räterepublik existierte. Er kontrollierte die Gemeindevorsteherung, die weiter im Amt blieb. Es erfolgte überdies auch sofort die Gründung einer Nationalgarde, die in Pötsching allerdings von den bald einrückenden Gendarmen aufgelöst und entwaffnet wurde. 70 Mann der bewaffneten Macht aus Ödenburg sollen nach einigen Wochen in Pötsching eingerückt sein, um die Beteiligten für die Vorfälle zur Verantwortung zu ziehen. „*Da viele Personen ... an den Vorfällen beteiligt waren ... zeitigte [die Untersuchungen] nur geringe Ergebnisse*“.³²⁵

Dieser Einsatz der ungarischen „*Brachialgewalt*“ veranlasste den Staatssekretär für Äußeres, Otto Bauer, den Vertreter Deutschösterreichs in Budapest aufzutragen, dagegen zu intervenieren. „*so sollen in der Gemeinde Pötsching 150 Gendarmen eingerückt sein, die die Bevölkerung bedrohten, allen Äußerungen zu Gunsten des Anschlusses an Deutsch-Österreich durch Waffengebrauch entgegenzutreten. Angeblich seien auch Misshandlungen vorgekommen und Schüsse gefallen.*“ Er ersuchte, diesen die Nachricht zu überbringen, dass „*österreichischerseits in den Grenzorten alle Verfügungen getroffen sind, um durch die Behörden auf die Bevölkerung beruhigend einzuwirken und politische Kundgebungen womöglich zu vermeiden. ... zumal die Anwendung von Gewaltmaßnahmen gerade in der gegenwärtigen Zeit gewiss nicht geeignet ist, die nationalen Bewegungen niederzuhalten*“³²⁶

Laut Schlag und Ernst³²⁷ rief Zsombor am 10. November 1918 eine Versammlung in Mattersburg ein. Angeblich war der Andrang auch aus den umliegenden deutschsprachigen Gemeinden so groß, dass sie im Freien abgehalten werden musste. Dabei wurde der *Deutsche Volksrat für Westungarn* per Akklamation konstituiert. Zsombor wurde zum Präsidenten ausgerufen. Ein sozialdemokratischer Funktionär aus Niederösterreich war ebenfalls anwesend. Der Wiener

323 Meist desertierte bzw. aus dem Urlaub nicht mehr an die Front zurückgekehrte Soldaten, die in Wäldern auf das Ende des Krieges warteten. Cornwall spricht von zuletzt ca. 250.000. Das waren etwa so viele, wie an der Italienfront eingesetzt waren. Mark Cornwall, *Auflösung und Niederlage, Die österreichisch-ungarische Revolution* In: Mark Cornwall (Hg), *Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts* (Essen 2004) 174-201, 179.

324 PESTER LLOYD, 14.11.1918, Morgenblatt, 4.

325 Löger, 73. Löger führt in seinem 1928 herausgegeben Buch an: „*In diesem Kapitel sind absichtlich keine Namen genannt.*“

326 Arnold Suppan (Hg), *Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich (ADÖ)*, Band 1 (Wien 1993) Dokument 73, 7.12.1918, 269.

327 August Ernst, *Geschichte des Burgenlandes* (Wien, München²1991) 188.

Neustädter Bürgermeister informierte den Staatssekretär für Äußeres Otto Bauer über diese Vorgänge.³²⁸ Das Programm dieses Volksrates anerkannte die Integrität Ungarns. Lediglich Autonomie wurde gefordert. Zombor hatte gute Kontakte nach Budapest, insbesondere zur Gruppe um Rudolf Brandsch.³²⁹

Warum er diesen Volksrat nicht in Ödenburg gründete, ist bis heute nicht ganz geklärt. Vielleicht erwartete er in Ödenburg Widerstand. Viele Teilnehmer sollen dabei den Anschluss an Österreich gefordert haben. Interessant ist, dass Löger, wenn wir davon ausgehen, dass es nicht zwei (Versammlung am 6. November, Absenger erwähnt sogar eine solche am 5.11.1918), sondern nur eine Versammlung gab, die Proklamation des *Deutschen Volksrates für Westungarn* nicht erwähnte.³³⁰ Der Anschluss an das Nachbarland konnte nicht in den Intentionen Zombors gelegen sein, der für die Gründung dieses Volksrates von der magyarischen Presse (SOPRONI NAPLÓ) sofort scharf angegriffen wurde. Er musste sich als Präsident vor dem Ödenburger Nationalrat rechtfertigen, was ihm offensichtlich glänzend gelang. „*Sein Vorgehen hat der Nationalrat anerkennend zur Kenntnis genommen.*“³³¹

Schlag erwähnt eine Versammlung am nächsten Tag in, dem Untersuchungsgebiet naheliegenden, St. Margarethen, bei der der Anschluss an Österreich gefordert worden sein soll. Bei dieser Versammlung soll ein entsprechendes Flugblatt formuliert worden sein. Aus dem im Buch zitierten Text des Flugblattes ist allerdings von Anschlussbestrebungen keine Rede.³³²

Wenn es in solchen Versammlungen zu Forderungen für den Anschluss an das Nachbarland kam, das wäre vor allem im Interesse der örtlichen Arbeiter gewesen, so wurde dies von den Politikern, Funktionären, Organisatoren und Aktivisten nicht zwingend befürwortet. Sie waren nicht bereit, diesen hochverräterischen Akt öffentlich zu fordern oder zu unterstützen. Selbst die Sozialdemokraten in Ödenburg hatten darüber konträre Ansichten, weil andere Interessen, als die Arbeiterinnen und Arbeiter im Untersuchungsgebiet, deren wirtschaftliche Existenz überwiegend jenseits der Grenze lag.

Bereits am 13. November 1918 veröffentlichte die GRENZPOST eine lange Liste von Gemeinden, die sich dem *Deutschen Volksrat für Westungarn* angeschlossen hätten. Fast alle Gemeinden im Untersuchungsgebiet sind darin zu finden. Wie es zu diesen zustimmenden Willensbildungen der Bevölkerung oder wie überhaupt repräsentative Beschlüsse zustande gekommen sein sollen, ist nicht überliefert. Allein der zeitliche Ablauf, Gründung des Rates am 10. (oder 6. November) 1919, Veröffentlichung der Unterstützung von fast 100 Gemeinden am 13. November 1918 in der Zeitung

328 Absenger, 99.

329 Schlag, Aus Trümmern, 120.

330 Löger, 171.

331 PESTER LLOYD, 17.11.1918, Morgenblatt, 4.

332 Schlag, Aus Trümmern, 121,

des Präsidenten desselben Rates, lässt entweder auf eine langfristige und sorgfältige Planung oder auf eine Propagandaaktion des Herrn Zsombor schließen. Im März 1919, Zsombor war mittlerweile Gouverneur von Deutsch-Westungarn, wurde im deutschnationalen WECKRUF aufgedeckt, dass dieser *Deutsche Volksrat für Westungarn* lediglich aus Zsombor, dem namentlich bekannten Informanten und einer weiteren Person,³³³ bestanden hat.³³⁴

Bereits am 16. November 1918 tagte der Mattersburger Gemeinderat ein weiteres Mal. Diesmal in Angelegenheit der Finanzierung dieses Wachkörpers, der nun als „*Nationalgarde*“ bezeichnet wurde. Die Gemeinde wurde von der Regierung aufgefordert, die Bezahlung vorläufig vorzustrecken. Dafür wurde ein Kredit über 50.000 Kronen bei der örtlichen Sparkasse aufgenommen. In diesen wenigen Tagen seit der Sitzung vom 3. November 1918 hatte sich die Sicherheitssituation offensichtlich bereits sehr beruhigt. Die Ratsmitglieder beschlossen daher, angesichts der vielen Arbeitslosen, Geld lieber in ein Straßenbauprojekt zu stecken, als unnötige Sicherungsmaßnahmen zu finanzieren. Insgesamt 100.000,- Kronen wurden bei den beiden örtlichen Geldinstituten ausgeborgt, um eine Straße zur Bahnstation Wiesen-Sigleß zu errichten.³³⁵ In Mattersburg wurde am 17. November der Bahnhof von einer 300 köpfigen Menge - angeblich abgerüstete Soldaten - besetzt, wobei der Stationsvorstand erst nach zwölf Stunden wieder freigelassen wurde. Die Tafeln mit magyarischer Beschriftung wurden heruntergerissen. In der gleichen Ausgabe wurde berichtet, dass in Westungarn die Unruhen weiter andauerten. Am 18. November 1918 mussten die Notäre aus Schattendorf, Stöttera und anderen Gemeinden des Mattersburger und Eisenstädter³³⁶ Bezirkes samt ihren Familien flüchten, nachdem sie vorher ausgeraubt wurden.³³⁷

Als Initiatoren der „*zügellosten*“ Agitation für den Anschluss an Deutschösterreich und der „*feindseligen Kundgebungen*“ wurde in Ungarn die „*Alldeutschen*“ Parteien und deutschösterreichischen Industriekreise vermutet. Diese dem ungarischen Staate feindliche Stimmungsmache, so die damalige Einschätzung von ungarischer Seite, würde sich in nächster Zeit noch verstärken. Die Delegation aus Vertretern der Grenzregion beim deutschösterreichischen Staatsrat sei zwar nur mit einer „*platonischen Deklaration*“ nach Hause gefahren, jedoch sicherlich mit entsprechenden Ermunterungen, Zwischenfälle zu provozieren. Das Zentrum dieser

333 Dieser Person stand Zsombor am 14.7.1919 in einem Prozess in Wien als Zeuge bei. NEUE FREIE PRESSE, 15.7.1919, 11.

334 WECKRUF, 19.3.1919, 2.

335 Protokoll der Gemeinderatssitzung von Mattersburg vom 16.11.1918.

336 Der ungarische Namen lautet Kismarton.

337 PESTER LLOYD, 19.11.1918, Morgenblatt, 7.

Bestrebungen soll im Ödenburger Komitat vor allem in Mattersburg, Neudörfel und Pötsching gelegen sein. Die lokalen Nationalräte seien die Träger dieser Gesinnung und trügen diese offen zur Schau. An der Zusammenstellung einer weiteren Delegation nach Wien werde angeblich gearbeitet.

³³⁸ Die Nachrichten, die in Budapest kursierten, dass deutschösterreichische Truppen nach Westungarn verlegt werden sollen, seien jedoch falsch. ³³⁹

5.8. Deutschösterreichs Anspruch auf Westungarn

Ohne auf die Vorgeschichte des Anspruches Österreichs auf Westungarn einzugehen, diese reicht bis ins 16. Jahrhundert zurück, wurde bereits in der *konstituierenden Sitzung der Nationalversammlung der deutschen Abgeordneten* am 21. Oktober 1918 der Anspruch auf die von Deutschsprachigen bewohnten Gebiete Westungarns erhoben.

Es war der steirische Gutsbesitzer Ferdinand Pantz, ³⁴⁰ der als Erster in diesem Haus die Ansprüche auf Westungarn formulierte: „*wir beanspruchen, alle in der vormaligen Donaumonarchie diesseits und jenseits der Leitha lebenden Deutschen in unserem Staatswesen zu vereinen.*“ So wie sein Vorredner von der Christlichsozialen Vereinigung trat er für das Weiterbestehen einer Monarchie ein. Überraschenderweise setzte er sich als Gutsbesitzer, für eine „*durchgreifende Bodenreform*“ ein. Der Redner der deutsch-freiheitlichen Vereinigung, der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Deutschnationalen Partei erwähnte Westungarn nicht. ³⁴¹

Neben der *Provisorischen Nationalversammlung*, wie sie sich ab der zweiten Sitzung am 30. Oktober 1918 nannte, gab es noch den cisleithanischen Reichsrat. In dessen Abgeordnetenhaus meldete sich in der Sitzung vom 25. Oktober 1918 Abgeordneter Alois Heilinger ³⁴² zu Wort. Um diese Zeit gab es im Reichsrat eine Stimmung des Rückblicks, der Bilanzierung aber auch der Schuldzuweisung. Und für den Abgeordneten war Ungarn an allen Widrigkeiten der Monarchie schuld. Er argumentierte, dass Ungarn den Krieg zu verantworten hätte und dass Ungarn eine „*Aushungerungspolitik*“ gegenüber Österreich betrieb. Da nun alle Völker über Ungarn herfallen, sollte Österreich „*nicht zurückbleiben.*“ Er forderte das Gebiet bis zur Raab, denn dieses sei seit

338 PESTER LLOYD, 20.11.1918, Morgenblatt, 4.

339 PESTER LLOYD, 18.11.1918, 3.

340 Ferdinand Pantz, (1868-1933), Gutsbesitzer, im Reichsrat seit 1911, Deutscher Nationalverband, Provisorische Nationalversammlung deutschösterreichische Unabhängigkeitspartei, Wahlbezirk Steiermark 14, St. Protokolle Reichsrat, St. Prot. Prov. Nationalversammlung, <Parlament.at>

341 Stenographische Protokolle – 1. Republik, 1. Session, 8-10.

342 Alois Heilinger (1859-1921), Jurist, Magistratsrat i. Pension, Landtagsabgeordneter, Schriftsteller, Im Reichsrat seit 1901, gehörte keiner Partei an, Provisorischen Nationalversammlung Deutscher Nationalverband, Wahlbezirk Niederösterreich 16, Wien 8. Bezirk. St. Protokolle Reichsrat, St. Prot. Prov. Nationalversammlung, <Parlament.at>

dem Mittelalter ein deutsches Land. Derzeit, so führte er weiter aus, leidet Wien unter der Grenzsperr. Er prophezeite ein zukünftiges Ungarn, „*nicht viel größer als Budapest.*“ „*Es ist ja selbstverständlich, dass auch wir uns bei der Verteilung melden werden.*“³⁴³ Abgeordneter Heilinger fiel auch in der Vergangenheit nicht als Freund von Ungarn auf. In einer Rede am 5. Dezember 1917 beklagte er die Lebensmittelversorgung in Österreich und fand die Schuldigen in Ungarns Politik und Verwaltung. Er warf ihnen Rechtsbruch vor und beantragte eine Resolution, „...*dass endlich die Überschüsse Ungarns an Lebensmittel Österreich überlassen werden.*“³⁴⁴

In der Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich am 30. Oktober 1918³⁴⁵ wurde eine Note an Präsident Wilson zur Abstimmung gebracht, in der auf alle deutschsprachigen Gebiete Österreichs Anspruch erhoben wird. „*Der neue Staat beansprucht die Gebietshoheit über alle jene Gebiete des bisherigen Österreichs, in denen die Deutschen die Mehrheit der Bevölkerung bilden.*“ Dies betraf vor allem die Gebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien. In der Note wurden Volksabstimmungen gefordert bzw. mitgeteilt, dass diese akzeptiert werden. „*In analoger Weise ... auf die deutschen Siedlungsgebiete ... gegenüber Italien und dem südslawischen Staat anzuwenden.*“

Abgeordneter Pantz bedauerte, dass die Forderung auf das Selbstbestimmungsrecht nicht auf das Gebiet der ungarischen Krone und des Buchenlandes ausgedehnt wurde und er beantragte dies zu tun. Die Note an Wilson wurde unverändert beschlossen, die beiden Anträge von Pantz einem Ausschuss zugewiesen. Das veranlasste Abgeordneten Teufel³⁴⁶ zu einem emotionalen Zwischenruf „... *Da wird der Verrat schon statuiert in der ersten deutschen Nationalversammlung.*“ Genauso wird der Beschlussantrag des Abgeordneten Heilinger an einen Ausschuss verwiesen. Der Antrag begann mit „*In Vertretung des ungarländischen Deutschtums, das einer eigenen politischen Vertretung entbehrt. ...*“ wird das Recht gefordert, „... *sich für den Anschluss an den deutsch-österreichischen Staat zu entscheiden.*“

In der 3. Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich am 12. November 1918³⁴⁷ standen sechs grundlegende Gesetze auf der Tagesordnung.

1. über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich

343 Stenographisches Protokoll, Haus der Abgeordneten, XXII. Session, 2621- 2624.

344 Stenographisches Protokoll, Haus der Abgeordneten, XXII. Session, 4692- 4695.

345 Stenographische Protokolle – 1. Republik, 1. Session, 13-60.

346 Die Abgeordneten Pantz, Brandl, Teufel und Hummer bildeten die „deutschösterreichische Unabhängigkeitspartei“. Alle vier waren nach der Wahl 1919 nicht mehr in der Konstituierenden Nationalversammlung. POLITISCHE CHRONIK, 1918, 506. Abgeordneter Teufel war Mitglied des Staatsrates, Pantz sein Stellvertreter. Die Wahl erfolgte am 31. Oktober 1918. POLITISCHE CHRONIK, 1918, 520f.

347 Stenographische Protokolle – 1. Republik, 1. Session, 61-88.

2. über die Einrichtung des Staatsgesetzblattes
3. Grundgesetz und Staatserklärung über das Staatsgebiet
4. über die Staatsbürgerschaft
5. über die richterliche Gewalt
6. über die Übernahme der Staatsgewalt in den Ländern.

Diese Gesetzesvorlagen wurden am Vortag vom Staatsrat beschlossen und der Provisorischen Nationalversammlung vorgelegt.

Das Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich wurde sofort durch die vorgeschriebenen drei Lesungen gebracht. Es wurde auch in der dritten Lesung einstimmig angenommen. Gleich danach stellte Renner den Antrag eine Kundmachung zu beschließen und zu veröffentlichen. Ein charakteristischer Passus dieser Kundmachung lautete: *„Deutschösterreicher! Bürger, Bauern und Arbeiter haben sich zusammengetan um das neue Deutschösterreich zu begründen. ... Bis dahin Vertrauen, Eintracht und Gemeinsinn!“*

Punkt 3 *Grundgesetz und Staatserklärung über das Staatsgebiet* wurde zurückgestellt, da der Berichtstatter nicht im Saale war. Beim Bericht über konstituierende Landes-Kreisversammlungen meldete sich Abgeordneter Heiling zu Wort. Er gab abermals seiner Meinung Ausdruck, dass die deutschsprachigen ungarischen Gebiete zu beanspruchen sind. Er stellte den Antrag, die gegenständlichen Komitate im Gesetz zu verankern. Dabei nannte er das Komitat Eisenburg Eisenstadt. Dieser Fehler wurde laufend wiederholt. Dabei fragte er seine Kollegen: *„Warum sind denn wir so sanft?“* Angeblich bekam er täglich Briefe aus dem Gebiet, die sein Vorhaben unterstützten. Bevor er von verschiedenen Abgeordneten unterbrochen wurde, referierte er seine bereits bekannten Argumente, denen er nun noch hinzufügte, dass die Komitate zur Versorgung mit Lebensmitteln notwendig seien. Der Präsident klärte Heiling auf, dass er zum falschen Tagesordnungspunkt gesprochen hatte.

Der thematisch richtige Tagesordnungspunkt (3. Grundgesetz und Staatserklärung über das Staatsgebiet) wurde anschließend behandelt. Der Berichtstatter war Abgeordneter Stefan Licht ³⁴⁸. In seinem Bericht zur ersten Lesung wies er besonders auf Punkt 5 des Gesetzes, welches die von Deutschösterreich beanspruchten Gebiete Ungarns definierte.

Folgende Vorlagen standen zur Diskussion und Abstimmung:

1. Gesetz über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes von Deutschösterreich

348 Stefan Licht, (1860-1932), Jurist, Hof- und Gerichtsadvokat, Wahlbezirk Mähren, von 1902-1919, Deutscher Nationalverband <parlament.at>

In diesem wurde in drei Paragraphen erklärt, dass Deutschösterreich die Gebietshoheit über das geschlossene Siedlungsgebiet der Deutschen innerhalb der bisherigen im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder ausübt.

2. Staatserklärung über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes von Deutschösterreich.

In der Staatserklärung stand unter Punkt 5 Folgendes zur Debatte: *„Das in den bisherigen Ländern der ungarischen Krone gelegene geschlossene deutsche, dem deutschösterreichischen Staate unmittelbar angrenzende Siedlungsgebiet ist dem deutschösterreichischen Staatsgebiete einzuverleiben.“*

Unter Punkt 6 wurde erklärt, dass die deutschen Sprachinseln in Ungarn bzw. den Nachfolgestaaten *„zum nationalen Interessensbereich“* gehören.

Im Anhang III, der Beilage Nr. 3 waren die Ansprüche detailliert dargelegt. Es wurde auch erklärt, dass die angeführten Gebietsteile der Gespanschaften (Komitate) Preßburg, Wieselburg und Ödenburg an Niederösterreich, jene der Gespanschaft Eisenburg an die Steiermark anzugliedern seien. Weiters wurde erklärt, dass es sich dabei um über 300.000 deutsche Einwohner in mehr als 300 Gemeinden handelt. Die Menschen in den kroatischen Siedlungen dazwischen würden zum großen Teil deutsch sprechen.³⁴⁹ Geplant war, alle drei Lesungen sofort durchzuführen. Da es einen Einspruch gab, wurde der Antrag dem Verfassungsausschuss zugewiesen, jedoch mit einer Fristsetzung von lediglich zwei Tagen.

Am 14. November 1918³⁵⁰ stand unter Tagesordnungspunkt 1 der Bericht des Verfassungsausschusses über das Gesetz und die Staatserklärung über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes zur Verhandlung. Der Berichterstatter präsentierte einen veränderten § 1. Die wichtigste Änderung war, dass Deutschösterreich nun auch für die *„deutschen Einschlussgebiete von Brünn, Olmütz, Iglau und Gotschee, und die autonome Stadt Cilli“* Gebietshoheit auszuüben gedachte.

In der Provisorischen Nationalversammlung waren die Vertreter der ca. 3,5 Millionen Deutschsprachigen vor allem aus den Ländern Böhmen, Mähren, Schlesien, der Südsteiermark und Kärnten. Diese hatten daher einen wesentlich größeren Einfluss und auch ein wesentlich größeres politisches und wirtschaftliches Gewicht, als ein Gebietsstreifen im ungarischen Nachbarland. Die stenographischen Protokolle der Provisorischen Nationalversammlung zeigen auch diesen quantitativen Unterschied.

349 Beilage Nr. 3 der Provisorischen Nationalversammlung.

350 Stenographische Protokolle – 1. Republik, 1. Session, 89-116.

Trotzdem war es abermals Abgeordneter Heilinger, der sich als Erster zu Wort meldete und das westungarische Gebiet forderte. Er gab kund, dass er und Abgeordnete der Christlichsozialen Partei Briefe aus dem Gebiet erhalten hatten, die seine Forderungen unterstützten. Er verstieg sich zur Aussage *„tausend Briefen in dieser Angelegenheit bekommen“* zu haben. Da, wie er weiter ausführte, bereits *„ungarische Amtspersonen“* abgesetzt wurden, wäre es einfach, diese Gebiete zu besetzen. Bevor er die Staatserklärung als Ganzes kritisierte und sie als ungeeignet bezeichnete, die Ansprüche Deutschösterreichs zu vertreten, wiederholte er alle damals in Wien kursierenden Aversionen gegenüber Ungarn. Sein Standpunkt war, das derzeit schwache Ungarn anzugreifen und sich so wie die anderen Staaten zu holen, was einem angenehm und nützlich ist. Sein Antrag endete mit dem Aufruf: *„Grenzwache gibt es ja keine mehr. Nicht los von Ungarn, sondern los auf Ungarn.“*

Unmittelbar darauf meldete sich Renner zu Wort. Der Großteil seiner Rede beschäftigte sich mit den vorgeschlagenen Änderungen des Verfassungsausschusses. Die Staatserklärung verteidigte er mit dem Hinweis, dass diese Festlegung dazu diene, der Friedenkonferenz vorgelegt zu werden. Er führte aus, dass das Gesetz nach innen wirke und von den Behörden angewandt werden müsse. Die Staatserklärung wirke nach außen und soll als Verhandlungsinstrument dienen. Er appellierte an die Abgeordneten, realistisch zu bleiben, die Bevölkerung nicht zu verwirren oder ihr etwas vorzutäuschen, irrezuführen über *„... die Grenzen des Erreichbaren.“*

Zum Antrag des Abgeordneten Heilinger replizierte Renner, dass er sehr wohl dafür sei, dass die deutschen Gebiete von Westungarn zu Deutschösterreich kommen. Die Regierung habe allerdings *„die größte Mühe, auf dem heimatlichen Gebiete, das uns schon staatlich unterstellt ist, die Staatsautorität auszuüben“*. Auf die Zwischenrufe des Abgeordneten Heilinger, dass einerseits die ungarischen Behörden *„dort schon fortgejagt“* seien und andererseits die *„Tschecho-Slowaken“* ebenfalls so handelten, erwiderte Renner, dass dies zu Krieg führen würde *„und das wollen wir nicht, und alles, was unrecht ist und was andere tun, nachzuahmen, ... können wir ... nicht unternehmen.“*

Drei Abgeordnete unterstützten den Antrag von Abgeordneten Heilinger: August Denk³⁵¹, Franz Parrer³⁵² und Rudolf Gruber.³⁵³ Während Denk im Reichstag dem Deutschen Nationalverband

351 August Denk, (1852-1926) Fabrikant, Reichsratsabgeordneter seit 1911, Deutscher Nationalverband, Wahlkreis Niederösterreich 14, Wien VII., St. Protokolle Reichsrat, St. Prot. Prov. Nationalversammlung, <Parlament.at>.

352 Franz Parrer, (1875-1944) Gastwirt, Reichstagsabgeordneter seit 1911, Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter, Mitglied des (Deutsch)Österreichischen Parlamentes bis 1930, CSP, Landtagsabgeordneter, Bürgermeister von Mannersdorf, Wahlbezirk Niederösterreich 52, St. Protokolle Reichsrat, St. Prot. Prov. Nationalversammlung, <Parlament.at>.

353 Rudolf Gruber, (1864-1926) Land- und Gastwirt, Reichsratsabgeordneter seit 1907, Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter, Mitglied des (Deutsch)Österreichischen Parlamentes bis 1926, CSP, Landtagsabgeordneter, Bürgermeister von Sollenau, Wahlbezirk Niederösterreich 50, St. Protokolle Reichsrat, St. Prot. Prov. Nationalversammlung, <Parlament.at>.

angehörte und wie Heilinger ein Wiener Mandat inne hatte, gehörten die beiden anderen der Christlichsozialen Vereinigung deutscher Abgeordneter an und besetzten ein ländliches Mandat an der ungarischen Grenze. Diese beiden waren Landtagsabgeordnete und Bürgermeister. Kern ihrer Ausführungen war die Botschaft, dass die Bevölkerung der Komitate Ödenburg, Wieselburg und Eisenstadt [sic!] „... *sehnsüchtig fragt, wann endlich dieses Gebiet zu Österreich kommt. ... Diese Orte wären heute ohne Blutverlust zu nehmen, sie warten auf den Einmarsch.*“³⁵⁴ Der Antrag wurde an den Verfassungsausschuss zurückgewiesen. Der Antrag, der Verfassungsausschuss möge innerhalb von 24 Stunden ein Ergebnis seiner Verhandlungen vorlegen wurde abgelehnt.

Die Parlamentssitzung am 14. November 1918 in Wien wurde in Budapest sehr aufmerksam beobachtet. Im PESTER LLOYD findet sich darber eine recht umfangreiche Berichterstattung. „*Ein Attentat der deutschösterreichischen Nationalversammlung auf die Integrität Ungarns*“ lautet eine Schlagzeile am 15. November 1918. Mit ironischem Unterton wurde gefragt, warum sich die neugegründete Republik Deutschösterreich neben den vielen Schwierigkeiten gegen die sie zu kämpfen hat, „*auch noch Missverständnisse und Feindseligkeiten mit dem benachbarten ungarischen Staate hinzufügen will*“.³⁵⁵

Am 16. November 1918 war eine Delegation aus Westungarn in Wien und wurde vom Staatsrat empfangen. Die Delegation überreichte ein Memorandum, das eine Besetzung des Gebietes forderte und prophezeite, dass dies ohne Probleme ablaufen würde. Der Staatsrat lehnte dieses Ansinnen „*Nach einer sehr erregten Debatte*“ ab.³⁵⁶

Am 18. November 1918 beschloss der Staatsrat auf Antrag des Staatskanzlers Renner, dass die geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete der Komitate Preßburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg geographisch, wirtschaftlich und national zu Deutschösterreich gehören und für die Lebensmittelversorgung Wiens unentbehrlich seien. Darum wird der deutschösterreichische Staat auf dem Friedenskongress auf den Anschluss dieser Gebiete an die Republik Deutschösterreich bestehen. „*In diesem Sinne begrüßt der Staatsrat die lebhafteste nationale und wirtschaftliche Anschlussbewegung der Deutschen Westungarns und bewillkommt sie im Verbands der deutschösterreichischen Republik.*“³⁵⁷

354 Franz Parrer

355 PESTER LLOYD, 15.11.1918, Morgenblatt, 8f.

356PESTER LLOYD, 19.11.198, Abendblatt, 3.

357 Suppan, Außenpolitische Dokumente, Dokument Nr. 21, 18.11.1918, 155.

Er fasste auch einen weiteren Beschluss, indem er das Staatsamt für Volksernährung beauftragte, Lebensmittelaufkäufer in dieses Gebiet zu entsenden „... *um die unmittelbar drohende Gefährdung der Volksernährung abzuwenden.*“ Dem Staatsrat war es aber sehr wichtig festzuhalten, dass er großen Wert auf freundschaftliche Beziehungen zu Ungarn lege und keine „... *auf Annexion abzielende Aktion...*“ unterstützen werde. Das Hauptproblem der Bewohner der Grenzregion sei die Grenzsperrung gegenüber ihren Absatzgebieten in Wien, Wiener Neustadt und Graz.^{358 359}

Der ungarische Gesandte erschien auf diesen Beschluss hin empört bei Staatssekretär Bauer. Es waren vor allem die Lebensmittelaufkäufer, die nach Ungarn entsandt werden sollten, die die ungarische Regierung in Rage brachte. Der Staatssekretär für Volksernährung, bei der Beschlussfassung nicht anwesend, bezeichnete diesen dann als nicht besonders geschickt und zeigte Verständnis für die ungarischen Reaktionen. „*Wenn es den Ungarn einfallen sollte, zu uns Einkäufer zu entsenden, würde ich mich darüber sehr aufhalten. Der ungarische Staatssekretär hat auch mitgeteilt, dass jeder Einkäufer, der von uns legitimiert würde, in Ungarn sofort interniert würde.*“ Der Hauptgrund für die Zurückhaltung und Vorsicht war die katastrophale Versorgung der Wiener Bevölkerung. ... „*Wenn Ungarn ernst macht und alle im Laufe befindlichen Sendungen sperrt, werden wir in der nächsten Zeit wieder in große Schwierigkeiten kommen und speziell die Fleischversorgung wird zum großen Teile gefährdet sein. ... Der Staatsrat möge einen oder zwei Delegierte zum ungarischen Gesandten entsenden, um die Sache aufzuklären und ihn zu veranlassen, dass er sie nicht so auffasse, wie sie die ungarische Regierung auffasst.*“³⁶⁰ Es gelang der Regierung, in mühsamen und schwierigen Gesprächen, die ungarische Regierung wieder zu beruhigen. Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschsprachigen in Westungarn und die Absicht, die Gebietszugehörigkeit der Friedensverhandlung zu übertragen, wurde jedoch nicht zurückgenommen.

In der folgenden Sitzung am 22. November 1918³⁶¹ wurde das Gesetz unter Umgehung des üblicherweise vorgesehenen Prozedere zur zweiten und dritten Lesung vorgelegt. Der Berichterstatter legte das Ergebnis seiner Beratungen, die offenbar zusammen mit Renner durchgeführt wurden, vor. Neben formalen Änderungen wurden die Gottschee und Cilli herausgenommen. Vertreter der Gottschee sollen mitgeteilt haben, dass sie ihre Zukunft in der Proklamierung einer eigenen Republik sehen.

358 DEUTSCHES VOLKSBLATT, 19.11.1918, Morgenausgabe, 3.

359 PESTER LLOYD, 19.11.1918, Morgenblatt, 9.

360 Suppan, Außenpolitische Dokumente, Dokument Nr. 25. 21.11.1919, 165-170.

361 Stenographische Protokolle – 1. Republik, 1. Session, 117-151.

Betreffend der Komitate Ödenburg, Wieselburg und Eisenstadt [sic!] lehnt der Ausschuss jede „Annexionspolitik“ ab. Dem Weltkrieg einen Bürgerkrieg folgen zu lassen, noch dazu mit dem Staat, mit dem er bis vor kurzem noch vereint war, sollten nicht einmal die Antragsteller wünschen, so der Berichterstatter. Und er schloss mit dem Wunsch, „*dass ich es daher nicht nötig haben werde, auf eine Replik zu polemisieren.*“.

Tatsächlich gab sich Abgeordneter Heilinger zufrieden mit den Änderungen in der Staatserklärung. Er berichtete von unzähligen Briefen und Besuchen von Betroffenen aus Ungarn, die seine Bemühungen lobten. Sogar einzelne Komitate hätten sich zustimmend an ihn gewandt. Dafür gab es einen Abänderungsantrag in Richtung einer Ungarn entgegenkommenden Formulierung. Der Wunsch „*die freundschaftlichen Beziehungen ... ungetrübt aufrechtzuerhalten*“ wurde den Forderungen vorangestellt. Abgeordneter Neunteufel stellte sich in seiner Wortmeldung gegen diese Absicht. Er bestätigte auch das Entstehen einer Anschlussbewegung in den gegenständlichen Komitaten. Die Berichte in ungarischen Blättern, dass von offizieller deutschösterreichischer Seite geplant sei, in Westungarn militärisch zu intervenieren, sei jedoch zur Gänze erfunden. Er nannte die von ungarischer Seite lancierten Meldungen darüber „*Tatarennachrichten*“. Die Anschlussbewegung sei in Westungarn selbst entstanden, insbesondere bei der „*Bauernbevölkerung*“, wie er ausführte. Die Deutschen in Ungarn sind, so der Abgeordnete, „... *national erwacht ...*“ und versprach Unterstützung. Es sei geradezu Pflicht der Deutschösterreicher sich für die Rechte der Deutschen in Ungarn einzusetzen. Die Erklärung des Staatsrates, „...*dass er dieser Bewegung mit Sympathie gegenübersteht*“ bedeute aber keinesfalls eine aktive Unterstützung dieser. Seine Rede wurde von mehreren Zwischenrufen unterbrochen. Abgeordneter Wichtl ³⁶² meinte, „*Und die ersticken dort in Lebensmittel*“. Und Heilinger rief dazwischen „... *hinunter zu gehen und die Lebensmittel zu holen!*“. Wichtl meldete sich dann zu Wort und führte seinen Zwischenruf breiter aus.

Staatskanzler Renner replizierte den beiden Vorrednern und warnte diese, sich nicht „...*selbst an schönen Worten zu berauschen.*“ Der Staat Deutschösterreich kann nicht am Vormittag mit Ungarn über Lebensmittelhilfe verhandeln, Verträge schließen und Erklärungen abgeben und am Nachmittag dann das Gegenteil beschließen. Der Berichterstatter, dem Deutschen Nationalverband angehörend, forderte die Abgeordneten „*auf das Allerdringlichste*“ auf, dem Abänderungsantrag zu folgen. Er erlaubte sich einige Aussagen des Abgeordneten Wichtl in Zweifel zu ziehen und verwies auf die zu erwartenden Gräuelp eines möglichen Krieges bzw. Bürgerkrieges. Danach wurde die Staatserklärung samt dem Abänderungsvorschlag angenommen.

362 Friedrich Wichtl, (1872-1922), Jurist, Privatschuldirektor, Reichsratsabgeordneter seit 1911, Deutscher Nationalverband (Deutschradikale Partei), Wahlbezirk Böhmen 94, St. Protokolle Reichsrat, St. Prot. Prov. Nationalversammlung, <Parlament.at>.

Wenn nun der ursprüngliche Entwurf dem Ergebnis gegenübergestellt wird, so muss festgestellt werden, dass das Ergebnis zwar quantitativ umfangreicher, dafür aber wesentlich konzilianter war. Wurde im Entwurf noch fordernd formuliert: „... ist dem deutschösterreichischen Staatsgebiet einzuverleiben“, so steht im Ergebnistext: „... muss bei den Friedensverhandlungen darauf bestanden werden, ...“.

Die Provisorische Nationalversammlung beschloss kurz darauf das „Gesetz vom 22. November 1918 über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes von Deutschösterreich“ StGBI. Nr. 40. Im § 1 wurde die „Gebietshoheit über das geschlossene Siedlungsgebiet der Deutschen innerhalb der bisher im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ proklamiert.³⁶³ Weiters wurde die „Staatserklärung über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes von Deutschösterreich“ St.G.BI.Nr. 41 beschlossen.

Erst darin wird unter Punkt 5 erklärt: „Die geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete der Komitate Preßburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg gehören geografisch, wirtschaftlich und national zu Deutschösterreich. ... Darum muss bei den Friedensverhandlungen darauf bestanden werden, dass diesen deutschen Siedlungen das gleiche Selbstbestimmungsrecht zuerkannt werde, das nach wiederholten Erklärungen der ungarischen Regierung allen anderen Völkern Ungarns eingeräumt wird.“³⁶⁴

Dass Deutschösterreich Anspruch auf die Gebiete Westungarns erhoben hatte, stimmt also nicht. Es bestand darauf die Grenzfrage auf die Agenda der Friedensverhandlungen zu setzen und forderte das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Bevölkerung ein. Es handelte sich dabei um keinen rechtlichen Schritt zur Gewinnung des westungarischen Grenzlandes, sondern lediglich um eine politische Erklärung.³⁶⁵

Am 25. November wurde bereits ein formeller Liefervertrag über Lebensmittel mit Deutschösterreich abgeschlossen. Bezahlt sollte in Industriegütern werden. Deutschösterreich war damals der einzige Staat, der normale Beziehungen mit Ungarn aufrecht hielt. An diesem Tag wurde der deutschösterreichische Gesandte zur Bestätigung der Aufnahme der offiziellen diplomatischen Beziehungen vom ungarischen Ministerpräsidenten empfangen.³⁶⁶ Nicht nur als direkter Partner war Deutschösterreich wichtig, auch als Transitland oder indirekter Handelspartner. Die ungarische

363 Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich, 9. Stück, 51.

364 Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich, 9. Stück, 52.

365 Helmut Widder, Verfassungspolitische und verfassungsrechtliche Fragen bei der Angliederung des Burgenlandes an Österreich In: Burgenland - Anfänge, Übergänge, Aufbau. Schlaininger Gespräche 1991 (Eisenstadt 1996) 27-37, 29.

366 Brader, 100.

Botschaft in Wien hatte daher eine überaus bedeutende Rolle. In der Zeit der Räterepublik wurden diese Beziehungen noch wesentlich bedeutender. Die Blockade der Entente wurde in dieser Zeit über Deutschösterreich, nicht jedoch über Ungarn, aufgehoben.

Die Beziehungen zwischen Deutschösterreich und Ungarn entwickelten sich, wenn von der Proklamierung der Republik Heizenland abgesehen wird, den damaligen Zeiten entsprechend unaufgeregt. Beide Staaten hatten den Siegermächten gegenüber den gleichen Status. Beide Staaten hatten keine Armee und wurden von den Siegermächten inklusive den Nachfolgestaaten, die ebenfalls zu diesen gezählt wurden, bedrängt.

5.9. Ungarns Kampf um Westungarn

In der Antwort auf den Beschluss des deutschösterreichischen Staatsrates zeigte sich Minister Jászi überrascht, da derartige Forderungen in der Vergangenheit noch nie aufgetaucht seien. Alle wesentlichen Vertreter des ungarischen Deutschtums hätten sich für den Verbleib beim ungarischen Staat ausgesprochen. Jászi nannte dabei den Bauernbund, die Sachsen, die Deutschsozialisten und die katholische Gruppe von Bleyer. Die Angelegenheit sollte von der Friedenskonferenz, wenn notwendig durch eine Volksabstimmung, gelöst werden. Der Minister vermutete eine Überforderung des deutschösterreichischen Staatsrates hinter diesem Beschluss.³⁶⁷ Mit solchen despektierlichen Bemerkungen führte auch die republikanische Regierung in Budapest die Tradition der Verächtlichmachung der politischen Institution in Wien weiter.

Der deutschösterreichische Staatsrat antwortete auf den Protest der ungarischen Regierung betreffend dessen Beschlüsse vom 16. November 1919 und stellte nochmals fest, keinesfalls in Westungarn aktiv zu werden. So wie Jászi forderte, sollte die endgültige Zugehörigkeit der Region der Friedenskonferenz vorgelegt werden. Außerdem wurde klargestellt, dass Lebensmittel nur mit Zustimmung der ungarischen Regierung bezogen werden.³⁶⁸

In Ungarn waren de facto nur mehr zwei Nationalitäten vorhanden. Mit diesen, den Deutschsprachigen und den Ukrainern,³⁶⁹ kam es bald zu Verhandlungen. Eine Einigung mit den Ukrainern wurde bereits am 20. November 1918 gemeldet. Basis war das Bekenntnis zur territorialen Unversehrtheit Ungarns.³⁷⁰ Sie sollte in vier Komitaten gelten.³⁷¹ Bei den Ukrainern war die Verkündung des Abkommens etwas voreilig. Das Problem bei den Ergebnissen solcher

367 ARBEITER-ZEITUNG, 20.11.1918, 4.

368 PESTER LLOYD, 22.11.1918, Abendblatt, 1.

369 In der Monarchie wurden sie Ruthenen aber auch Russinen genannt.

370 PESTER LLOYD, 20.11.1918, Morgenblatt, 1.

371 ARBEITER-ZEITUNG, 20.11.1918, 4.

Verhandlungen war meist der Verhandlungspartner. Ein entsprechender Verhandlungspartner, damals meist Nationalrat genannt, fand sich bald. Ob dieser aber die notwendige Repräsentabilität hatte und in das außenpolitische Umfeld passte, war die Frage. Jászi sprach dies gegenüber Deutschösterreich direkt an, indem er verkündete: Mit unseren deutschen Organisationen haben wir keine Probleme. Die wollen alle bei Ungarn bleiben.

Der Kampf um die Nationalitäten wurde auch auf dem Gebiet eröffnet, das bis jetzt das umstrittenste war. Bereits am 20. November 1918 kam ein Erlass heraus, der die staatlichen Volksschulen zwang, die Sprache der Mehrheitsbevölkerung als Unterrichtssprache in allen Gegenständen zu gebrauchen. In den Gymnasien mussten die regionalen Minderheitensprachen als ordentliche Unterrichtssprachen unterrichtet werden.³⁷²

In Mattersburg beschloss der Gemeinderat am 14. Dezember 1918 mit Hinweis auf die Verordnung des Kultusministeriums, dass in der örtlichen Bürgerschule künftig die deutsche und ungarische Sprache in gleichem Maße unterrichtet werden sollte. Die Muttersprache aller Kinder der Bürgerschule war Deutsch. Die endgültige Entscheidung behielt sich der Gemeinderat vor - und zwar bis „... nach den großen politischen Entscheidungen.“³⁷³

Eine Nationalität gegen die andere auszuspielen, war eine alte und bewährte Methode, um beide zu beherrschen. Ein Ödenburger Advokat mit kroatischen Wurzeln wies die Verwaltung des Ödenburger Komitates darauf hin, dass, wenn man die kroatischsprachigen Gemeinden zusammenfasst, sich „... die deutschen Siedlungen ... auf ein sehr enges Gebiet beschränken.“ Damit könnte jede deutschösterreichische Lösung, die ohnehin gegen die wirtschaftlichen Interessen der Deutschsprachigen sei, verhindert werden. Dass die Kroatischsprechenden im Komitat Ödenburg vielleicht ebenfalls Ambitionen Richtung Deutschösterreich zeigen könnten, war für den Advokaten undenkbar. Er bezog sich diesbezüglich auf die gute Arbeit der Geistlichen und Lehrer. Trotzdem schlug er vor, die Kroatischsprechenden aufzuklären und endlich den kroatischen Nationalrat zu bilden.³⁷⁴

Diese Vorschläge und deren Begründung des Advokaten zeigen in ihrer Absichtslosigkeit zwei Gegebenheiten recht deutlich:

1. Die Komitatsverwaltung war ein magyarisches Herrschaftsinstrument und
2. die Geistlichkeit und Lehrer wurden als dessen Gehilfen angesehen.

372 PESTER LLOYD, 21.11.1918, Abendblatt, 3.

373 Protokoll der Gemeinderatssitzung von Mattersburg vom 14.12.1918

374 PESTER LLOYD, 20.11.1918, Abendblatt, 2.

Auch die Unternehmer, in diesem Fall die Soproner Filiale des *Bundes der Ungarischen Fabriksindustriellen* setzten sich für die Integrität des Landes ein. Die im industriellen Bereich übermächtigen Betriebe in Deutschösterreich wären für sie existenzgefährdend gewesen. Sie schickten dem Handelsminister ein Telegramm, in dem sie einerseits die unabhängige ungarische Republik begrüßten und anerkannten, andererseits energisch Stellung nahmen gegen „*die österreichischen Annexionsabsichten*“.³⁷⁵ Ähnliche Befürchtungen hatte die Ödenburger Handelskammer.³⁷⁶

Zuletzt wurden die schon zahlreichen bestehenden Räte zu entsprechenden Erklärungen animiert. Als Erster meldete sich der Ödenburger Arbeiterrat zu Wort. Er griff Zsombor in seiner Stellung als Herausgeber der GRENZPOST und Präsident des Nationalrates ob seiner angeblichen magyarenfeindlichen Einstellung heftig an. Der Arbeiterrat erwartete von ihm, keine ungarnefeindliche Bestrebungen zu unterstützen.³⁷⁷ Auf diesen Angriff gegen seinen Präsidenten verteidigte sich der Nationalrat und erklärte, die österreichischen Agitationen nicht zu unterstützen. Der Nationalrat organisiere die notwendige Aufklärung gegen solche Bestrebungen und werde Versammlungen in den Ortschaften abhalten. Die Regierung wurde ersucht, Kommissäre zu entsenden, welche die Aufklärungsarbeit leiten sollten. Und zuletzt wurden aus Deutschösterreich kommenden Agitatoren festgenommen und ausgewiesen. In den nahen magyarisch besiedelten Gebieten wurde die Propaganda so weit getrieben, dass sich sogar der Csornaer Nationalrat um Hilfe an die Nationalräte von Kapuvar und Ödenburg wendete, da er sicher sei, dass u.a. Csorna von Deutschösterreichern „*ausgeplündert*“ werde.³⁷⁸ Die Ödenburger Sozialdemokraten veranstalteten am Sonntag, dem 24. November 1918, angeblich mit Vertretern der deutschsprachigen Grenzgemeinden eine Demonstration gegen den Anschluss an Deutschösterreich.³⁷⁹

Die Agitatoren aus Deutschösterreich hatte es tatsächlich gegeben. Einen nahm man sogar in Mattersburg fest. Er wurde als Genosse bezeichnet und sollte wegen Hochverrates angeklagt werden. Um seine Freilassung zu erwirken, habe sich der „*Führer der [Wiener Neustädter] Sozialdemokraten*“ nach Ödenburg bemüht.³⁸⁰ Es stellte sich allerdings heraus, dass es sich bei dem Gefangenen um einen „*Alldeutschen*“ handelte. Die Geschichte dieser Befreiung hört sich sehr verworren und sonderbar an. Die Wiener Neustädter Sozialdemokraten versuchten, bei den Ödenburger Sozialdemokraten die Freilassung eines Deutschnationalen zu erreichen. Im Gegenzug

375 PESTER LLOYD, 19.11.1918, Morgenblatt, 15.

376 PESTER LLOYD, 27.1.1918, Morgenblatt, 2.

377 PESTER LLOYD, 22.11.1918, Morgenblatt, 3.

378 PESTER LLOYD, 24.11.1918, 4.

379 PESTER LLOYD, 28.11.1918, Abendblatt, 2.

380 PESTER LLOYD, 28.11.1918, Abendblatt, 2.

versprochen die Deutschnationalen den Wiener Neustädter Sozialdemokraten, keine Gewalt oder weitere Agitation in Westungarn anzuwenden.³⁸¹ Eines ist jedenfalls glaubhaft: Es gab eine ziemliche Nähe der Sozialdemokraten zu den Deutschnationalen in Wiener Neustadt. Am 30. November 1919 war der Verhaftete offenbar immer noch nicht frei, da zwei „ungarische Offizielle“ von der Wiener Neustädter Stadtwache „in Verwahrungshaft“ genommen wurden.³⁸² Zwei Tage später wurde seine Freilassung gemeldet.³⁸³

Grundsätzlich waren die diversen Räte, die in der Anfangszeit der Ungarischen Volksrepublik entstanden, für das unbestrittene Weiterbestehen der magyarischen Suprematie. Anlässlich der Konstituierung des Ödenburger Komitats-Nationalrates am 28. November 1918 widersprachen deutschsprachigen Mitglieder der üblichen Choreographie.

Warum es zu den lautstarken Tumulten von Vertretern deutschsprachiger Gemeinden kam, scheint nicht ganz klar zu sein. Anlässlich der 30 Jahrfeier des Burgenlandes hatten noch lebende Beteiligte, bzw. Nachfahren die Gelegenheit, ihre Erinnerungen darzulegen. Darauf gestützt wurde in der nachfolgenden Literatur daraus ein nationales Ereignis stilisiert. Es ist anzunehmen, dass dieser Nationalrat im Wesentlichen die bisherige Komitatsgeneralversammlung bildete. Von mehreren deutschsprachigen Orten, die bereits einen Nationalrat gebildet hatten, waren offenbar neue Mitglieder dazugekommen. Aus anderen Ortschaften wurden die bisherigen Vertreter beibehalten.³⁸⁴ Jedenfalls waren andere Teilnehmer entrüstet über dieses Verhalten und der Vorsitzende warf die Protestierenden einfach aus dem Sitzungssaal. Kurz darauf erschien der Regierungskommissär³⁸⁵ und sprach mit einer Delegation der Menschen, die die Sitzung verlassen mussten. Sprecher der Abordnung war der Bauer Michael Unger aus St. Margarethen. Dieser artikulierte eine Reihe von Beschwerden:

- Obwohl er seit 30 Jahren im Komitatsausschuss vertreten sei, hat er in dieser Versammlung kein einziges Mal deutsch sprechen können. Dass er dies ab nun könne, versprach der Obergespan.
- Die Macht der Notäre und die fehlende deutsche Unterrichtssprache waren die nächsten Kritikpunkte. Auch hier verwies der Obergespan auf das neue Ungarn, welches dies nun erlaube.

381 PESTER LLOYD, 29.11.1918, Abendblatt, 1.

382 PESTER LLOYD, 1.12.1918, Morgenblatt, 7.

383 PESTER LLOYD, 3.12.1918, Morgenblatt, 2.

384 BURGENLÄNDISCHES LEBEN, Monatszeitschrift für Wirtschaft und Kultur, 1951 Festnummer November, 35-38.

385 Ernst Mesterházy, Großgrundbesitzer, ersetzte den bisherigen Obergespan József Cziráky. <Schlag, Aus Trümmern, 131.>

Aber bereits danach kamen wirtschaftliche Forderungen, wie die Grenzöffnung nach Deutschösterreich, die Weinststeuer und die Preise der landwirtschaftlichen Produkte. Der Regierungskommissär forderte dazu auf, sich gemeindeweise zu organisieren und danach einen Deutschen Volksrat zu konstituieren. Ein Delegierter erklärte abschließend, so der Bericht des PESTER LLOYD, dass, wenn die Deutschsprachigen gleichrangig betrachtet und behandelt werden, an ihrer Treue zu Ungarn nicht zu zweifeln sei.³⁸⁶

Die Verwendung der deutschen Sprache war in den Körperschaften des Königreich Ungarn grundsätzlich nicht verboten. Dies zeigt ein Vorfall aus dem Jahre 1908. Dabei wurde im Ödenburger Gemeinderat verlangt, dass ein städtischer Beamter deutsch referieren sollte. Der Beamte beschwerte sich beim Innenministerium. Dieses wies die Beschwerde zurück.³⁸⁷ Zum Unterschied vom österreichischen Reichsteil kam es in Ungarn zu keiner systematischen Kodifikation der bürgerlichen und politischen Rechte. Bei behaupteter Verletzung dieser Rechte, war kein Gericht vorhanden, das dies feststellen konnte.³⁸⁸

Tatsächlich sah das Gesetz von 1868 über die Gleichberechtigung der Nationalitäten im § 20 vor, dass die Protokoll und Amtssprache selbst gewählt werden könne. Und wenn es von 20% der „*stimmfähigen Mitglieder*“ verlangt werde, auch in einer zweiten Sprache.³⁸⁹ Tatsächlich wurden die Protokolle des Mattersburger Gemeinderates in deutscher Sprache geführt.

Es waren also nicht immer gesetzliche Bestimmungen, die die bestehende Magyarisierung befeuerten. Gehorsam, Gefügigkeit und Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit werden einen wesentlichen Teil dazu beigetragen haben.

5.10. Räte in den Dörfern

Ab diesem Zeitpunkt kam es in den Gemeinden zur verstärkten Konstituierung von Nationalräten oder Volksräten.³⁹⁰ Oft wurden diese Räte als „deutsche ...räte“ überliefert.³⁹¹

Die Wahl dieser Räte verlief, da keine verbindliche Wahlordnung vorlag, in den Gemeinden unterschiedlich. In Sigleß z.B. wurde einfach der Richter (=Bürgermeister) zum Präses

386 PESTER LLOYD, 28.11.1918, Abendblatt, 1.

387 Edmund Steinacker, Lebenserinnerungen (München 1937), 150.

388 Barany, 440.

389 Landesgesetz-Sammlung für das Jahr 1868 (Ofen 1868) 276.

390 Die Bezeichnung von Institutionen ist oft sehr unterschiedlich und daher auch verwirrend. Der Grund lag meist darin, dass die Namen aus dem Ungarischen übersetzt wurden. Konnte aber auch ideologische Gründe haben. Selbst offizielle Übersetzungen waren davor nicht gefeit. Z.B. Gubernium – Gau.

391 725 Jahre Pöttelsdorf (1996), 70. „deutscher Volksrat“

(=Vorsitzenden) gewählt.³⁹² In anderen Gemeinden übernahm der Nationalrat Kompetenzen in Konkurrenz zur bestehenden Gemeindeverwaltung, z.B. in Hornstein, wo der Bürgermeister über „*unbeschreibliche Übergriffe des Volksrates*“ berichtete und die anwesenden Mitglieder des Volksrates ersuchte, seinen Mitgliedern ihre Aufgaben zu erläutern und sie vor weiteren ungesetzlichen Schritten abzuhalten.³⁹³

Die wenigen vorliegenden Dokumente zeigen außerdem, dass es bei der Wahl der Räte auch zu Abstimmungen über die Zugehörigkeit des Gebietes kam. Aus Wulkaprodersdorf ist die Meldung der Gründung eines „*deutschen [sic!] Volksrates*“³⁹⁴ am 22. Dezember 1918 durch ein Schreiben an den „*Regierungs-Commissär und Präses des deutschen Komitats-Volksrates*“ Zombor überliefert. Interessanterweise wurde der Notär der Gemeinde zum Vorsitzenden des Volksrates gewählt. Mit dem gleichen Schreiben wurde das Abstimmungsergebnis vom 26. Dezember 1918 übermittelt. 219 stimmten in geheimer Wahl für den Verbleib bei „Deutsch-Ungarn“, 143 plädierten für „Deutsch-Österreich“.³⁹⁵ Die Anzahl der Wähler (362) spricht dafür, dass die „Familienoberhäupter“ abstimmten. Die Zahl entspricht in etwa die der damaligen Häuser. Im benachbarten Klingebach gab es am 29. Dezember 1918 eine vom Vorsitzenden des Nationalrates organisierte Abstimmung. Das Ergebnis zeigt, dass auch die Art der Entscheidungsfindung vor Ort entschieden wurde. Die Ergebnisse waren daher oft nicht vergleichbar. Von den abgegebenen 155 Stimmen waren 57 für Deutsch Westungarn, 23 für Ungarn, sechs für Kroatisch Ungarn und 69 für Deutschösterreich.³⁹⁶ In Steinberg (Oberpullendorfer Bezirk) wurde der Nationalrat am 22. Dezember 1918 gewählt. Bei der Abstimmung über die Staatszugehörigkeit plädierten von den 125 Wählern 123 für Österreich.³⁹⁷ In besonders exponierten Orten kam es aber auch bereits lange davor zu diesen Wahlen und Abstimmungen. In Pötttsching soll bereits am 12. November 1918 ein Nationalrat gewählt worden sein. Und 80% sollen sich dort für einen Anschluss an Österreich ausgesprochen haben.³⁹⁸ In Neufeld wurde der Nationalrat erst auffällig spät am 5. Jänner 1919 gegründet.³⁹⁹

Um die Trennung von Ungarn zu verhindern, wurden - wie von verschiedenen Räten gefordert - Versammlungen organisiert, die die Bevölkerung beruhigen sollten.

Aus Mattersburg wurde eine solche am 1. Dezember 1918 gemeldet. Ein Gesandter der Regierung versprach der Bevölkerung die Erfüllung aller vorliegenden Forderungen und zeigte die Gefahren

392 Gerald Schlag, Sigleß 1914-1945 In: Sigless, Eine Gemeindegeschichte (1982), 117-145, 118.

393 Protokoll der Gemeinderatssitzung von Hornstein vom 6.1.1919.

394 Obwohl Wulkaprodersdorf eine kroatische Gemeinde war.

395 Burgenländisches Landesarchiv, A/1/17/1

396 Burgenländisches Landesarchiv, A/1/6/1

397 Burgenländisches Landesarchiv, A/1/14-1

398 Manfred Moser, Geschichte der sozialistischen Bewegung in Pötttsching (Pötttsching 1985), 8.

399 Absenger, 104.

einer Lostrennung auf. Als größtes Problem wurde bei der Versammlung das Verbot der Ausfuhr von Lebensmitteln bzw. Wein angesprochen.⁴⁰⁰ Am gleichen Tag fand in Neusiedl ebenfalls eine Volksversammlung statt. Adalbert Wolf konnte den Vorsitzenden des Deutschen Volksrates Brandsch begrüßen. Einer der Redner war Karl Amon. Bei dieser Versammlung erfolgte die Gründung der deutschen Volkspartei für das Komitat Wieselburg (ungarisch Moson) und deren Anschluss an den Deutschen Volksrat. Die Versammlung forderte die vollständige Autonomie der Deutschen Westungarns samt der Konstituierung einer deutschen Nationalversammlung für Westungarn und die Aufhebung der Grenzsperrung gegen Deutschösterreich.⁴⁰¹

Die Erklärung des deutschösterreichischen Staatsrates, die Frage der künftigen staatlichen Zugehörigkeit des von deutschsprechenden Menschen besiedelten Gebietes in Westungarn den Friedensverhandlungen zur Entscheidung vorzulegen, beruhigte die Situation im erweiterten Untersuchungsgebiet rund um Ödenburg und darüber hinaus. Ungarn schien die Zusicherungen seitens Deutschösterreich als ausreichend. Einerseits hatte Minister Jászi diese ebenfalls vorgeschlagen, andererseits hatte die Ungarische Volksrepublik ein starkes Druckmittel in der Hand. Deutschösterreich, hier vor allem Wien und das niederösterreichische Industriegebiet, waren auf ungarische Lebensmittellieferungen angewiesen. Trotzdem war die ungarische Regierung gewarnt und setzte kluge Maßnahmen gegen eine mögliche Sezessionsbewegung. Es gewährte politische Rechte und versprach eine umfassende Autonomie. Die Frage der Schulsprache wurde auffallend schnell und für die Nationalitäten zufriedenstellend gelöst.⁴⁰² Die Umsetzung erwies sich dann allerdings doch nicht als so einfach. Emissäre der Regierung zogen von Versammlung zu Versammlung um mit den Menschen zu sprechen, sie „aufzuklären“, so der damalige Jargon. Diese Versammlungen, Volksversammlungen genannt, waren ungemein beliebt. Die Jahreszeit war dafür ideal. Die Arbeit in der Landwirtschaft war größtenteils getan. Die Arbeiterinnen und Arbeiter waren meistens arbeitslos. Und bei diesen Versammlungen gab es meist Speis und Trank von den Organisatoren, und wenn nicht, so war es eine willkommene Abwechslung, eine gesellige Vorstellung.

Der überwiegende Teil der Bevölkerung war in Altungarn politisch rechtlos. Nun wurden alle Menschen, sogar die Frauen, umworben. Wie es scheint, gingen die Interessierten zu jeder Volksversammlung, unabhängig wer sie veranstaltete und ließen sich von den Rednern umwerben. Sie wurden dadurch zu politischen Akteuren. Es scheint eine Art Veranstaltungsdemokratie entstanden zu sein. Am Ende dieser Versammlung wurde oft eine Resolution, eine Deklaration oder

400 PESTER LLOYD, 1.12.1918, 2.

401 PESTER LLOYD, 5.12.1918, Morgenblatt, 4.

402 Schulverordnung vom 20. November 1918, siehe Seite 66.

ein Programm beschlossen, vielleicht sogar ein Rat oder eine Partei gegründet. Das Ergebnis der Versammlung, durch kollektive Willenserklärung beschlossen, wurde dann der Regierung, dem Nationalrat oder einem Minister übersandt oder, wenn möglich, durch eine Delegation oder durch die ganze Versammlung überbracht.

In Westungarn wurde in geschickter Weise der Deutsche Volksrat eingeschaltet. Dieser sammelte alle bekannten politisch Aktiven und instrumentalisierte diese für die Forderung nach Autonomie. An eine Sezession war im Rahmen des Deutschen Volksrates nicht zu denken. Gab es doch Bleyers Gruppe als Konkurrenz, dem selbst die geforderte Autonomie viel zu weit ging. Die Deutschsprachigen in Ungarn sahen zwar die Deutschen in Westungarn als politisch und gesellschaftlich zurückgeblieben an,⁴⁰³ sie waren aber die einzigen, die zumindest theoretisch das „ungarische Vaterland“ verlassen konnten. Die damit verbundene empfindliche Schwächung der deutschen Nationalität in Ungarn wollten sie verhindern.

5.11. Komitat – Stuhlrichterbezirk – Gemeinde

Als 1876 der Österreich-Ungarische Ausgleich⁴⁰⁴ vereinbart wurde, fiel die Organisation der Verwaltung wieder in die Gesetzgebungskompetenz des ungarischen Reichstages und die Durchführung in die der ungarischen Regierung. Die legislative Neuregelung der Regionalverwaltung verzögerte sich in Auseinandersetzungen zwischen den Kräften, die einen Zentralstaat anstrebten und denen, die die traditionellen Rechte der Komitate erhalten bzw. stärken wollten.

Neben den Komitaten gab es die sogenannten Freistädte, die nicht einem Komitat, sondern direkt der Regierung in Budapest unterstanden. Dieser Status wurde für die beiden westungarischen Freistädte Eisenstadt und Rust und 45 anderen Städten 1876 aufgehoben. Sie waren nun Städte mit geregelter Magistrat und unterstanden dem Komitat.

Die kurz nach dem Ausgleich abgeschaffte Gendarmerie wurde 1881 als eine dem Komitat unterstellte überörtliche Polizeitruppe wieder eingeführt.⁴⁰⁵

1886 wurde ein neues Munizipialgesetz erlassen.⁴⁰⁶ Außer einer Stärkung des Obergespanns,⁴⁰⁷ was eine Stärkung der zentralistischen Kräfte bedeutete, war es aber lediglich eine Zusammenfassung und Präzisierung der bestehenden Regelungen. Die Komitate durften Kraft ihres

403 Otto Guglia, Die Angliederung des Burgenlandes an Österreich In: 50 Jahre Burgenland (Eisenstadt 1971) 3-14, 7.

404 GA XII/1876

405 Gebhard Klötzl, Die Verwaltungsgliederung des späteren Burgenlandes 1848-1921 (Eisenstadt 2001), 68f.

406 GA XXI/1886

407 Regierungskommissär

Selbstverwaltungsrechtes Statute⁴⁰⁸ erlassen, die jedoch vom zuständigen Minister genehmigt werden mussten. Welcher rechtlichen Angelegenheiten sich die Komitate annahmen, lag in ihrem Ermessen. Es gab keine geregelten Zuständigkeitsbereiche. Die Statuten wurden vom Komitat bzw. den selbstgewählten Beamten vollzogen. Die Komitate waren eigene Rechtspersönlichkeiten mit eigenem Vermögen. Das historische Recht der Komitate, Regierungsverordnungen zu beeinspruchen, hatte jedoch nur mehr symbolische Bedeutung.⁴⁰⁹

Das höchste Organ des Komitates war der Munizipal- oder Komitatsausschuss. Er bestand in Komitaten aus 120 bis 600 Mitgliedern, in den Städten aus 48-400. Die Funktionsperiode der Gewählten dauerte ab 1886 zehn Jahre, wobei die Hälfte davon alle fünf Jahre gewählt wurde. 50% des Gremiums besetzten die Virilisten. Dieser Umstand war ein Garant dafür, dass weder nationale noch soziale Parteien in diesen Gremien Einfluss gewinnen konnten. Die reichsten Grundbesitzer waren Magyaren. Und in den Städten dominierten die vermögenden Bürger die - soweit sie nicht Magyaren waren - dem Magyarisierungsprozess längst erlegen waren.⁴¹⁰ Die anderen 50% wurden von einem kleinen Teil der Bevölkerung gewählt. Das aktive Wahlrecht war an das für den Reichstag geknüpft.⁴¹¹

Der Obergespan erhielt eine immer stärker werdende Machtbefugnis. Er wurde vom König auf Vorschlag des Innenministers ernannt. Ursprünglich kontrollierte er die Arbeit des Komitates bzw. dessen Personal. Er hatte somit eigentlich keinerlei Verwaltungsbefugnis. Seine Stellung als Vertreter der Budapester Zentrale erlaubte es aber, eine oft ausschlaggebende Position im Komitat einzunehmen.⁴¹² Letztendlich erhielt er Rechte, um direkt in die Komitatsverwaltung einzugreifen, bis schließlich sogar die Finanzen der Komitate 1902 von den zentralen Steuerämtern übernommen wurden. Später als in Österreich setzte sich auch in Ungarn die Zentralisierung der Verwaltung durch.

Der höchste Komitatsbeamte, der die Verwaltung leitete, war der Vizegespan, in den Freistädten der Bürgermeister. Sein Zuständigkeitsbereich war umfassend. Er war z.B. auch Berufungsinstanz gegen Beschlüsse des Oberstuhlrichters.⁴¹³ Die Ämter des Obergespans und des Vizegespans waren so angelegt, dass Konflikte eher zur Regel als zur Ausnahme gehörten. Entscheidungsinstanz war in

408 Ähnlich unseren Landesgesetzen

409 Klötzl, 70

410 Béla Sarlós, Das Rechtswesen in Ungarn In: Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch, Verwaltung und Recht, Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band II (Wien 1975) 499-537, 534.

411 Klötzl, 73f

412 Péter Krisztián Zachar, Autonomie und Zentralisation in Ungarn 1919-1944 In: András Cieger u.a., Autonomie in Ungarn 1848-2000 (Budapest 2006) 82-105, 83.

413 Klötzl 74f

solchen Fällen der Innenminister. Die Beamten, mit Ausnahme des Obergespanns, waren - im Unterschied zu ihren Kollegen der Statthaltereien und Bezirkshauptmannschaften in Cisleithanien - dem Komitat unterstellt. Versetzungen waren daher nur innerhalb des Komitates üblich.

Grundsätzlich wurden die Beamten in Ungarn vom Munizipal- oder Komitatsausschuss für sechs Jahre gewählt. Dieses demokratische Prinzip war in der Praxis jedoch meist ein Einfallstor für Korruption und Misswirtschaft.⁴¹⁴

Jedes Komitat war in Stuhlrichterbezirken eingeteilt, die gleichzeitig auch Reichstagswahlbezirke waren. Ab 1871 waren die Stuhlrichterämter, der Gewaltenteilung geschuldet, nur noch reine Verwaltungsbehörden. Ab 1886 lautete die Bezeichnung Oberstuhlrichter. Der Oberstuhlrichter - ab 1883 war dazu ein rechts- oder staatswissenschaftliches Universitätsstudium vorgeschrieben - war dem Vizegespan unterstellt. Die Aufsicht über die Gemeinden seines Bezirkes gehörte zu seinen Agenden.⁴¹⁵ Er konnte gegen Organe der Gemeinden sogar Ordnungsstrafen erlassen. Der Oberstuhlrichter war ein mächtiger und sicherlich gefürchteter Mann in seinem Bezirk.⁴¹⁶

1871 wurde in Ungarn erstmals ein Gemeindegesetz erlassen.⁴¹⁷ Dieses definierte die Gemeinde als unterste Ebene in der ungarischen Staatsverwaltung. Es gab Städte mit einem geregelten Magistrat (mit eigenem Statut), Großgemeinden und Kleingemeinden. Die Städte mit einem geregelten Magistrat unterstanden direkt dem Vizegespan. Sie hatten eine entsprechende Beamtenschaft und einen Bürgermeister.

Großgemeinden sollten aus eigenen finanziellen Mitteln ihre Aufgaben erfüllen. Kleingemeinden mussten sich mit anderen Gemeinden die Kosten für den Gemeindenotär teilen. Dieser hieß dann Kreisnotär. Den Notären stand ein Richter (= Bürgermeister) vor.

Der Richter wurde von der Gemeinderepräsentanz für drei Jahre gewählt. Die Wahl des Richters und des Gemeindevorstandes wurde in den Groß- und Kleingemeinden unter dem Vorsitz des Oberstuhlrichters durchgeführt. Dieser hatte auch das Vorschlagsrecht der Richterandidaten, nicht aber die Gemeinderepräsentanz. Der Richter durfte seine Wahl nicht ablehnen, nach Georg Barany ein Zeichen der Unattraktivität dieser Position.⁴¹⁸

Der Gemeindenotär wurde ebenfalls gewählt, jedoch auf Lebenszeit. Er hatte die Verwaltung der Gemeinde zu erledigen und war Mitglied des Gemeindevorstandes. Daneben durfte er Urkunden

414 Marczali, 128.

415 Klötzl 81-83

416 Karl Renner, An der Wende zweier Zeiten, Lebenserinnerungen (Wien 1946) 270. Er berichtete darin, „... stolzierte ein feiner Herr ... Bauernfrauen küssten ihm die Hand.“ Der feine Herr war nicht etwa der Oberstuhlrichter selbst, es war sein Schreiber. Diese Anekdote beschreibt die gesellschaftliche und soziale Situation im heutigen Südburgenland Ende des 19. Jahrhunderts sehr gut.

417 In Cisleithanien erfolgte dies bereits 1849 bzw. 1862. RGBL. 170/1849 und RGBL. 18/1862

418 Barany, 430.

über Privatrechtsgeschäfte wie z.B. Grundstückstransaktionen gegen Honorar ausstellen.⁴¹⁹ Diese mächtige Stellung in Verbindung mit der oft fehlenden ungarischen Sprachkompetenz der Gemeinderepräsentanz führte häufig zu Machtmissbrauch und Korruption. Löger charakterisierte seine Stellung wie folgt: „*Verstand er es, seine Stellung voll auszunützen, so geschah alles in der Gemeinde nach seinem Willen.*“

Diese Gemeindevorsteherung, auch Gericht genannt, bestand aus dem Richter, dem bereits erwähnten Notär, dem Vizerichter, dem Kassier und mindestens vier Geschworenen. Dazu gehörte noch der Orts-, Kreis oder Bezirksarzt. Die wichtigsten Aufgaben der Gemeindevorsteherung bestanden in der Eintreibung der Staats-, Komitats- und Gemeindesteuern, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und das Gemeindepersonal zu überwachen.⁴²⁰ Ähnlich wie der Munizipal- oder Komitatsausschuss war die Gemeinderepräsentanz zur Hälfte von Virilisten (höchsten direkten Steuerzahlern) und Gewählten zusammengesetzt. Das Wahlrecht war in den Städten ohne Munizipalrecht und in den kleinen Gemeinden etwas weiter gefasst, als in den Komitaten und Städten mit Munizipalrecht.⁴²¹ Die Amtszeit dauerte drei Jahre.

1894/1895 wurde in Ungarn die obligatorische Zivilehe eingeführt. Dies führte zur Einführung (1904) von entsprechenden Matrikelbezirken, die mit den Gemeinden bzw. Kreisnotariaten identisch waren. Neben den Ehefällen gelangten die Todes- bzw. Geburtsfälle zur Dokumentation. In Österreich wurde solch eine Regelung erst 1938 eingeführt. Im Burgenland wurde die ungarische Regelung 1921 fortgeführt.⁴²² Ab 1876 musste jeder ungarische Staatsbürger Mitglied einer Gemeinde sein, keinesfalls jedoch einer weiteren. Als Gemeindestruktur wurde die historisch gewachsene übernommen. Ab 1886 war das gesamte Gebiet Ungarns lückenlos in Gemeinden aufgeteilt.⁴²³

5.12. Die Republik Heizenland

Der PESTER LLOYD berichtete am 7. Dezember 1918 in seinem Morgenblatt von Gerüchten in Wien, dass sich 309 Gemeinden (in den vier Komitaten) zu einem Freistaat zusammengeschlossen hätten. Die Ausrufung der Republik Heizenland⁴²⁴ in Ödenburg stehe kurz bevor, so die Gerüchte.

419 Klötzl, 84-88.

420 Löger, 68.

421 Sarlós, 534.

422 Klötzl 88-90.

423 Barany, 429.

424 Der PESTER LLOYD schrieb „Heizenland“. Dies würde der örtlichen Umgangssprache wesentlich näher kommen als „Heizenland“.

Aus Ödenburg wurden diese Information, datiert mit 6. Dezember 1918, als „von Anfang bis zum Ende erlogen“ bezeichnet. Bestätigt wurde die Festnahme von österreichischen Offizieren, die mit einem Auto und Waffen in Neufeld an der Leitha ankamen. Diese Gruppe habe zwar die örtliche Gendarmerie festgesetzt, die ungarische Eisenbahnwache habe aber den Trupp festgenommen. Sichergestellten Flugblättern folgend, sollten weitere Waffen aus Österreich geliefert werden und die Ausrufung der „Republik der Heanzen“ in Ödenburg erfolgen. Als Zentrum dieser Aktionen wurde Wiener Neustadt genannt. In Mattersburg seien 500 Gewehre samt Bajonette und 75.000 Stück Patronen verteilt worden.⁴²⁵ Auch in Lackenbach im Bezirk Oberpullendorf sollen Waffen verteilt worden sein.⁴²⁶ Die Gefangenen wurden nach Eisenstadt bzw. Ödenburg gebracht und der Staatsanwaltschaft übergeben.⁴²⁷

Von einem Balkon am Hauptplatz von Mattersburg wurde am Abend des 5. oder 6. Dezember 1918 die „Heinzenrepublik“ ausgerufen und ihr Anschluss an Österreich proklamiert.⁴²⁸ Aber bereits in der Nacht kamen Truppen aus Ödenburg (Infanterie Regiment 76 und 18. Honved Infanterie Regiment⁴²⁹) und beendeten die Angelegenheit. Beteiligte wurden offenbar noch im Schlaf überrascht. Gegenwehr gab es keine, daher wurden lediglich Waffen und Munition eingesammelt.

430

Schlag lässt die Republik am 6. Dezember 1918 ausrufen,⁴³¹ desgleichen Löger.⁴³² Nur Hans Suchard selbst nannte in seinem Werk über die Zeit, die er historische Novelle nannte, den 5. Dezember 1918.⁴³³ Dieses Datum nannte er auch 1951.⁴³⁴

Nachdem der PESTER LLOYD am 7. Dezember 1918 bereits im Morgenblatt detaillierte Meldungen über die Vorgänge lieferte, ist eher davon auszugehen, dass die Republik Heinzenland am 5. Dezember 1918 abends ausgerufen wurde. Dafür spricht auch, dass das DEUTSCHE VOLKSBLATT am 7. Dezember 1918 in der Morgenausgabe mitteilte, dass die Republik Heinzenland am 6. Dezember 1918 in Ödenburg ausgerufen wurde. Hier wurden offenbar Pläne gemeldet, die jedoch nicht zur Ausführung gelangten.⁴³⁵ Wortgleiche Meldungen erschienen u.a. im FREMDEN-BLATT, dem NEUEN WIENER TAGBLATT und im NEUES WIENER JOURNAL.

425 PESTER LLOYD, 7.12.1918, Morgenblatt, 3.

426 PESTER LLOYD, 10.12.1918, Morgenblatt, 3.

427 PESTER LLOYD, 10.12.1918, Abendblatt, 2.

428 Von Hans Suchard, Michael Korn und Rudolf Zechmeister - <Pados, 220.>

429 Der Großteil der Kriegsteilnehmer des Untersuchungsgebietes diente in diesen beiden Einheiten.

430 PESTER LLOYD, 10.12.1918, Abendblatt, 1.

431 Schlag, Aus Trümmern, 140.

432 Löger, 172.

433 Suchard, 58.

434 BURGENLÄNDISCHES LEBEN, Mai 1951, 15f.

435 DEUTSCHES VOLKSBLATT, 7. 12.1918, Morgen-Ausgabe, 3.

⁴³⁶ Die örtlichen „Rädelsführer“ ⁴³⁷ wurden verhaftet und nach Ödenburg gebracht. Am 25. Dezember 1918 wurden alle vier wieder freigelassen. ⁴³⁸ Trotz dieser Erfahrungen waren sie weiter politisch aktiv.

Prikler schrieb dazu, dass es als „... *bleibendes Resultat dieser Episode ... zu einer Änderung der Haltung der ungarischen Republik zu ihren nationalen Minderheiten*“ gekommen sei. Wie oben dargestellt, kann dieser These nicht gefolgt werden. Bereits Wochen vor der gegenständlichen Aktion, die er eine „*Groteske*“ nannte, wurde mit der ukrainischen Minderheit eine weitgehende Einigung über den Autonomiestatus erreicht. ⁴³⁹

Die Angelegenheit wurde von beiden Seiten nicht hoch gespielt. Die ungarische Regierung bzw. das Kriegsministerium reagierte sehr verhalten auf diese Vorkommnisse. Erst am 19. Dezember 1918 wurde über den entsprechenden Protest gegenüber der deutschösterreichischen Regierung berichtet. ⁴⁴⁰ Der ungarischen Seite war es wichtiger - neben dem Dementi über die Republikgründung in Westungarn - die geplanten Zugeständnisse an die Deutschsprachigen zu publizieren. Die Informationen darüber wurden interessanterweise über die Wiener Parlamentarische Korrespondenz verbreitet. Neben dem Sprachgebrauch in Schule und vor Gericht wurde erstmals die Etablierung eines eigenen Verwaltungsbezirkes versprochen. ⁴⁴¹ In Wien wurden diese Zugeständnisse bereits als Ergebnis von Verhandlungen dargestellt, in Budapest wurden diese Neuigkeiten hingegen noch als Forderungen gemeldet. U.a. forderte der Deutsche Volksrat für Ungarn die Durchführung der bereits am 20. November 1918 herausgegebenen Schulverordnung. ⁴⁴²

„*Die Wiener Organisation zur Förderung des Deutschtums in Westungarn*“ distanzierte sich auffallend rasch und eindeutig von den Vorkommnissen in Westungarn. Sie sprach von „*angeblichem Waffenschmuggel*“, kein Wort von der Republik Heizenland. Die Organisation, so ihre Stellungnahme, hat „... *stets alle Pläne eines gewaltsamen Eingreifens in Westungarn abgelehnt*.“ Es seien „*Militaristen*“ gewesen, die sich durch falsche Angaben Waffen beschafft hätten. ⁴⁴³ Der Berichterstatter des PESTER LLOYD aus Ödenburg zitierte aus einem

⁴³⁶ ANNO, 7.12.1918, <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?datum=19181207&zoom=33>.

⁴³⁷ Löger, 173. Hans und Matthias Suchard, Anton und Viktor Kräftner.

⁴³⁸ Schlag, Aus Trümmern, 140.

⁴³⁹ Leonhard Prickler, Die Entstehung des burgenländischen Landeswappens als Ausdruck des politisch-kulturellen Umfelds in den „Geburtsjahren“ des Burgenlandes In: Forscher – Gestalter – Vermittler, Festschrift für Gerald Schlag (Eisenstadt 2001) 325-344, 326f.

⁴⁴⁰ PESTER LLOYD, 19.12.1918, Abendblatt, 2.

⁴⁴¹ REICHSPPOST, 8.12.1918, 3.

⁴⁴² PESTER LLOYD, 8.12.1918, 4.

⁴⁴³ REICHSPPOST, 8.12.1918, 3.

sichergestellten Flugblatt. Dieses war von einem Hauptmann, der als Standort das Fürstenfelder Brauhaus angab, gezeichnet. Im Flugblatt wurde er als „Bevollmächtigter der in Wien residierenden westungarischen Kanzlei“ genannt. Neben einer Einleitung, in der er u.a. seine Pflicht das Deutschtum zu retten angab und die Proklamierung der „unabhängigen Republik Heanzenland“ in Ödenburg ankündete, forderte er die anschlusswilligen Gemeinden auf, dies der Redaktion der WIENER NEUSTÄDTER NACHRICHTEN⁴⁴⁴ zu melden. Er empfahl, für den Fall ungarischer Gegenaktionen dörfliche „Volkswehren“ zu gründen. Waffen und Munition seien in Fürstenfeld zu bekommen. Diese Flugblätter sollen seit Wochen von Kurieren in Automobilen verteilt worden sein.

445

Mit dieser Episode schaffte es Deutschösterreich kurzfristig auch, in die tägliche Lagemeldung des ungarischen Kriegsministeriums aufgenommen zu werden.⁴⁴⁶

Am 8. Dezember 1919 kam eine deutschösterreichische Delegation aus Wiener Neustadt im Gemeindeamt von Neufeld an. Diese entschuldigte sich im Namen des Staatsrates für den Vorfall und versprach den Hauptmann streng zu bestrafen.⁴⁴⁷ Die Wiener Neustädter Sozialdemokratische Parteiorganisation bestritt Behauptungen ungarischer Blätter, dass die Waffenlieferungen von ihr organisiert wurden. Die eventuelle Lostrennung von Ungarn sei „... eine ausschließliche Angelegenheit der Deutschen Westungarns ...“. Die Aktion selbst wurde als „kindisch“ bezeichnet.

448

Endgültig bereinigt wurde diese Angelegenheit durch eine Verbalnote der deutschösterreichischen Regierung, in der sie den Waffenschmuggel einräumt und „... die Regierung der ungarischen Volksrepublik dafür um Nachsicht“ ersucht. Der Organisator sei ein Privatmann, der den Kommandanten der Wiener Neustädter Stadtwache getäuscht habe. Dieser sei mittlerweile von seiner Funktion zurückgetreten. Der Vorwurf die Kanzlei des deutschösterreichische Staatsrat sei darin involviert, wurde zurückgewiesen. Bei den Untersuchungen habe die Deutschnationale Partei erklärt, dass in ihrem parlamentarischen Klublokal keinerlei ungarnefeindliche Agitation betrieben werde. Der Organisator des Waffenschmuggels habe dort tatsächlich verkehrt und es wurden „Besprechungen gepflogen“. Die deutschnationalen Abgeordneten erkannten aber bald einen Abenteurer in diesem Mann und verwiesen ihn des Lokals.⁴⁴⁹

444 Schmitner, 304. Die WIENER NEUSTÄDTER NACHRICHTEN waren das deutschnationale Blatt der Stadt.

445 PESTER LLOYD, 16.12.1918, 3.

446 PESTER LLOYD, 9.12.1918, 1.

447 PESTER LLOYD, 9.12.1918, 2.

448 ARBEITER-ZEITUNG, 12. 12.1918, 4.

449 PESTER LLOYD, 28.12.1918, Morgenblatt, 4.

Bauer schrieb in einem Brief an Staatskanzler Renner am 11. Dezember 1918, dass diese Aktion negative Auswirkungen auf die Lebensmittellieferungen aus Ungarn haben könnte. Er merkte an, dass solche Waffentransporte, wenn notwendig, wohl geschickter zu organisieren gewesen wären.⁴⁵⁰ Die vier Verhafteten aus Neufeld kamen nach Győr. Einer verstarb in Haft. Die restlichen drei wurden am 21. Jänner 1919 entlassen.

Die Ausrufung der Republik Heinzenland in Mattersburg wurde mit vielen negativen Adjektiven belegt. Die Urheber waren zweifellos Männer aus dem deutschnationalen Wiener Parlamentskreis. Die Diktion der vorgefundenen Schriftstücke ist eindeutig. Hans Suchard nannte Neunteufel als politischen Leiter der Aktion.⁴⁵¹ Das Unternehmen war unprofessionell vorbereitet und dilettantisch ausgeführt. Nach dem Scheitern wurden die Spuren verwischt und daher sind gesicherte Informationen dazu rar. Sicher ist die Zusammenarbeit der erwähnten deutschnationalen Kreise aus Wien mit sozialdemokratischen Politikern Südniederösterreichs. Schlag nannte das Unternehmen „eine hilflose Grotteske“, dessen Fernwirkung „...doch beachtlich“ war.⁴⁵²

Es waren vor allem deutschnationale Politiker, die noch lange für den Namen „Heinzenland“ plädierten. Die „üblichen Verdächtigen“ wie Neunteufel, Müller-Guttenbrunn und der spätere Landeshauptmann Walheim. Dieser war in dieser Frage „am hartnäckigsten“ und polemisierte noch bis 1921 für „Heinzenland“.⁴⁵³

Die versuchte Gründung der Republik Heinzenland mag für uns sonderbar wirken, für die Zeitgenossen war sie eine von sehr vielen Gründungsversuchen. 1918/1919 wurde eine ganze Reihe von Staatsgebilden angedacht, ausgerufen oder gegründet. Vom Rhein bis nach Persien ist solches überliefert.

Im Kontext der ungarischen Räterepublik ist nur die Slowakische Räterepublik von einiger Bekanntheit. Diese wurde am 16. Juni 1919 in Prešov ausgerufen⁴⁵⁴ Aber es gab deren sehr viel mehr. Einige Beispiele im ungarischen Umfeld ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

- Am 8. November 1918 erklärten sich die Huzulen für von Ungarn unabhängig und gründeten einen eigenen Staat.⁴⁵⁵

450 Suppan, Außenpolitische Dokumente, Dokument Nr. 79, 11.12.1918, 79.

451 Suchard, 57.

452 Schlag, Aus Trümmern, 144

453 Fred Sinowatz, Zur Geschichte des Landesnamens In: BURGENLÄNDISCHE HEIMATBLÄTTER (1961) 123-130, 129.

454 József Farkas, Räterepublik und Kultur Ungarn 1919 (Budapest 1979) 14.

455 Stephan-Immanuel Teichgräber, Huzulenrepublik (Dokumentationsstelle für ost- und mitteleuropäische Literatur 2017). <https://www.univie.ac.at/doml/drupal/content/vergessene-republiken-nach-der-revolution-1918>, 13.4.2019,

- Wochen vor der Ausrufung der Heizenrepublik wurde in Budapest die Gründung einer Szekler Volksrepublik in Aussicht gestellt.⁴⁵⁶
- „Um die Interessen der Grundbesitzer zu wahren“ wurde in Kiskunfélegyháza, 120 km südlich von Budapest, Anfang Feber 1919 die Gründung einer Jazygisch-Kumanischen Republik angedacht.⁴⁵⁷
- Auf dem Gebiet der heutigen Slowakei wurde vom ungarischen Ministerrat im März 1919 per Gesetz eine „Slovenska Krajina“ geschaffen.⁴⁵⁸
- Am 5. März 1919 wurde auf der Großen Schüttinsel die „Selbstständige Ungarische Csalóközer Republik ausgerufen.“⁴⁵⁹
- Im Mai 1919 wurde die „Windische Republik“ ausgerufen.⁴⁶⁰
- Im nunmehrigen Burgenland wurde am 4. Oktober 1921, ebenfalls von ungarischer Seite bzw. von deren Paramilitärs,⁴⁶¹ der Staat Lajtabánság ausgerufen.⁴⁶²

6. Der Kampf um die Autonomie

6.1. Die Vertreter der Deutschsprachigen in Ungarn

Am 30. Oktober 1918 wurde in der provisorischen Nationalversammlung in Wien behauptet, das ungarländische Deutschtum habe keine politische Vertretung. Daher nehme der Antragsteller das Recht in seine Hände, um den Anschluss Westungarns an Deutschösterreich zu fordern.⁴⁶³

Die Deutschsprachigen im Königreich Ungarn umfassten ca. 2 Millionen Menschen. Grundsätzlich waren sie die Minderheit, die von den Magyaren als überaus loyal angesehen wurde. Die magyarische Elite benötigte im System der Monarchie loyale deutschsprachige „Gehilfen“, um ihre Ambitionen gegenüber Wien durchzusetzen. Die ihnen zustehenden Ämter in den gemeinsamen Ministerien wurden oft mit ihnen besetzt. Die Deutschsprachigen waren auch für die magyarische Nationalitätenpolitik unumgänglich. Erst mit den Deutschsprachigen zusammen konnten sie die

10:00h.

456 PESTER LLOYD, 21.11.1918, Morgenblatt, 3.

457 PESTER LLOYD, 7.2.1919, Abendblatt, 2.

458 PESTER LLOYD, 9.3.1919, 3.

459 PESTER LLOYD, 7.3.1919, 2.

460 Brader, 267.

461 Sonderbarerweise werden diese magyarischen Paramilitärs in der burgenländischen Historiographie mit der keinesfalls pejorativen Bezeichnung „Freischärler“ benannt.

462 Schlag, Aus Trümmern, 431f.

463 Siehe Kapitel 5.8. Der Anspruch Deutschösterreichs auf Westungarn. Seite 57.

anderen Nationalitäten marginalisieren.⁴⁶⁴ Es ist aber trotzdem nicht angebracht, eine positive Sonderrolle für die Deutschsprachigen zu erkennen. Umso sonderbarer wirkt der Umstand, dass sowohl Seewann⁴⁶⁵ als auch Schlag⁴⁶⁶ ausgerechnet Tisza mit deutschfreundlichen Aussagen hervorheben.

Sie waren nämlich die Minderheit, die der Budapester Magyarisierungspolitik am stärksten ausgesetzt war. Im städtischen Bereich war die Assimilierung weitgehend abgeschlossen. Kaum erfolgreich waren die magyarischen Ambitionen auf dem Lande.⁴⁶⁷

Die Veränderung der ethnischen Zusammensetzung in den letzten Jahrzehnten der Monarchie zeigt für den Bezirk Mattersburg keine besonders starken Veränderungen. Im Vergleich der beiden Volkszählungen 1880 und 1910 reduzierte sich der deutschsprachige Teil um ca. 2% auf 87%, der kroatische um ca. 1,5% auf ca. 8%. Der ungarische Teil vervierfachte sich auf 5%. Im Bezirk Eisenstadt war eine ähnliche Entwicklung erkennbar.⁴⁶⁸ Von einem Erfolg der magyarischen Assimilierungsbemühungen kann aufgrund der Zahlen nicht gesprochen werden. Es stellt sich überhaupt die Frage, ob es einen solchen auf dieser Ebene jemals gegeben hat.

Die Erhöhung des ungarischen Anteils konzentrierte sich auf den Bezirksvorort und auf die wenigen Orte, die eine dynamische Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung aufwiesen (Neufeld an der Leitha, Neudörfel und Mattersburg). Hier ist tatsächlich ein Zuzug von Magyaren anzunehmen. Der Rest wird auf die Bevölkerungsgruppe zurückzuführen sein, die sich durch die Deklaration als ungarischsprachig entsprechende Vorteile erhofft haben. Mit dieser Deklaration ging aber keineswegs die Muttersprache verloren. Menschen, deren wirtschaftlicher und sozialer Horizont über die Ortsgrenze hinausging, waren meist gezwungen, zweisprachig zu agieren. Bei den Kroaten war dies zwangsläufig gegeben. Dies galt jedoch nicht für die deutschsprachigen Menschen, die ihren Lebensunterhalt in Österreich verdienten. Für diese war die immer weiter sich ausdehnende Magyarisierung eine Last, die ihnen Lebenschancen nahm. Kaum 10% der Deutschsprachigen gaben an, die Staatssprache zu beherrschen.⁴⁶⁹ Diese Erfolglosigkeit war auch einer der Gründe, warum die restriktive und repressive Politik im Schul- und Sprachenbereich sich immer mehr und immer stärker radikalisierte.

464 Röss, 1143f.

465 Gerhard Seewann, Geschichte der Deutschen in Ungarn, Band 2: 1860-2006 (Marburg 2012) 173.

466 Schlag, Aus Trümmern, 66.

467 Leser charakterisierte die Bevölkerung als von allen Assimilationsbestrebungen unberührt. <Ludwig Leser, Der Burgenländer, In: Burgenland, Vierteljahreshefte für Landeskunde, Heimatschutz und Denkmalpflege, 1929, 2. Jahrgang, Folge 4, 175f.>

468 Ernő Deák, Änderung in der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung im heutigen Burgenland, In Ungarn-Jahrbuch 2000/2001, 79-96, 90-96.

469 Deák, 91.

Je drastischer diese repressive Politik umzusetzen versucht wurde, umso stärker war der Widerstand der Betroffenen. Es waren vor allem die Rumänen und die Slowaken, die der Magyarisierung eine eigene Nationalitätenpolitik entgegensetzten. Aber auch bei den Deutschsprachigen traten Nationalitätenvertreter auf, die sich der staatlichen Magyarisierungspolitik widersetzen. Es entstand letztendlich eine explosive Mischung, gespeist aus nationalen, demokratischen und sozialen Ideen. Die Erfahrungen im Weltkrieg haben die Kriegsteilnehmer - auch die aus den Dörfern und Kleinstädten - sowohl national als auch sozial neu ausgerichtet. Im Laufe des Weltkrieges kam es immer mehr zu einer Ethnisierung.

Viele der deutschsprachigen Eliten waren in der ungarischen Staatsideologie derart eingehegt, dass sie diesen neuen Ideen feindlich gegenüberstanden. Aus diesen Gegensätzen entstand eine Spaltung der deutschen politischen Vertreter, die sich vor allem in der Zeit zwischen Oktober 1918 und März 1919 manifestierte. Auf die Entwicklung nach dem Ende der Räterepublik kann hier nicht eingegangen werden. Diese Entwicklung erreichte ihren tragischen Höhepunkt in der Vertreibung der deutschen Volksgruppe aus Ungarn 1946.⁴⁷⁰

Die alles überragende Person war bis in die Dreißigerjahre Jakob Bleyer. Lediglich in der Revolutionszeit zwischen Oktober 1918 und August 1919 spielte er eine etwas geringere Rolle. Er betrachtete die bald bevorstehende vollständige Assimilierung der städtischen Deutschsprachigen als nicht aufhaltbaren „*natürlichen Vorgang*“. Nur für die Dorfbewohner forderte er die *deutsche Volksschule*. Ganz entschieden war er gegen jegliche autonome Rechte.⁴⁷¹ Dass er mit solchen Ansichten die Sympathie und Unterstützung der magyarischen Eliten gewann, liegt auf der Hand. Staatliche Ämter und die Führung der Minderheiten waren der Lohn für diese Bemühungen. Er verwickelte sich 1918/1919 in einen wilden „*Pressekampf*“, dessen „*Schärfe und Rücksichtslosigkeit*“ eine Verständigung nicht möglich machte.⁴⁷²

Die Gegenspieler von Bleyer gründeten am 10. November 1918 den *Deutschen Volksrat für Ungarn*. Dies geschah in einer Budapester Gastwirtschaft mit 140 Vertretern der Deutschen in Ungarn. Vertreter folgender Organisationen waren anwesend: Deutsche Volkspartei, Deutscher Bauernbund, deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft, Siebenbürgische-Sächsische Volkspartei,

470 András Krisch, Die Vertreibung der Deutschen aus Ódenburg 1946 (Sopron 2007).

471 Seewann, Band 2, 174-176.

472 Ludmilla Schlereth, Die politische Entwicklung des Ungarländischen Deutschtums während der Revolution 1918/19 (München 1939) 38.

die schwäbischen und sächsischen Hochschüler, Abgesandte der schwäbischen Türkei und zahlreicher Orte Westungarns.

Rudolf Brandsch,⁴⁷³ die Führerfigur dieser Richtung, verwies einleitend auf die unsichere zukünftige Gestaltung Ungarns und schloss nicht aus, dass „... *erhebliche Teile des zerstreut angesiedelten deutschen Volkes Ungarns vom Vaterlande getrennt werden ...*“ könnten. Weiters schloss er, mit Hinweis auf die Siedlungsstruktur, das Selbstbestimmungsrecht, wie es die anderen Völker Ungarns interpretieren, aus. In seinem Beschlussantrag forderte er eine kulturelle Autonomie, sowie „... *eine möglichst enge Zusammenfassung unseres Volkes in völkisch einheitliche Verwaltungsgebiete.*“ Und „... *die ungehinderte Benützung unserer deutschen Muttersprache in Verwaltung, Gerichtswesen und in allen anderen Zweigen des Staatslebens.*“ Brandsch interpretierte das Selbstbestimmungsrecht, das gefordert wurde, als Recht auf Selbstregierung im Rahmen einer Autonomie. Aber offensichtlich nur, weil eine Sezession für den überwiegenden Teil der Deutschen in Ungarn nicht möglich erschien. Von den zwei Millionen Deutschen lebten nur ein kleiner Teil in Westungarn an deutschsprachiges Siedlungsgebiet angrenzend. Der überwiegend andere Teil lebte entweder ganz zerstreut im Land oder in regionalen Siedlungskonzentrationen.

Neben einem Präsidenten wurden Rudolf Brandsch und Heinrich Kalmár⁴⁷⁴ zu den Obmännern gewählt. Kalmár, war der Vertreter des *Deutschen Landeskommitees der organisierten Arbeiterschaft*.⁴⁷⁵ Bleyer wurde bei dieser Veranstaltung aufgefordert dem Volksrat beizutreten.⁴⁷⁶ Noch bevor der Volksrat am 1. November 1918 gegründet wurde, distanzierte sich Bleyer in einem offenen Brief im PESTER LLOYD von ihm. Er schloss seinen Brief mit dem Hinweis, dass sich ein „*ehrlicher Deutschungar*“ keinesfalls dem Deutschen Volksrat anschließen könne, sondern nur seiner „*deutschungarischen Aktion*“, der sich bereits tausende angeschlossen hätten.

Folgende Punkte stellte er denen des Deutschen Volksrates entgegen:

1. Er betonte die Treue zur ungarischen Nation gegenüber der Treue zum Vaterlande.
2. „*Wir wünschen die ungarische Suprematie ..., Herr Brandsch wünscht eine östliche Schweiz.*“

473 (1880-1953) Germanist und Theologe, von 1910-1918 im Budapester, von 1919-1933 im Bukarester Parlament als Abgeordneter der Siebenbürger Sachsen. 1953 verhaftet und kurz darauf im Gefängnis verstorben. Ab 1933 im Gegensatz zum Nationalsozialismus. Von diesen als Liberaler, als Judenfreund und politischer „Geschäftemacher“ sowie Freimaurer denunziert. <https://www.biolex.ios-regensburg.de/BioLexViewview.php?ID=607>, 13.4.2019, 9:00h.

474 (1870-1931) Drucker, Redakteur, Staatssekretär für die deutsche Volksgruppe, Deutscher Volkskommissar. Stammte aus Preßburg wo er auch starb. „*Führer der deutschsprachigen Sozialdemokraten, ... Jude aus Ödenburg*“ <Schlereth, 35>

475 Schlereth, 35. Kalmár vertrat ca. 80.000 organisierte deutschsprachige Arbeiter. Das sozialdemokratische Pressewesen umfasste ca. 20 Zeitungen und Zeitschriften. Diese Einschätzung dürfte stimmen. Beim Landeskongress der deutschen Sozialisten Ungarns wurde sie mit 100.000 benannt. <PESTER LLOYD, 11.6.1919, Morgenblatt, 3.>

476 PESTER LLOYD, 12.11.1918, Morgenblatt, 3.

3. Die Erfüllung der nationalen Wünsche sollten vom Ungartum erfolgen und nicht *“... auf Grund des Wilsonschen Machtdiktates und im Sinn von Konferenzen mit deutschen Ausländern.”*⁴⁷⁷

Aufgrund dieser Vorwürfe sind die Differenzen zwischen den beiden Männern problemlos zu erkennen.

Bleyer gründete bereits am 31. Oktober 1918⁴⁷⁸ den *Volksrat der ungarischen Deutschen (von diesseits des Königssteiges)*⁴⁷⁹. Das Programm bestand im Wesentlichen aus den drei Punkten, die Bleyer in seinem offenen Brief formulierte. Betreffend der Selbstbestimmung fielen sie noch pointierter aus: *“Wir erklären indes, dass wir keine deutschnationale Autonomie anstreben, ...”* Der Beschluss wurde dem Ministerpräsidenten überreicht - mit der Bekanntgabe, dass sich der *Volksrat der ungarischen Deutschen* dem ungarischen Nationalrat angeschlossen habe.⁴⁸⁰ Diese Anneschlussenerklärungen waren zu dieser Zeit üblich, um die Unterstützung der Regierung Károlyi und des *Ungarischen Nationalrates* auszudrücken. Es schlossen sich Parteien, Nationalräte von Komitaten, Städten und Nationalitäten, Organisationen, Parteien, Gewerkschaften, Betriebe und Einzelpersonen an. Bleyer machte noch eine besondere Fleißaufgabe, er übermittelte zusätzlich noch eine positive Erklärung für die republikanische Staatsform.⁴⁸¹

Am 3. November 1918 gab es einen weiteren offenen Brief im PESTER LLOYD. Diesmal von Alexander Gießwein, Kanonikus und Reichstagsabgeordneter. Darin gibt er bekannt, sich Bleyers Volksrat anzuschließen. Gleichzeitig übte er überraschend scharfe Kritik an Bleyers Vorstellungen von der ungarischer Suprematie und dem Selbstbestimmungsrecht sowie Ungarns bisheriger Nationalitätenpolitik. Selbst das Wort Demokratie kommt in deutlich positiver, erstrebenswerter Form vor. *“... andere aber haben mit dem Wort von der ungarischen Suprematie der Demokratie Knüppel zwischen die Beine geworfen.”*⁴⁸² Ausdrücklich erwähnt er den westlichen Teil des Landes, *“... in dem niemals separatistische Bestrebungen Wurzeln fassten.”*⁴⁸³

Nicht unerwartet antwortete Bleyer noch am nächsten Tag, um dem Kanonikus entsprechende höfliche Ratschläge und Zurechtweisungen zu erteilen. Brandsch veröffentlichte seinerseits am 8. November 1918 eine Erklärung Richtung Bleyer.

477 PESTER LLOYD, 1.11.1918, Abendblatt, 4.

478 Friedrich Spiegel-Schmidt, Zu den Geistesströmungen in der deutschen Minderheit Ungarns zwischen den beiden Weltkriegen, In: Ungarn-Jahrbuch 1995/1996, 262-271, 264.

479 „Diesseits des Königssteigs“ bedeutet Ungarn ohne Siebenbürgen. Das Gebiet des ehemaligen Großfürstentums Siebenbürgen ist das „jenseits des Königssteiges“, das seit 1867 vollständig mit Ungarn vereinigt ist. Der Königssteig ist ein 586 m hoher Sattel nördlich vom Bihargebirge zwischen dem Tal der Schnellen Körös und der Szamos. <Meyers Großes Konversations-Lexikon, Band 11. Leipzig 1907, 30.>

480 PESTER LLOYD, 2.11.1918, Morgenblatt, 7.

481 PESTER LLOYD, 16.11.1918, Morgenblatt, 5.

482 Diese, für einen Priester seiner Zeit überraschend demokratische Einstellung verhinderte eine Karriere im konterrevolutionären Ungarn. Die Macht- und Ehrenposten wurden den magyaronischen Geistlichen wie Johannes Huber und Edmund Scholz zugeschanzt.

483 PESTER LLOYD, 5.10.1918, Abendblatt, 3.

Nachdem am 10. November 1918 der Deutsche Volksrat für Ungarn gegründet wurde, reagierte Bleyer abermals mit einer Erklärung, in der er seine Vereinigung nun *Deutschungarischen Volksrat* nannte und „*unser ganzes deutschungarisches Volk*“ hinter sich zu wissen behauptete.

Noch am gleichen Tag veröffentlichte der Deutsche Volksrat für Ungarn in der Abendausgabe ein Schreiben, welches die Motivlage von Bleyer beleuchten sollte. Danach weigerte sich Bleyer, nicht nur mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, sondern sagte ihnen den „*schärfsten Kampf*“ an. Auch die Mitarbeit der Deutschungarischen Volkspartei fand nicht Bleyers Zustimmung. Von besonderer Bedeutung war aber die, bereits im Namen der Bleyerschen Vereinigung erkennbare, Absetzbewegung gegenüber den Siebenbürger Sachsen, die nicht katholisch waren.

Den Zeichen der Zeit entsprechend, setzten sich immer mehr von Bleyer ab. In Westungarn waren alle wesentlichen Vertreter beim Deutschen Volksrat organisiert. Der deutsche Volksrat der Stadt Sopron hatte sich ebenfalls angeschlossen. In den Versammlungen des Deutschen Volksrates wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass die andere Organisation Zwietracht unter den Deutschen säe, daher werden „*alle Versuche, die darauf hinzielen, die Einheit der Deutschen in Ungarn zu zerreißen,*“ zurückgewiesen.⁴⁸⁴ Selbst Gießwein wurde Anfang Dezember 1918 Mitvorsitzender des Deutschen Volksrates.⁴⁸⁵ Beispielhaft war auch das Zusammenspiel nationaler und sozialer Aspekte beim Austritt aus Bleyers Organisation der Deutschen aus Käsmark (Kežmarok – Region Zips in der Slowakei). Sie traten dem Deutschen Volksrat, samt gleichzeitiger Aufnahme von zwölf Arbeitervertretern, bei.⁴⁸⁶

Am 22. Dezember 1918 brachte der PESTER LLOYD einen umfangreichen Beitrag von Bleyer über die „*Deutschungarische Zukunft*“. Dabei ist eine bedeutende Veränderung seiner Ansicht über eine mögliche Autonomie erkennbar. Er wäre nun sogar bereit, nationale Zugeständnisse aus der Hand einer Friedenskonferenz entgegenzunehmen. Kritik an den Zuständen Altungarns zu machen, fiel ihm sehr schwer. In Ansätzen und zwischen den Zeilen schimmert sie trotzdem durch. Selbst das Thema einer deutschen Autonomie verteufelte er nicht mehr grundsätzlich, mahnt aber zur Vorsicht und Zurückhaltung gegenüber den Magyaren. Dagegen glorifiziert er die Vergangenheit als das Goldene Zeitalter des Völkerfriedens und der Harmonie zwischen den Völkern Ungarns. Die Aufteilung Ungarns und das Leben unter dem „... *Joch ... eines kulturell tieferstehenden Volkes*“ sieht er als mögliche, ja wahrscheinliche, aber nicht zwingende Option für die Deutschen

484 PESTER LLOYD, 25.11.1918, 2f.

485 PESTER LLOYD, 4.12.1918, Morgenblatt, 4.

486 PESTER LLOYD, 12.12.1918, Morgenblatt, 4.

und Magyaren.⁴⁸⁷ Seinen Artikel beendete er mit einem Gedicht, dessen Zeilen er ausgerechnet aus Schillers Wilhelm Tell zusammenzimmerte.⁴⁸⁸

In der Abendausgabe am Neujahrstag meldete der PESTER LLOYD dann endlich die Vereinigung der beiden Volksräte⁴⁸⁹ zu einem *Zentralausschuss der Deutschen Ungarns*. In dieser Organisation waren neben den verschiedenen Parteien auch die regionalen Gebiete wie die Westungarns durch Delegierte verbunden.⁴⁹⁰ Diese Vereinigung hielt jedoch nicht lange. Nach der Konstituierung des deutschungarischen Regierungsrates im März 1919 protestierte eine Abordnung des Bleyerschen Deutschungarischen Volksrates gegen dessen Zusammensetzung beim Ministerpräsidenten. Es war der Delegation wichtig, die *“an das Magyarentum knüpfenden Gefühls- und Geisteseinheit”* der Deutschungarn zu erinnern.⁴⁹¹ Mit der Etablierung der Räterepublik wurde der Deutschungarische Volksrat aufgelöst. Die Agenden für die deutschen Interessen wurden dem Deutschen Volkskommissariat übergeben.⁴⁹²

Jakob Bleyer (1874 – 1933) stammte aus einer deutschen Bauernfamilie der Batschka. Als Gymnasiallehrer unterrichtete er auch in Ödenburg. 1908 wurde er ordentlicher Universitätsprofessor für deutsche Literaturgeschichte. Ab 1911 arbeitete und lehrte er in Budapest.⁴⁹³ In seinem Gesellschaftsbild gab es keinen Platz für die Ideen der Demokratie, der Selbstbestimmung und des sozialen Ausgleiches. Er war *“heftiger Antisemit”*,⁴⁹⁴ stellte sich gegen jeden Versuch, die Gesellschaft demokratischer zu gestalten und war überzeugt, dass seine Arbeit für die deutsche Minderheit von den ungarischen Eliten belohnt werden würde. Im August 1919 wurde er in der Zeit der Konterrevolution Nationalitätenminister. In einer Biographie mit hagiographischen Zügen aus dem Jahr 1941⁴⁹⁵ wurde behauptet, er wäre die entscheidende Kraft hinter dem Putsch Stefan Friedrichs gegen die Regierung des Sozialdemokraten Julius Peidl im August 1919 gewesen.

487 PESTER LLOYD, 22.12.1918, 3.

488 Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, /
in keiner Not uns trennen und Gefahr. [Wilhelm Tell II, 2 Rösselmann] /
Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, /
Und neues Leben blüht aus den Ruinen. [Wilhelm Tell IV, 2 Attinghausen] /
Seid einig, einig, einig. [Wilhelm Tell IV, 2 Attinghausen]

489 Schlereth, 43. Vor allen Jaszi soll auf die Vereinigung der beiden Organisationen gedrängt haben.

490 PESTER LLOYD, 1.1.1919, Abendblatt, 2.

491 PESTER LLOYD, 15.3.1919, Morgenblatt, 1.

492 PESTER LLOYD, 25.3.1919, Morgenblatt, 3.

493 Fritz Valjavec, "Bleyer, Jakob" in: Neue Deutsche Biographie 2 (1955), S. 302 f. [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118663933.html#ndbcontent>, 26.1.2019, 19:00h

494 Hedwig Schwind, Jakob Bleyer, der Führer des ungarländischen Deutschtums (Dissertation Universität München 1941) 204.

495 Schwind, 199-202.

Nach dem August 1919 wurden die Zugeständnisse und Garantien, die den Deutschsprachigen in der Volksrepublik und Räterepublik gewährt wurden, schrittweise zurückgenommen bzw. abermals - wie nach dem Nationalitätengesetz von 1868 - einfach nicht umgesetzt.

Bleyer wurde für den Rest seines Lebens sowohl von der chauvinistischen Rechten der Magyaren, sowie von vielen seiner "Volksgenossen" angegriffen. Bereits im November 1919 schrieb das NEUE POLITISCHE VOLKSBLATT, er wurde als Nationalitätenminister auserwählt, weil sein Programm für die Deutschen Ungarns "*das bescheidenste*" sei.⁴⁹⁶ Weit weg von der Realität dürfte diese Wahrnehmung nicht gelegen sein.

Die Person Bleyers ist für die Jahre bis zum Anschluss des Burgenlandes an Österreich von herausragender Bedeutung. Schwind sieht Bleyer zusammen mit dem katholischen Pfarrer Johannes Huber⁴⁹⁷ und dem evangelischen Pastor Edmund Scholz als Schlüsselpersonen in den Bemühungen, dies zu verhindern.⁴⁹⁸ Diese magyarenfreundliche, antiösterreichische, aber vor allem antidemokratische Haltung der drei genannten, wurde insofern reich belohnt, da sie u.a. die westungarischen Wahlbezirke im Budapester Parlament vertreten durften.⁴⁹⁹ Bleyer erkannte selbst auch immer deutlicher, dass seine ehrlich gemeinte Loyalität Ungarns gegenüber, von den Magyaren nicht anerkannt wurde.

Im Friedensvertrag von Trianon wurden zwar Minderheitenschutz und rechtliche Gleichstellung für die Nichtmagyaren vereinbart, doch hielten sich die Behörden weitgehend nicht daran. Die Magyarisierung wurde nicht nur fortgesetzt, sondern verstärkt. "*Der Druck auf die deutsche Bevölkerung Ungarns nahm stetig zu.*"⁵⁰⁰ Am Ende seines Lebens - im Jahr 1932 - schrieb er in einem Brief an Gustáv Gratz:⁵⁰¹ "*Ich baute zu sehr auf das Recht und die Gerechtigkeit, auf die*

496 Zitiert nach Schwind, 205.

497 Dass Huber ein bekennender Antisemit war und dies gegen seine sozialdemokratischen Gegenspieler einsetzte versteht sich in diesem Zusammenhang als selbstverständlich. <DEUTSCHE FREIHEIT, 18.3.1919, 3>

498 Schwind, 214-221.

499 Péter Schmidt, Die Entstehung der Apostolischen Administration Burgenland. Die kirchenrechtliche Regelung des Burgenlandes durch den Heiligen Stuhl 1918-1922 (Dissertation Universität Wien 2017) 157.

500 Sebastian Sparwasser, Identität im Spannungsfeld von Zwangsmigration und Heimkehr. Ungarndeutsche Vertriebene und die Remigration (Dissertation Andrassy Gyula Universität Budapest 2016) 84.

501 (1875-1946) Deutscher aus der Zips, Historiker, Publizist und Politiker, Ab 1906 Reichstagsabgeordneter, Finanzminister in der Regierung von Móricz Esterházy. Führendes Mitglied des Antibolschewistischen Comitees in Wien. 1919 bis 1921 Botschafter in Wien. Von Januar bis April 1921 Außenminister. Gründete mit Bleyer 1924 den Ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein. Ab 1926 Parlamentsabgeordneter. Von den deutschen Truppen 1944 kurzzeitig interniert. <<https://www.biolex.ios-regensburg.de/BioLexViewview.php?ID=903>, 13.4.2019, 9:40h.> Seine einflussreichen Bücher waren mitverantwortlich für die Entstehung und v.a. Festigung des Bildes des „blutrünstigen jüdischen Volkskommissars“. Gleichzeitig versuchte er sie wegen „charakterliche Minderwertigkeit“ ins Lächerliche zu ziehen. <Tréfás, 260.> Laut Bak <556f> Herausgeber des einzigen seriösen Werkes, das von konterrevolutionärer Seite verfasst wurde. <Gustáv Gratz, Das Zeitalter der Revolutionen, Geschichte Ungarns 1918-1920 (Budapest 1935).> Darin verurteilte er zwar die konterrevolutionären Exzesse und Pogrome, fand aber durchaus entschuldigende Worte dafür.

*Einsicht und auf die nüchterne Erfassung der eigenen Interessen. In diesem Sinne und in diesem Glauben habe ich gearbeitet. Diesen Glauben habe ich vollständig verloren. ... Die Magyarisierung war nie so rücksichtslos, so zielbewusst und so durchgreifend wie heute.*⁵⁰² Aus einem anderen Brief aus dem selben Jahr *”Auch mich beschleicht oft Zweifel, ob der Kampf, ..., zum Sieg führen wird oder nicht. Soweit sein Ausgang von den ungarischen Chauvinisten abhängt, ist er natürlich hoffnungslos.”*⁵⁰³

Andere, weiterblickende Persönlichkeiten wie etwa Gratz, sahen die Idee des Deutsch-Ungarum, wie es Bleyer in seiner *“tragischen Begrenzung”* unbeirrt vertrat, als zum Scheitern verurteilt. *“Der Begriff der ungarischen politischen Nation schließt jede Unterordnung des Ungarndeutschums unter das Gesamtdeutschum aus.”*⁵⁰⁴

Ob Bleyer den Weg Richtung Nationalsozialismus vorgegeben oder wenigstens geebnet hatte, wurde von Fritz Valjavec bestritten. Schwinds *“Adelung”* Bleyers als einen *“Nationalsozialisten der Tat”* scheint dann doch etwas übertrieben zu sein. In den Zwanzigerjahren, während sich die politische und wirtschaftliche Situation konsolidierte, schien seine Politik durchaus Erfolg zu haben. In den Dreißigerjahren fanden sich immer mehr radikalere Vertreter der Deutschsprachigen, die Bleyer an den Rand drängten.⁵⁰⁵

6.2. Selbstbestimmung und Autonomie

Die Verhandlungen der Deutschsprachigen in Westungarn mit der Budapester Regierung wurden durch die Aktion *Republik Heizenland* scheinbar nicht belastet. Der Neusiedler Apotheker Adalbert Wolf berichtete in einer Sitzung des Deutschen Volksrates für Ungarn in Budapest über Verhandlungen am 14. Dezember 1918 mit einem Staatssekretär des Innenministers.⁵⁰⁶

Die entscheidenden Verhandlungen waren aber sicherlich die zwischen Vertretern des westungarischen Deutschen Volksrates und Minister Jászi. Kernpunkt war die gebietsmäßige Herauslösung des deutschsprachigen Gebietes aus dem traditionellen Komitatsverband. Nur so, darüber waren sich alle Beteiligten einig, wäre es möglich, eigene, d.h. deutschsprachige, Volksräte, Verwaltungs- und Gerichtsbeamte zu bekommen. Dies war aber auch der Punkt, den weder die Eliten des Landes noch die Bürokratie zugestehen wollten. Minister Jászi hatte dies aber offenbar

502 Gustáv Gratz, *Deutschungarische Probleme* (Budapest 1938) 17.

503 Zitiert nach Schwind, 453.

504 Zitiert nach Spiegel-Schmidt, 265-267.

505 Seewann, Band 2, 172.

506 PESTER LLOYD, 14.12.1918, Abendblatt, 1.

bereits zugesagt. Konkret sollten die beiden nördlichen und die beiden südlichen Komitatsteile zu zwei deutschsprachigen Komitaten zusammengefasst werden.⁵⁰⁷

Die bereits am 20. November 1918 verkündete Einigung über die Autonomie der Ukrainer wurde am 21. Dezember 1918 vom Ministerrat veröffentlicht und trat noch am selben Tag in Kraft. Es war das Volksgesetz X/1918 *über die Autonomie der in Ungarn lebenden russinischen (ruthenischen) Nation*. Dabei wurde aus Teilen von vier Komitaten ein eigenes „*autonomes Rechtsgebiet*“ mit dem Namen *Ruszka Krajna* gebildet.⁵⁰⁸ Ende des Jahres wurden ein für dieses Gebiet zuständiger Staatssekretär und ein Gouverneur ernannt.⁵⁰⁹

Ob die Nachricht von der Autonomie der Ukrainer für die folgenden Geschehnisse verantwortlich war, lässt sich nicht lückenlos belegen. In einer vertraulichen Sitzung am 22. Dezember 1918 beschlossen Vertreter der Deutschsprachigen Westungarns ihre Autonomie und überbrachten diesen Beschluss der Regierung am 28. Dezember 1918 durch eine Abordnung.⁵¹⁰

Bevor noch die Regierung am 30. Dezember 1918 diese Autonomie(wünsche) einstimmig anerkannte und zugleich beschloss, diese unverzüglich umzusetzen,⁵¹¹ protestierte der Komitats-Nationalrat des Ödenburger Komitates und stellte fest, dass dies „... *nicht als Ausfluss des Willens des Volkes zu betrachten sei*.“ Der Regierungskommissär⁵¹² betonte, von dieser Sitzung der Deutschsprachigen keine Kenntnis gehabt zu haben und „... *für die paar Vertrauensmänner kein Rechtstitel zu einer solchen Aktion vorhanden sei*.“ Die Vermutung lag nahe, dass dadurch die Regierung unter Druck gesetzt werden sollte.⁵¹³

Bis die Autonomie tatsächlich als Gesetz publiziert wurde, vergingen noch Wochen. Es war ein gewaltiger interner Machtkampf zwischen den Komitatsbehörden und der Regierung in Budapest erkennbar. In Kenntnis des Autonomiegesetzes für die Ukrainer mussten die Mächtigen der betroffenen Komitate erkennen, dass ihnen ein immenser Machtverlust bevorsteht, wenn die Gesetze umgesetzt werden.

Die Regierung wollte eine nachhaltige und grundlegende Beruhigung an der einzigen Grenze des Landes, die nicht von fremden Truppen bedroht wurde. Und Minister Jászi wollte vor allem seine

507 PESTER LLOYD, 18.12.1918, Morgenblatt, 3.

508 PESTER LLOYD, 25.12.1918, 5.

509 PESTER LLOYD, 1.1.1919, Morgenblatt, 4.

510 Karl Amon, Was wollen wir? Entwurf über die Errichtung der Landes-Autonomie (Selbstverwaltung) für Deutschwestungarn (Neusiedl am See 1919), 7.

511 PESTER LLOYD, 31.12.1918, Morgenblatt, 4.

512 Mesterházy - Der Regierungskommissär hatte Funktion und Aufgabe des vormaligen Oberstuhlrichters. Er sollte die Interessen der Zentralregierung vertreten.

513 PESTER LLOYD, 28.12.1918, Abendblatt, 1.

Idee eines föderalen Staates, einer *Schweiz des Ostens*, wenigstens mit den Deutschsprachigen und Ukrainern verwirklichen.

Minister Jászi hatte mit dem Gesetz über die Autonomie der Ukrainer offenbar eine rote Linie überschritten. Nicht nur für die alten Eliten war eine nationale Föderalisierung nicht denkbar, auch der liberale PESTER LLOYD ritt eine scharfe Attacke gegen seine Pläne. Über drei Spalten auf Seite eins wurde die Headline „*Oskar Jászi unterhandelt ...*“ gesetzt. In diesem ungezeichneten Kommentar wird ihm u.a. vorgeworfen, übereilt gehandelt zu haben. Er habe gegenüber den Ukrainern Rechte aus der Hand gegeben, ohne dafür etwas Substantielles erhalten zu haben. Bei den Verhandlungen habe er mehr geboten, als die andere Seite verlangt habe, so der Vorwurf. Der Kommentator nannte Jászi einen „... *mit einem Ministerportefeuille ausgestatteten Staatsphilosophen ...*“, der von Verhandlungen keine Ahnung habe. Sowohl gegen die Rumänen als auch gegen die Ukrainer habe er versagt.

Nun warnte der Kommentator, den Deutschen keinesfalls eine gesetzliche Regelung (Volksgesetz) wie den Ukrainern zuzugestehen, da es einerseits keine Dringlichkeit dafür gäbe, denn die deutschsprachigen Westungarn werden nicht so schnell Richtung Deutschösterreich verschwinden und andererseits sei dazu nur eine verfassungsgebende Nationalversammlung legitimiert.⁵¹⁴ Der Gegenwind blies den Autonomiebestrebungen ordentlich ins Gesicht.

Jászis Antwort auf diese heftigen Anwürfe war klar und unbeugsam, auch wenn sie vom betroffenen Redakteur anscheinend nicht zur Gänze verstanden wurde. Jászi erklärte, dass er keine Politik und keine Verhandlungen „*auf Basis des Kurszettels*“ zu machen gedenke. Die Rechte der Nationalitäten sind zu gewähren, einerlei ob die Nationalitäten eine augenblicklich starke oder schwache Stellung haben. Er sei nur für „... *eine Politik auf prinzipieller Grundlage, ... nicht für eine Politik auf börsenmäßiger Basis*“ zu haben. Neben diesen sehr präzise formulierten Treffern gegen eine Zeitung des Großbürgertums, hielt er ihr ihre servile Haltung gegenüber Tisza vor.⁵¹⁵ Und bereits am nächsten Tag berichtete sie von Gerüchten über den Rücktritt des Ministers.⁵¹⁶ Jászi schrieb wenige Jahre später über diese Zeit. „*Ich war nicht jener naive Professor und Stubengelehrte ...*“ und sah „... *das Hauptproblem nicht in der Rettung des alten Ungarns, sondern im Zustandebringen einer vernünftigen und moralischen internationalen Ordnung.*“ Er wies auch darauf hin, dass seine Vorschläge vom Deutschtum „*mit aufrichtiger Freude*“ aufgenommen wurden.⁵¹⁷

514 PESTER LLOYD, 3.1.1919, Abendblatt, 1.

515 PESTER LLOYD, 4.1.1919, Morgenblatt, 2.

516 PESTER LLOYD, 5.1.1919, Morgenblatt, 2.

517 Oskar Jászi, *Magyariens Schuld Ungarns Sühne, Revolution und Gegenrevolution in Ungarn* (München 1923) 61f.

Ein weiterer Rückschlag für Ungarns Bemühungen seine Integrität zu bewahren, kam aus Siebenbürgen, ausgerechnet an dem Tag, als Jászi von „seriöser“ Seite diese massiven Angriffe hinnehmen musste. Nachdem rumänische Truppen einen großen Teil des Ostens von Altungarn besetzten und annektierten, meldete eine rumänische Nachrichtenagentur, dass die Siebenbürger Sachsen den rumänischen Staat anerkannt hatten. Dieser stelle ihnen „*viel größere Freiheiten in Aussicht, als sie im ungarischen Staat genossen haben.*“⁵¹⁸ Diese Hiobsbotschaft wurde wenige Tage später bestätigt. Am 8. Januar 1919 hatte in Mediaş (deutsch Mediasch, ungarisch Medgyes) die siebenbürgisch-sächsische Nationalversammlung einstimmig beschlossen, „*angesichts der neuen Tatsachen*“ sich an das Königreich Rumänien anzuschließen.⁵¹⁹ Es waren wohl nicht die Versprechungen der Rumänen, die überzeugten. Es war die militärische Macht des Königreiches, welche die Einfügung in das Unvermeidliche bewirkte. Und der Trennungsschmerz von der magyarischen Suprematie wird nicht so groß gewesen sein.⁵²⁰

Nach dem Ministerratsbeschluss vom 30. Dezember 1918 veröffentlichten Karl Amon und Adalbert Wolf⁵²¹ den „*Entwurf über die Errichtung der Landes-Autonomie (Selbstverwaltung) für Deutschwestungarn*“⁵²² Sie forderten ein autonomes Land mit eigenem Namen, eigener Fahne und eigenem Wappen. Dieses Land sollte vom „*wirklichen Ungarn*“ territorial abgetrennt sein. Minderheitsgemeinden bzw. Gemeinden kroatischer Muttersprache sollten sich nur freiwillig anschließen, „*damit sprachliche Reibereien möglichst vermieden werden.*“ Das Selbstbestimmungsrecht wurde nicht nur für die Zeit der Friedensverhandlungen, sondern „*für immerwährende Zeiten*“ beansprucht. Basis der Autonomie sollte ein eigener Landtag sowie eine Landesregierung in Ödenburg sein. Daneben wurde ein Landesgerichtshof gefordert. Der Landesregierung sollte eine „*auf demokratischer Grundlage*“ organisierte Volksmiliz unterstehen. „*Fremdes Militär, Gendarmerie und Polizei*“ sollte sich nur mit Zustimmung des Landtages im autonomen Gebiet aufhalten dürfen. (Punkt 13) Jede Änderung der Verfassung, Krieg und Frieden bzw. das Verhältnis zu den Nachbarländern sollten durch eine Volksabstimmung bestätigt werden müssen. (Punkt 5) Schulangelegenheiten bzw. deren sprachliche Ausgestaltung sollten allein vom Landtag bestimmt werden. Die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit war in dem Papier zu

518 PESTER LLOYD, 3.1.1919, Abendblatt, 2.

519 PESTER LLOYD, 14.1.1919, Morgenblatt, 5.

520 Schlereth, 55. „*Die tatsächliche Entwicklung gab Brandsch ... recht, denn heute besitzen die Deutschen Rumäniens weit größere Freiheiten als ihre Stammesbrüder in Rumpfungarn.*“

521 Karl Amon, Rechtsanwalt und Adalbert Wolf, Apotheker, beide in Neusiedl am See.

522 Karl Amon, Was wollen wir? Entwurf über die Errichtung der Landes-Autonomie (Selbstverwaltung) für Deutschwestungarn (Neusiedl am See 1919).

erwarten. Dass jedoch die katholischen Seelsorger gewählt werden sollten, erscheint überraschend. (Punkt 10) - genauso wie das Verbot von „*Titel und Orden*“. Ausgenommen waren Amts- und wissenschaftliche Titel und Kriegsauszeichnungen. (Punkt 11). Bemerkenswert war die Forderung einer „neutralen Zone“. Auf Verlangen Deutschwestungarns sollte „*der Zollschranken nicht vor uns, sondern hinter uns*“ errichtet werden. (Punkt 14) In den Anmerkungen zu diesem Punkt wird angeführt, dass dies dann geschehen sollte, „*wenn wir es für vorteilhaft finden.*“

In Westungarn versuchte Zsombor, die von magyarischer Seite heftig angegriffene Autonomieerklärung zu rechtfertigen. Er widersetzte sich den Vorwürfen, mit den Sezessionisten gemeinsame Sache zu machen. Der Regierungskommissär forderte ihn auf, in seiner Zeitung künftig den „*nationalen Geist*“ zu fördern.⁵²³ Während von magyarischer Seite der „*nationalen Geist*“ angerufen wurde, forderten die deutschsprachigen Mitbürger die rasche Umsetzung der versprochenen Autonomie. Und aus dem ukrainischen Autonomiegebiet kamen keine guten Nachrichten. Bei der Durchführung des ukrainischen Autonomiegesetzes stellten etliche Magyaren fest, dass sie nun zur Minderheit gehörten. Daher wurde von magyarischer Seite gefordert, dass Orte, die von einer magyarischen Majorität bewohnt sind, keinesfalls den Autonomiebehörden unterworfen sein dürfen.⁵²⁴ Der ukrainische Nationalrat wies die Angriffe auf die Autonomie und auf Minister Jászi zurück, wobei er auf die angebotenen Autonomierechte seitens der ČSR und des ukrainischen Staates verwies.⁵²⁵ Tatsächlich vereinte sich die *Ruszka Krajina* am 21. Jänner 1919 mit der Ukrainisch Sozialistischen Sowjetrepublik.⁵²⁶ Die Situation in dieser Region war sehr bewegt und unübersichtlich.⁵²⁷

Die sich bereits seit Mitte Dezember 1918 abzeichnende Regierungskrise⁵²⁸ eskalierte in den ersten Jännertagen immer mehr. Eine Reihe von Ministerrücktritten bzw. Neuernennungen bis Ende 1918 ergab jedoch keine eindeutige ideologische Richtungsentscheidung. In einer programmatischen Rede anlässlich der Ernennung des neuen Kriegsministers⁵²⁹ erklärte Mihály Károlyi, dass „...*das Umsichgreifen des Bolschewismus ...*“ eine Katastrophe für das Land bedeute.⁵³⁰ Am 11. Jänner 1919 traten alle Minister zurück. Károlyi wurde vom Nationalrat zum provisorischen

523 PESTER LLOYD, 5.1.1919, 4.

524 PESTER LLOYD, 8.1.1919, Morgenblatt, 5.

525 PESTER LLOYD, 10.1.1919, Morgenblatt, 2.

526 Gräfe, Mythos, 30.

527 Teichgräber, Huzulenrepublik.

528 Rücktritt des Kultusministers Lovászy, PESTER LLOYD, 25.12.1918, 4.

529 Sándor Festetics

530 PESTER LLOYD, 31.12.1918, 3.

Staatsoberhaupt, der weiter an allen Regierungssitzungen teilnehmen und diese präsidieren soll, ernannt.⁵³¹

Der bisherige Justizminister Dénes Berinkey⁵³² wurde mit den Agenden des Ministerpräsidenten betraut.⁵³³ Jászi gehörte dem neuen Kabinett nicht mehr an.⁵³⁴ Er habe es abgelehnt, das Nationalitätenministerium zu übernehmen. Die Regierung betonte jedoch, dass dies „... keineswegs eine Änderung in der Nationalitätenpolitik ...“ bedeute, welche „... nach wie vor auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ...“ stehe.⁵³⁵

6.3. Die Zeit der Volksversammlungen

Im Untersuchungsgebiet, aber auch im Rest des späteren Burgenlandes fanden verstärkt Volksversammlungen und Abstimmungen statt. Dabei kamen die unterschiedlichsten Ergebnisse heraus.

In Neufeld an der Leitha wurde die Umsetzung der Autonomierechte von der Regierung gefordert. Der neugewählte Nationalrat schloss sich dem Deutschen Verband für Ungarn an.⁵³⁶ In St. Margarethen fand eine Abstimmung über die künftige Staatszugehörigkeit statt. Von 764 abgegebenen Stimmen waren 761 für den Anschluss an Deutschösterreich, lediglich drei Stimmzettel sollen leer gewesen sein.⁵³⁷ Bemerkenswerterweise war der Ortsname diesmal in der Budapester Zeitung in seiner deutschen Form zu lesen.

In Pinkafeld hingegen protestierte „... die deutsche Bevölkerung in einer Versammlung gegen den Anschluss der ungarischen westlichen Landesteile an Österreich und die proösterreichische Agitation...“^{538 539}

531 PESTER LLOYD, 11.1.1919, Abendblatt, 2.

532 (1871-1944) Rechtsanwalt, bis 21. März 1919 Ministerpräsident und Außenminister.

533 PESTER LLOYD, 13.1.1919, 4.

534 PESTER LLOYD, 19.1.1919, 2.

535 PESTER LLOYD, 20.1.1919, 3.

536 PESTER LLOYD, 14.1.1919, Abendblatt, 1.

537 PESTER LLOYD, 14.1.1919, Morgenblatt, 5.

538 PESTER LLOYD, 6.1.1919, 2.

539 Ernst Träger wurde dabei als Abgeordneter des Bezirkes vorgestellt. Träger war ein typischer Magyarone und eine durchaus tragische Person. Dieser magyarisierte „Burgenländer“ optierte trotz seiner deutschen Muttersprache für Ungarn. Er war, so der PESTER LLOYD, Sekretär im gemeinsamen Finanzministerium, dann Sekretär des österreichischen Ministerpräsidenten Koerber, später des gemeinsamen Finanzministers, beziehungsweise Minister der Äußeren Burian. Nach 1921 war er Mitglied der interalliierten Grenzkommision. Erst 1956 wollte er sein selbstgewähltes Vaterland verlassen, was ihm aber dann nicht mehr gestattet wurde.

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181012_OTS0082/burgenland-folge-der-universum-history-zeitgeschichteserie-unser-oesterreich-im-orf-landesstudio-burgenland-praesentiert, 9.5.2019, 11:30h.

Das deutschsprachige Pressewesen im Umkreis des Untersuchungsgebietes bot um diese Zeit die ÖDENBURGER ZEITUNG und den GRENZBOTEN. Dazu kam am 12. Jänner 1919 der WECKRUF, ein ausnehmend rabiates deutschnationales Organ, welches zweimal die Woche erscheinen sollte, in ihrer Selbstdefinition „*Deutsche Westungarn wachet auf! ... die einzige nationale Zeitung.*“ Das Ziel war: „*Unsere nationale Freiheit, deutsche Schulen und Selbstverwaltung.*“⁵⁴⁰

Keinesfalls standen die Abspaltung von Ungarn und der Anschluss an Deutschösterreich auf der Agenda. Die Forderung nach einer deutschen Theatersaison, war dann die erste. Die Forderung der Ausweitung der lediglich sechswöchigen deutschen Theatersaison in Ödenburg wird die Dorfbewohner im Untersuchungsraum möglicherweise nicht sehr tangiert haben. Die maßgebenden Personen in Ödenburg waren aber mit den Dörfern sehr eng verbunden.

Beispielhaft soll eine dieser zahlreichen Volksversammlungen in einem Dorf⁵⁴¹ nahe Ödenburgs analysiert werden.

Der Pfarrer berief eine Christlichsoziale Versammlung ein. Als alleiniger Referent war ein Ödenburger Lehrer⁵⁴² vorgesehen, der „*Präses der Ödenburger christlichsozialen Partei*“ gewesen sein soll. Da der Pfarrer dies nicht mit dem „*deutschen Ortsrat*“ akkordiert hatte, ersuchte dieser den deutschen Volksrat für Westungarn in Ödenburg einen Redner zu schicken.

„*Die ganze Gemeinde ... darunter auch viele Frauen ...*“ war anwesend. Die Versammlung musste daher ins Freie verlegt werden. Männer aus dem Ort, Mitglieder des Ortsrates, nahmen dem Pfarrer mit Hinweis auf die „*parlamentarische Form*“ und nach einer Abstimmung der Anwesenden die Leitung der Veranstaltung aus der Hand. Aus der christlichsozialen Veranstaltung wurde, unter Wahrung demokratischer und parlamentarischer Gepflogenheiten, eine „*deutsche Volksversammlung*“.

Der vom Pfarrer eingeladenen Redner erläuterte das Programm der Christlichsozialen Partei. Dass der Redner nur durch zahlreiche Zwischenrufe gestört, seine Rede „*ohne Behinderung*“ beenden konnte, wurde als Zeichen der politischen Reife des deutschen Volkes angemerkt.

Der Redner des deutschen Volksrates für Westungarn nannte als Ziel aller Deutschsprachigen „*unsere nationale Freiheit und Autonomie*“. Er warnte davor, sich parteipolitisch zersplittern zu lassen. Trotz dieser Einigkeitsappelle gab es seinerseits etliche Seitenhiebe auf den Vorredner, der sich u.a. auch für eine Bodenreform aussprach. Dass dafür neben dem Großgrundbesitz vor allem die Kirchengüter verteilt werden müssten, wurde mit Bravorufen der Teilnehmer quittiert.

540 WECKRUF, 12.1.1919, 1.

541 Gemeinde Marz. Die Versammlung wurde für Sonntag, dem 12. Jänner 1919, in die Volksschule einberufen.
WECKRUF, 19.1.1919, 2.

542 Josef Kath.

Der ausdrücklichen Erklärung des christlichsozialen Redners „für einen unbedingten Verbleib bei Ungarn“ setzte der Gegenredner vehement die Erreichung der Autonomie und Selbstbestimmung entgegen.

Abschließend wurde ein Beschlussantrag gestellt, der „unter allgemeinem Beifall einstimmig angenommen wurde.“ Dieser Antrag hatte folgende Punkte:

1. Die volle Autonomie und Selbstbestimmung
2. Danach soll die engere Richtung auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes entschieden werden.
3. Die Kirche soll nicht als politischer Agitationsort missbraucht werden.⁵⁴³

Dass der Berichterstatter der Zeitung und der Redner auf der Versammlung ein und dieselbe Person waren, sollte nicht weiter stören. Dies spielt für die Analyse des strukturellen Aufbaus dieser prädemokratischen Veranstaltung keine Rolle. Im konkreten Fall spielten die handelnden Ortsbewohner mit dem angeforderten Redner zusammen. Sie waren persönlich bekannt und einer davon war Mitglied des Ödenburger Komitatsausschusses für die Gemeinde. Nach 1945 war er als Obmann der SPÖ im Gemeinderat.⁵⁴⁴

Alle Volksversammlungen in Westungarn werden so oder so ähnlich abgelaufen sein. Das Ergebnis, welches dann in den Zeitungen oder in Petitionen verbreitet wurde, war eine reine Organisationsfrage. Welche Richtung konnte besser organisieren, formulieren oder manipulieren. Eine ähnliche Versammlung wurde am darauffolgenden Sonntag in Mattersburg abgehalten. Sie nahm einen ähnlichen, etwas robusteren Verlauf.⁵⁴⁵ Hier trat Hans Suchard als Redner der Gegenpartei auf. In dieser Phase waren die parteipolitischen Grenzen zwischen den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten in den Dörfern des Untersuchungsgebietes nicht erkennbar.

Über offene Sezessionswünsche bei solchen Versammlungen wurde kaum berichtet. Sie waren staatsfeindlich und hochverräterisch. Dass diese offenbar doch massiv vorhanden waren, jenseits der Propaganda wie sie in Deutschösterreich von deutschnationaler Seite propagiert wurde, zeigt uns, glaubwürdiger als der Bericht aus St. Margarethen, die magyarenfreundliche Versammlung in Pinkafeld. Warum sonst sollte sich die Versammlung gegen die „die proösterreichische Agitation...“ aussprechen.

543 WECKRUF, 19.1.1919, 2f.

544 Josef Buchinger, <Roland Widder (Hg), 800 Jahre Marz 1202-2002 (Mattersburg 2002), 162f, 228.>

545 WECKRUF, 26.1.1919, 3f.

Solches Vorgehen, um einerseits die gebotenen politischen, administrativen und organisatorischen Möglichkeiten des ungarischen Staates zu nutzen und andererseits im Subtext die Sezessionsbewegung weiter voranzutreiben, nutzte in offenbar noch weit größerem Ausmaß Karl Wollinger im Süden Westungarns. Hier wurde eine große Anzahl von „Volksabstimmungen“ für einen Anschluss an die Steiermark organisiert. Eine für seine Organisationsfähigkeit beeindruckende Anzahl von Unterschriftslisten wurde nach Wien geschickt und diese liegen heute im Eisenstädter Landesarchiv.⁵⁴⁶

Dass nach 1921 alle Beteiligten in ihren Hinterlassenschaften den Anschluss an Österreich als einziges und alleiniges Ziel gesehen und angestrebt hatten, ist menschlich gesehen verständlich, wenn auch nicht sehr glaubwürdig.

6.4. Der Weg zum Autonomiegesetz

Trotzdem die Regierung zurückgetreten war, trafen sich die Vertreter der Deutschen mit Jászi, um die Verhandlungen über die Autonomie zu Ende zu führen. Dabei wurde offenbar sehr rasch ein inhaltlicher Konsens über das Volksgesetz getroffen. Jászi versicherte der Delegation, er werde seinem Nachfolger die rasche Durchführung der Autonomie empfehlen. Der anschließende Besuch beim designierten Ministerpräsidenten verlief ermutigend. Er versicherte, die Nationalitätenpolitik werde im Sinne Jászis weitergeführt.⁵⁴⁷ Trotz dieser eindeutigen Zusagen zweifelten die Deutschsprachigen in Westungarn an der Fortsetzung von Jászis Nationalitätenpolitik.

Am darauffolgenden Sonntag, dem 19. Jänner 1919, fand im „*großen Saale des Komitatsgebäudes eine Volksversammlung der Deutschen Westungarns statt.*“ In der Versammlung, Zsombor führte den Vorsitz, die einen „*stürmischen Verlauf*“ nahm, wurde Folgendes beschlossen: Sollte bis zum 29. Jänner 1919 das vereinbarte Volksgesetz nicht publiziert sein, werde entweder eine selbstständige Republik oder der Anschluss an Deutschösterreich ausgerufen.⁵⁴⁸ An dieser Volksversammlung sollen Vertreter von 100 Gemeinden teilgenommen haben. Ebenfalls anwesend waren Vertreter der sozialdemokratischen Partei, die den gefassten Beschluss unterstützten. Sie entsandten sogar einen Redner aus Budapest. Die ungarische Sozialdemokratie unterstützte die Autonomiewünsche, keinesfalls jedoch sezessionistische Bestrebungen.⁵⁴⁹ Für den Antrag stimmten

546 Schlag, Aus Trümmern, 152

547 PESTER LLOYD, 15.1.1919, Morgenblatt, 3.

548 PESTER LLOYD, 21.1.1919, Abendblatt, 2.

549 ÖDENBURGER ZEITUNG, 28.1.1919,2.

34 Delegierte, drei waren vorerst dagegen. Sie schlossen sich nach der Abstimmung der Majorität an. Es waren dies u.a. die Vertreter aus Neufeld an der Leitha und Pötttsching.

Daneben wurde ein 20köpfiger Ausschuss gewählt. Zum Vorsitzenden wurde Zsombor bestellt. Aus dem Untersuchungsgebiet war je ein Vertreter aus Mattersburg und Neufeld an der Leitha dabei.⁵⁵⁰

Der Delegierte aus St. Margarethen⁵⁵¹ sprach sich am entschiedensten für das Ultimatum an die Regierung aus. Es war ihm natürlich nicht möglich, für die Sezession zu sprechen oder der Berichterstatter der Zeitung hat dies unterschlagen. Die überlieferten Zitate seiner Rede sprechen für seine Sympathien in diese Richtung.⁵⁵² Die weiter oben erwähnte Abstimmung in St. Margarethen über den möglichen Anschluss an Deutschösterreich spricht ebenfalls dafür.

Am Samstag dem 25. Jänner 1919, sprach eine gemeinsame Abordnung des Deutschungarischen Volksrates und des Volksrates für die Deutschen in Ungarn beim Ministerpräsidenten vor. Sie wiesen auf die Dringlichkeit der Situation hin. Der Ministerpräsident zeigte sich zuversichtlich auch die terminlichen Wünsche der Deutschsprachigen Westungarn erfüllen zu können.⁵⁵³ Tatsächlich hatte der Ministerrat noch in der Sitzung vom 27. Jänner 1919 das Volksgesetz Nr. VI/1919 über die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des ungarländischen deutschen Volkes angenommen und einen Tag später publiziert. Es trat sofort in Kraft.⁵⁵⁴

6.5. Volksgesetz über die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des ungarländischen deutschen Volkes.

Die ungarischen Staatsbürger *deutscher Zunge* sollten mit diesem Gesetz ihr Selbstbestimmungsrecht im Wege der *Selbstverwaltung* ausüben. In zusammenhängenden Gebieten sollten autonome Rechtsgebiete (Gubernien⁵⁵⁵) gebildet werden. In § 3 wurde bestimmt: „*Dem deutschen Volk gebührt innerhalb des Rahmens dieses Gesetzes sowohl in gesetzgeberischer Hinsicht wie hinsichtlich der Verwaltung das Recht der vollständigen Selbstverwaltung im Kreise der inneren Verwaltung, der Justiz, des Unterrichts, der Kultur- und der Kirchenangelegenheiten auf diesem autonomen Rechtsgebiete.*“

550 Josef Suchard, Mattersburg, Andreas Schmiedt, Neufeld, Albert Wolf und Karl Amon aus Neusiedl, Michael Unger St. Margarethen, Adolf Berczeller Ödenburg, Karl Wollinger Heiligenkreuz,

551 Michael Unger.

552 WECKRUF, 26.1.1919, 2f.

553 PESTER LLOYD, 27.1.1919, 3.

554 PESTER LLOYD, 29.1.1919, Morgenblatt, 3.

555 Österreichische Verwaltungseinheit, deren Bezeichnung 1850 durch „Statthaltereien“ abgelöst wurde.

Alle anderen Angelegenheiten wurden als „*gemeinsame Angelegenheiten*“ definiert, die im Einvernehmen mit der ungarischen Volksrepublik geregelt werden sollten. Selbst bei den gemeinsamen Angelegenheiten wurde die deutsche Sprache als „*Berührungssprache*“ bestimmt. Als gesetzgebende Körperschaft für die autonomen Angelegenheiten war die *deutsche Nationalversammlung*, für die gemeinsamen Angelegenheiten das gesamtstaatliche Parlament, in dem die Volksgruppe der Bevölkerungszahl entsprechend vertreten sein sollte, vorgesehen. Als Exekutivorgan wurde das *deutsche Ministerium* mit Sitz in Budapest genannt. Der Minister sollte in gemeinsamen Angelegenheiten vollberechtigtes Mitglied der gesamtstaatlichen Regierung sein. Daneben sollte er aber auch der deutschen Nationalversammlung verantwortlich sein. Er war als Aufsichts- und Kontrollorgan der autonomen Rechtsgebiete vorgesehen. Als sein Stellvertreter war ein *Staatssekretär* vorgesehen.

Das Exekutivorgan der autonomen Rechtsgebiete, die ihren Sitz selbst wählen sollten, war ein Gubernialrat, dessen „*Präsident der Gouverneur*“ ist. Die Bewohner der autonomen Rechtsgebiete sollten durch Wahlen in einer Gubernialgeneralversammlung vertreten sein.⁵⁵⁶

Die komplizierten Regelungen zwischen Exekutive und Legislative bzw. die Doppelverantwortlichkeiten des Ministeriums erinnert stark an den kroatischen Ausgleich von 1868, der die autonomen Rechte der Kroaten nur unzureichend schützte.⁵⁵⁷

Im Hinblick auf Jászis Aussage, dass jeder Nationalität die gleichen Rechte zustehen und sie nicht das Ergebnis von politischem Tauziehens sein sollte, sind die Unterschiede zwischen den Gesetzen über die Autonomie der Ukrainer und der Deutschen beachtlich. Beispielhaft wurden den Ukrainern alle „*ärarischen Grundbesitze, Bergwerke und Forste*“ zugesagt.⁵⁵⁸

Bis zur Konstituierung der deutschen Nationalversammlung nach den Wahlen wurde ein *deutscher Landesregierungsrat*, mit vier Vertretern des deutschen Nationalrates, vier Vertretern des Volksrates der Deutschen sowie je zwei Vertretern der deutschsprachigen Gebiete bestimmt. Dieser Landesregierungsrat sollte den Minister kontrollieren.⁵⁵⁹ Wie die Herauslösung der autonomen Gebiete aus den Komitaten erfolgen sollte und wie die territoriale Abgrenzungsfrage zu lösen war, wurde nicht geregelt. Dies führte zu den ersten und wichtigsten Streitpunkten.

Den Deutschsprachigen wurde somit eine eigene Legislative zugesagt. Dieses Parlament sollte jedoch alle Deutschsprachigen in ganz Ungarn vertreten. Eine lokale Legislative war nicht vorgesehen, jedoch ein zusammenhängendes Gebiet, das der deutschen Nationalversammlung in

556 PESTER LLOYD, 29.1.1919, Morgenausgabe, 3.

557 Günter Schödl, Kroatische Nationalpolitik und „Jugoslavenstvo“ (München 1990) 33-36.

558 PESTER LLOYD, 25.12.1918, 5.

559 PESTER LLOYD, 29.1.1919, Morgenausgabe, 3.

legislativer und einem deutschen Ministerium in exekutiver Weise unterstand. Trotz dieser Unzulänglichkeiten war dieses Gebilde der erste Vorläufer des sich später bildenden österreichischen Bundeslandes Burgenland. Mit diesem Gesetz wurden Zusicherungen gemacht, von denen die Minderheitenvertreter wenige Monate zuvor nicht einmal zu träumen gewagt hätten.

Fred Sinowatz sah einen wichtigen Grund im Entstehen des Anschlusswillens der Bevölkerung,⁵⁶⁰ in der Überwindung der Verwaltungspraxis der Komitate und deren zentralistischer Ausrichtung durch die deutsch-westungarischen Autonomiebestrebungen und deren Einrichtungen. Dies waren, seiner Ansicht nach, die wahren Wurzeln für das bald einsetzende Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in diesem Gebiet.⁵⁶¹

6.6. Die Umsetzung des Autonomiegesetzes

Bereits mit der Veröffentlichung des Gesetzes traten Fragen über bestimmte Formulierungen auf. Sowohl Zsombor als auch der zuständige Regierungskommissär waren dafür in Budapest beim deutschen Staatssekretär⁵⁶², der die Endredaktion des Gesetzes machte.

Die wichtigste und entscheidende Frage, die Gebietsabgrenzung, war mit diesem Gesetz nicht gelöst. Gerüchteweise wurde gemeldet, dass Güns (ungarisch Kőszeg) dem ungarischen Sprachgebiet zugeordnet werde. Selbst der Status von Ödenburg war noch „*in suspenso*“.⁵⁶³

Bei der am 29. Jänner 1919 abgehaltenen Vollzugsausschusssitzung des Deutschen Volksrates für Ungarn erklärten sowohl Zsombor als auch Wolf das Gesetz vorerst nur als Basis, auf der eine „*wirklich freie Autonomie*“ errichtet werden könnte.⁵⁶⁴

Der *deutsche Landesregierungsrat* überbrachte bereits am 30. Jänner 1919 dem Ministerpräsidenten seine Empfehlungen für die personelle Ausstattung der Autonomie. Als Minister wurde der Richter Johann Junker aus Szeged, zum politischen Staatssekretär der Redakteur der VOLKSSTIMME Heinrich Kalmár und zum Gouverneur von Westungarn Zsombor empfohlen. Der Ministerpräsident wurde bei dieser Zusammenkunft von Zsombor und Wolf über die Situation in Westungarn informiert.⁵⁶⁵ Die Ernennung Johann Junker zum „*deutschen Minister der Ungarischen Volksrepublik*“ wurde am 3. Feber 1919 veröffentlicht.⁵⁶⁶

560 Empirische Daten darüber gibt es nicht. Daher sind alle Aussagen dazu reine Mutmaßungen.

561 Fred Sinowatz, Das Werden eines österreichischen Bundeslandes. In: 40 Jahre Burgenland. Festschrift aus Anlass der vor vierzig Jahren erfolgten Heimkehr des Burgenlandes zu Österreich. (Eisenstadt 1961), 24.

562 Peter Jekel

563 ÖDENBURGER ZEITUNG, 28.1.1919, 3.

564 PESTER LLOYD, 31.1.1919, Morgenblatt, 4.

565 PESTER LLOYD, 31.1.1919, Morgenblatt, 4.

566 PESTER LLOYD, 4.2.1919, Abendblatt, 2.

Kaum war das Autonomiegesetz veröffentlicht, meldeten sich neben den Befürwortern auch Skeptiker bzw. Gegner zu Wort. Ein ganz besonders gewichtiges Wort hatte die Geistlichkeit. Der Pfarrer von Agendorf ⁵⁶⁷ (ungarisch Ágfalva) Edmund Scholz zeichnete seinen Artikel mit 1. Feber 1919. Seiner Anschauung nach hat die Autonomie „... *wenigstens in unserer Gegend – niemand gefordert und niemand erwartet.*“ Dass er mit dieser Meinung auch keinerlei Zweifel an der zukünftigen Zugehörigkeit zu Ungarn hatte, darf vorausgesetzt werden. Nachdem das „*Selbstverwaltungsrecht*“ ... „... *so rückständigen Völkern, wie [den] Rumänen, Slowaken, Serben oder gar auch die Ruthenen...*“ zugestanden werden musste, so haben auch die Deutschen sie erhalten. Der Herr Pfarrer sah die Autonomie als etwas, das von den Siegern des Weltkrieges den Magyaren aufgezwungen wurde. Er appellierte nun an die Ausführenden, alle „*Berufe, Volksklassen und Stände*“ zu einer „*Enquete*“ zusammenzurufen und über die beste Form der Durchführung zu beraten. ⁵⁶⁸

Scholz legte sogar dem *Vollzugausschuss des Komitats-Nationalrat*, der von den magyarischen Regionaleliten beherrscht war, eine das Autonomiegesetz zurückweisende Resolution vor. Sie „*missbilligte die übereilte Schöpfung des Volksgesetzes.*“ Aktiv wurde dabei auch der bereits erwähnte Advokat, Präses des kroatischen Nationalrates. ⁵⁶⁹

Magyarische Kreise in Westungarn waren mit der gesamten Entwicklung ebenfalls nicht zufrieden. Dabei kam es aber zu keinen öffentlichen oder publizistischen Protesten. Diese Aufgabe erledigten vorerst sehr zufriedenstellend die magyarisierten Eliten der Deutschsprachigen und Kroaten. Dies zeigt uns ein Kommentar, der die Ungarn geradezu anflehte, ihre Meinung, ihre Kritik an dem Autonomiegesetz zu artikulieren. Der Kommentator sprach von „*intimen Kreisen*“, von Lokalpolitikern, die insgeheim erfolgreiche Wühlarbeit betreiben. ⁵⁷⁰

Die Vertreter der kroatischen Volksgruppe protestierten gegen die Einverleibung in die deutsche Autonomie und wünschten sich eigene kroatische Bezirke in Westungarn. Der *leitende Ausschuss der westungarischen deutschen Autonomie* war zuversichtlich, die Wünsche der Kroaten im Rahmen einer „*Autonomie im Kleinformat*“ lösen zu können. Geplant war die Zusammenfassung der kroatischen Gemeinden in einem einheitlichen Sprengel. Daneben wurde an den Vorbereitungen

567 Diese Ortschaft ist die Nachbargemeinde von Loipersbach und war mit dieser vor allem auf kirchlichem Gebiet eng verbunden. Bei der Volksabstimmung 1921 stimmten 82,2 % für den Anschluss an Österreich. <Viktor Miltschinsky, Das Verbrechen von Ödenburg (Wien 1922) 105.> Die deutschsprachige Bevölkerung wurde 1946 vertrieben.

568 ÖDENBURGER ZEITUNG, 2.2.1919, 2.

569 ÖDENBURGER ZEITUNG, 5.2.1919, 2.

570 ÖDENBURGER ZEITUNG, 5.2.1919, 1.

für die Landtagswahlen, der Abgrenzung des Autonomiegebietes und der Einteilung der Bezirke gearbeitet. Geplant war ein Mandat auf ca. 10.000 Einwohner.⁵⁷¹

Frappierend rasch reagierte nun die katholische Kirche. Gesprächen über ein deutsches Vikariat in Ödenburg für die in der Diözese Győr lebenden Deutschen stehe nichts mehr im Wege, so das Ergebnis von Gesprächen zwischen dem zuständigen Bischof Fetser aus Raab (Győr), Gießwein, Bleyer, Huber u.a.⁵⁷²

Bereits am 29. Jänner 1919 trat in Ödenburg der *leitende Ausschuss der westungarischen deutschen Autonomie*, auch 20er Ausschuss genannt, diesmal ohne Zombor, der in Budapest war, zusammen und protestierte gegen das Autonomiegesetz. Acht Punkte wurden formuliert und veröffentlicht. Im Punkt 1 der Beschwerden wurde vermerkt, dass erst der Friedensvertrag über die staatliche Zugehörigkeit Westungarns entscheiden wird. Dies hatte auch Jászi so formuliert. Und dies war ebenso die Ansicht der deutschösterreichischen Regierung. Trotzdem ist es bemerkenswert, dass damit der üblichen Zusicherung, sich mit der Autonomie zu begnügen, widersprochen wurde. Punkt 2 forderte eine Gesetzgebungskompetenz für das Gebiet Westungarn. Unter Punkt 3 wurde darauf hingewiesen, dass die „*Handels-, Erwerbs- und Bildungswege*“ Richtung Deutschösterreich führen. Die Deutschen Westungarns wären daher mit den anderen Deutschen Ungarns nicht vergleichbar. Punkt 4 forderte eine gewählte westungarische Landesvertretung, die nicht nur die Beziehungen zu Ungarn, sondern auch zu den anderen Nachbarn selbstständig regeln kann. Das deutsche Ministerium wurde abgelehnt (Punkt 5). Das Verhältnis zu Deutschösterreich sollte von der ungarischen Republik nicht gestört werden können (Punkt 6). „*Die dürftige Autonomie dieses Gesetzes gibt hierfür keinerlei Gewähr.*“ Unter Punkt 7 wurde der Zugriff auf Steuereinnahmen gefordert. Punkt 8 lehnte den bestehenden Gesetzesentwurf insgesamt ab. Es wurde ein neuer, unter Zugrundelegung der obigen Forderungen verlangt.⁵⁷³

Der *leitende Ausschuss der westungarischen deutschen Autonomie* hatte offenbar andere Vorstellungen von Autonomie. Zombor und Wolf hatten dies zeitgleich in Budapest erklärt. Das Autonomiegesetz sollte für sie lediglich die Basis sein.

Im Wesentlichen wollten sie in ihrem geschlossenen Siedlungsgebiet eine eigene gesetzgebende Körperschaft, nicht eine gesetzgebende Körperschaft aller Deutschen Ungarns. Das Selbstbewusstsein der Deutschsprachigen in Westungarn war in den letzten Wochen ungemein

571 ÖDENBURGER ZEITUNG, 2.2.1919, 3.

572 PESTER LLOYD, 29.1.1919, Abend, 3.

573 WECKRUF, 2.2.1919, 2.

gestiegen, nachdem die Deutschen Siebenbürgens, die Deutschen des Banats und die Deutschen der Zips nicht mehr unter ungarischer Herrschaft standen. Die in den acht Punkten formulierten Forderungen gingen weit über eine Selbstverwaltung hinaus, sie näherten sich sehr stark einer Freistaatsidee. Dabei sind deutliche Anklänge an Amons „*Entwurf über die Errichtung der Landes-Autonomie (Selbstverwaltung) für Deutschwestungarn*“ erkennbar.

Und deutlicher ließ sich der Wunsch nach dem Anschluss an Deutschösterreich in dieser Zeit nicht formulieren. Selbst Wollinger, der immer wieder als unbedingter und kompromissloser Anschlussbefürworter genannt wird,⁵⁷⁴ favorisierte nicht die militärische Besetzung des Landes, sondern forderte ein „*rechtliches unanfechtbares Mandat*“ des Volkes bzw. des „*freien Landtages*“.

575

Der neue deutsche Minister Johann Junker gab in einem Pressegespräch vor Übernahme seines Amtes Auskunft über die Aufgaben und Schwerpunkte seiner Arbeit. Er sah seine Aufgabe hauptsächlich in der Ausarbeitung der notwendigen Vollstreckungsanweisungen zur Durchführung des Autonomiegesetzes. Diese Arbeit wolle er durch ständige Gespräche mit den Organisationen und lokalen Interessensgruppen begleiten. Die unruhige Situation in Westungarn, der Minister sprach dies direkt an, sollte durch das Autonomiegesetz beruhigt werden. Die Sezessionsbestrebungen würden dadurch bekämpft werden, dass das Verbleiben bei Ungarn als vorteilhaft erkannt werde. Ihm wurde von den Vertretern der Volksgruppe versichert, dass die Sezessionisten in der Minderheit seien. Und jede Volksabstimmung würde zugunsten Ungarns ausfallen.⁵⁷⁶ Alleine die Prognose über den Ausgang einer möglichen Volksabstimmung stellte klar, dass die Regierung den Verlust Westungarns für möglich hielt. Offenbar war dies das einzige Zeitfenster, in dem in Ungarn Politiker am Werk waren, die nicht von der Idee der Integrität Altungarns vereinnahmt waren.

Der ehemalige Minister und geistige Vater des Autonomiegesetzes Jászi gab zum Autonomiegesetz eine Erklärung ab, in der er abermals forderte, dass das „*zentralisierte, magyarisierende, feudale Ungarn zu einer freien östlichen Schweiz umgestaltet*“ werden soll. Ziel sollte eine Föderation aller Völker Mittel- und Osteuropas sein. Ansonsten, so Jászi, sei „*nach ein, zwei Jahrzehnten der neue Weltkrieg unvermeidlich*“.⁵⁷⁷

574 Das Bild des bedingungslosen Anschlussbefürworters wurde ohne Zweifel nachträglich immer mehr nachgebessert und ausgebaut. Wie bei fast allen Beteiligten, die dazu in der Lage waren.

575 Zitiert nach Schlag, Aus Trümmern, 152f

576 PESTER LLOYD, 7.2.1919, Abend, 2f.

577 ÖDENBURGER ZEITUNG, 4.2.1919, 2.

Die secessionistische Agitation wurde gleichzeitig fortgesetzt. Solche Vorkommnisse wurden u.a. aus Deutschkreutz und Kobersdorf gemeldet. Dass sich die Situation nur oberflächlich beruhigt hatte, zeigt auch die Verhaftung des Redakteurs des WECKRUF. Er wurde im Anschluss einer Wienreise in Gewahrsam genommen und dem Staatsanwalt vorgeführt.⁵⁷⁸

Am 1. März 1919 wurde eine Sitzung des *leitenden Ausschusses der Westungarischen Deutschen Autonomie* in öffentlicher Sitzung abgehalten. Gouverneur Zombor hatte sich der schleppenden Umsetzung der Autonomie wegen - vor allem im Schulbereich - heftiger Angriffen zu erwehren. Der 30. März 1919 wurde als Termin für Wahlen zum deutschwestungarischen Landtag bestimmt. Anhand eines Listenwahlrechtes nach deutschösterreichischem Muster sollten 50 Abgeordnete gewählt werden. Nach dem Autonomiegesetz wäre diesem Landtag jedoch keine gesetzgebende Kompetenz zugestanden.

Wahlberechtigt sollten Frauen und Männer, die im Wahlgebiet geboren oder dort zuständig waren, sein, oder die, die seit einem halben Jahr dort wohnhaft waren und das Treuegelöbnis auf die Autonomie abzulegen bereit waren. Über das geplante Wahlalter - bzw. einem beabsichtigten Bildungszensus wurde nichts berichtet.

Bei der Festlegung der Abgrenzung des autonomen Gebietes waren folgende Personen besonders engagiert. Steinacker (evangelischer Pfarrer), Karl Wollinger, Michael Unger, Gustav Kraft und Odo Röttig. Basis war die Volkszählung von 1910. Es wurden aber auch andere Orte einbezogen, die bei der Volkszählung von 1890 eine deutschsprachige Mehrheit hatten, insbesondere Ungarisch-Altenburg (ungarisch Magyaróvár), Wieselburg (ungarisch Moson) und Güns (ungarisch Kőszeg). Es waren die ungarischen „*Volkszählungskünste*“, die diese Städte magyarisch machten. Und dies sollte nach dem „... *Wegzug der magyarischen Beamten samt ihrem Anhang*“ wieder so sein. Das Ergebnis dieser großzügigen Grenzziehung wurde von einem speziellen Boten zum deutschen Minister gebracht. Zum Abschluss der öffentlichen Sitzung wurde für die Spitze das deutschwestungarische Vikariat Gießwein vorgeschlagen. Der bereits genannte evangelische Pfarrer hoffte auf eine ähnliche Einrichtung für seine Konfession.⁵⁷⁹

Nach den Wahlen war die Umgestaltung der Verwaltung in eine deutsche Verwaltung geplant. Zu den Stuhlrichterämtern sollten kleinere Bezirke mit Bezirkshauptmannschaften geschaffen werden. Zusätzlich sollte nach den Wahlen die Entlassung der beiden Regierungskommissäre⁵⁸⁰ gefordert werden.⁵⁸¹

578 PESTER LLOYD, 23.2.1919, 3. Seine Enthftung erfolgte laut DEUTSCHE FREIHEIT, 18.3.1919, 4, am 14.3.1919.

579 DEUTSCHE FREIHEIT, 7. März 1919, 1f.

580 Ödenburgs Bürgermeister Thurner und Mesterházy

581 PESTER LLOYD, 4.3.1919, Morgenblatt, 2.

In den ungarischen Zeitungen wurde die Verhaftung des Redakteurs des WECKRUF Friedrich Gottschalk und einer weiteren Person vorerst nicht gemeldet. Heftige Proteste kamen jedoch von Gottschalk nahestehende Mitglieder des Ausschusses. Zsombor hingegen bezeichnete die Verhaftung als rechtskonform, da der „Hochverratsparagraph“ noch gültig sei. Und er machte klar, dass die Regierung diesen gegen jede sezessionistische Agitation „rücksichtslos“ anwenden werde.

582

6.7. Der Kampf um Ödenburg beginnt

Die Verhaftung von Friedrich Gottschalk war auch bei der Wiener Kundgebung am 2. März 1919 Thema. Organisiert wurde sie vom Verein „Südmark“.⁵⁸³ Das Deutsche Volksblatt titelte: „Westungarn zu uns!“, die ARBEITER-ZEITUNG nannte sie eine „Kundgebung für die Annexion Deutschwestungarns“. Redner waren u.a. die Nationalratsabgeordneten Müller-Guttenbrunn⁵⁸⁴ und Raimund Neunteufel.⁵⁸⁵ Josef Reichl trug Mundartgedichte vor. Eine Resolution forderte die Regierung auf, bei der Friedenskonferenz „mit aller Kraft unnachgiebig den Anschluss Westungarns an Deutschösterreich zu fordern.“ Danach zogen ca. 4.000 Menschen über den Ring zum Schwarzenbergplatz.⁵⁸⁶ Auch dort trat eine Reihe von deutschnationalen Politikern auf.⁵⁸⁷ Auch wenn die Deutschnationalen in dieser Veranstaltung, so wie in der Nationalversammlung beschlossen, eine Entscheidung durch die Friedenskonferenz forderten, war die Annexionsfrage immer präsent. Dies sah auch die magyarische Seite so. Der Lokalmatador Träger reiste durch das Südburgenland, um gegen den Anschluss an Deutschösterreich zu agitieren. Ausdrücklich wurde dabei auf die Wiener Demonstration hingewiesen. Die Teilnehmer bei Trägers Versammlungen hingegen „... demonstrierten für das Verbleiben im ungarischen Staate.“⁵⁸⁸

Wegen der Verhaftung des Redakteurs konnte der WECKRUF nicht erscheinen. Dafür gab Gustav Kraft d.J. die DEUTSCHE FREIHEIT heraus. Er bezeichnete in der ersten Ausgabe vom 7. März 1919 die anderen deutschsprachigen Zeitungen der Region als „volksfremde Blätter“. Das Blatt

582 DEUTSCHES VOLKSBLATT, 5.3.1919, 5.

583 Ein 1887 gegründeter Verein, der ursprünglich im „Grenzlandkampf“ der Steiermark tätig war. https://web.archive.org/web/20160304053422/http://www.suedmark.at/show_main.aspx?men=VEREIN&AID=656, 16.2.2019, 16:15.

584 Republik Österreich Parlament, https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01284/index.shtml, 9.5.2019, 11:45h

585 Neunteufel hatte in der Konstituierenden Nationalversammlung kein Mandat mehr. Republik Österreich Parlament, https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01039/index.shtml, 16.2.2019, 16:20h.

586 NEUE FREIE PRESSE, 3.3.1919, 5.

587 ARBEITER-ZEITUNG, 3.3.1919, 3. Darunter auch Walter Riehl. Die ARBEITER-ZEITUNG nannte ihn „einen der widerwärtigsten nationalen Adabeis“, einen „ehemaligen Siegfriedler“, der sich nun auf Westungarn geworfen zu haben scheint.

588 PESTER LLOYD, 5.3.1919, Morgenblatt, 3.

unterschied sich weder in Aufmachung noch Stil vom WECKRUF. Auf der Titelseite war ein Gedicht platziert, das vor Juden und Alkohol warnte.

Der schon mehrmals genannte Komitats-Nationalrat von Ödenburg protestierte sofort nach dem Bekanntwerden der regionalen Abgrenzungsforderungen des *leitenden Ausschusses der westungarischen deutschen Autonomie*. Sie stellten sich in einer Versammlung „*gegen die Einverleibung der Stadt Sopron in das autonome deutsche Gebiet. Die ganze ungarische Intelligenz lehnt sich hiergegen auf.*“ Nach Ansicht des Komitats-Nationalrates müssten alle Staatsämter und Schulen die Stadt verlassen. Darüber hinaus wären auch die Kroaten gegen die Einverleibung in das deutsche autonome Gebiet, so der Komitats-Nationalrat.⁵⁸⁹

Der Soproner Handels- und Gewerbestand sprach sich ebenfalls in einer Sitzung dagegen aus. Bürgermeister und Regierungskommissär Thurner malte den wirtschaftlichen Untergang Ödenburgs an die Wand, sollte die Stadt tatsächlich Teil des deutschen autonomen Gebietes werden. Er führte aus, dass die Mehrheit der Einwohner Magyaren sind und die umliegenden Städte und Komitate nur darauf warten, die Institutionen, die die Stadt verlieren werde, aufzunehmen. Hier sprach er vor allem die Schulen an. „*Leitende Persönlichkeiten des evangelischen Kirchendistrikts*“ hätten bereits die Verlegung der drei höheren protestantischen Schulen angekündigt.⁵⁹⁰

Der Kampf um Ödenburg brach also bereits im Frühjahr 1919 offen aus. Es waren die magyarischen Beamten welche die kommende Autonomie fürchteten. Da die magyarischen Beamten, so sie nicht assimilierte Deutschsprachige waren, nicht Deutsch konnten, wäre ihre Entfernung unumgänglich. Und wie wir weiter oben gesehen haben, wurde deren Entfernung offensiv gefordert. Zsombor erklärte aber der SOPRONVARMAGYE auf die Frage über die Personalveränderungen in der Beamtschaft: „*Es werde alles beim Alten bleiben*“.⁵⁹¹

Entsprechende Skepsis war daher - bei allem Jubel und allen Erwartungen - angebracht und auch vorhanden. Dass diese Skepsis sehr wohl angebracht war, zeigte auch der Umstand, dass Zsombor als Gouverneur vom Minister noch immer nicht mit Exekutivmacht ausgestattet wurde, wie Wolf bei einer Sitzung in Budapest bemängelte.⁵⁹²

Der deutsche Minister und sein Staatssekretär besuchten am 12. März 1919 Ödenburg. Die Besuchsdauer war für eine Woche geplant. Die Delegation wurde vom Bürgermeister und Regierungskommissär Thurner empfangen. Ein deutscher Gesangsverein begrüßte den Minister.

589 PESTER LLOYD, 4.3.1919, Morgenblatt, 3.

590 PESTER LLOYD, 14.3.1919, Abendblatt, 2.

591 REICHPOST, 1.3.1919, Mittagsblatt, 3.

592 PESTER LLOYD, 8.3.1919, Morgenblatt, 3.

Die Reden wurden in beiden Sprachen gehalten. Der Minister erklärte, das Land und die Leute kennenlernen zu wollen und drückte seine Hoffnung aus, dass die traditionelle Harmonie zwischen den Deutschen und den Magyaren weiter bestehen möge. Für den nächsten Tag waren Besuche in Mattersburg und Neufeld an der Leitha geplant. Der Berichterstatter merkte an, dass der Staatssekretär vor 20 Jahren aus der Stadt Ödenburg verwiesen wurde.⁵⁹³

In Neufeld an der Leitha wurde er vom Oberstuhlrichter begrüßt. Dieser sprach sofort das Thema der Sezession an. Er versicherte, dass die Bevölkerung eine vollständige Autonomie wünscht, keinesfalls die Loslösung von Ungarn. Danach ging die Reise nach Eisenstadt, wo Delegierte von 56 Gemeinden auftraten. Auch diese versicherten dem Minister keinesfalls Ungarn untreu werden zu wollen.⁵⁹⁴ In Mattersburg war der Besuch offenbar nicht ganz so freundlich verlaufen. Angeblich wurde das Auto des Ministers beim Abschied mit Steinen beworfen. Bei einer dem Ministerempfang folgenden sozialdemokratischen Versammlung soll von den Teilnehmern der Anschluss an Österreich gefordert worden sein.⁵⁹⁵

Um die Chance dieses hohen Besuches zu nutzen, kündigte die gesamte Ödenburger „Schuljugend unter Führung des Lehrkörpers im Verein mit der ungarischen Bürgerschaft“ an, eine Demonstration gegen die Einbeziehung Ödenburgs in die deutsche Autonomie veranstalten zu wollen.⁵⁹⁶

Am Ende seiner Rundreise durch Westungarn kam der Minister mit dem Staatssekretär und dem Gouverneur nach Ödenburg zurück. Er und sein Gefolge wurden von einer großen Abordnung „magyarischer Kreise“ empfangen. Auch für sie war es unannehmbar, dass Ödenburg Teil des autonomen Gebiets der Deutschen werden sollte. Der Minister zog sich mit dem Hinweis, dass noch keine endgültige Entscheidung gefallen sei, aus der Affäre.⁵⁹⁷

Der Druck der magyarischen Kreise war derart stark, dass spekuliert wurde, eine andere „deutsche Kleinstadt“ zum Sitz des Verwaltungssitzes zu machen. Weil sonst „... andauernd Reibungen zwischen den beiden Völkern vorkommen würden.“⁵⁹⁸

Die neugeschaffenen Autonomiebehörden standen nicht nur von der magyarischen sondern auch von der deutschsprachigen Seite unter schwerem Druck. Die Männer hinter der Zeitung DEUTSCHE FREIHEIT gründeten die Deutsche Freiheitspartei. Diese Partei war allein auf die Deutschsprachigen in Westungarn fokussiert. Dementsprechend war ihr Wahlprogramm dem

593 PESTER LLOYD, 13.3.1919, Morgenblatt, 3

594 PESTER LLOYD, 15.3.1919, Abendblatt, 4.

595 Löger, 173.

596 PESTER LLOYD, 14.3.1919, Morgenblatt, 2.

597 PESTER LLOYD, 20.3.1919, 4.

598 DEUTSCHE FREIHEIT, 27.3.1919, 2.

Wolfschen Freistaatsprogramm angelehnt, deren Forderungen gingen weit über das Autonomiegesetz hinaus. Deutsch, christlich und tolerant gegen ethnische und religiöse Minderheiten wollten sie sein. Sie gab sich aber auch einen antikapitalistischen bzw. antisemitischen und antifeudalen Anstrich. Die Ausbeutung durch Spekulanten und Kapitalisten sollte abgestellt werden. Bei der Bodenreform sollten vor allen Kriegsteilnehmer und Invalide berücksichtigt werden. Die gänzliche Aufteilung des Großgrundbesitzes stand auf dem Programm. Auf diese Flächen sollten nur „*Deutschwestungarn*“ Anspruch haben. Die Posten der „*Landesanstalten*“⁵⁹⁹ seien für die Deutschwestungarn zu reservieren. Daneben wurden die Invaliden- und Altersversorgung, eine staatliche Kranken- und Unfallversicherung sowie die progressive Einkommenssteuer gefordert. Landfremde Truppen und Gendarmerie, d.h. magyarische, hätten sofort Westungarn zu verlassen. „*Wir verlangen alle Rechte, die uns auf Grund der 14 Punkte Wilsons zukommen, verzichten auf keines - ... Wir fordern das Recht der vollen Selbstbestimmung, wir fordern die ,Deutsche Freiheit.*“⁶⁰⁰

Diese Deutsche Freiheitspartei war in den Gemeinden des Untersuchungsgebietes im März 1919 aktiv. In Mattersburg waren z.B. auch Viktor und Anton Kräftner in der Parteileitung. Zum Spitzenkandidaten wurde Josef Suchard gewählt. Die Partei sah sich als Sammelbecken aller Deutschen, „... *welche Gesinnung einer auch immer habe, ...*“

6.8. Der Weg zur Räterepublik

Es gelang im Jänner 1919 nach zähen Verhandlungen eine Regierung zu bilden, in der sowohl Sozialdemokraten als auch Bürgerliche vertreten waren. Im Vorfeld der Regierungskrise zeigte sich bereits, dass die ungarischen Sozialdemokraten ein anderes Verhältnis zu den Kommunisten hatten als ihre Genossen in Wien und Berlin. Sie betonten sehr nachdrücklich die Gemeinsamkeiten der beiden Parteien.⁶⁰¹ Dies und der Hinweis, dass die Revolution ein dynamischer Prozess sei, brachte ihnen vorerst eine Verdoppelung der Ministerzahl auf vier.

Die Regierung Károlyi hatte mit unglaublichen Vorschusslorbeeren im November 1918 die Regierungsgeschäfte übernommen. Die überaus optimistischen, ja naiven Zukunftsvorstellungen, die von einem demokratischen, freien und unabhängigen Ungarn zu erwarten seien, erwiesen sich

599 Hier fehlte nicht der Hinweis, dass den Ukrainern alle „*ärarischen Grundbesitze, Bergwerke und Forste*“ zugesagt wurden. Nicht so den Deutschsprachigen.

600 DEUTSCHE FREIHEIT, 11.3.1919, 1f.

601 Brader, 86f.

Tag für Tag mehr als reine Illusion. Das Ansehen von Ministerpräsidenten Károlyi und seines eingeschlagenen politischen Weges kam immer mehr in Verruf. Die ungehinderte Besetzung ungarischen Landes durch die auf Seiten der Entente stehenden Nachfolgestaaten führte dazu, dass Károlyi zusehends sein Gesicht und politisches Gewicht verlor. Sein demokratischer und pazifistischer Weg wurde von den Siegermächten und ihren Verbündeten nicht honoriert. Selbst die Anerkennung als Verhandlungspartner wurde ihm verweigert. Dies führte einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung in die alten Wege des magyarischen Nationalismus und bald in die Kreise der Konterrevolution.⁶⁰² Andererseits erlangten die Kommunisten in den ersten Monaten 1919 eine große Schlagkraft. Vor allem deswegen, da ihr Einfluss auf die Arbeitslosen und demobilisierten Soldaten immer stärker zunahm. Die „Klassenbasis“ der Kommunisten lag sicherlich nicht bei den Industriearbeitern sondern eher bei den demobilisierten Soldaten und Flüchtlingen.⁶⁰³

Gesamtstaatliche Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung waren in Ungarn längst überfällig. Der Übergang von der Monarchie zur Republik in Deutschland genau wie in Deutschösterreich war nicht unter besseren Verhältnissen abgelaufen, trotzdem war in beiden Staaten bereits gewählt worden.

Ein nicht unwesentlicher Punkt der zu diesen Verzögerungen führte, war die Illusion, dass die Wahl im ganzen Gebiet Altungarns durchgeführt werden sollte. Ähnliche Probleme hatten sowohl Deutschland als auch Deutschösterreich bzw. wurde in Wien diskutiert, ob die deutschen Wahlen auch auf dem Gebiet Deutschösterreichs durchgeführt werden sollten. Viktor Adler forderte dies in einer der ersten Staatsratssitzungen.⁶⁰⁴

In Ungarn wurde ein zu wählendes Parlament für einen Staat eingerichtet, das es jedoch nicht mehr gab. 48 Wahlbezirke mit 418 Abgeordneten waren vorgesehen. Tatsächlich hatte die Regierung die Gebietshoheit über 21 vollständige und sieben unvollständige Bezirke, aus denen 236 Abgeordnete hervorzugehen hatten. Die Legislaturperiode sollte zwei Jahre betragen. Als Wahltermin war der 10. April 1919 geplant.⁶⁰⁵

Ein weiteres Manko gegenüber den beiden Staaten Deutschland und Deutschösterreich bestand darin, dass das Budapester Parlament bis 1918 keine Volksvertretung war, die auf allgemeinen Wahlen basierte. Die Parteien, die im Reichstag den Ton angaben, gab es 1919 nicht mehr. Und die Parteien, die jetzt zur Wahl antraten, spielten im Reichsrat keine Rolle.

602 Brader, 103.

603 Bak, 560.

604 Suppan, Außenpolitische Dokumente, Dokument Nr. 12, 9.11.1918, 123.

605 PESTER LLOYD, 1.3.1919, Abendblatt, 1.

Die proportionale Vertretung der Deutschsprachigen im neu zu wählenden Parlament setzte Vereinbarungen mit den landesweit kandidierenden Parteien voraus. Mit den Sozialdemokraten wurde offenbar bald eine Einigung getroffen. Verhandlungen mit der Partei der Kleinen Landwirte und der Radikalen Partei, sah man positiv entgegen. Der Deutsche Volksrat erwartete mindestens 15 Mandate. ⁶⁰⁶

Die Sozialdemokraten fanden es offenbar für notwendig, in ihrem Wahlauf Ruf für die Wahl zur *Verfassungsgebenden Nationalversammlung* am 13. März 1919 die Trennlinien zwischen ihnen und den bürgerlichen Parteien eindeutig und radikal zu ziehen. Bei allen ihren Verdiensten „*im Zerstören des alten Systems*“ an der Seite der Sozialdemokraten müssten sich die Wege trennen. Ziel der Sozialdemokraten sei die sozialistische Republik. Die bürgerlichen Parteien „*wollen die wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten mildern, wir wollen sie aus der Welt schaffen*“. Damit trennten sich die Sozialdemokraten von den bürgerlichen Partnern und sprachen ihren Wunsch nach einer zweiten Revolution, einer sozialistischen, deutlich aus. Und dabei wurden die bisherigen Koalitionsparteien zur „*schwarzen Gegenrevolution*“ geschlagen. Die Sozialdemokraten kündigten an, die zweite Revolution nur dann ohne Gewaltanwendung zu schaffen, wenn die Mehrheit des Volkes das will. ⁶⁰⁷

Damit wurde bereits angekündigt, dass eine zweite Revolution stattfinden wird, mit Mehrheit oder ohne diese. Wenn keine Mehrheit zu erreichen wäre, dann eben auch mit Gewalt. Bereits am nächsten Tag antworteten die angesprochenen Parteien (Unabhängigkeits- und Achtundvierzigerpartei, Christlichsoziale Volkspartei, Ungarländische Bürgerpartei und Landespartei der Landwirte). Auf den Inhalt der Angriffe wollten sie gar nicht eingehen, da „*deren Unwahrheit so offenkundig*“ sei. Sie sahen sich auf „*den Grundlagen der Errungenschaften der Revolution, so wie sie durch den Volksbeschluss vom 16. November festgestellt sind.*“ Sie wiesen darauf hin, dass ihre Anhängerschaft auch in Millionen zähle. „*Niedertreten lassen wir uns nicht.*“ Sie forderten ebenfalls Freiheit und Volksherrschaft und luden die Sozialdemokraten ein, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten mit friedlichen und verfassungsgemäßen Mitteln zu lösen.

⁶⁰⁸

Sprichwörtlich am Vorabend der zweiten Revolution beschloss Jászis Radikale Partei, nicht an den Wahlen teilzunehmen. Nur „*eine rein sozialdemokratische Regierung*“ könne „*das Land vor noch gefährlicheren Umwälzungen bewahren.*“ Ähnlich argumentierte Jászi bereits im Jänner. Nur die

606 PESTER LLOYD, 13.3.1919, Abendblatt, 1.

607 PESTER LLOYD, Abendblatt, 13.3.1919, 1.

608 PESTER LLOYD, Morgenblatt, 14.3.1919, 2.

Sozialdemokraten können „mithilfe der Disziplin des sozialistischen Heeres“ „die aufgepeitschten Gemüter der Massen“ beruhigen. Die Radikale Partei werde in Zukunft die Regierung kontrollieren. Festhalten wollte Jászi unbedingt, dass die Bürgerlichkeit seiner Partei sich von *Citoyen* und nicht von *Bourgeois* ableite. Der Antrag Jászis wurde mit großer Mehrheit nach stundenlangen Diskussionen angenommen.⁶⁰⁹ Hier war die Angst vor einer kommunistischen Machtübernahme deutlich herauszuhören.

Eine Note der Entente, bzw. deren Armee der Assoziierten in Belgrad, die am 20. März 1919 dem provisorischen Staatspräsidenten Károlyi übergeben wurde, führte noch am selben Tag zur Demissionierung der gesamten Regierung. Károlyi kannte seit dem 15. März 1919 den Inhalt.⁶¹⁰ Seine Reaktion darauf kann also nicht spontan oder überstürzt gewesen sein. In dieser Note wurde die ungarische Regierung ultimativ aufgefordert, sich noch weiter zurückzuziehen, ungefähr weitere 100 km, fast bis zum Fluss Theiß.

Ungarn klammerte sich noch immer an die Illusion, dass die Waffenstillstandslinien in der Friedenskonferenz substantiell zugunsten Ungarns verändert werden könnten. Dass die Waffenstillstandslinien als zukünftige Grenzen zu betrachten seien, wurde von Oberstleutnant Fernand Vix als Verbalnote vor Zeugen überbracht und nachher abgeleugnet.⁶¹¹ Unter Androhung der Weiterführung des Krieges wurde eine zustimmende Antwort bis 21. März 1919 18:00h gefordert.

Was dann passierte, darüber gehen die Überlieferungen stark auseinander. Denis Silagi schrieb, dass sich am 21. März 1919 die Ungarländischen Sozialdemokraten mit den Ungarländischen Kommunisten zur Ungarländischen Sozialistischen Partei (MSzP)⁶¹² vereinigten und aus den Händen Károlyis die Macht für die Proletarierklasse übernommen hätten.⁶¹³ So steht es auch in der Proklamation an das ungarische Volk, die im Namen Károlyis danach herausgegeben wurde. Diese endete mit dem Satz: „*Ich danke ab und übergebe die Macht dem Proletariat der Völker Ungarns*“.⁶¹⁴ Vier Monate später erklärte Károlyi, er hatte im Einvernehmen mit allen Ministern beabsichtigt, ein rein sozialdemokratisches Kabinett zu ernennen, zurücktreten wollte er nicht. In der Zwischenzeit hatten sich die beiden Parteien vereinigt und die Macht übernommen. Er hätte mit der Verweigerung der Unterschrift nur mehr als Alternative „... *die billige Märtyrerkrone einer*

609 PESTER LLOYD, 20.3.1919, 2.

610 Brader, 116.

611 Jászi, 97.

612 Gräfe, Mythos, 38. Sie gehörte der im März 1919 in Moskau gegründeten Kommunistischen Internationale an.

613 Denis Silagi, Ungarn seit 1918, Vom Ende des I. Weltkriegs bis zur Ära Kádár In: Theodor Schieder, Handbuch der Europäischen Geschichte, Band 7 (Stuttgart ²1992) 883-919, 887.

614 PESTER LLOYD, 22.3.1919, Morgenblatt, 1.

Verhaftung ...“ gehabt. „*Ich habe die Macht dem Proletariat nicht übergeben, ...*“. Sie war bereits in ihrer Hand.⁶¹⁵ Der Kern dieser Version wird von Ignác Romsics⁶¹⁶ und Molnár bestätigt.⁶¹⁷ Karl-Heinz Gräfe übernimmt wieder die Version Silagis, ohne auf die offensichtlichen Ungereimtheiten einzugehen.⁶¹⁸

Dazu stellte Károly Kókai fest, dass es sich dabei um einen Putsch handelte, da die Sozialdemokraten zusammen mit den Kommunisten die Macht übernahmen ohne einen Auftrag dazu zu haben.⁶¹⁹ Zu diesem Hinweis ist anzumerken, dass ein „legaler“ Auftrag zur Revolution als eine *contradictio in adjecto* anzusehen ist. Dem Hinweis, dass die Revolution 1919 zum Unterschied von 1918, der Massenbewegungen vorausgingen und sie begleiteten, von wenigen Männern „... *beinahe in der Art eines Putsches* ...“ zwischen zwei Parteien paktiert wurde, ist zuzustimmen.⁶²⁰ Romsics spricht aber von der Auslösung der Revolution, nicht von der Revolution als Prozess selbst.

Am 21. März 1919 trat der Budapester Arbeiterrat zusammen, der die Fusion der *Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei* und der *Ungarländischen Partei der Kommunisten* zur *Ungarländischen Sozialistischen Partei*⁶²¹ sanktionierte und zugleich beschloss, die Diktatur des Proletariats aufzurichten. Die Diktatur des Proletariats sei - nach Lenin - „*die Periode des Übergangs zum Kommunismus*“ und „*wird zum erstenmal Demokratie für das Volk, für die Mehrheit bringen, aber zugleich wird sie notwendigerweise eine Minderheit, die Ausbeuter, niederhalten.*“⁶²²

In dieser Kundgebung wurde ausdrücklich festgehalten, dass es die Entente war, die die Partei „*auf diesen neuen Weg gedrängt*“ hatte. Sándor Garbai⁶²³ sprach es ganz deutlich aus, die Gebietsforderungen der Entente haben die Sozialdemokraten dazu bewogen, den Weg der westlichen Demokratie zu verlassen und ab nun neue Wege zu beschreiten. Er bezeichnete die Politik der Entente als diktatorisch. „*Es gibt keinen anderen Weg, als eine andere Abart der*

615 ARBEITER-ZEITUNG, 25.7.1919, 2.

616 Romsics, 611.

617 Molnár, 354f.

618 Gräfe, Mythos, 39.

619 Kókai, 345.

620 Romsics, 612.

621 Der definitive Name sollte von der „revolutionären Internationale“ später gegeben werden.

622 Wladimir Iljitsch Lenin, Staat und Revolution, V. Kapitel Die ökonomischen Grundlagen für das Absterben des Staates, 2. Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus (1918).

<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/staatrev/kapitel5.htm>, 13.4.2019, 17:30h

623 (1879-1947) Sozialdemokrat, Vorsitzender des Revolutinären Rates. Lebte ab 1919 in der Emigration in Westeuropa.

*Diktatur anzunehmen. ... Die neue Richtung besteht darin, dass wir vom Osten das bekommen sollen, was der Westen uns verweigert hat.“*⁶²⁴

Lehár schilderte die Stimmung, die durch alle Gesellschaftsschichten gegangen sein soll so: „*Uns kann nur der Bolschewismus retten. Wir stürzen in den Abgrund, aber reißen jene, die uns hineingestoßen haben, im Sturze mit.*“⁶²⁵

6.9. Die Gewalt hörte nicht auf

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie kam es, wie vorher schon geschildert, zu einer Welle von unglaublicher Gewalt vor allem in den Randgebieten Altungarns. Diese Gewalttaten nahmen langsam an Quantität und Intensität ab, versiegten aber nie zur Gänze.

Der Krieg selbst - die Ursache von millionenfachen Tod, Verletzung und Kriegsgefangenschaft - hatte zwar aufgehört, die Gewalttaten nach dem Krieg standen dagegen in keinem Verhältnis. Die Gewalt wurde jetzt aber Mitten im Land ausgeübt und darüber wurde von einer unbehinderten Presse berichtet.

Im Jänner 1919 exekutierte z.B. die ungarische Staatsmacht 16 Menschen nach der Besetzung der Gruben von Salgótarján. Im gleichen Monat töteten Regierungstruppen bei Szarvas 20 Bauern. Am 20. Februar 1919 wurden acht Menschen bei von den Kommunisten organisierten Demonstrationen in Budapest getötet.⁶²⁶

Aber nicht nur in Ungarn wurden Menschen bei politischen oder sozialen Konflikten getötet, als am 4. März 1919 in Wien die Konstituierende Nationalversammlung zusammentrat, kam es zeitgleich zu friedlichen Demonstrationen in den deutschsprachigen Gebieten Böhmens und Mährens. Dabei kamen durch das tschechische Militär mindestens 54 Menschen ums Leben, indem es in die Demonstrationen schoss.⁶²⁷ Selbst in Deutschösterreich war Gewalt an der Tagesordnung. In Graz wurden im Februar 1919 bei Demonstrationen fünf Menschen getötet.⁶²⁸ In Oberösterreich töteten im März 1919 Gendarmen vier Menschen, die einen der Wilderei verdächtigten aus dem Behördengewahrsam befreiten.⁶²⁹

In Kittsee, im Norden des späteren Burgenlandes, schlugen aus tschechischer Artillerie Granaten ein. Dabei starben zwei Kinder. Aber auch aus dem Untersuchungsgebiet sind Gewalttaten

624 PESTER LLOYD, 22.3.1919, Morgenblatt, 2f.

625 Broucek, 65.

626 Gräfe, Mythos, 34f.

627 Harald Bachmann, Die Landesregierung von Deutschböhmen und das verweigerete Selbstbestimmungsrecht 1918/19, In: Der Donauraum (1989) 13-32, 25.

628 ARBEITER-ZEITUNG, 23.2.1919, 1.

629 Forum Oberösterreichische Geschichte, <http://www.oogeschichte.at/themen/wir-oberoesterreicher/wir-oberoesterreicher/wilderer-in-oberoesterreich.html>, 21.4.2019, 15:30h.

überliefert. In Neufeld an der Leitha lieferten sich Soldaten verschiedener Einheiten Anfang März eine Schlägerei, die in eine Schießerei ausartete. Dabei starb ein Mensch.⁶³⁰

7. Ein föderaler Teil der ungarischen Räterepublik

7.1. Die Räterepublik

Mit der Ausrufung der Räterepublik wurden die Wahlen zur *Verfassungsgebenden Nationalversammlung* abgesagt und in sehr kurzer Zeit eine Reihe von einschneidenden Bestimmungen erlassen.

Nachdem die Regierung zurückgetreten war, übernahm der Budapester Arbeiterrat die Regierungsgewalt und bildete den *Provisorischen Revolutionären Regierenden Rat*. Die Minister nannten sich nun Volkskommissäre, die Ministerien dementsprechend Volkskommissariate. Zum Vorsitzenden wurde Garbai bestimmt. Die prägende Figur der Räterepublik war aber Béla Kun,⁶³¹ der Vorsitzende der ehemaligen Ungarländischen Kommunistenpartei. Er wurde Volkskommissar für Äußeres. Kuns Autorität lag in seiner Rolle als Apostel Lenins.⁶³² Zum Deutschen Volkskommissar wurde Kalmár ernannt.

Die Fusion der beiden Parteien führte bei den Sozialdemokraten zu schweren Problemen. Tatsächlich waren Sozialdemokraten und Gewerkschaften ineinander verschränkte Organisationen. Überspitzt kann gesagt werden, dass die Gewerkschaft die tatsächliche Vertretung der Arbeiterschaft war. Nach der Fusion traten wichtige Führungskräfte wie Gyula Peidl, Emanuel Buchinger und Ernő Garami aus der Partei aus und warnten vor bolschewistischen Experimenten.

⁶³³

Der Arbeiterrat nahm am 21. März 1919 einen programmatischen Beschluss auf Antrag von Garbai an. Neben der Vereinigung der beiden Parteien zur *Ungarländischen Sozialistischen Partei* wurde folgendes proklamiert: „*Die Partei übernimmt im Namen des Proletariats unverzüglich die ganze Macht. Die Diktatur des Proletariats wird durch die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte ausgeübt. ... Zur Sicherung der Herrschaft des Proletariats gegen den Imperialismus der Entente ist das vollste und innigste geistige Waffenbündnis mit der russischen Sowjetregierung zu schließen.*“

⁶³⁰ DEUTSCHE FREIHEIT, 14.3.1919, 4. 11.3.1919, 4.

⁶³¹ (1886-1938) Im Zuge der stalinistischen Mordkampagnen getötet. Erst ab 1956 durfte der Name Kun in Ungarn wieder erwähnt werden. Um 1969 einen Höhepunkt der Gedenkpolitik zu erreichen. <Klimo, 257>

⁶³² Brader, 131.

⁶³³ Bak, 561.

Garbai führte vor der Abstimmung über seinen Antrag noch aus, „*dass das, was geschieht, deshalb geschieht, weil die Entente die Entwicklung in diese Bahn genötigt hat.*“⁶³⁴

Damit ist auch die zweite Revolution, wenngleich sie als soziale Revolution gedacht war, nationalen Beweggründen entsprungen. Dies unterstreicht auch der berühmte Aufruf „*An Alle*“, welcher am 23. März 1919 im ganzen Land und durch Funkspruch in französischer, englischer, italienischer, deutscher, rumänischer und tschechischer Sprache verbreitet wurde. Darin wurde - neben der Schaffung der Diktatur des Proletariats - indirekt die Befreiung der besetzten ungarischen Länder versprochen.

Nach Kun waren es zwei Kräfte welche die ungarische Proletarierrevolution geschaffen hatten. Zum einen hätten die Arbeiter, das landwirtschaftliche Proletariat und die Soldaten das Joch des Kapitals abgeschüttelt. Die andere Kraft richtete sich gegen den Imperialismus der Entente, „*der Ungarn durch Verstümmelung seines Gebietes seiner Lebensmittel, industriellen Rohprodukte, aller Bedingnisse seiner Lebensmöglichkeiten berauben wollte und berauben will.*“⁶³⁵

Die Räteregierung übernahm damit eine doppelte Aufgabe. Einerseits als Magyaren die Landsleute von der Besetzung durch die Nachfolgestaaten zu befreien, ohne das Prinzip der territorialen Integrität zu übernehmen, und andererseits im Sinne des Internationalismus die Weltrevolution voranzutreiben. Diese beiden Aspekte, die nationalen Ziele und die kommunistischen Methoden waren „*sehr eng verzahnt und weder theoretisch noch praktisch voneinander getrennt.*“⁶³⁶

Beispielhaft ist eine Aussage des Volkskommissars für Kriegswesen am 13. April 1919 in NEPSZAVA. Er verneinte zwar, auf „*den Grundfesten der Gebietsintegrität*“ zu stehen, doch versprach er den „*geknechteten und verfolgten werktätigen Massen in Oberungarn und im Szeklerland ihr proletarisches Selbstbestimmungsrecht ...*“ zurückzugeben.⁶³⁷

Jászi bestätigte die beiden Antriebskräfte der Räteregierung. Den „*zentralen Mythos der sofort ausbrechenden Weltrevolution*“⁶³⁸ und den Zauber des „*nationalen Befreiungskrieges*“.

Dieses Dilemma führte, nachdem alle Nachbarstaaten mit Ausnahme Deutschösterreichs über die Räterepublik mit Waffengewalt herfielen, einerseits zu anfänglichen militärischen Erfolgen einer doppelt motivierten Armee, andererseits zu verstärkten Anstrengungen der Nachfolgestaaten samt einer kompromisslosen Position der Siegermächte, die in Paris tagten.

Die Mannschaftsstärke der erfolgreichen Roten Armee an der Front wird mit maximal 12.000 Mann angegeben. Diese Zahl verringerte sich von Woche zu Woche.⁶³⁹ Allein aus dieser Zahl kann man

634 PESTER LLOYD, 22.3.1919, Morgenblatt, 2.

635 PESTER LLOYD, 23.3.1919, 1.

636 Bak, 576.

637 Zitiert nach Farkas, 68.

638 Jászi, 123.

639 Bak, 572f.

schließen, dass diese Streitkräfte keineswegs in der Lage gewesen wären, mittelfristig einer militärischen Auseinandersetzung mit den kriegsführenden Nachbarstaaten zu bestehen. Romsics bezifferte die Mannschaftsstärke der Roten Armee auf ihrem Höchststand mit 200.000 Mann.⁶⁴⁰ Es scheint, dass die Zahlen weit auseinander klaffen. Doch wenn die eine Zahl die Frontsoldaten, die andere alle Soldaten im Land angibt, so ergibt sich wieder ein schlüssiges Bild.

Insgesamt war dieser Aufruf „*An Alle*“ ein überaus martialisches Manifest der neuen Führung eines machtlosen Landes. Es ähnelte eher dem Pfeifen im Walde, als einer realistischen Lageeinschätzung. Die neuen Machthaber waren über die internationale Lage und über die Chancen einer gesamteuropäischen Revolution ähnlich unzureichend informiert wie die Vorgängerregierung. Dies betraf auch die Stellung Ungarns gegenüber den Aussichten bei der Friedenskonferenz. Bak machte dafür weder Moskau noch die Ideologie der Machthaber verantwortlich, sondern „... *das beispiellos hochgespannte nationale Selbstbewusstsein der Ungarn der Neuzeit.*“⁶⁴¹ Der Kommentar der ARBEITER-ZEITUNG am 22. März 1919 ist treffend mit „*Die Diktatur der Verzweiflung*“ übertitelt.⁶⁴²

Und der Hinweis auf die russische Rote Armee, die bald die militärischen Probleme Ungarns lösen werde, war nicht nur im Rückblick illusorisch. Selbst wenn es zu einer territorialen Verbindung beider Länder gekommen wäre, was hätte die in einem Velfrontenkrieg verwickelte russische Räteregierung liefern können? Die politischen und militärischen Aktionen der Entente in Russland waren sehr widersprüchlich und die Kampfkraft ihrer nach Russland entsandten Truppen war vernachlässigbar.⁶⁴³ Im März/ April 1919 war die russische Rote Armee in Ostgalizien und der Ukraine noch im Vormarsch.⁶⁴⁴ Doch das änderte sich bereits im April. Zu dieser Zeit hatte sie weder die Mittel noch die Ambitionen außerhalb Russlands zu agieren. Im Sommer 1919 wurde sie zur Gänze aus der Ukraine vertrieben.⁶⁴⁵ Über die Bewegungen der russischen Sowjettruppen wurde gerne berichtet und darauf hingewiesen, dass sie eine Verbindung mit Ungarn herstellen werden. Als die Rote Armee Mitte Mai 1919 den Dnister⁶⁴⁶ überschritt, wurde dies hoffnungsvoll verkündet. Wenige Tage später wurden die „*geplante Vereinigung mit Ungarn*“ und der Aufenthalt von Lenin in Kiew freudig gemeldet.⁶⁴⁷

640 Romsics, 616.

641 Bak, 574.

642 ARBEITER-ZEITUNG, 22.3.1919, 1.

643 Michail Heller, Alexander Nekrich, Geschichte der Sowjetunion (Königstein 1981) 82f.

644 Brader, 155f.

645 Andreas Kappeler, Ungleiche – Brüder, Russen und Ukrainer - vom Mittelalter bis zur Gegenwart (München 2017) 141.

646 ukrainisch Дністер/Dnister, russisch Днестр/Dnestr

647 DER PROLETARIER, 23.4., 17.5. und 21.5. 1919

In dem Aufruf standen Maßnahmen, die in ungewohnter Raschheit durchgeführt wurden. Unter anderem die Enteignung aller Mittel- und Großbetriebe und die Auflösung der Gewaltenteilung. Eine der ersten Maßnahmen war die Verhängung des „schärfsten Standrechtes“ in ganz Ungarn. Neben den Theatern wurden alle im Privatbesitz befindlichen Kunstgegenstände verstaatlicht und ebenso alle Industrie- und Verkehrsbetriebe, Bergwerk, Banken und Mietshäuser, Kinos und Filmstudios.

Im Hinblick, „... dass die gegenwärtige Staatsform eine diktatorische ist,...“ stellten die bürgerlichen Parteien ihre politische Tätigkeit ein.⁶⁴⁸

Am 25. März 1919 wurden die Gerichte abgeschafft und revolutionäre Tribunale geschaffen. Diese besetzte man mit jeweils drei Laienrichtern. Die Schuldfrage wurde in geheimer Abstimmung ermittelt. Todesstrafen konnten nur einstimmig gefällt werden.⁶⁴⁹

Die provisorische Verfassung, eine weitgehende Übersetzung der russischen Sowjetverfassung,⁶⁵⁰ trat bereits samt der Verordnung über die Abhaltung der Ratswahlen am 3. April 1919 in Kraft. Der offizielle Name lautete *Ungarländische Räterepublik*. Ob dieser Name ein Hinweis auf die kommende Weltrevolution sein sollte, in der Ungarn ein Teil davon wäre oder ob dadurch auf die beiden noch vorhandenen Nationalitäten Rücksicht genommen wurde, scheint ungeklärt. Der neue Name in der Verfassung vom 28. Juni 1919 lautete *Ungarische Föderative Sozialistische Räterepublik*.⁶⁵¹

Molnár sprach von „einer Flut von Maßnahmen“, die die Räteregierung ergriffen hätte – und nannte die militärischen und diplomatischen Aktivitäten des so kurzlebigen Regimes „erstaunlich“.⁶⁵² Tatsächlich wurden viele Maßnahmen nur angekündigt und nicht umgesetzt, aufgrund der kurzen Zeit aber auch nicht erstaunlich.

Die Enteignung des Mittel- und Großgrundbesitzes erfolgte durch die Überführung in Genossenschaften oder staatliche Produktionsbetriebe. Für die vielen Klein- und Kleinstbauern musste dies eine bittere Enttäuschung gewesen sein. Die Bauern- bzw. Landfrage stellte für lange Zeit eine zentrale Rolle bei der Diskussion über die Fehler und Mängel der Räterepublik dar. Kun selbst stellte fest, dass es nicht gelang, die Bauern für die Räterepublik zu überzeugen. Selbst die Aufhebung aller Steuern auf die nichtsozialisierten Bauerngüter unter 100 Katastraljoch (58 Hektar)

648 PESTER LLOYD, 23.3.1919, 3.

649 PESTER LLOYD, 25.3.1919, Abendblatt, 1.

650 Brader, 140.

651 Bak, 551.

652 Molnár, 359f.

⁶⁵³ wurde von vielen so interpretiert, dass dies nur der erster Schritt sei, bevor auch diese Flächen sozialisiert würden. ⁶⁵⁴ Diese Problematik wurde bei der Landesversammlung der Räte vom Volkskommissar angesprochen. Er nannte diese Regelung der Steuerbefreiung als nicht genügend durchdacht, ⁶⁵⁵ und bestätigte diese Befürchtungen, indem er sich gegen die freie Verfügbarkeit der Produkte dieser Betriebe aussprach. ⁶⁵⁶

Im Vorfeld der Parteieinigung wurde von kommunistischer Seite der Standpunkt vertreten, dass die Bodenaufteilung nicht in Frage komme. Bodenreform war für sie keinesfalls mit Bodenaufteilung gleichzusetzen. Der Boden sollte „... *durch den Staat im Wege der Dorfräte* ...“ bebaut werden. Ausgenommen waren die Bauernbetriebe, die ohne fremde Arbeitskräfte bearbeitet wurden. Die Produktionsgenossenschaften sollten nur für eine kurze Übergangszeit bestehen. ⁶⁵⁷ Kun sprach am Parteitag der ungarländischen Sozialisten davon, dass die Verstaatlichung der Genossenschaften erst erfolgen sollte, „*wenn wir die Kollektivproduktion bei den kleinen Bauernlandwirten beliebt gemacht haben, ...*“ ⁶⁵⁸

Die Bodenreform war ein zentrales Anliegen der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1918 ⁶⁵⁹ - dies vor allem deshalb, da dieses Thema selbst in den reaktionärsten Kreisen des Landes als dringendes Problem anerkannt wurde. Beispielhaft sprach Tisza am 24. Mai 1917 vor seiner Partei von der Aufgabe zu forschen „... *wo und auf welche Weise man entsprechenden Grund und Boden beschaffen könne, um eine Vermehrung der vom ungarischen nationalen Gesichtspunkt aus vollkommen verlässlichen Klasse der kleinen Grundbesitzer in solchen Teilen des Landes herbeizuführen, wo dies für die nationale Sache besonders notwendig ist.*“ ⁶⁶⁰ Im Subtext dieser Aussage sollte die Bodenreform als weitere Magyarisierungsmaßnahme eingesetzt werden. Nach der Revolution 1918 sprach sich selbst die Christlich-Soziale Volkspartei für die „... *Inaugurierung einer mächtigen, weitgreifenden Besitzpolitik, die das Rückgrat der Nation, die Kleinlandwirte stärkt*“, aus. ⁶⁶¹

Den beiden Parteien, die nun diese Aufgabe annahmen, fehlte auch der notwendige Zugang zu dieser wohl bedeutendsten Bevölkerungsgruppe völlig. Sie waren auf dem Land nicht verankert. Die Kommunistische Partei rekrutierte ihr Führungspersonal ausschließlich aus dem Budapester

653 Bak nannte 75 Katastraljoch (ca. 43 ha)

654 Bak, 567.

655 PESTER LLOYD, 16.6.1919, 2.

656 PESTER LLOYD, 17.6.1919, Abendblatt, 1.

657 Bak, 568.

658 PESTER LLOYD, Morgenblatt, 13.6.1919, 2.

659 Romsics, 612.

660 POLITISCHE CHRONIK, 1917, 282.

661 PESTER LLOYD, 21.11.1918, Morgenblatt, 3.

Intellektuellenmilieu. Gegen die Sozialdemokraten wurde vor allen in den Jahren vor dem Krieg eine rigorose und drastische Verfolgungspolitik geführt. Die Sozialdemokraten wurden in den Städten zwar widerwillig toleriert, auf dem Land gelang es jedoch „... *alle Organisationen zu zerschlagen ...*“. ⁶⁶² Nach der Revolution von 1918 konnten die Sozialdemokraten enorme Mitgliederzahlen (600.000) vorweisen. Selbst die Kommunisten behaupteten vor der Fusion 200.000 Mitglieder zu haben. ⁶⁶³ Mit diesen immensen Zahlen sollte man allerdings vorsichtig umgehen. Dabei handelte es sich nicht um Individualmitgliedschaften, denn ganze Betriebe traten einer Partei bei.

Die Bodenaufteilung zeigte in Russland den Effekt, dass die bäuerlichen Kleinwirtschaften nicht in der Lage - oder nicht willens waren - die Städte zu versorgen. Diese Erfahrungen stärkten die ohnehin ideologisch vorhandene Richtung in dieser Frage. „*In der Agrarfrage dürfen wir mit Recht und Stolz sagen, dass wir sie hier, aus kommunistischer Sicht gesehen, viel tiefgehender, viel weiter blickend und viel zielbewusster gelöst haben, als es unseren russischen Genossen gelungen war.*“ erklärte der für Landwirtschaft zuständige Volkskommissar beim Rätekongress im Juni 1919. ⁶⁶⁴ Die Räterepublik habe den Prozess der Bodenverteilung, der ja nur, so der Volkskommissar, als vorübergehend zu betrachten sei, übersprungen. ⁶⁶⁵

In Ungarn hatten mehr als 50% der landwirtschaftlichen Bevölkerung keinen eigenen Boden. Viele davon lebten auf den Latifundien der Großgrundbesitzer, hatten zudem keine Kenntnisse über selbstständiges Wirtschaften. Es war für diese Bevölkerungsgruppe kein erstrebenswertes Ziel, sich dem Risiko auszusetzen, einen landwirtschaftlichen Betrieb zu gründen. Noch dazu ohne eigene Unterkunft, Tiere, Werkzeuge und Maschinen. Eine Erhöhung ihres Anteils an den Ernteerträgen der Latifundien war hingegen durchaus erstrebenswert. Ihnen fehlte außerdem die emotionale Bindung zu dem selbst bebauten Boden, den die Klein- und Kleinstbauer hatten. ⁶⁶⁶ Der gesellschaftliche Unterschied zwischen den Klein- und Kleinstbauern und den landwirtschaftlichen Arbeitern, die keinen eigenen Boden hatten, wurde in den Redebeiträgen der Landeskonferenz mehrfach angesprochen. ⁶⁶⁷

Die materiellen Nutznießer während der Räteherrschaft waren auch nicht die Industriearbeiter. Diese erhielten zwar den Achtstundentag, die Abschaffung der Akkordarbeit und steigende Löhne.

662 Bak, 569.

663 Gräfe, Mythos, 20.

664 Bak, 570.

665 PESTER LLOYD, 17.6.1919, Abendblatt, 1.

666 Bak, 570.

667 PESTER LLOYD, 18.6.1919, Morgenblatt, 2.

Die Kaufkraft dieser Löhne sank jedoch beständig, unabhängig davon, dass das Warenangebot immer dürftiger wurde.

Die materiellen Nutznießer waren die Landarbeiter, die in Naturalien entlohnt wurden. Deren Quantum an Nahrungsmittel verdoppelte sich.⁶⁶⁸

Im Folgenden eine kurze geraffte Zeitleiste der wichtigsten politischen und militärischen Ereignisse:

Bereits am 27. März 1919 fordert Gyula Andrassy, „*der schwarze Graf*“, ⁶⁶⁹ durch eine Eingabe an die Pariser Friedenkonferenz eine Intervention der Entente.

Anfang April kam es zu den ersten konterrevolutionären Unruhen, in Ödenburg am 4. April, in Sárospatak (im NO Ungarns) am 7. April und am 18. April in Debrecen.

Am 12. April 1919 wurde das Antibolschewistische Comite (ABC) in Wien gegründet.

Am 16. April begannen die militärischen Angriffe auf die Räterepublik. Den Beginn machte die rumänische Armee, die bereits am 20. April 1919 Oradea ⁶⁷⁰ und am 23. April Debrecen besetzten.

Die rumänischen Truppen erreichten am 30. April den Fluss Theiß.

Am 24. April begann die Armee der ČSR, am 27. April die des SHS Staates mit Kampfhandlungen. Tschechoslowakische Truppen besetzten am 2. Mai Miskolc.

Am 5. Mai bildete Gyula Károlyi ⁶⁷¹ in Arad eine Gegenregierung, die bald nach Szeged übersiedelte.

Am 3. Mai begann die Rote Armee mit Gegenoffensiven. Am 21. Mai wurde Miskolc und am 6. Juni Košice ⁶⁷² zurückerobert. Mit der ČSR wurde am 23. Juni ein Waffenstillstand abgeschlossen.

Die Rote Armee zog sich ab dem 30. Juni 1919 von der Nordfront zurück. Die ČSR besetzte am 7. Juli Košice.

Am 20. Juli versucht die Rote Armee eine Offensive gegen die rumänischen Truppen und überschritt den Fluss Theiß. In wenigen Tagen brach die Front zusammen und die Rumänen überschritten ihrerseits am 27. Juli 1919 die Theiß und rückten gegen Budapest vor.

Die Entente forderte den Rücktritt des Revolutionären Regierenden Rates am 30. Juli 1919 in ultimativer Form. Dies erfolgte schließlich am 1. August.

Die Gewerkschaftsregierung unter Gyula Peidl wurde nach wenigen Tagen gestürzt. Am 4. August 1919 besetzte die rumänische Armee Budapest. ⁶⁷³

668 Bak, 559.

669 Bak, 563, Diesen Titel erhielt er wegen seiner Haltung als Innenminister gegenüber der Arbeiterschaft.

670 ungarisch Nagyvárad, deutsch Großwardein,

671 Ein Cousin vom Mihály Károlyi.

672 ungarisch Kassa, deutsch *Kaschau*

673 Kosca, 174.

7.2. Die Räterepublik in den Dörfern

Die Quellenlage für die politische und soziale Lage in den Dörfern ist dürftig. Nur in wenigen Gemeinden sind Protokolle der Räte und Direktorien vorhanden. In der Mehrzahl der Gemeinden fehlen sie ganz oder teilweise, in manchen dürften gar keine geführt worden sein. In einigen wurden sie nachträglich vernichtet, wie z.B. in Pötttsching. Löger verwendet sie noch Ende der 20er Jahre in seiner Heimatkunde. In wenigen Gemeinden wurden sie in beruhigender Selbstverständlichkeit geführt und überliefert.

Dazu kommen noch Ortschroniken, die jedoch für die gegenständliche Zeit wenige Informationen bieten und die überörtlichen Zeitungen.

Die überlieferten Ego-Dokumente sind meist von zweifelhaftem Wert. Zuviel passierte im Laufe der nächsten Jahrzehnte.

Die GRENZPOST wurde am 31. März 1919 eingestellt. An ihre Stelle kam nun täglich DER PROLETARIER, Sozialistisches Tagblatt für Westungarn heraus.⁶⁷⁴ Die ÖDENBURGER ZEITUNG wurde ebenfalls eingestellt. An ihre Stelle trat der ÖDENBURGER ARBEITERRAT.⁶⁷⁵ Diese beiden Zeitungen wurden Anfang Juli 1919 wegen Papiermangels zusammengelegt. Ab 8. Juli 1919 firmierten sie als OEDENBURGER PROLETARIER. Im Süden des Landes erschien die OBERWARTER SONNTAG-ZEITUNG.

Die wenigen Wochen der Räterepublik wurden in der Landesgeschichtsschreibung entweder ignoriert oder massiv einseitig dargestellt. Um nicht zu sehr ins Detail zu gehen, soll versucht werden, neben der Konstituierung der Räte in den Dörfern und der Schaffung des Autonomen Gau Deutschwestungarn, drei Themen herauszugreifen.

Themen die - sobald das Wort Räterepublik genannt wird - mit absoluter Sicherheit abgehandelt werden: Religion, Alkoholverbot und Gewalt. Offenbar sind es diese drei Themen, die die Menschen über Generationen hinweg faszinierten oder erschauern ließen.⁶⁷⁶

Bereits am 23. März 1919 wurde die Bevölkerung Ödenburgs zu einer Volksversammlung eingeladen, bei der das fünfköpfige Direktorium, welches die Verwaltung der Stadt und des Komitates übernommen hatte, vorgestellt werden sollte. In dieser Kundmachung lag der

674 DER PROLETARIER, 4.4.1919, 4.

675 ÖDENBURGER ARBEITERRAT, 1.4.1919, 4.

676 Z.B. 2018 Universum History: Unser Österreich – Burgenland, <https://tv.orf.at/unseroesterreich/burgenland110.html>, 4.3.2019, 12:00h.

Schwerpunkt im Versprechen, Ruhe und Ordnung „mit eiserner Gewalt“ zu garantieren. „Aber wehe dem, der der Proletariendiktatur nicht gehorchen will.“ Die Teilnahme an der Versammlung wurde allen empfohlen, um nicht in Verdacht zu geraten, die Gegenrevolution zu unterstützen.⁶⁷⁷ Zum Unterschied der Zeit im Herbst 1918 lief die zweite Revolution in den Dörfern ruhig und unspektakulär ab. „Musik, Fackelzüge, kurz, eitel Wonne und Freude herrschte in allen Gemeinden“ schrieb der deutschnationale Lehrer Löger über die Stimmung zu Beginn der Räterepublik in Deutsch-Westungarn.⁶⁷⁸ Pfarrer Schermann aus Lockenhaus schrieb 1936: „Für den Kommunismus eingenommen waren eigentlich nur ärmere Leute, ... Mitgetan haben aber auch aus der Intelligenz einige, ...“⁶⁷⁹ Ähnliches bestätigt die Chronik von St. Michael, 25 km südlich von Oberwart. Der Lehrer war Aktivist der Räterepublik und der Bezirkskommissär sorgte dafür, dass endlich ein Arzt eingesetzt wurde.⁶⁸⁰ In Sigleß war der Oberlehrer ebenfalls führend in der Gemeindeleitung tätig.⁶⁸¹

Bereits nach wenigen Tagen konstituierten sich Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte nach Wahlen. Die Abhaltung der Wahlen erfolgte anfangs offenbar ohne genaue Direktiven. Einheitlich war, dass die Ratsmitglieder als Personen direkt gewählt wurden. Dass diese Personen der Sozialistischen Partei Ungarns angehören mussten, ist eindeutig auszuschließen. Dies wäre in der kurzen Zeit zwischen Machtübernahme am 21. März 1919 und den Wahlen nicht durchführbar gewesen. Schlag schreibt, dass dies die „erste allgemeine, gleiche und geheime Wahl“ war.⁶⁸² Er bemühte aber einen Volkskommissar, der die Wahl eine Komödie nannte.⁶⁸³ Dies mag in Budapest schon gestimmt haben. Im Untersuchungsgebiet war es sicherlich anders.

Beim Kongress der Sozialistischen Partei Ungarns im Juni 1919 brachte ein Delegierter vor, dass bei den Wahlen kleine Landwirte abgewiesen wurden, da sie keine Proletarier seien.⁶⁸⁴ Solche Vorkommnisse sind für das Untersuchungsgebiet auszuschließen. Es ist auch auszuschließen, dass es im Untersuchungsgebiet organisierte Kommunisten gab. Selbst die Mitgliedschaft bei der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei ist nur in Ausnahmefällen anzunehmen. Es sind kaum Hinweise auf ungarländische sozialdemokratische Ortsorganisationen vorhanden.⁶⁸⁵

677 Abgedruckt bei Gerald Schlag, Die Sozialdemokratische Partei des Burgenlandes und der Anschluss des Landes an Österreich 1918-1921 In: Walter Faymann (Hg), Um Freiheit und Brot. Geschichte der Burgenländische Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945 (Eisenstadt 1984) 29-38, 32.

678 Löger, 174.

679 Aegid Schermann, Geschichte von Lockenhaus (Pannonhalma 1936) 273.

680 Margarete Matisovits, St. Michael: eine Chronik der Gemeinde St. Michael, Gamischdorf, Schallendorf (St. Michael 1995) 51.

681 DER PROLETARIER, 16.4.1919, 2.

682 Schlag, Aus Trümmern 179.

683 Böhm, 335.

684 PESTER LLOYD, 14.6.1919, Morgenblatt, 3.

685 ARBEITER-ZEITUNG, 25.8.1921, 5. Béla Wajdits nannte in dem Artikel Neufeld an der Leitha, Steinbrunn, Schattendorf.

Bevor diese Wahl zur Komödie erklärt wird, sollten entsprechende Vergleichsparameter postuliert werden. Das Wahlrecht in Europa war zu dieser Zeit noch überwiegend restriktiv. In Großbritannien und Frankreich, den Kernländern der Entente, gab es kein allgemeines Wahlrecht. Auch das Wahlrecht für Frauen wurde in diesen beiden Ländern erst viele Jahre später eingeführt. In den Ödenburger Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wurden z.B. vier Frauen gewählt.⁶⁸⁶ Über die bisherige Art, ungarische Wahlen abzuhalten, wurde schon an anderer Stelle berichtet. Diese Wahl war sicherlich das Demokratischste, was die damaligen Menschen an Wahlen je erlebt hatte, und für die Menschen, die weiter in Ungarn lebten, für Jahrzehnte erleben sollten. Es waren ca. 80% der wahlfähigen Menschen wahlberechtigt. Vor 1918 waren es 10%.⁶⁸⁷

Industrielle Arbeitsplätze gab es im Untersuchungsgebiet lediglich im Umkreis von Neufeld an der Leitha, dazu kamen noch die Stadt Ödenburg und das Bergwerk in Brennberg. In Ödenburg erreichten bei den Kommunalwahlen 1911 die Sozialdemokraten erstmalig einen Ratssitz. Dies war nur möglich, da sie eine Koalition mit der Radikalen Partei eingingen. Adolf Berczeller war der erste Sozialdemokrat in solch einer Position im gesamten Königreich Ungarn.⁶⁸⁸

Um diese Zeit hatten jenseits der Leitha bereits alle Männer das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht. 1911 wurde in Cisleithanien bereits das zweite Mal unter diesen Bedingungen gewählt. Auch dieses Wahlrecht war noch auf die besitzende Klasse zugeschnitten, bzw. bevorzugte es vor allem die deutsche (und italienische) Volksgruppe.⁶⁸⁹ Trotzdem saßen im Wiener Abgeordnetenhaus nach den Wahlen im Juni 1911 bereits 44 deutschsprachige Sozialdemokraten. Dazu kamen noch neun polnische und 27 tschechische Sozialdemokraten.⁶⁹⁰ Der Wiener Reichsrat bestand 1911 aus 516 Abgeordneten, davon waren 232 Deutsche (45%), 108 Tschechen (21%), 83 Polen (16%), 31 Ruthenen (6%), 24 Slowenen (7% Südslawen), 19 Italiener, elf Kroaten, fünf Rumänen, zwei Serben und ein jüdisch Nationaler.⁶⁹¹

In Wiener Neustadt, der cisleithanischen Nachbarstadt gab es, obwohl das allgemeine Männerwahlrecht nur für die Reichsratswahlen galt, schon einen sozialdemokratischen Vizebürgermeister.⁶⁹²

686 DER PROLETARIER, 11.4.1919, 3.

687 Gräfe, Mythos, 42.

688 Schlag, Um Freiheit und Brot, 16.

689 Hanisch, 230.

690 Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, 394.

691 Lothar Höbelt, Parteien und Fraktionen im Cisleithanischen Reichsrat In: Helmut Rumpler, Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Verfassung und Parlamentarismus, Band VII. (Wien 2000), 895-1006.

692 Schmitner, 304.

7.3. Wahlen in den Dörfern

Die Verordnung zur Wahl der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte wurde am 6. April 1919 veröffentlicht. Tatsächlich hatten zu diesem Zeitpunkt viele Gemeinden diese bereits durchgeführt.

⁶⁹³

In Mattersburg erfolgte die Wahl des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates „*von den organisierten Körperschaften*“ Anfang April 1919. Zu Mitgliedern gewählt wurden neben 27 anderen auch Hans und Josef Suchard und Viktor und Anton Kräftner. Hans Suchard und die Brüder Kräftner wurden im Zuge der Ausrufung der Republik Heizenland verhaftet. Die Wahl des Direktoriums erfolgte hier offenbar in offener Abstimmung. Nicht unerwartet wurden Hans und Josef Suchard ⁶⁹⁴ und Viktor Kräftner dazu bestimmt. Zuletzt wurde dem Notär das Vertrauen ausgesprochen. ⁶⁹⁵ Obwohl die lokal führenden Kräfte der Räterepublik an dieser Wahl beteiligt waren und die Wahl des Direktoriums sicherlich das erwartete Ergebnis brachte, wurde die Wahl des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates wiederholt, da „*mit List*“ solche in den Rat gewählt wurden, die Knechte beschäftigten. ⁶⁹⁶ Offenbar gab es vor der Wahl Absprachen zwischen den Bauern und den Arbeitern. Das Ergebnis war dann nicht im Sinne der Absprache, sodass die „*betrogene Arbeiterschaft*“ die Wahl anfocht und Neuwahlen angesetzt wurden. ⁶⁹⁷ Diese fanden am 15. April 1919 in zwei Wahllokalen statt. Aus 133 bzw. 143 Kandidaten wurden 38 Männer gewählt, davon 21 Arbeiter, 13 Bauern und vier „*für Beamte und Gewerbe*“. ⁶⁹⁸

In Bad Sauerbrunn waren die Wahlen bereits am 25. März 1919 durchgeführt worden. Das Ergebnis wurde in der konstituierenden Sitzung des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenratssitzung am nächsten Tag protokolliert. 284 Stimmen wurden abgegeben. ⁶⁹⁹ Die Mitglieder des Rates wurden in den drei Ratskategorien gewählt. Die Wähler vergaben ihre Stimmen an einzelne Personen. Es wurden fünf Arbeiterräte, drei Bauernräte und fünf Soldatenräte gewählt. Dazu kamen noch vier Räte von den „*assoziierten Genossen der Gendarmerie und Grenzpolizei*“. Eine der ersten Tätigkeiten des Rates war die Feststellung der Vermögenswerte der Gemeinde. Großes Interesse wurde dem esterházyschen Sauerbrunn gewidmet. ⁷⁰⁰ Die alte Gemeindevertretung spielte in Bad Sauerbrunn

693 DER PROLETARIER, 6.4.1919, 1.

694 Bekleidete die Funktion des Bezirkskommissär. DER PROLETARIER, 12.4.1919, 2.

695 DER PROLETARIER, 7.4.1919, 4.

696 DER PROLETARIER, 12.4.1919, 2.

697 DER PROLETARIER, 15.4.1919, 2.

698 DER PROLETARIER, 26.4.1919, 2.

699 Bei der Volkszählung 1910 hatte Sauerbrunn 703 ortsanwesende Einwohner.

700 Protokoll der Gemeinderatssitzung von Bad Sauerbrunn vom 26.3.1919.

bis August 1919 keine Rolle mehr. Bereits in der nächsttäglichen Ratssitzung wurde das gesamte esterházysche Eigentum „socialisiert“. ⁷⁰¹

In Sigleß erfolgte die Konstituierung des Arbeiter- und Bauernrates am 30. März 1919 unter der Anwesenheit von Hans Suchard. Dieser referierte über die Ideen des Sozialismus, über Bodenreform, Wohnungsnot und Altersversorgung. ⁷⁰²

In Rohrbach wurde am 26. März 1919 durch eine „*allgemeine Volksversammlung*“ ein Rat gewählt. ⁷⁰³ Er bestand aus neun Mitgliedern. Zum Vorsitzenden wurde auf Antrag eines Ratsmitgliedes ein „*altbewährter Kämpfer der sozialdemokratischen Ideen, der schon lange vor dem Kriege Mitglied der Partei war*“ gewählt. Damit war sicherlich nicht die Ungarländische Sozialdemokratische Partei gemeint, sondern die sozialdemokratische jenseits der Leitha. Der Notär nahm die Stelle des Schriftführers „*mit Freude*“ an.

Der neue Vorsitzende „...*fordert zur Einigkeit und Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf.*“ In Rohrbach hatte dieser Rat nur die Absicht, die bisherigen Agenden der Gemeinderrepräsentanz zu übernehmen und behielt sich „*in jeder die Gemeindeinteressen berührenden Angelegenheit das strengste Kontrollrecht vor.*“ Der bisherigen Gemeindevertretung wurde das Vertrauen ausgesprochen und sie wurden gleichzeitig ersucht, im Amt zu bleiben. Dem Gemeinderichter wurde dieser Beschluss zur Kenntnis gebracht. In dieser Gemeinde wurde z.B. auch ein Lehrer in den Rat gewählt, der vorher dem Nationalrat angehörte. ⁷⁰⁴ Offenbar handelte man in dieser Gemeinde voreilig. Daher wurde - der Grund dafür ist nicht bekannt - am 7. April 1919 abermals gewählt. Am 11. April 1919 wurde in einer Arbeiter- und Bauernratssitzung der neue Rat präsentiert. Von den 23 Mitgliedern waren neun bereits in der Gemeindevertretung der Monarchiezeit präsent. Fünf waren ehemalige Nationalräte und nur neun Namen waren neu. Zum Vorsitzenden des Rates wurde in geheimer Wahl, wie ausdrücklich erwähnt, der vormalige Vizerichter gewählt. Vertreten war auch der ehemalige Gemeindegassier und spätere christlichsoziale Bürgermeister. Der beim ersten Versuch gewählte Vorsitzende war jetzt nur mehr einfaches Ratsmitglied. Nach dem Anschluss an Österreich wurde er sozialdemokratischer Vizebürgermeister. Der erwähnte Lehrer wurde ebenfalls in den Arbeiter- und Bauernrat gewählt.

701 Protokoll der Gemeinderatssitzung von Bad Sauerbrunn vom 27.3.1919.

702 DER PROLETARIER, 6.4.1919, 3.

703 DER PROLETARIER, 7.4.1919, 2.

704 Protokoll der Gemeinderatssitzung von Rohrbach bei Mattersburg vom 26.3.1919.

Das Rätssystem war von unten herauf zu organisieren. Daher hatten die Räte auf Gemeindeebene Delegierte für den Bezirksrat zu wählen. Dies waren drei Delegierte pro Gemeinde. Der Bezirksrat wählte Delegierte für den Gaurat. Darüber stand nur mehr der Nationale Volksrat in Budapest als höchste Macht im Land.

Aus Hornstein sind auch die Anzahl der Stimmen bekannt, die die einzelnen Räte erhalten haben. Hier wurde der spätere Bürgermeister, Landtagsabgeordnete und Nationalrat Anton Probst ⁷⁰⁵ zum Vorsitzenden des Direktoriums gewählt. Daneben wurde in dieser Sitzung eine Reihe von Ausschüssen bestellt. ⁷⁰⁶

Der Name dieser Ausschüsse hört sich oft sehr radikal an. Wie diese dann tatsächlich ihre den Namen entsprechende Funktionen erfüllten, kann überwiegend negativ beurteilt werden. Es gab z.B. Kommissionen für die Requirierung von Wohnungen, für die Lebensmittelbeschaffung, zur Überwachung der Produktion, zur Liquidierung des Pfarrvermögens, für die Bodenreform, eine landwirtschaftliche oder eine für Kultur und Schule, ferner eine für die gerechte Verteilung der Milch und eine zur Sozialisierung von Privatgebäuden.

Jede Gemeinde hatte Arbeiter- und Bauernräte einzurichten. Selbst aus den kleinen Gemeinden des Wulkatales wie Stöttera und Pöttelsdorf bzw. den kroatischen Gemeinden Baumgarten, Drassburg und Wulkaprodersdorf sowie Pötsching und Marz ⁷⁰⁷ sind solche Konstituierungen belegt. Dabei wurde meist hinzugefügt, dass im jeweiligen Ort Ruhe und Ordnung herrsche. Meldungen aus den Dörfern wurden von den Ortsorganisationen verfasst und an die regionalen Zeitungen, später an die entsprechende Parteizeitung, geschickt. Dieses Prozedere war noch Jahrzehnte später üblich. Die Zeitungen übernahmen diese Meldungen meist wörtlich und ohne Rückfrage. Sowohl Qualität als auch Quantität der überlieferten Artikel aus den einzelnen Dörfern hängt daher von der Schreibfreudigkeit der dafür Verantwortlichen ab.

Nicht in allen Gemeinden waren die Menschen bereit, sich den neuen Umständen anzupassen. In Zemendorf, so wird berichtet, ⁷⁰⁸ endete die Wahl jedes Mal damit, dass die Gewählten die Wahl

705 (1890-1949), Mit kleineren Unterbrechungen von 1921 - 1934 Gemeindeverwaltungskommissär bzw. Bürgermeister von Hornstein. 1923 - 1927 Abgeordneter zum Burgenländischen Landtag, 1927 - 1934 Abgeordneter zum Nationalrat. 1934 und 1944 aus politischen Gründen in Haft. <https://www.parlament.gv.at>, 2.3.2016, 14:00h.

706 Protokoll der Gemeinderatssitzung von Hornstein vom 8.4.1919 und 10.4.1919.

707 DER PROLETARIER, 4.4.1919, 3, 5.4.1919, 3, 6.4.1919,3, 7.4.1919, 2, 20.4.1919, 2.

708 Herta Schreiner, 750 Jahre Zemendorf (1987) 38 .

nicht annahmen. Nach acht Tagen ergebnislosen Versuchens soll die Weisung gekommen sein, dass die alte Gemeindeverwaltung samt Richter einfach weitermachen soll. Dies führte dazu, dass es in dieser Gemeinde im August 1919 auch zu keiner Änderung der Gemeindeverwaltung kam.

Ruhe und Ordnung war ein Gut, dass auch die Räterepublik in den Dörfern und Städten gesichert haben wollte. Daher war vorgesehen, in jedem Dorf eine „Rote Volkswehr“⁷⁰⁹ aufzustellen. Gleichzeitig wurde verordnet, dass alle Waffen abzugeben seien.⁷¹⁰ Solche Aufrufe in Krisenzeiten haben lediglich den Informationswert, dass viele Waffen in Privatbesitz waren und dass wenige tatsächlich ausgeliefert wurden. Offenbar unter dem Eindruck der Ausschreitungen am 4. April 1919 in Ödenburg verordnete der politisch Bevollmächtigte, dass der Besitz von Waffen mit dem Tode bestraft wird.⁷¹¹ Dieser Verordnung folgte lediglich eine große Anzahl von Artikeln, welche Waffen nun tatsächlich abzuliefern sind und wer zur Ausstellung entsprechender Ausnahmegenehmigungen befugt ist. Irgendwelche Sanktionen gegen das Waffenabliefergebot sind nicht bekannt.

In Sigleß wurde die offenbar noch bestehende Nationalgarde in die Rote Garde umgewandelt.⁷¹² Ansonsten sind wenige Informationen über diese Einheiten überliefert. Da die Gemeinden notorisch über kein Geld verfügten, ist anzunehmen, dass diese - wenn überhaupt - nur zum Schein existierten. Schon aus diesem Grund waren diese Einheiten als Repressionsinstrument ungeeignet. Auch bestanden über die Zuverlässigkeit dieser Einheiten von Beginn an große Zweifel.⁷¹³ Bei der Debatte des Deutschen Landesrates warnte ein westungarischer Delegierter davor, diese Einheit aus Einheimischen zusammenzustellen. Im Grenzgebiet, so sein Einwand, seien selbst die „... *fremden Wachorgane nicht ganz zuverlässig.*“⁷¹⁴

Seit der Republikgründung sind immer wieder Versuche im Untersuchungsgebiet festzustellen, Weltanschauungsparteien zu gründen bzw. entsprechende Anhänger zu rekrutieren. Es waren vor allem die in Österreich beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter, die mit sozialistischen Ideen in Berührung kamen. Eine Gründung von Ortsorganisationen war aus rechtlichen und praktischen Gründen in der Monarchiezeit nicht möglich. Die Arbeiterinnen und Arbeiter pendelten nach Österreich und kehrten oft nur einen Tag in der Woche in ihr Heimatdorf zurück. Sprachliche und rechtliche Hürden taten ihr Übriges.

709 Die Bezeichnung dieser Truppe war auch Rote Garde oder Rote Wache.

710 DER PROLETARIER, 2.4.1919, 1.

711 DER PROLETARIER, 5.4.1919, 2.

712 Schlag, Sigless, 124.

713 Romsics, 613.

714 PESTER LLOYD, 15.6.1919, 3.

Sie waren sich aber bereits soweit ihrer Klassensituation bewusst, dass die deutschnationalen Parteien im Untersuchungsgebiet keine nachhaltigen Rekrutierungserfolge verzeichnen konnten. Die Gründung der Deutschen Freiheitspartei war solch ein Versuch. Die Christlich-Sozialen waren, wie bereits dargestellt, erfolgreich dabei, vor allem über die Pfarrer entsprechende Parteiorganisationen aufzubauen.⁷¹⁵

In der Zeit der Räterepublik änderte sich die Situation grundlegend. Die einzig mögliche Partei war nun in vielen, sicherlich nicht in allen Gemeinden vertreten und bemühte sich, die Ortsbevölkerung zu organisieren. Grundsätzlich waren außer dem Pfarrer bzw. Selbstständigen oder Bauern, die Personal hatten, alle eingeladen mitzumachen.

In Hornstein gab es ca. 700 Parteimitglieder „*die so gut wie allen Bevölkerungsschichten angehörten.*“⁷¹⁶ In Schattendorf wurde bereits am 2. April 1919 gemeldet, dass sich „... *mehrere hundert Wirtschaftsbürger ...*“ der Partei angeschlossen hatten. Von den Arbeiterinnen und Arbeitern wurde dies offenbar ohnehin angenommen.⁷¹⁷

Der Mattersburger Bezirksrat forderte die Räte in den Gemeinden auf, eine Stellungnahme über den Oberstuhlrichter bzw. den jeweiligen Gemeindevorstand abzugeben. Tüchtigkeit und politische Zuverlässigkeit sollten beurteilt werden. Zwei Beurteilungen konnten gefunden werden. Der Notär erhielt jeweils eine gute Beurteilung. Der Oberstuhlrichter⁷¹⁸ wurde vom Bad Sauerbrunner Rat negativ beurteilt.⁷¹⁹ Der Rohrbacher Rat empfahl ihm, eine Stelle in einem ungarischen Bezirk anzunehmen. Für den Mattersdorfer Bezirk wäre „*unbedingt ein Beamter deutscher Abstammung erwünscht.*“⁷²⁰

In Bad Sauerbrunn war der Rat besonders aktiv. Im April 1919 wurden fünf, im Mai vier Ratssitzungen einberufen. Er leistete sich sogar je einen Rundstempel für den Rat und das Direktorium, wobei einer den deutschen, der andere den ungarischen Namen des Ortes aufwies. Im Juni und Juli waren es nur mehr je eine Sitzung. Solche negativen Aktivitätsentwicklungen konnte in jeder untersuchten Gemeinde beobachtet werden.

715 Günter Michael Unger, Die Christlich Soziale Partei im Burgenland (Dissertation Universität Wien 1964), 1-25.

Ihre große Zeit kam nach dem Ende der Räterepublik. Sie wurde de facto zur einzigen geduldeten Partei.

716 <http://www.hornstein.at/de/heimatarchiv/zwischenkriegszeit/>, 3.3.2019, 17:45.

717 DER PROLETARIER, 2.4.1919, 2.

718 Josef Czifrak, Im August 1919 wurde er wieder in seine Funktion eingesetzt.

719 Protokoll der Gemeinderatssitzung von Bad Sauerbrunn vom 19.5.1919.

720 Protokoll der Gemeinderatssitzung von Rohrbach bei Mattersburg vom 21.5.1919.

Eines der größten Probleme der Ortsbewohner dürfte zu dieser Zeit das Fehlen geeigneter Wohnräume gewesen sein.⁷²¹ Daher wurden die Möglichkeiten Bauplätze für die bauwillige Bevölkerung zu schaffen, in den Orten ventiliert.

Es waren nicht nur die Bestimmungen aus Ödenburg, die Probleme im örtlichen Zusammenleben verursachten. Es war vor allem die nächsthöhere Instanz, der Bezirksrat oder das Bezirksdirektorium, an dem sich die dörflichen Räte rieben. Das Mattersburger Direktorium wollte eine Wohnung im Rohrbacher Gemeindeamt beschlagnahmen. Ein anderes Mal wurde offenbar Schlachtvieh beschlagnahmt. Der örtliche Rat sprach sich sehr heftig gegen weitere Eingriffe in seine örtliche Zuständigkeit aus.⁷²²

Die wirtschaftliche Situation hatte sich seit November 1918 nicht verbessert, sondern eindeutig verschlechtert. Die Volksrepublik Ungarn und Deutschösterreich standen noch immer unter dem Embargo der Entente. Gegenüber Deutschösterreich wurde dieses erst Anfang April 1919 aufgehoben.⁷²³ Die Lebensmittelversorgung war aber in Ungarn wesentlich besser als in Deutschösterreich. Bezeichnenderweise gab es in Budapest - das Zuteilungs- bzw. Kartensystem aus der Kriegszeit wurde weitergeführt - bis 1919 keine Fleischkarten. Es war also Fleisch genug vorhanden. Während Wien hungerte und ohne Lebensmittelzufuhren aus dem Ausland vor einer Hungerkatastrophe gestanden wäre, konnte Ungarn Lebensmittel liefern. In Ungarn waren dafür Industrieprodukte, Textilien, Papier und Ölprodukte Mangelware.

Ödenburg war Anziehungspunkt für Menschen aus Niederösterreich, die Lebensmittel kaufen wollten. Dies war im Weltkrieg bereits übliche Praxis, änderte sich auch nicht in der Zeit nach der Revolution im Oktober 1918. Und die Produzenten von Lebensmittel lieferten an den, der am besten zahlte, oder sie lieferten eben nicht, unabhängig von der politischen und gesellschaftlichen Ausrichtung der gerade Regierenden.

Zwang wurde bereits während des Weltkrieges versucht anzuwenden, auch das änderte sich nach dem November 1918 nicht. Die Produzenten saßen am längeren Ast, solange keine Maßnahmen angewandt wurden, wie sie etwa in der Sowjetunion Jahre später üblich wurden.

Die Zeitungsberichte über die steigenden Preise, das mangelnde Angebot und die Gewinne der Schieber und Schmuggler aus der Weltkriegszeit sind die gleichen wie in der Revolutionszeit und in

721 Hornstein, Rohrbach, Wulkaprodersdorf, Zemendorf

722 Protokoll der Gemeinderatssitzung von Rohrbach bei Mattersburg vom 7.7.1919.

723 ARBEITER-ZEITUNG, 3.4.1919, 4. Verboten blieb die Wiederausfuhr nach Deutschland sowie nach den bolschewistischen Staaten Ungarn und Russland.

der Gegenrevolutionszeit. Die Städte wurden nur widerwillig und unter Druck versorgt, oder zu sehr hohen Preisen.

Ein gutes Beispiel für die Situation sind die Auftriebe auf dem Ödenburger Wochenmarkt: Ende März 1919 meldete die Zeitung über den Viehmarkt 190 Stück Mastochsen, 19 Stiere, 237

Wurstvieh, 233 Melkkühe, 65 Kälber, 184 Zuchtschweine, 198 Frischlinge und 75 Spanferkel.⁷²⁴

Anfang April war die Situation schlagartig anders: keine Rinder, zwölf Kälber, einige Stück Wurstvieh und mehrere hundert Stück Zuchtschweine.⁷²⁵ Und Ende Juli gab es eine Milchkuh, 321 Zuchtschweine und vier Spanferkel.⁷²⁶

Dass es ausgerechnet die Preise für Kirschen waren, die den Redakteur wütend machten, zeigt, dass der Nahrungsmittelmangel noch kein existenzielles Problem war. Die Wut des Redakteurs über die Behörde war genau so groß wie über die hohen Preise. „*Was geht diesen Leuten Verordnungen und Revolutionstribunal an. ... Und was macht die Behörde dagegen? Nichts!*“ Er forderte nicht nur die Produzenten, sondern auch die Konsumenten dafür zu bestrafen.⁷²⁷

Nach der Übernahme der Regierung durch die Sozialistische Partei Ungarns wurde versucht, die Menschen für die neuen Ideen zu gewinnen. Die Zeitungen waren voll mit Ankündigungen, die dem Wohl des Proletariats dienen sollten. Und unter Proletariat verstanden sie alle Menschen die von „ehrlicher Arbeit“ lebten. Nicht zu Proletariat gehörten Priester, Kaufleute und Unternehmer bzw. Bauern, die Dienstnehmer hatten.

Für die Wohnungslosen wurden leerstehende Wohnungen und Häuser beschlagnahmt. Es war aber scheinbar notwendig zu verkünden, dass Eigeninitiative verboten sei. Im Mai wurden die nicht benötigten Objekte zurückgegeben.

Jugendliche Kleinkriminelle wurden aus dem Gefängnis entlassen, verpfändete Gegenstände unter einem bestimmten Wert kostenfrei herausgegeben und die Trinkgelder abgeschafft. Bereits Mitte April wurden Pläne für den Bau von Wohnungen in Ödenburg vorgestellt und den Kleinbauern wurde die Steuerfreiheit verkündet. Die Bekämpfung des Analphabetismus, die kostenlose Leichenbestattung sowie die kostenlose Krankenpflege in den Spitälern wurden ebenfalls beschlossen. Dazu kamen umfangreiche und detaillierte Bestimmungen über Arbeitslöhne für Landwirtschafts- und Feldarbeiter. Diese waren, in Relation zu vorher, sehr hoch und erzürnten jeden Landwirt, der Personal benötigte.⁷²⁸

724 DEUTSCHE FREIHEIT, 25.3.1919,4.

725 DER PROLETARIER, 6.4.1919, 4.

726 OEDENBURGER PROLETARIER, 27.7.1919,4.

727 DER PROLETARIER, 29.6.1919, 3.

728 DER PROLETARIER, 3.4.1919, 4.4.1919, 13.4.1919, 19.4.1919, 23.4.1919, 25.5.1919, 3.7.1919.

7.4. Mehr als Autonomie - föderaler Teil Ungarns

Bei allen elementaren politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen verloren die Verantwortlichen der Deutschsprachigen die Autonomie nicht aus den Augen. Der *Ungarländische Deutsche Volksrat* in Budapest forderte bereits am 23. März 1919 „... *das unverzügliche Inkrafttreten der vom Westungarischen Volksrat gewünschten Grenze Deutsch-Westungarn, damit Deutsch-Westungarn sein Recht auf Selbstverwaltung gleich in den nächsten Tagen ausüben kann.*“⁷²⁹ Am 4. April 1919 wurde die Anerkennung des Umfangs des deutschen Autonomiegebietes angekündigt, ebenso wie die Bildung eines Direktoriums für Westungarn, inklusive der zugesagten Exekutivmacht. Zsombors Stellung sei von der Räteregierung bereits anerkannt worden.⁷³⁰ Am selben Tag kam es in Ödenburg zu einem blutigen Zwischenfall, an dem Zsombor involviert war. Er wurde in Ödenburg verhaftet, wieder freigelassen und schließlich nochmals verhaftet. Dann erfolgte die Überstellung nach Budapest. Bereits wenige Tage später befand er sich bereits in offizieller Mission in Wien.⁷³¹

Entsprechend der provisorischen Verfassung vom 3. April 1919 wurde am 17. April 1919 der Komitatsrat, auch Vollzugausschuss genannt, gewählt. Er bezeichnete sich als Arbeiterparlament und wählte aus seinen Reihen 25 Mitglieder. Zu Wort meldete sich auch Ludwig Leser,⁷³² der darauf hinwies, dass die sozialistische Bewegung in Westungarn von den „*deutschen Genossen in Neufeld und Umgebung*“ ausgegangen sei. Neben Leser wurden, Berczeller und Hans Suchard in den Vollzugausschuss gewählt. Durch diese Wahl wurden alle „*Kommissionen und Kommissäre*“ ihrer Funktionen und Ämter enthoben. Und es gäbe „*keine Bauern und Arbeiter mehr, sondern nur Arbeitende.*“ Einer Lostrennung von Ungarn wurde eine klare Absage erteilt.⁷³³

729 Martin Krenn, Westungarn in der Räterepublik. Mit besonderem Augenmerk auf verfassungspolitische Aspekte In: Claudia Kuretsidis-Haider, Manfred Mugrauer (Hg), *Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe. Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert* (Innsbruck 2013) 83-100, 86.

730 DER PROLETARIER, 4.4.1919, 3.

731 DER PROLETARIER, 6. und 9. 4.1919, je 4.

732 (1890-1946) Geboren in Neufeld an der Leitha, Gaukommissär in Deutsch-Westungarn, Ein Jahr in ungarischer Haft nach der Konterrevolution, 1921 Mitglied des Ödenburger Heimatdienstes, 1922 Landeshauptmannstellvertreter bis 1934. Ab 1924 Parteiobmann der burgenländischen Sozialdemokraten. Sein „*überragendes strategisches Geschick*“ machte ihn „*zum Angelpunkt der Politik im Burgenland.*“ 1934 Flucht in die ČSR. Überlebte die Nazizeit in Prag. <Schlag, Burgenland ... in Biographien, 183f.> Gerüchte über Kontakte zu den Nationalsozialisten wurden später bestätigt. Nach 1945 provisorischer Landeshauptmann. Nach den Wahlen wurde er 1946 wieder Landeshauptmannstellvertreter.

733 DER PROLETARIER, 18.4.1919, 3.

Am 22. April 1919 wurden Adolf Berczeller, Alexander Kellner,⁷³⁴ und Nikolaus Lazarovits zu Gaukommissären und das siebenköpfige deutsche Direktorium⁷³⁵ ernannt. In einem gemeinsamen Aufruf, welcher mit: „*Deutsches Proletariat Westungarns!*“ übertitelt war, wurde auch auf die bereits offenbar sehr effektive Propaganda der Konterrevolution eingegangen. In dem Aufruf wurde versichert, dass niemand an der Religionsausübung gehindert werde, dass dem kleinen Mann weder Haus noch Feld weggenommen, noch die Institution der Ehe abgeschafft werde. Das Direktorium gab noch am selben Tag eine Verordnung heraus, die bestimmte, dass im deutschen Gebiet „... *in den Schulen und allen öffentlichen Ämtern, und zwar sowohl im mündlichen, als auch im schriftlichen Verkehr ...*“ die deutsche Sprache zu verwenden sei und die Ortschaften „...*stets mit ihrem deutschen Namen zu bezeichnen*“ sind. Die Verordnung schließt mit: „*Wir sind sicher, dass alle Genossen in der Forderung dieser ihrer anerkannten Rechte sich nicht zu kleinlichen, ... chauvinistischen Nörgeleien hinreißen lassen werden*“. ⁷³⁶ Damit wurden die wichtigsten Forderungen der Deutschsprachigen in Westungarn erfüllt. ⁷³⁷

„*Auf Grund einer Verordnung des deutschen Volksbeauftragten der ungarischen Räterepublik Nr. I/649 D.V.*“ wurden dem „*deutschwestungarischen Proletariat alle Rechte auf Sprache, Kultur, Administrations- und andere Angelegenheiten*“ gegeben. Der deutsche Gaurat war als Vertretung der Bevölkerung vorgesehen. Er bestand aus 90 Mitgliedern aus dem Komitat „... *die bei weitestgehender Wahlfreiheit gewählt wurden.*“ Die erste Sitzung fand unter Anwesenheit von Kun und Kalmár am 20. Mai 1919 statt. Anwesend waren die deutschen Gauratsmitglieder aus den Bezirken Preßburg, Wieselburg, Raggendorf, Neusiedl, Eisenstadt, Mattersburg, Ödenburg, Oberpullendorf, Güns, Oberwart, Güssing und St. Gotthard. Dies war somit das erste gewählte Parlament auf dem Gebiet des späteren Burgenlandes. Aus seinen Reihen wurde ein 30er Ausschuss gewählt, der je eine Expositur im Bezirk Wieselburg und Eisenburg haben sollte. Dabei war die Frage des möglichen Anschlusses Westungarns an Deutschösterreich das dominierende Thema. Die mögliche Abtrennung durch die Pariser Friedenkonferenz wurde ganz offen ausgesprochen und kategorisch zurückgewiesen.

Kun entschuldigte sich, dass er nicht in deutscher Sprache zu den Delegierten sprechen könne. Er verwies auf „*unsere Lehrer und große Meister, Marx und Engels*“ welche die nationale erst nach der sozialen Befreiung für möglich hielten. Den Umstand, dass sich Proletariatsvertreter für den Anschluss an ein kapitalistisches Land einsetzten, hielt er für ärgerlich, ja unglaublich. Wenn

734 (1887-1919) Von der Konterrevolution ermordet. Genauso wie sein Stellvertreter Gabriel Knapp und Dezsó Entzbruder (1894-1919).

735 Josef Breithofer, Ferdinand Eidler, Georg Elend, Ludwig Leser, Josef Reithofer, Rudolf Teffer und Hans Suchard

736 DER PROLETARIER, 26.4.1919, 3f.

737 Krenn, 87.

hingegen Deutschösterreich sich der Dritten Internationalen anschließe, so wäre die Bildung eines föderativen Landes mit Deutschösterreich sofort möglich. „*Unser Ziel ist ... die internationale Verbrüderung der Proletarier aller Länder, die internationale Räterepublik.*“

Allein die Tatsache, dass Kun sich in Ungarn entschuldigte, ungarisch zu sprechen, dürfte jeden „aufrechten Magyaren“ zur Weißglut getrieben haben. Daneben ist noch ein weiterer Aspekt beachtenswert. Im Rahmen des Eröffnungszeremoniells wurde eine Grußadresse an das deutsche Theater in Budapest beschlossen. Am selben Tag sollte dort die erste Aufführung in deutscher Sprache stattfinden.⁷³⁸

Volkskommissar Kalmár war der letzte Redner des ersten Tages. Er war es, der nach einem Rückblick auf die Zeit der „*Unterdrückung ... der Schmerzen und ... Bekümmernisse*“ die wahren Probleme bei der Schaffung des autonomen Gaues ansprach. Seit der ersten Revolution haben sich die Häupter der Reaktion immer wieder erhoben, um die Zusagen, Fortschritte und Verbesserungen für die deutsche Volksgruppe zunichte zu machen. Es waren die Beamten des alten Systems, von den Notären bis zu den Stuhlrichtern, die sich gegen die Zuerkennung der nationalen Rechte wehrten. Er verwies auf den Umstand, dass gerade in den „*Nationalitäten-Komitaten*“ von den Regierungen „*die wildesten Chauvinisten hingesetzt*“ wurden.

Er setzte somit die nationalistischen magyarischen Kreise Westungarns und speziell Ödenburgs mit den reaktionären, gegenrevolutionären Kreisen gleich. Und diese Kreise seien es auch, so Kalmár, die derzeit alle Deutschsprachigen als Konterrevolutionäre denunzieren. In seiner vorgetragenen Revolutionstheorie stand zwischen der politischen Revolution, die er im Herbst sah und der sozialen, die noch kommen werde, eine „*Verwaltungsrevolution*“. Und diese Verwaltungsrevolution sei gerade in Deutsch-Westungarn im Gange.

Im Jänner 1919 wurde den Deutschen Ungarns die Autonomie zugesagt. Die tatsächliche Umsetzung in Westungarn verzögerte sich, an dem hinhaltenden und erbitterten Widerstand der magyarischen Eliten. Weil es vor allem nicht gelang, das Autonomiegebiet räumlich abzugrenzen. Mit dem Räteystem, so Kalmár, werde nun eine der „*raffiniertesten Organisationsformen*“ des reaktionären Ungarns zerstört. „*Das Komitat werden wir, ..., in 1000 Trümmer schlagen und alle diejenigen, die sich für dieses Komitat und die Aufrechterhaltung desselben einsetzen, werden unter diesen Trümmern begraben.*“ Und diese Zerstörung⁷³⁹ erlaube es erst, den Gau Deutschwestungarn zu schaffen. In einer Rede vor dem ungarländischen Sozialistenkongress wurde er noch deutlicher:

738 DER PROLETARIER, 22.5.1919, 1-3.

739 Ein neues Ungarn, auf den Trümmern der Komitate aufzubauen haben schon viele vergeblich versucht. Z.B. Josef II, Széchenyi, Eötvös u.a. <Marczali, 125.>

„Aus der Verwaltung müssen wir die alten Beamten und Notäre entfernen und uns neue Verwaltungsfachleute erziehen.“⁷⁴⁰

Bei der Analyse solcher Reden wird ganz klar, dass der unbändige Hass gegen die Räterepublik nicht nur aus der Gegnerschaft gegen sozialistische Ideen und vom Antisemitismus gespeist wurde. Es war der ungezügelte magyarische Chauvinismus, der nach August 1919 hinter den antisemitischen und antibolschewistischen Exzessen hervorschaute.

Dass es den Handelnden weniger um den Aufbau des Sozialismus als um die nationalen Ziele der Deutschen in Westungarn ging, zeigte der zweite Tag der konstituierende Ratssitzung. Diese wurde, nach der formellen Konstituierung, von Leser mit einem Referat über Schul- und Kulturangelegenheiten eröffnet. In den deutschen Gemeinden werden, so Leser, alle Schul- und Kulturangelegenheiten vom deutschen Gaurat bzw. dem deutschen Volksamt geregelt. Kein von Magyaren beherrschtes Ministerium sollte zukünftig darüber bestimmen. Die Volksschule, die im Mittelpunkt der Überlegungen stand, sollte im September 1919 achtklassig geführt werden.⁷⁴¹ Leser berührte die Themen Theater, „Sangeskunst“, Kunst und Kulturpflege und Sport. In der anschließenden Diskussion wurde vom Direktoriumsmitglied Breithofer angeführt, dass „inkompetente Faktoren“ Kunstgegenstände aus Deutsch-Westungarn verschleppen. Der Antrag dies rückgängig zu machen, wurde angenommen.⁷⁴²

Polizei und Rote Wache, hier war Deutsch als Dienstsprache vorgesehen, unterstanden dem Gaurat. Das Militär unterstand der Räteregierung, wobei die Aufstellung deutscher Einheiten mit deutscher Dienstsprache geplant war.

Der wichtigste Beschluss war aber die Konstituierung selbst. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat erklärte Ödenburg zu seiner Hauptstadt. Die Städte Wieselburg, Ungarisch-Altenburg, Ödenburg, Rust, Eisenstadt, Güns und St. Gotthard wurden dem Verwaltungsgebiet angeschlossen. Daneben wurden bis zur endgültigen Verfassung die gesamte Verwaltung und die „Brachialgewalt“ dem Gaurat unterstellt.

Folgende Probleme und Missstände wurden angesprochen: Kleingeldmangel, Schmuggel und Grenzsicherung, Lebensmittelversorgung und Leitharegulierung. Der Vorsitzende schloss diese denkwürdige Sitzung mit den Worten: „Wir geben unseren Boden, auf dem wir geboren, den wir

740 DER PROLETARIER, 17.6.1919, 1f.

741 In Ungarn wurde, anders als in Österreich, die Volksschule sechsklassig geführt.

742 Tatsächlich blieben sie in Budapest und sind heute noch Ursache von Zwistigkeiten.

<https://kurier.at/chronik/burgenland/esterhazy-schaetze-gerichtsurteil-wird-fuer-freitag-erwartet/400424666>

23.3.2019, 8:00h

*bebauen, niemals auf, möge kommen was immer.“*⁷⁴³ Als Schlusswort einer Räteversammlung erscheinen diese Worte merkwürdig rätselhaft und sonderbar oder doch tiefgründig und ahnungsvoll.

Da in Altungarn Autonomie schon ein garstiges Wort war, konnten sich viele nicht vorstellen, welche Stellung dieser Gau im Gefüge des ungarischen Staates hatte. DER PROLETARIER replizierte auf einen Beitrag in der VOLKSSTIMME vom 5. Juni 1919, dabei führte er aus, dass der Gau Westungarn keine Autonomie, „*viel weniger eine Sprachautonomie, sondern ein föderativer Teil der Ungarischen Räterepublik*“ sei. Offenbar wurde in diesem Beitrag auch die schlechte verkehrstechnische Erreichbarkeit der Hauptstadt Ödenburg bemängelt. Dieser Situation werde mit Exposituren und der Anlegung neuer Verkehrswege begegnet werden, so die Entgegnung.⁷⁴⁴

7.5. Die deutsche Schule

Schule, Bildung und Kultur waren Schwerpunkte der Politik im Gau Deutsch-Westungarn. Neben der Ausweitung des Schulunterrichtes wurde in Konferenzen der Lehrer vor allem die Frage der Schulbücher diskutiert. Dies betraf auch die kroatischen Schulen, deren Situation noch dürftiger war. Die Befähigung der Lehrer zur Unterrichtung einer 7. und 8. Schulstufe wurde bejaht.⁷⁴⁵

Neben dem Weiterbestehen der Mittelschulen sollten die Realschulen und Gymnasien zu Ober-Realgymnasien zusammengelegt werden. Selbst für den tertiären Bereich gab es bereits Pläne. In Ödenburg sollten ein Polytechnikum sowie eine medizinische und philologisch/philosophische Fakultät entstehen. Selbst für die Menschen, „*die bisher durch ungarischen Unterricht magyarisiert wurden*“, waren Angebote vorgesehen.⁷⁴⁶ Für die erste deutsche Universität in Ungarn wurde sogar schon nach Studentinnen und Studenten gesucht.⁷⁴⁷

Qualifizierter Lehrermangel wurde im Bereich der Unterrichtssprache befürchtet. Daher startete man einen Aufruf an Lehrer außerhalb des Gaus Deutsch Westungarn, die in deutscher oder kroatischer Sprache unterrichten können.⁷⁴⁸ Gleichzeitig wurden die Lehrer, die über keine qualifizierten Deutsch- oder Kroatischkenntnisse verfügten, ersucht, sich eine ungarische Stelle zu suchen.⁷⁴⁹

743 DER PROLETARIER, 23.5.1919, 1f.

744 DER PROLETARIER, 12.6.1919, 4.

745 DER PROLETARIER, 29.5.1919, 3.

746 DER PROLETARIER, 25.6.1919, 2.

747 DER PROLETARIER, 5.7.1919, 2.

748 DER PROLETARIER, 1.6.1919, 3.

749 Péter Schmidt, Die Entstehung der Apostolischen Administration Burgenland. Die kirchliche Regelung des Burgenlandes durch den Heiligen Stuhl 1918-1922 (Dissertation Universität Wien 2017) 188.

Auch wenn in der Zeit der Räterepublik die nationalen Wünsche der Deutschsprachigen scheinbar leicht durchzusetzen waren, darf nicht angenommen werden, dass dies ohne heftige Gegenwehr geschah. Die magyarischen Kreise, wie sie genannt wurden, kämpften um jedes Schulkind. DER PROLETARIER warnte vor „*gewissenlosen chauvinistischen Agitatoren*“, welche die Eltern schulpflichtiger Kinder „... *in zudringlicher Weise, ... belästigen, ...*“ Dies findet sich auf Seite eins und in großer, fetter Schrift.⁷⁵⁰ Es wurde um jedes Kind gekämpft, da ab September 1919 sowohl eine ungarischsprachige als auch eine deutschsprachige Volksschule geplant war. Die beiden Kultursektionen hatten vereinbart, eine Voranmeldung der Kinder durchzuführen. Obwohl die Aufklärung der Eltern nicht optimal war, so die Zeitung, gab es folgende Anmeldungen: für den deutschsprachigen Kindergarten 934 und für den ungarischsprachigen 900 Kinder, für die deutschsprachige Schule 1.500 und für die ungarischsprachige 1.300 Schüler. Interessanterweise gab es dabei einen enormen geschlechtermäßigen Unterschied. 700 Buben für die deutschsprachige Schule standen 750 für die ungarischsprachige gegenüber. 800 Mädchen für die deutschsprachige Schule standen 550 für die ungarischsprachige gegenüber.⁷⁵¹ Ohne ins Spekulative abzuschweifen, ist davon auszugehen, dass kein magyarisches Mädchen in eine deutsche Schule geschickt werden würde. Der weitere Schluss ist daher, dass von den 2.800 Kindern mindestens 1.600 deutscher und höchstens 1.200 magyarischer Muttersprache waren. Diese Zahlen bestätigte auch Josef Kath, der den Überhang der Buben in der ungarischen Volksschule mit dem mangelnden Angebot an deutschen weiterbildenden Schulen erklärte. Die Arbeit von Kath ist insofern bemerkenswert, als er einerseits selbst Lehrer war und andererseits er uns als Vorsitzender der Christlich-Sozialen Partei Ödenburgs bereits als Redner in der Volksversammlung in Marz begegnete. Seine Arbeit hat er kurz nach den Ereignissen verfasst und gibt uns ein Bild von der damaligen Aufbruchsstimmung der deutschen Lehrerschaft. Den Lehrern wurden attraktive Angebote gemacht: eine achtklassige Volksschule, die Verringerung der Klassenschülerhöchstzahl auf 40 und anständige Gehaltserhöhungen. Die Verstaatlichung der Schule, dies wurde bereits von der bürgerlichen Vorgängerregierung zugesagt, war verwirklicht. Daneben wurden Bibliotheken und Fortbildungskurse versprochen. An „*Reallesebücher*“ mit einem „*bodenständigen Anhang*“ für die ersten vier Volksschulklassen wurde bereits gearbeitet.

Verantwortlich für all diese Aktivitäten war die „Gaukultursektion“, die auch einen „*Lehrerferialkurs*“ im Juli 1919 organisierte, um die „*Umbildung der Lehrerschaft für die deutsche Schule*“ voranzutreiben. Neben den 50 geladenen Lehrern waren, so Kath, täglich weitere 40-50

750 DER PROLETARIER, 2.7.1919, 1.

751 OEDENBURGER PROLETARIER, 20. 7.1919, 3.

Lehrer auf freiwilliger Basis anwesend.⁷⁵² Er bezeichnete diese Veranstaltung, „... als bedeutungsvoller Schritt zur Förderung der Gaulehrerschaft“. Kath beendete seine Arbeit mit dem Hinweis auf die „bolschewistische Schreckensherrschaft“. Aufgrund des Inhalt und des Tons der Arbeit scheint dies aber lediglich die politisch erwartete Distanzierung zu sein.⁷⁵³

Die Schule war in Altungarn nicht nur ein Magyarisierungsinstrument, dieses befand sich auch überwiegend in der Hand der Kirchen. Sie hatten „... ein fast absolutes Bildungsmonopol, ...“. ⁷⁵⁴ Dies ist einer der Gründe für den erbitterten, ja maßlosen Widerstand kirchlicher Kreise gegen die Republik, gegen die Räteregierung, aber auch gegen den Anschluss Deutsch-Westungarns an Österreich. Es waren vor allem deutschsprachige Geistliche, die bis zur Befürwortung von Waffengewalt gegen die Loslösung von Ungarn kämpften. ⁷⁵⁵ Dass sie dabei lediglich willfähige Instrumente des konterrevolutionären Ungarns waren, wurde ihnen jedoch erst im Laufe der nächsten Jahre klar - siehe Bleyer und auch beim noch wesentlich fanatischeren und radikaleren katholische Priester Huber, ⁷⁵⁶ der bereits 1922 Budapest für den territorialen und auch „seelischen“ Verlust des Burgenlandes verantwortlich machte. ⁷⁵⁷

Kunst und Kultur für die deutschsprachige Bevölkerung war ein Schwerpunkt der neuen Machthaber. In der ersten Aprilwoche 1919 gab es zwei Vorstellungen im Ödenburger Theater. Eine deutschsprachige und eine ungarischsprachige Aufführung. Zukünftig sollte jeden Donnerstag ein deutschsprachiges Stück gespielt werden. Dazu wurde ebenfalls Anfang April das erste „Proletarierkonzert“ organisiert. In Brennbach trat im Juni sogar ein Komiker aus Budapest auf. In Neufeld an der Leitha gastierte das Ödenburger Stadttheater für zwei Tage mit einem abwechslungsreichen Programm. Ende Mai begann die deutsche Theatersaison. In der Ankündigung über die zu erwartenden Schauspielerinnen und Schauspieler, Sängerinnen und Sänger wird auch Oskar Homolka ⁷⁵⁸ genannt. Ab Juni wurde bereits jeden Tag ein Stück in deutscher Sprache gespielt und im Juli 1919 wurde bemängelt, dass noch immer kein städtisches Orchester existiert. ⁷⁵⁹

⁷⁵² Die Verpflegung für so viele Menschen war zu dieser Zeit in einer Stadt offenbar schon sehr problematisch. Die deutschsprachige Gemeinde Harkau spendete eine große Menge an Lebensmittel für den Lehrerferialkurs <OEDENBURGER PROLETARIER, 17.7.1919, 4. >

⁷⁵³ Josef Kath, Die „Gaukultursektion“ des kommunistischen Deutsch-westungarn In: Monatshefte für pädagogische Reform (Wien 1920) 49-52.

⁷⁵⁴ Schmidt, 187.

⁷⁵⁵ Schmidt, 157.

⁷⁵⁶ Unger, 13f. zitiert einen Artikel Hubers im CHRISTLICHES ÖDENBURGER TAGBLATT vom 23.6.1921, in dem der Priester offen zur Gewaltausübung aufruft. <19> 1928 wurde er, so wie Bleyer auch, im Budapester Parlament des „Pangermanismus“ bezichtigt und wegen „Schmähung der ungarischen Nation“ staatsanwaltlich verfolgt. <24>

⁷⁵⁷ Brief an Bleyer (23.7.1922) Zitiert nach Schmidt, 199.

⁷⁵⁸ ÖSTERREICH JOURNAL http://www.ojournal.at/Aktuelles/Magazin/2010/087_310810/087_310810_300dpi_A4.pdf, 90. 23.3.2019, 10:00h

⁷⁵⁹ DER PROLETARIER 4.4., 27.5., 15.6., 19.6.1919. 11.7.1919, 4.

7.6. Der Weg zur neuen Verfassung

Am 10. Juni 1919 begann ein Reigen von Konferenzen und Kongressen in Budapest, die alle zur Vorbereitung der erstmals einberufenen *Landesversammlung der Räte* dienten. Als Höhepunkt wurde dabei die neue Verfassung beschlossen.

Am 10. und 11. Juni 1919 fand in Budapest der *Landeskongress der deutschen Sozialisten in Ungarn* statt. Delegierte von 270 deutsche und 30 gemischtsprachige Parteiorganisationen nahmen daran teil. Bei der Eröffnung wurde der „*tapferen Roten Armee*“ gedacht in der Hoffnung, dass sie „... *den Feind aus dem Land jagt und uns hoffentlich auch die von uns abgetrennten Deutschen in der Zips, im Banat und in Siebenbürgen zurückgeben wird.*“ Es wurde auch der gefallenen österreichischen Genossen, mit Leo Rothziegel an der Spitze gedacht.⁷⁶⁰

Neben vielen anderen Gästen aus den Nachbarländern versicherte der deutschösterreichische Delegierte, dass die Saat der Revolution auch in Deutschösterreich in wenigen Wochen oder Tagen aufgehen wird. Aus der Steiermark sprach eine Delegierte, die auf den Hunger in ihrem Land hinwies.

Bei den Diskussionen wurde verschiedentlich bemängelt, dass die ungarischen Sozialisten in erster Linie Magyaren seien, dann erst internationale Sozialisten. Darüber hinaus wurde die mangelnde Vertretung der nationalen Minderheiten in den wichtigen Körperschaften der Räterepublik beklagt. Einige Delegierte übten heftige Kritik an der Verwaltung wegen der mangelnden Umsetzung der zugesagten Rechte. „... *nur in Worten, nicht aber in Taten ...*“

Am zweiten Tag besuchte Kun die Konferenz und sprach dabei auch über Westungarn. Dort sei die „... *nationale und vollständige kulturelle Autonomie für jedermann...*“ verwirklicht worden. Die nationale Unterdrückung könne nur durch die Beendigung der sozialen Unterdrückung unterbunden werden. Dies könne jedoch nur durch die Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats gesichert werden. Weder die „*feudale Herrschaft*“ noch die „*Bourgeoisiedemokratie*“ waren dazu in der Lage. Kalmár beklagte einen „*Chauvinismus*“ der durch die Partei- und Gewerkschaftsbükratie geltend gemacht werde. Umso wichtiger sei es daher die Räte zu stärken. Er verlangte föderative Organisationen der Sprachgruppen, die im Dorf beginnen und bis zur Landesorganisationen

⁷⁶⁰ Leo Rothziegel, eine nicht unbedeutende Person in der jungen und kleinen KPÖ ging bereits am 2.4.1919 mit 500 Gleichgesinnten nach Ungarn, um die Räterepublik militärisch zu unterstützen. Insgesamt kämpften ca. 1.200 Österreicher an der Seite der Räterepublik. Er fiel noch im April an der rumänischen Front bei Debreczen. <Hans Hautmann, Die verlorene Räterepublik, Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs (Wien, Frankfurt, Zürich ²1971) 143f.>

hinaufreichen. Er sah darin keine Gefahr der Uneinigkeit, da diese durch das gemeinsame Programm garantiert werde.

Ein wichtiges Thema war die Versorgungsschwierigkeit mit Lebensmitteln. Hier wurde eine Kluft zwischen Dorf und Stadt diagnostiziert, die geschlossen gehöre. Da die Märkte der Städte von den Bauern mangelhaft beliefert wurden, versuchten viele, durch Reisen aufs Land die Lebensmittel selbst zu organisieren. Sie waren bereit weit höhere Preise zu zahlen, als an staatlichen Höchstpreisen vorgesehen waren. Dadurch wurden die Lebensmittelpreise in den Kleinstädten und Dörfern ebenfalls in die Höhe getrieben.⁷⁶¹ Solche Zustände waren jedoch keine ungarische Eigenheit. Der Raum um Wien war davon noch wesentlich stärker betroffen.

Ab dem 10. Juni 1919 tagte auch der *Deutsche Landesrat*.⁷⁶² Aufgabe des Landesrates war, bei den vorbereitenden Beratungen für die Verfassung des „*ungarländische deutsche Proletariat*“ zu vertreten. Von den 70 Vertretern des „... *deutschen Proletariats*...“ waren 50 anwesend. Ein Redner wies auf den Umstand hin, dass der deutsche Landesrat heute in einem Haus [Budapester Parlamentsgebäude] tage, „... *wo so oft Gesetze beraten wurden, die ihnen drückende Fesseln anhängen*.“ Volkskommissar Kalmár erklärte in seiner Rede abermals, dass die Zerstörung des „... *Bureaokratismus und Chauvinismus*...“ und vor allem „... *der Komitatseinteilung*...“ die soziale und somit auch die nationale Befreiung bringen wird. An die Stelle der Komitate sollen die „*spracheinheitlichen Gaue und der Föderalismus treten*.“ Selbst die kleinsten Dörfer sollen Räte bilden, die sich in den Bezirks- und Kreisräten bis zum Landesverband hinauf organisieren. Er sprach die noch immer nicht abgeschlossenen Abgrenzungen an und verwies auf die bevorstehende Übernahme der Exekutive aus der Hand der alten Komitatsverwaltung samt der Entfernung der Notäre und alten Beamten.⁷⁶³

In der Sitzung am folgenden Tag erwähnte der Vorsitzende der Tagung, dass in den deutschen Gebieten noch genügend Lebensmittel vorhanden seien.⁷⁶⁴ Ein Vertreter aus dem Wieselburger Komitat bestätigte diesen Umstand. Getreide, um 180 Waggons zu beladen, steht bereit, es kämen aber keine Waggons. Und für die täglich 5.000 Liter Milch gäbe es keine Transportbehältnisse. Am 12. Juni 1919 wurde die Sitzung des *Deutschen Landesrates* fortgesetzt. Eine Reihe von Detailproblemen vor allem der westungarischen Delegierten kam zur Sprache. Daraus sind die Sorgen und Probleme der Menschen gut ablesbar. Sehr empfindlich reagierten die Delegierten auf Verletzungen ihrer neu gewonnenen sprachlichen Unabhängigkeit. So wurden die

761 PESTER LLOYD, 10.6.1919, 3, 11.6.1919, Morgenblatt, 2-4

762 PESTER LLOYD, 11.6.1919, Morgenblatt, 1f.

763 PESTER LLOYD, 11.6.1919, Abendblatt, 2.

764 PESTER LLOYD, 12.6.1919, Morgenblatt, 2f.

Autonomiegesetze nicht in den ungarischen Amtsblättern veröffentlicht, was zu Problemen mit den ungarischen Behörden geführt habe. „Sonst werden die Deutschen selbst handeln. Wenn man ihnen nicht gäbe, was man ihnen versprochen habe, werden sie sich ihr Recht nehmen,“ wurde ganz unverhohlen gedroht.

Am 13. Juni 1919 wurde der vorliegende Verfassungsentwurf für die Stellung der Deutschen in Ungarn Punkt für Punkt diskutiert und darüber abgestimmt. Dabei kam es zu einigen bedeutenden Änderungen. So wurde z.B. der zweite Absatz des § 7 bemängelt. Darin war festgelegt, dass an der Spitze des Gaues ein ernannter Funktionär stehen sollte und kein gewählter. Die Änderung sah nun vor, dass der vom deutschen Volksbeauftragten bestimmte Gaukommissär vom leitenden Regierungsausschuss zu bestätigen sei.⁷⁶⁵

Am 12. und 13. Juni 1919 wurde der Kongress der Sozialistischen Partei Ungarns abgehalten. Kun räumte dabei in seiner programmatischen Rede der nationalen Frage breiten Raum ein. Aufgrund der üblen Vergangenheit der magyarischen Nationalitätenpolitik sollte mit den anderen Nationen „... taktvoll ...“ umgegangen werden, „um ihre nationale Empfindlichkeit nicht zu verletzen.“ Um „... die Sicherung der vollkommensten nationalen Autonomie und Unabhängigkeit“ zu garantieren, strebe er „das System der föderativen Räterepubliken an.“

Der erste Kritikpunkt bei der Debatte, das Fehlen der Abschaffung der Todesstrafe, wurde in der Debatte mit dem Hinweis, „Es ist ja jetzt Krieg“, zurückgewiesen.⁷⁶⁶ Der Delegierte forderte einen Programmpunkt, der die „Schadloshaltung der unschuldig Bestraften“ beinhaltete. Weiters sprach er sich dagegen aus, vor dem Parlament Hinrichtungen durchzuführen. Das Thema Todesstrafe wurde im Laufe der Debatte nochmals angesprochen. Sigmund Kunfi⁷⁶⁷ sprach sich bei der grundsätzlichen Befürwortung der Diktatur des Proletariats, neben der unbeschränkten Meinungsfreiheit und Kritik für die „Menschlichkeit auch der Bourgeoisie gegenüber ...“ aus. Zu diesem Thema gab es eine Reihe von zustimmenden, aber auch gegenteiligen Meinungen. Eine weitere Wortmeldung kritisierte die Entsendung „unreifer Agitatoren ... die erst am 21. März Sozialisten geworden sind“. Der Redner forderte, dass nur solche aufs Land geschickt werden, „...

765 PESTER LLOYD, 14.6.1919, Morgenblatt, 4.

766 Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. PESTER LLOYD, 13.6.1919, Abendblatt, 2.

767 (1879-1929) Sozialdemokrat. Mittelschullehrer. Aus politischen Gründen aus dem Staatsdienst entlassen. Leitender Redakteur der Parteizeitung Népszava. Ab November 1918 Minister bzw. Volkskommissar. Flüchtete nach Wien. Redakteur der Arbeiter-Zeitung und Dozent der Arbeiterhochschule. https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Zsigmond_Kunfi, 15.4.2019, 16:30h.

die die Wünsche und das Wesen der armen Bauern kennen.“ Ungeheure Fehler wurden ... im Dorfe begangen, so der Tenor.

Tibor Szamuely⁷⁶⁸ berichtete aus seiner Erfahrung mit der „bewaffneten Revolte“ in Transdanubien. Die Schuld an dieser gab er den „Budapester Kritikern und Humanisten“, deren Haltung zur Diktatur des Proletariats dazu geführt hätte, dass „... naive Provinzseelen ... den Mut zur Verfolgung der Kommunisten“ gefunden hätten. Die Gegenrevolutionäre hätten ursprünglich zwar verkündet, keine Einwände gegen Gewerkschaften und Sozialdemokraten zu haben. Diese seien dann doch allesamt verhaftet und etliche zum Tode verurteilt worden. „...die Bourgeoisie [macht] ihre eigene Diktatur durchaus nicht in so milder Form ..., wie einzelne Genossen es hier sehen möchten.“⁷⁶⁹

Ursprünglich wurde vereinbart, dass die „revolutionäre Internationale“ den endgültigen Namen der vereinigten Partei geben sollte. Der Vollzugausschuss der Kommunistischen Internationalen schlug am 12. Juni 1919 den Namen *Ungarländische Vereinigte Kommunistische Partei* vor. Daraufhin kam es zu heftigen Wortgefechten zwischen den Delegierten, die dazu führten, dass Kun schließlich den Antrag stellte den Namen auf *Ungarländische Partei der Sozialistischen, Kommunistischen Arbeiter* zu ändern.⁷⁷⁰

7.6. Die neue Verfassung

Am 14. Juni 1919 wurde die *Landesversammlung der Räte*, das höchste Organ der Republik eröffnet. Der deutschösterreichische Delegierte eröffnete den Reigen der Begrüßungsworte der ausländischen Gäste.⁷⁷¹ Am ersten Tag wurde das Programm der *Ungarländischen Partei der Sozialistischen, Kommunistischen Arbeiter* angenommen. In der Grundsatzerklärung wurde im Nationalitätenteil formuliert: „In allen nationalen und kulturellen Angelegenheiten gebührt den verschiedenen Nationalitäten angehörenden Proletariat vollständige Selbstverwaltung.“ Selbst der proportionale Teil der Einnahmen und des Vermögens wurde zugesagt.

⁷⁶⁸ (1890-1919) Er war in russischer Kriegsgefangenschaft und trat der Roten Armee bei. Er kam im Jänner 1919 nach Ungarn zurück. Am 21. März 1919 wurde er stellvertretender Volkskommissar für Kriegswesen. Die Zusammenarbeit funktionierte nicht und Szamuely wurde Volkskommissar für das Unterrichtswesen. Am 21. April 1919 wurde er Präsident der Kommission im Etappenraum. Er hatte für die Unterdrückung von Konterrevolutionen und die Aufrechterhaltung von Ordnung und Disziplin im Etappenraum zu sorgen. Daneben war er Kommissar der Budapester Armeegruppe. Ihm wurde kein Asyl in Deutschösterreich gewährt. Er verließ am 1. August 1919 Budapest und überschritt am 2. August 1919 bei Bad Sauerbrunn die Grenze. Dabei wurde er auf deutschösterreichischer Seite festgenommen. Nach der Festnahme erschoss er sich. <Tibor Szamuely, Alarm (Berlin 1959).>

⁷⁶⁹ PESTER LLOYD, 13.6.1919, Morgenblatt, 1-4.

⁷⁷⁰ PESTER LLOYD, 13.6.1919, Abendblatt, 1f.

⁷⁷¹ PESTER LLOYD, 14.6.1919, Abendblatt, 1f.

In der Agrarfrage beschloss man, dass neben der Übernahme der mittleren und großen Grundbesitze, „*die Vereinigung der kleinen Landwirte auf genossenschaftlicher Grundlage*“ angestrebt werde.

Auf Antrag von Kun wurde ein Manifest an das französische Proletariat beschlossen. Darin heißt es, dass Ungarn „*eingekeilt zwischen ebenso gewissenlosen wie beutegierigen Staaten, die überdies von den siegreichen imperialistischen Großmächten ... unterstützt werden, ...*“ sei. „*Sie haben unzählige Gegenrevolutionen geschürt, überall Weiße Garden organisiert, und ... den weißen Terror schrankenlos walten lassen unbekümmert darum, dass die Räterepublik es nie gestattet hatte, dass der rote Terror sich geltend mache.*“⁷⁷²

Am zweiten Tage des Kongresses wurde einleitend festgestellt, dass „*der föderativen Struktur der Räterepublik*“ entsprechend, jeder seine Muttersprache benutzen könne.⁷⁷³

Mitten in die Landesversammlung am 16. Juni 1919, wurde die Ausrufung der selbstständigen slowakischen Räterepublik in Prešov⁷⁷⁴ gemeldet.

Die neue Verfassung der *Ungarländischen Sozialistischen Föderativen Räterepublik* wurde am 23. Juni 1919 beschlossen.

In § 3 wurde festgelegt: „*Die Räterepublik ist ein freier Bund freier Völker.*“ § 11 besagt: „*Die Räterepublik schützt die wahre Gewissensfreiheit der Arbeitenden dadurch, dass sie die Kirche vom Staat, die Schule von der Kirche vollständig trennt. Jeder kann seine Religion frei ausüben.*“.

Betreffend der Nationalitäten wurde in § 14 dekretiert: „*... alle Behörden sind verpflichtet, jede in irgendeiner der in Ungarn gebräuchlichen Sprachen ausgestellte Eingabe entgegenzunehmen, jedermann in seiner eigenen Muttersprache anzuhören und mit ihm in dieser zu verhandeln.*“

Die oberste Macht der Räterepublik war der *Landeskongress der verbündeten Räte*. (§ 15) Dieser ist vom *Bundes-Zentralausschuss* mindestens zweimal pro Jahr einzuberufen. (§ 17) Dieser Bundes-Zentralausschuss sollte aus mindestens 150 Mitgliedern bestehen. (§ 19) Er übt, wenn der Landeskongress nicht tagt die „*höchste gesetzgeberische und vollziehende Gewalt aus.*“ (§ 20) Er wählt die *Revolutionäre Räteregierung*. (§ 24) Diese kann Verordnungen erlassen, (§ 27) die vom Bundes-Zentralausschuss überprüft und abgeändert werden können. (§ 29) Im eigenen Wirkungskreis können auch die Volkskommissare Verordnungen erlassen, welche von der Regierung und dem Bundes-Zentralausschuss überprüft und abgeändert werden können. (§ 33)

772 PESTER LLOYD, 15.6.1919, 2f.

773 PESTER LLOYD, 16.6.1919, 1.

774 ungarisch Eperjes

Die Mitglieder des Landeskongresses der verbündeten Räte werden von den Bezirks- und Stadträten gewählt. Für 50.000 Einwohner ist ein Rätemitglied vorgesehen. (§38)

Die Angelegenheiten der Dörfer und Städte leiten die lokalen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Jede Gemeinde unter 6.000 Einwohner ist ein Dorf. (§ 39) In den Dorfrat wird pro 100 Einwohner ein Ratsmitglied gewählt. (§ 40) Der Dorfrat bildet zur unmittelbaren Leitung einen *leitenden Ausschuss*. (§ 42) Die Dorf- und Städteräte bilden den *Bezirks- Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat* mit höchstens 60 Mitgliedern. Pro 1.000 Einwohner ist ein Ratsmitglied vorgesehen. Die Dörfer müssen aber mindestens 50% der Räte stellen. (§ 43)

Der Bezirksrat wählt seinerseits einen *leitenden Ausschuss* aus höchstens 15 Mitgliedern. (§ 45) Der Distrikts- bzw. Komitats- Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird durch die Stadt- und Bezirksräte gewählt.

In § 49 wurde verordnet, dass „*die früher bestandenen Organisationen der lokalen Verwaltung ...*“ aufhören zu existieren. Trotz dieser Verordnung, die die Komitate zerstören sollte, wurde die Art der Selbstverwaltung weitergeführt. „*Die Räte können in ihrem Wirkungskreis Verordnungen (Statuten) von allgemeiner Wirksamkeit erlassen.*“ verfügt der § 51.

Im § 76 ist klar und eindeutig festgelegt, dass die Dorf- und Stadträte die Bezirksräte, diese die Distriktsräte und diese wiederum die Mitglieder des Landeskongresses für sechs Monate wählen. Trotzdem erscheint die Unter- oder Überordnung der diversen Räte etwas verworren. Das Institut der Städte mit Munizipalrecht war z.B. immer noch vorhanden. Von einer klaren und eindeutigen Verfassungskonstruktion, wie es vom Grundgedanken des Rätensystems zu erwarten war, kann nicht gesprochen werden.

Das Wahlrecht wurde in den §§ 66 bis 77 geregelt. Alle in Ungarn lebenden Menschen ab dem 18. Lebensjahr waren wahlberechtigt. Nicht wahlberechtigt waren Menschen, die zu Gewinnzwecken „*Lohnarbeiter anstellen*“, die aus arbeitslosem Einkommen lebten, Kaufleute, Geistliche und Ordensbrüder sowie Geisteskranke, Entmündigte und Verurteilte. Die Regeln über die Abwicklung der Wahlen waren durchaus demokratisch bzw. rechtsstaatlich formuliert.

Ein Grundprinzip der Räteorganisation war, dass der Gewählte von den Wählern jederzeit seines Mandates verlustig erklärt werden kann - zu finden im § 56 und § 77.

In den §§ 84 bis 89 sind die Rechte der Nationen geregelt. Der zentrale Punkt dabei war die Regelung, „*wo irgendeine Nation auf einem sich auf mehrere Distrikte erstreckenden zusammenhängenden Gebiete sich in Majorität befindet, können sich die Distrikte zu einem nationalen Distrikt vereinigen.*“ Diese Distrikte bilden einen Zentralrat samt leitendem Ausschuss. Und diese Behörde ist Vorgesetzte aller Räte in dem Distrikt. Sie ist zuständig für innere

Verwaltung, die Justiz und das Unterrichts- und Kultuswesen. Und solch ein Distrikt ist Teil der *Ungarländischen Sozialistischen Föderativen Räterepublik*. Der jeweilige Volkskommissar ist vom jeweiligen Landesrat zu wählen.⁷⁷⁵

Mit letzterer Regelung über die Bestimmung des Volkskommissars, hatten sich die Delegierten gegenüber dem ursprünglichen Entwurf durchgesetzt.

Mitte Juni 1919 wurde gemeldet, dass Béla Wajdits⁷⁷⁶ als Gaukommissär von Deutsch-Westungarn vorgesehen wurde.⁷⁷⁷ Doch dann kam es anders. Am 1. Juli 1919 wurde Ludwig Leser „... mit den *Agenden des deutschen Gaukommissärs betraut ...*“⁷⁷⁸

Am 8. Juli 1919 teilte man dem Ödenburger Arbeiter, Soldaten- und Bauernrat mit, dass „*die Betrauung des Genossen Kellner*“ erloschen sei. Kellner hatte es verabsäumt sich in den leitenden Ausschuss des Landes wählen zu lassen.⁷⁷⁹ Nachdem Leser zum Gaukommissär von Deutsch-Westungarn ernannt wurde, war Kellner de facto entmachtet.

Die Veröffentlichung der neuen Verfassung im Amtsblatt dauerte noch Wochen. Erst am 22. Juli 1919 konnte in Deutsch-Westungarn verkündet werden: „*Wir haben aufgehört eine „Nationalität“ zu sein und ziehen als eine gleichberechtigte Nation, ... in das Verfassungsleben ein*“.⁷⁸⁰

Aber bereits vorher wurden vom Deutschen Volksamt Gesetze für die nationalen Distrikte herausgegeben. Der Gesetzesartikel I/1919 wurde als „Verfassungsgesetz“ übertitelt. § 1 schließt mit „... *haben die Deutschen in Ungarn ... volles Selbstbestimmungsrecht, eigene Gesetzgebung und Vollzugsgewalt*.“⁷⁸¹

Dazu kam nun endlich die territoriale Ausstattung des Gebietes. „*Die Räteregierung hat mit ihrer Verordnung CXXIX im Sinne des § 86 der Verfassung der Räterepublik die Errichtung des westungarischen deutschnationalen Gaues angeordnet ...*“.⁷⁸² In dieser Verordnung wurden alle territorialen Wünsche erfüllt. Neben Ödenburg als Hauptstadt griff das Gebiet über das spätere

775 PESTER LLOYD, 24.6.1919, Morgenblatt, 2-4.

776 Er war Gründungsredakteur der OEDENBURGER NACHRICHTEN, einer Beilage der Preßburger Zeitung WESTUNGARISCHE VOLKSSTIMME. Dies geschah 1906, gleichzeitig mit der Gründung eines sozialdemokratischen Parteisekretariats in Ödenburg. <ARBEITER-ZEITUNG, 25.8.1921, 5.>

777 OBERWARTER SONNTAG-ZEITUNG, 15.6.1919, 3.

778 PROLETARIER, 2.7.1919, 4.

779 DER PROLETARIER, 8.7.1919, 5.

780 OEDENBURGER PROLETARIER, 22.7.1919, 1.

781 OEDENBURGER PROLETARIER, 12.7.1919, 4.

782 PESTER LLOYD, 17.7.1919, Abendblatt, 5.

Burgenland weit hinaus. So kam Ungarisch-Altenburg, Wieselburg und Güns zum deutschen Gebiet.⁷⁸³

Nach diesem Verfassungsgesetz wurde noch eine weitere Reihe von Gesetzen erlassen. Das *Gesetz über die Gerichtsbarkeit* legte diese in die Hand von Gemeinde-, Bezirks- oder Stadtgerichten, sowie dem Deutschen Obersten Gerichtshof. Dieser sollte den Sitz in Budapest haben. Die Mitglieder der Gerichte sollten von den entsprechenden Räten nominiert werden.⁷⁸⁴ Ein *Gesetz über die Volkswirtschaft* schuf man zur Regelung der wirtschaftlichen Angelegenheiten der deutschen Gebiete.⁷⁸⁵ Das Gesetz über *die Deutsche Rote Wache* sollte die öffentliche Sicherheit, die innere Ordnung und sogar die den Grenzpolizeidienst regeln.⁷⁸⁶

Diese Neugestaltung des Staates Ungarn in eine föderative Republik mit einer vorbildlichen Minderheitenregelung war ein entschlossener und mutiger Versuch, Altungarns feudale und bürgerliche Zwangsherrschaft hinter sich zu lassen. Umso erstaunlicher ist der Umstand, dass Zachar behauptet, „... selbst die Räterepublik schuf keine neuen territorialen Verwaltungs- und Selbstverwaltungseinheiten.“⁷⁸⁷

Es waren nur mehr wenige Tage, bis die Räterepublik beseitigt wurde. Ausgerechnet rumänische Truppen waren notwendig, die alte gesellschaftliche Ordnung wiederherzustellen. Kath schrieb von einem „plötzlichen Ende des Rätensystems“.⁷⁸⁸

Die magyrischen Konterrevolutionäre, obwohl zahlreich, militärisch erfahren und mit viel Geld ausgestattet, waren nicht in der Lage die Räterepublik zu gefährden. Ein Teil der konterrevolutionären Kräfte sammelten sich in Feldbach. Sie wurden von österreichischen Reaktionären unterstützt, hofiert und umhächelt. Obgleich die Wiener Regierung die Schließung des ungarischen Offizierslagers Feldbach anordnete, wurden die Konterrevolutionäre weiter unterstützt. Es war unter anderem Landeshauptmann Rintelen, aber auch christlich-soziale Kreise in Wien. Die REICHSPPOST druckte beispielsweise Flugblätter für ungarische konterrevolutionäre Kräfte in Szeged.⁷⁸⁹

783 OEDENBURGER PROLETARIER, 19.7.1919, 5.

784 OEDENBURGER PROLETARIER, 19.7.1919, 2.

785 OEDENBURGER PROLETARIER, 18.7.1919, 4.

786 OEDENBURGER PROLETARIER, 20.7.1919, 2.

787 Zachar, 82.

788 Kath, 52.

789 Brader, 226-228.

Tage nachdem die Räteregierung gestürzt wurde, wechselten sie widerstandslos die Grenze und waren dann sehr wohl in der Lage, weite Teile der Bevölkerung des späteren Burgenlandes zu terrorisieren und den Anschluss dieses Gebietes an Österreich temporär zu verhindern.

7.7. Religion und Kirche in der Räterepublik

Bereits am 22. März 1918 sprach die revolutionäre Räteregierung „*die Trennung von Kirche und Staat*“ aus. Alle „*Zwangsabgaben für kirchliche und konfessionelle Zwecke*“ wurden eingestellt.⁷⁹⁰

Damit wurde auch der Religionsunterricht zur Privatsache erklärt.

Dies war eine der ersten Maßnahmen die Auswirkungen bis ins letzte Dorf Ungarns hatte. Bis jetzt fand der Religionsunterricht im Rahmen des Schulunterrichts statt, nun durften öffentliche Gebäude nicht mehr dafür verwendet werden. Die Schulen standen entweder im Eigentum der öffentlichen Hand oder der Religionsgesellschaften. Und Gebäude der Religionsgesellschaften, die nicht unmittelbar der Religionsausübung dienten, wurden enteignet. Der Religionsunterricht selbst wurde hingegen nicht verboten.

Manche Gemeinden, denen der Religionsunterricht wichtig und notwendig erschien, sahen sich daher gezwungen, eine Lösung für dieses Dilemma zu finden. In Rohrbach beschloss der Arbeiter- und Bauernrat, „*da in der ganzen Gemeinde ... kein entsprechendes Zimmer oder Lokal vorhanden ist ... und in der Kirche ohne Nachteil der Gesundheit der Kinder die Religion nicht unterrichtet werden kann ...*“, dass der Religionsunterricht in der Schule „*... außer dem Lehrplan unterrichtet werden.*“ soll. Dieser Beschluss wurde dem Gaurat zur Kenntnis gebracht.⁷⁹¹ In Wulkaprodersdorf wurde der Religionsunterricht im Schulhof erteilt.⁷⁹²

Aus der Sicht des Parteiapparats waren vor allem die Frauen für die kirchenfreundliche Situation in Deutsch-Westungarn verantwortlich. Der Parteisekretär berichtete auf dem Landeskongress der deutschen Sozialisten in Ungarn über diese Situation. Die deutschen Frauen hörten sich zwar die Reden bei den Volksversammlungen an. „*... sagten, es war schön und gingen weiter in die Kirche.*“

⁷⁹³

In den Dörfern war es der Pfarrer, an dem sich viele Prinzipien, Gesetze und Anweisungen der Räterepublik rieben. Die Lehrer hatten dagegen weniger Probleme, denn viele waren Anhänger der neuen Zeit. Die Notäre waren nach den Ereignissen im Oktober/ November 1918 bedacht, den

⁷⁹⁰ PESTER LLOYD, 23.3.1919, 1.

⁷⁹¹ Protokoll der Gemeinderatssitzung von Rohrbach bei Mattersburg vom 24.7.1919.

⁷⁹² Martin Zirkovitsch (Hg), Wulkaprodersdorf eine Gemeinde stellt sich vor - Vulkaprodrštof Selo se predstavlja (1992) 121.

⁷⁹³ Pester Lloyd, 10.6.1919, 3, 11.6.1919, Morgenblatt, 2-4

neuen Herren zu dienen und die Großgrundbesitzer waren längst in der Schweiz, in Wien oder Szeged. Im kroatischen Baumgarten/ Pajngrt war der Pfarrer auch während der Rätezeit Vorsitzender der Gemeinderechnungsprüfung. Dieses Organ gab am 8. Dezember 1919, noch immer unter dem Vorsitz des Pfarrers, der Finanzgebarung des Jahres 1919 die einstimmige Zustimmung.⁷⁹⁴

Für die Menschen, die mit der Errichtung der Räterepublik ihre gegenrevolutionären Tätigkeiten intensivierten oder erst aufnahmen, war die Verbreitung von Falschmeldungen vorerst die einfachste Methode die neuen Machthaber anzugreifen. Schon nach wenigen Wochen war es notwendig vor „bezahlten Agenten“ zu warnen, die die Dörfer „durchstreichen“ und „Schauermärchen“ erzählen. *„Kein Mensch denkt daran, Eure kleinen Häuschen ... zu konfiszieren, Eure Äcker Euch wegzunehmen. Die Sozialistische Partei kämpft ..., nicht aber gegen die kleinen Bürger, gegen den Gewerbetreibenden. Wenn jemand in den Dörfern erscheint und ...Requisitionen vornimmt, so ist dies ein Betrüger, ...“.*⁷⁹⁵

Und das Feld der Religion war für gegenrevolutionäre Aktivitäten ein besonders dankbares Gebiet. Einerseits war der politische Katholizismus der erklärte Feind. Andererseits hing der überwiegende Teil der Bevölkerung an ihrem Glauben, den entsprechenden Institutionen, den Ritualen und Gewohnheiten. Aus diesem Grund war es ab Beginn der Rätezeit notwendig, immer wieder die gestreuten Gerüchte zu dementieren oder die tatsächlichen Missverständnisse aufzuklären. Bereits in der ersten Ausgabe des PROLETARIERS musste festgehalten werden, dass die Kirchen nicht sozialisiert werden. Sie durften nur für religiöse Zwecke verwendet werden.⁷⁹⁶ Daneben waren sämtliche öffentliche Kapellen, Denkmäler, Bethäuser, Kalvarien, Glockenstühle sowie die für religiöse Zeremonien nötigen Gegenstände von der Inventarisierung ausgenommen.⁷⁹⁷ In einem ganzseitigen Artikel auf Seite eins, erklärte ein evangelischer Schulleiter, dass der Religionsunterricht erst im letzten Quartal des 19. Jh. in den ungarischen Schulen eingeführt wurde. Und viele Gründe dafür sprechen, den Religionsunterricht nicht in der Schule abzuhalten.⁷⁹⁸

Eine wichtige Angelegenheit für alle Geistlichen war ihr finanzielles Auskommen. Der zuständige Volkskommissar verfügte, dass alle im nichtbesetzten Ungarn praktizierenden Geistlichen entsprechend zu entlohnen sind. Die Geistlichen durften sich aber nicht gegenrevolutionär betätigen

794 Baumgarten Pajngrt, Der Ort. Die Geschichte. Die Menschen – Selo. Povijest. Ljudi (2017) 61.

795 DER PROLETARIER, 9.4.1919, 4.

796 DER PROLETARIER, 2.4.1919, 3.

797 DER PROLETARIER, 3.5.1919, 3.

798 DER PROLETARIER, 24.4.1919, 1f.

oder dies in der Vergangenheit gemacht haben.⁷⁹⁹ In einem Kommentar anlässlich des Landeskongress der Räte führte der Autor an, dass zukünftig jeder Pfarrer ein anständiges Gehalt bekommen soll. Damit er nicht, so wie in der Vergangenheit, sein Leben lang von noch ärmeren Bauern seinen Lebensunterhalt erbetteln muss. Und nebenbei wünschte er sich einen Bauernsohn als Erzbischof oder Fürstprimás, nicht nur Grafensöhne.⁸⁰⁰

Die Liegenschaften der Pfarren zogen die Begehrlichkeiten mancher an, so dass diese u.a. für diverse geplante Bauaktivitäten in Betracht gezogen wurden. Die Bodenreformkommission in Mattersburg teilte der Gemeinde Rohrbach bei Mattersburg mit, den zentral gelegenen Pfarrgarten für die Parzellierung von Bauplätzen ausgewählt zu haben. Mit diesem Schritt, so der Arbeiter- und Bauernrat, würde das „... derzeit ohnehin sehr geringes Einkommen [des Pfarrers] empfindlich geschmälert ...“ werden. Daher wurde nachdrücklich gefordert „... dass unser Herr Pfarrer in seinem rechts- und gesetzmäßigen Einkommen keinen Schaden erleide.“⁸⁰¹ Der Arbeiter und Bauernrat beschloss sogar, um den Pfarrer finanziell zu unterstützen, am folgenden Sonntag „... von Haus zu Haus gehen und für den Herrn Pfarrer absammeln“ zu lassen.⁸⁰²

Auch Pfarrer anderer Gemeinden hatten materielle Probleme. In Sigleß versuchte der Pfarrer dies in Eigeninitiative zu regeln. Das Ergebnis war eine kräftige Abreibung in der Zeitung ob seiner unverschämten „Ansprüche“.⁸⁰³ Fünf Tage später stellte der zuständige *politisch Bevollmächtigte für Deutschwestungarn* in der Zeitung fest, dass der Pfarrer keine „unverschämten Forderungen“ gestellt habe. Und im Übrigen werde die Angelegenheit zusammen mit dem Ortsdirektorium „auf dem Boden der Räteregierungsverordnung geregelt“ werden.⁸⁰⁴

Es war der Räteregierung offensichtlich ein großes Anliegen, ihr Verhältnis zur Religion immer wieder klarzustellen. Gegenteilige Gerüchte und feindliche Propaganda machten ihr vor allem im Grenzgebiet diesbezüglich das Leben nicht leicht.

Abermals auf Seite eins wurde dieses Thema abgehandelt. Die Menschen wurden aufgefordert, „einfach die Augen aufzumachen und die Vorgänge objektiv zu betrachten“. Die Kirchen stehen noch, die Geistlichkeit kann ihren Beruf frei ausüben. „Von der Kanzel herab falsche Politik zu verbreiten“, sei nicht mehr möglich. Die zehn Gebote seien „unberührt“. Eheschließungen unter strenger Einhaltung der Ehegesetze finden tagtäglich statt, so der Kommentator. Es wurde dringend

799 DER PROLETARIER, 30.4.1919, 3.

800 DER PROLETARIER, 15.6.1919, 2.

801 Protokoll der Gemeinderatssitzung von Rohrbach bei Mattersburg vom 1.6.1919.

802 Protokoll der Gemeinderatssitzung von Rohrbach bei Mattersburg vom 24.7.1919.

803 DER PROLETARIER, 19.6.1919, 2.

804 DER PROLETARIER, 24.6.1919, 3.

gefordert, das „*dumme Gefasel von der ‚freien Liebe‘ einem Ende*“ zu machen.⁸⁰⁵ Dass das kirchliche Leben tatsächlich seinen üblichen Lauf nehmen konnte, ist u.a. daraus ersichtlich, dass die Feier von Priesterjubiläen, silbernen Hochzeiten, Tauffesten und Erstkommunionfeiern in den Zeitungen vermeldet wurde.⁸⁰⁶

Die Hinrichtung des Pfarrers von Nikitsch hatte nur indirekt religiöse Gründe und wird im Kapitel über den „Roten Terror“ genauer untersucht.

Von einer Kirchen- oder gar Religionsverfolgung kann weder seit Oktober 1918, noch in der Räterepublik gesprochen werden. Probleme bekamen lediglich die Geistlichen, die aktiven Widerstand leisteten oder andere dazu anstachelten.⁸⁰⁷

7.8. Alkohol und dessen Verbot

Nach der Verordnung über das Standrecht wurde bereits das Alkoholverbot als Verordnung Nr. II des Revolutionären Regierenden Rates publiziert. Verboten war sowohl der Ausschank, der Vertrieb wie auch der Konsum „*jedweder alkoholischer Getränke.*“

Die Bewegung für ein Alkoholverbot war während des 19. Jahrhunderts sehr stark und einflussreich. Ihren Kulminationspunkt erreichte sie vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Es gab damals zahlreiche Versuche nationaler Alkoholverbote, so in Island, Finnland, Norwegen, Russland und Kanada. In Finnland und den USA dauerte die Prohibitionszeit von 1919 bis 1931 bzw. 1933.

⁸⁰⁸

Das Alkoholverbot in der Räterepublik fußte in den sozialen Implikationen des exzessiven Alkoholgenusses. In Ungarn war ein Landesrat gegen Alkoholismus tätig bzw. gab es eine Landesliga der Antialkoholikervereine, die weitergehende Wünsche äußerte.⁸⁰⁹ Viel stärker jedoch waren sicherheitspolitische Bedenken. Zeiten in denen politische Gegensätze aufeinanderprallen konnten, wurden oft mit einem Alkoholverbot belegt.

Bereits am ersten Tag der Regierung Károlyi wurde in Ungarn ein Alkoholverbot erlassen.⁸¹⁰ Um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten hatte in Wien der Staatsrat auf Antrag der Sozialdemokraten für den 11. und 12. November 1918 ein Alkoholverbot beschlossen.⁸¹¹ Solche Beschlüsse sind aber auch aus anderen österreichischen Städten, Bundesländern oder speziellen Orten wie Bahnhöfen

⁸⁰⁵ DER PROLETARIER, 15.7.1919, 1f.

⁸⁰⁶ OBERWARTER SONNTAGS-ZEITUNG, 20.7.1919, 4. 8.6.1919, 3.

⁸⁰⁷ Tatsächlich, dieser Hinweis sei hier erlaubt, war die Verfolgung von Priestern in der Zeit bis zum Anschluss an Österreich bedeutender. Siehe dazu die sicherlich unverdächtige Arbeit von Schmidt.

⁸⁰⁸ <https://www.britannica.com/topic/prohibition-alcohol-interdict>, 5.3.2019, 10:30h.

⁸⁰⁹ PESTER LLOYD, 12.11.1919, Morgenblatt, 13.

⁸¹⁰ PESTER LLOYD, 1.11. 1919, Morgenblatt, 5.

⁸¹¹ ARBEITER-ZEITUNG, 11.11.1918, 1.

bekannt. Z.B. wurde in Wiener Neustadt am 4. November 1919 ein allgemeines Alkoholverbot erlassen.⁸¹² Die letzten Reste des am 18. Dezember 1918 erlassenen Alkoholverbots bei Wahlen wurden in Österreich erst 1979 endgültig gestrichen.⁸¹³

In der Zeit vor der Räterepublik gab es ein bestehendes Alkoholverbot. Die ungarische Justiz ging auch gegen Übeltäter mit Geld und Gefängnisstrafen vor.

Dazu folgende Beispiele für viele Urteile: Eine Wirtin wurde zu fünf Tagen Arrest und 100 Kronen Geldstrafe verurteilt. Über den Betreiber eines Kaffeehauses wurde für den originellen Versuch, Wein unbemerkt in Teekannen auszuschenken eine Geldstrafe von 1.000 Kronen verhängt.

Zusätzlich wurde das Lokal auf Dauer des Alkoholverbotes gesperrt.⁸¹⁴ Es gab für die Verurteilten Geldstrafen, Freiheitsstrafen und die temporäre oder endgültige Schließung des Lokals. Es war auch notwendig mitzuteilen, dass selbst Offizierskasinos vom Alkoholverbot betroffen seien.⁸¹⁵ Nur zu Silvester gab es eine Ausnahme⁸¹⁶ und selbstverständlich gab es auch Bestrebungen der Interessensvertreter das Alkoholverbot zu mildern oder ganz abzuschaffen.⁸¹⁷ Nicht sanktioniert war der Genuss alkoholischer Getränke in Privaträumlichkeiten. Der Handel mit alkoholischen Getränken war daher auch nicht generell verboten.

In der Räterepublik wurde überdies der Genuss selbst unter Strafe gestellt. Diese Bestimmungen verursachten viel Lärm, viel Ärger und gaben viele Angriffspunkte. Erfolg hatte das Verbot keinen. Bereits nach wenigen Tagen wurde verordnet, dass Ärzte Kranken Wein aus gesundheitlichen Gründen verordnen konnten.⁸¹⁸ Ab Mai 1919 wurde Bier mit 1% Alkoholgehalt erzeugt und ausgeschenkt. Die Erlaubnis erfolgte per Verordnung und die Konsumenten durften maximal 1 Liter pro Tag konsumieren.⁸¹⁹ In den Betrieben rund um Neufeld wurde bereits im April Bier an die Arbeiter ausgeschenkt.⁸²⁰ Preis und Bekömmlichkeit waren nicht nach dem Geschmack der Konsumenten. Ein erboster Leserbriefschreiber nannte es „*das ohnehin kaum zu genießende Bier*“.

⁸²¹ Die auch in der Zeit stattgefundenen Tanzunterhaltungen, Feuerwehrkränzchen, Waldfeste und sonstigen Belustigungen werden sicherlich nicht ohne Alkohol stattgefunden haben. Einerseits wurde mit dem Vorhandensein diverser Getränke geworben, „... *frisches Bier* ...“ oder „... *für gute Speisen und echte Getränke ist bestens gesorgt*.“ Andererseits ist keine Ahndung der Übertretung

812 ARBEITER-ZEITUNG, 5.11.1918, 3.

813 Bundesministerium für Inneres,

https://www.bmi.gv.at/magazinfiles/2006/01_02/files/alkoholverbot_wahlen.pdf, 5.3.2019, 11:00h

814 PESTER LLOYD, 30.11.1918, Abendblatt, 5.

815 PESTER LLOYD, 13.12.1918, Morgenblatt, 9.

816 PESTER LLOYD, 20.12.1918, Abendblatt, 5.

817 PESTER LLOYD, 14.1.1919, Morgenblatt,, 10.

818 DER PROLETARIER, 11.4.1919, 3.

819 DER PROLETARIER, 6.5.1919, 3.

820 Absenger, 30, 107.

821 DER PROLETARIER, 5.7.1919, 3.

des Alkoholverbotes in den Dörfern bekannt. Die Dorfbewölkerung arbeitete grundsätzlich nicht mit den Behörden des Staates zusammen. Eine Anzeige gegen einen anderen Dorfbewohner war - über alle weltanschaulichen Grenzen hinweg - undenkbar.⁸²²

Letztendlich wurde mit Verordnung des Volksrates für Wirtschaftswesen das Alkoholverbot eingeschränkt bzw. ganz aufgehoben.⁸²³

Die Gerichte der Räteregierung waren in der Frage des Alkoholverbotes nicht strenger als die ihrer bürgerlichen Vorgängerregierung. In den Weinbaugebieten Westungarns war die Alkoholfrage aber nicht nur eine Frage des Genusses und des Vergnügens sondern der Existenz von Familien, Dörfern, ja ganzer Landstriche.

7.9. „Roter Terror“

Die Räterepublik wurde nach ihrer Beseitigung von reaktionären und konservativen Kreisen als der Tiefpunkt der ungarischen Geschichte beschrieben. Aber bereits während ihrer Existenz wurden die begangenen Gewalttaten u.a. von den Wiener Zeitungen in eine Dimension transferiert, die in keinem Verhältnis zur Realität stand. Selbst die ARBEITER-ZEITUNG nahm nicht Abstand davon, die meist frei erfundenen Geschehnisse zu transportieren.

Nur ein kleines, aber typisches Beispiel wie die REICHSPOST die Vorgänge in Ungarn beschrieb. *„Der bolschewistische Hexensabbat“*, *„Kriegserklärung an Serbien“*, *„Einfall kommunistischer Truppen in Westungarn“*, *„Zahlreiche Häuser eingäschert“*.⁸²⁴ Diese Überschriften allein in einer halben Spalte einer Ausgabe.

In diesem Kapitel soll nicht die Gewalt, die in der Räterepublik ausgeübt wurde, mit der Gewalt der nachfolgenden Konterrevolution verglichen, ihr gegenübergestellt oder aufgewogen werden. Es soll lediglich versucht werden, die tatsächlich ausgeübte Gewalt im erweiterten Untersuchungsgebiet aufzuzeigen und zu analysieren. Einen guten Überblick über die der Räterepublik nachfolgenden Exzesse der Konterrevolution sind bei Béla Bodó nachzulesen.⁸²⁵

822 Richard Berczeller, Verweht (Eisenstadt 1983) 235f. Der Autor, in den 30er Jahren Arzt in Mattersburg, berichtete darin, dass die Dorfbewohner selbst bei massiven Gesetzesverletzungen wie Totschlag keinesfalls mit der Gendarmerie (*„der Obrigkeit“*) kooperierten.

823 OBERWARTER SONNTAGS-ZEITUNG, 20.7.1919, 4.

824 REICHSPOST, 29.3.1919, 3. Der Hexensabbat stellte sich im Artikel als Mietzinssenkung für kleine Wohnungen in Budapest heraus.

825 Béla Bodó, The White Terror in Hungary, 1919-1921: The Social Wolds of Paramilitary Groups In: Austrian-History Yearbook (2011) 133-163.

Vorauszuschicken ist, dass es im Untersuchungsgebiet zu ganz wenigen Zwischenfällen kam. Auch im erweiterten Untersuchungsgebiet war die Anzahl der Vorfälle, bei denen Menschenleben zu beklagen waren, überschaubar.

Bereits wenige Tage nach der Machtübernahme am 4. April 1919 kam es Ödenburg zu einem schweren Zwischenfall, bei dem vier Menschen im Gefolge einer Demonstration erschossen wurden.⁸²⁶ An diesem Tag meldete die Zeitung, dass die Räteregierung in Budapest die Position Zsombors bestätigt habe.⁸²⁷ In einer Versammlung der „Wirtschaftsbürger und Weingärtner“ im großen Rathaussaal, von den Behörden einberufen, wurde offenbar das Gerücht verbreitet, dass die Räteregierung die „... Weingärten aushacken wolle.“ Zusätzlich wurde verbreitet, dass den Bauern sowohl die Häuser als auch die Grundstücke weggenommen werde. Daraus entwickelte sich ein Demonstrationzug von etwas über 100 Menschen bei dem Gardisten insultiert wurden. Als der Demonstrationzug bei der Post ankam, erschienen Soldaten die ebenfalls angegriffen wurden. Daraufhin eröffneten diese das Feuer gegen die Demonstranten. Vier Menschen wurden dabei getötet. Zsombor wurde verhaftet und noch am gleichen Tag wieder freigelassen. Wegen belastender Aussagen von Demonstrationsteilnehmern wurde er abermals verhaftet und nach Budapest gebracht.

Bereits ab dem nächsten Tag wurden Teilnehmer vor Gericht gestellt. Ein Angeklagter, der Sohn eines ehemaligen Reichstagsabgeordneten, „... befand sich unter der unaufgeklärten aufrührerischen Menge und hetzte gegen die Proletarierdiktatur.“ Er wurde zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.⁸²⁸ Ein weiterer Angeklagter, der einen unbewaffneten Gardisten tötlich angegriffen hatte, wurde zwei Tage später ebenfalls zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Zuletzt wurde ein Demonstrationsteilnehmer, offenbar jüdischer Herkunft, zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Bericht über diesen Prozess ist wesentlich umfangreicher als über die anderen drei.

829

Die Zeitung führte aus, dass die Demonstranten größtenteils betrunken waren und von Schaulustigen aufgestachelt wurden. Ob Zsombor tatsächlich Quelle dieser Gerüchte war und ob er diese aktiv ausstreute, lässt sich nicht feststellen. Bemerkenswert ist jedenfalls die breite Berichterstattung und der Umstand, dass die Demonstranten als Opfer dargestellt wurden.

In einem Kommentar am darauffolgenden Tag übertitelt mit „An die Verhetzten und Verirrten“ wird an sie appelliert zu erkennen, dass sie selbst Teil des Proletariat seien. „Diesen will der

826 Das CHRISTLICHE ÖDENBURGER TAGBLATT, 31.8.1919, 1. gab als Datum den 3. April 1919 an. Erschossen wurden Ludwig Brinner, Karl Preiszl, Friedrich Tschürtz und Alexander Steiner.

827 DER PROLETARIER, 4.4.1919, 3.

828 DER PROLETARIER, 5.4.1919, 1-4.

829 DER PROLETARIER, 7.4.1919, 4., 10.4.1919, 3f.

*kommunistische Staat ... nichts nehmen; ihr kleines Häuschen bleibt ihr Eigentum, sie können weiter zu ihrem Gott beten. ... Wir hoffen und wünschen, dass das Blut dieser armen Proletarier das erste und letzte in den Straßen Ödenburgs war, ...“*⁸³⁰

Einen etwas anderen Ton schlug Kellner, der politisch Beauftragte, in der gleichen Ausgabe an. Er ermahnte „... insbesondere die deutschsprachigen Wirtschaftsbürger“, sich ruhig zu verhalten und „... im Stiefelschacht kein Messer ...“ zu tragen. Er warf ihnen vor, früher ihr Wahlrecht „... für drei Deziliter Wein und ein Gulasch ... verkauft zu haben.“⁸³¹ Kellner verfügte zudem, dass für die Witwen und Waisen der „... unschuldigen Opfer des ... Aufruhrs ...“ materiell zu sorgen sei.⁸³²

Am Sonntag, dem 6. April 1919, kam es in der kroatischen Gemeinde Filež (deutsch Nikitsch, Bezirk Oberpullendorf) ca. 20 km südlich von Ödenburg zu einer Revolte, die abermals Menschenleben kostete. An diesem Tag sollte eine Parteiveranstaltung abgehalten werden. Der Oberpullendorfer Bezirkskommissär und zwei Gendarmen wurden bei ihrer Ankunft in der Ortschaft tötlich angegriffen und „blutig geschlagen“. Die angeforderten militärischen Kräfte aus Ödenburg wurden ebenfalls insultiert, dabei kamen zwei junge Menschen ums Leben.

Um weitere Unruhen zu verhindern, wurden die Kräfte aus Ödenburg im Dorf einquartiert. Drei Tage später wurde das Militär von Dorfbewohnern überfallen, wobei diese auch Schusswaffen einsetzten. „Die sechs reichsten Bauernsöhne“ wurden daraufhin als Geisel genommen und ihnen mit dem Erschießen gedroht, sollten sie nicht den Urheber der Revolte nennen. Sie nannten den Pfarrer als Quelle des Aufstandes. Am 10. April 1919 traf das Revolutionstribunal in Nikitsch ein. Mehrere „Rädelsführer“ wurden zu Zuchthaus zwischen zwei und sechs Jahren verurteilt. Der Pfarrer, Anton Semeliker, wurde „zum abschreckenden Beispiel etwaiger Rückfälle zum Tode durch Erschiessen verurteilt. Das Urteil wurde sofort vollstreckt.“⁸³³ Szemeliker war ein gebürtiger Wulkaprodersdorfer.⁸³⁴ Das Urteil soll jedoch nicht, wie in der Zeitung gemeldet, vor Ort vollstreckt worden sein, sondern erst in Ödenburg nach der Überprüfung des Urteils. Semelikers Leichnam wurde nach seiner Exhumierung im September 1919 in Nikitsch beerdigt.⁸³⁵

Bei den zwei Menschen, die bei diesem Aufruhr getötet wurden, handelte es sich um 13 und 16 Jahre alte Jugendliche. In der örtlichen Überlieferung wird die Rolle des Pfarrers als Urheber des

830 DER PROLETARIER, 6.4.1919, 1.

831 DER PROLETARIER, 6.4.1919, 2.

832 DER PROLETARIER, 9.4.1919, 3.

833 DER PROLETARIER, 9.4. 1919, 2 und 11.4.1919, 3.

834 Zirkovitsch, 121.

835 Johann Karall, Ein Priester als Opfer der Diktatur In: MARTINUS, Kirchenzeitung der Diözese Eisenstadt, 5.5.2019, 8f.

Aufbruhs durchaus anerkannt.⁸³⁶ Nach Suchard war dies das einzige Todesurteil in Deutsch-Westungarn.⁸³⁷

Die Revolten und Aufstandsversuche wurden in den Zeitungen keinesfalls verheimlicht, meist wurden sie sogar sehr groß und an prominenter Stelle platziert. Aus den Meldungen lässt sich einerseits die hohe Anzahl dieser Revolten herauslesen, andererseits ist eine einheitliche Vorgehensweise der Behörden zu erkennen. Die Urheber der Revolten stammten meist aus dem Militär oder der Polizei und waren Mitglieder der Gentry oder Magnaten.⁸³⁸ Bei der Niederschlagung dieser Revolten, soweit es keine Todesopfer gab, wurden meist nicht mehr als zwei Menschen standrechtlich hingerichtet. Die anderen Beteiligten erhielten hohe Freiheitsstrafen,⁸³⁹ oder sie wurden nicht bestraft, aber als Geiseln herangezogen. Die Geiseln mussten sich verpflichten, zukünftig für Ruhe und Ordnung im Dorf zu sorgen.⁸⁴⁰ Weitere Einschränkungen gab es offenbar nur für die „prominenten“ Geiseln.

Es konnte aber auch vorkommen, dass diese Revolten, nachdem die Urheber flüchteten, ohne Bestrafungen der Beteiligten endeten. In St. Margarethen kam es zu solch einer Revolte. Ein Gastwirt, ein Kaufmann und ein Bauer wurden verhaftet und nach Ödenburg gebracht. Wenige Tage später wurden alle freigelassen, da ohne die Hauptschuldigen zu viele Fragen offen blieben, befand das Gericht.⁸⁴¹

Wie solche Revolten abliefen, zeigt uns ein Bericht aus Eisenstadt: Nach der Inventarisierung des Kirchenvermögens sammelten sich ca. 200 Bäuerinnen und Bauern, „... nach ausgiebigem Besuch im Weinkeller ...“, vor dem Direktorium und forderten dessen Rücktritt. Eine sofort einberufene Volksversammlung beruhigte die Menschen wieder. „Alkohol und religiöser Fanatismus“ wurde als Ursache dieser Unruhen bezeichnet.⁸⁴² Solche Revolten konnten auch gewalttätig enden. Jedenfalls scheint die Bevölkerung keine Angst vor den Machthabern gehabt zu haben.

Wenn es zu militärischem Widerstand oder zur Ermordung von Vertretern des Staates kam, waren durchaus mehr Opfer zu beklagen.⁸⁴³

836 KUGA - Kulturna zadruga, <http://www.kuga.at/fileadmin/templates/hrvati/de/nikitsch.htm>, 8.April 2016, 20:50h.

837 Suchard, 84.

838 REICHPOST, 10.5.1919, 5. Die Reichspost übernahm hier eine Meldung der VÖRÖS ÚJSAG. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass jede Meldung in Zeitungen wie der REICHSPOST, die nicht aus einer ungarischen Zeitung stammte, frei erfunden, falsch oder maßlos übertrieben war.

839 DER PROLETARIER, 26.4.1919, 3.

840 DER PROLETARIER, 29.4.1919, 2.

841 DER PROLETARIER, 10.5.1919, 2. 13.5.1919, 3f.

842 DER PROLETARIER, 11.6.1919, 3.

843 DER PROLETARIER, 27.4.1919, 3.

Am 5. Juni 1919 wurde über Ödenburg das Standrecht und der Belagerungszustand verhängt. Dieser Zustand dauerte bis zum 19. Juni 1919.

Am 6. Juni 1919 endete offenbar eine Revolte die durch den Transdanubischen Eisenbahnerstreik ausgelöst wurde. In Ödenburg schlossen die Geschäfte und es streikten nicht nur die Eisenbahner sondern auch die Gemeindebediensteten und eine weitere Reihe von Berufsgruppen. Ein ehemaliger Vizebürgermeister, er wurde verhaftet, organisierte angeblich bereits eine Bürgermeisterwahl.

Gleichzeitig wurden Aufstände von Bauern aus der kroatischen Gemeinde Koljnof (ungarisch Kópháza, deutsch Kohlenhof/ Kohlbenhof) und der ungarischen Gemeinde Nagycenk (deutsch Zinkendorf/ Großzinkendorf) gemeldet. Diese Ortschaften liegen nur wenige Kilometer von Ödenburg entfernt. Die aufständischen Bauern wurden noch immer als irregeleitet und verführt bezeichnet.⁸⁴⁴

In Szombathely (deutsch Steinamanger) begann der Streik der Eisenbahner am 2. Juni 1919. Er weitete sich entlang der Bahnlinien aus. Die OBERWARTER SONNTAGS-ZEITUNG appellierte an „*die heilige Pflicht*“, Ruhe und Ordnung zu halten. Sie befand sich zu diesem Zeitpunkt noch immer in privater Hand.⁸⁴⁵

Am 8. Juni 1919 kamen Truppen aus Budapest über Steinamanger und Güns in Ödenburg an, um für weitere Aufstandsversuche gewappnet zu sein. In seiner Begrüßungsrede drohte Keller: „... *den Schurken, welche die Gemüter der friedlichen Bauernschaft vergifteten und diesem treuen Volk Waffen in die Hand gebe, ... mit der Kugel und dem Galgen ...*“

Der designierte Gouverneur von Deutsch-Westungarn, Wajdits, wurde am 5. Juni 1919 von den Aufständischen in Nagycenk gefangen genommen und zum Tode durch den Strang verurteilt. Durch das Einschreiten des Ortsdirektoriums konnte die Hinrichtung jedoch verhindert werden. Er wurde von den Budapester Truppen am 6. Juni 1919 befreit.⁸⁴⁶ Bei diesen Kämpfen wurden der Agendorfer Rotgardist Andreas Tschürtz und ein Ödenburger getötet. Auf Seiten der Aufständischen waren offenbar keine Opfer zu beklagen.

In diesen Kämpfen vor Ödenburg trat auch Tibor Szamuely in Erscheinung. Er ließ am 7. Juni 1919 zwei Eisenbahner, Vater und Sohn Matthias Schmidt sen. und jun., aus Agendorf in Sopronkövesd - ca. 20 km südlich von Ödenburg - hängen. Der Vater war an dem Eisenbahnerstreik beteiligt, der Sohn scheint zufällig vor Ort gewesen zu sein. Szamuely kam mit seinem Stab mit Kraftfahrzeugen an und wählte die beiden offenbar willkürlich aus.⁸⁴⁷

844 DER PROLETARIER, 7.6.4.1919, 1-3.

845 OBERWARTER SONNTAGS-ZEITUNG, 8.6.1919,1.

846 DER PROLETARIER, 11.6.1919, 1-3.

847 CHRISTLICHES ÖDENBURGER TAGBLATT, 20.9.1919, 2.

Die Mitglieder des Ödenburger Streikkomitees wurden ebenfalls vor das Standgericht gestellt. Sie wurden von diesem aber umgehend freigelassen. Der Vizebürgermeister und eine weitere Person, sie sollen durch ihr Verhalten die Streikbewegung begünstigt haben, wurden dem Gericht übergeben.⁸⁴⁸

Über die „*auführerischen Gemeinden und die Rädelsführer der Gegenrevolutionäre*“ wurde von Keller Gericht gehalten. Man verurteilte sie zu Vermögensabgaben und Konfiskationen. Abermals kam die bereits bekannte Entschuldigung zum Einsatz, dass „... *ein Teil der Bauernschaft unter einem Zwange und in Unkenntnis der bestehenden Vorschriften gehandelt ...*“ hätte.⁸⁴⁹ Sieben angeklagte aufständische Bauern aus dem deutschsprachigen Wolfs (ungarisch Balf), einer weiteren Gemeinde im Umfeld Ödenburgs, wurden freigesprochen.⁸⁵⁰

Die Hintergründe, Motive und Ziele des Streiks in Ödenburg beschäftigten die Behörden noch länger. In der Ödenburger Arbeiter-, Soldaten- und Bauernratssitzung vom 18. Juni 1919 wurde behauptet, dass die Streikenden meinten eine sozialdemokratische Regierung zu unterstützen. Der militärische Bevollmächtigte Entzbruder soll, anstatt den Streik zu bekämpfen, sich mit den Streikenden solidarisiert haben. Der Vorsitzende des Arbeiter, Soldaten- und Bauernrates trat schon vor der Sitzung zurück. Der *Stellvertretende Bevollmächtigte Politische Beauftragte* Gabriel Knapp wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt.⁸⁵¹

Am 4. Juli 1919 wurden Rudolf Fennesz, Angestellter einer Zuckerfabrik und Oberleutnant Robert Szántó aus dem Gefängnis geholt und am Ödenburger Friedhof St. Michael getötet.⁸⁵² Dies geschah auf Anordnung von Tibor Szamuely, der angeblich in Ödenburg weilte, wie die REICHSPPOST berichtete.⁸⁵³ Tatsächlich war László Szamuely, ein Bruder von Tibor, für diese Hinrichtungen verantwortlich.⁸⁵⁴ Diese Vorkommnisse waren Thema in der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernratssitzung vom 16. Juli 1919. Der Vorsitzende des Revolutions-Tribunals in Ödenburg versuchte diese Hinrichtungen zu verhindern. Da dies nicht gelang, legte das gesamte Revolutions-Tribunal ihre Ämter zurück. „*Die Mitglieder des Revolutions-Tribunales beharren bei ihrer Demission ins solange bis die Untersuchung ihnen nicht Gerechtigkeit widerfahren lässt.*“⁸⁵⁵

848 DER PROLETARIER, 12.6.1919, 3.

849 DER PROLETARIER, 13.6.1919, 4.

850 DER PROLETARIER, 14.6.1919, 3.

851 DER PROLETARIER, 19.6.1919, 3.

852 Pfarrer Szemeliker war bis zu seiner Exhumierung ebenfalls hier begraben. <Karall, 8f.>

853 REICHSPPOST, 10.7.1919, 3.

854 Die Hinweise auf diese dramatischen Ereignisse, bzw. die Lösung der etwas verworrenen Personenbeziehungen verdanke ich Dr. Günther Stefanits. Tibor hatte fünf Brüder. Zwei (Zoltán und László) kamen durch die Konterrevolution ums Leben, einer (György) fiel Stalins Mordkampagnen zum Opfer.

855 ÖDENBURGER PROLETARIER, 17.7.1919, 2.

Die Angabe, dass es in Westungarn nur ein Todesurteil gegeben hat, wie Suchard behauptete, stimmt also nicht.

In Sauerbrunn wurde Anfang Juli 1919 der Oberpullendorfer Grenzpolizist Andreas Kárál, vermutlich von Schmugglern erschossen.⁸⁵⁶

Wie viele Opfer es in der Zeit der Räterepublik in ganz Ungarn gegeben hat, war immer umstritten. Fest steht, dass die Zahl der Opfer in keinem Verhältnis zu den in den publizistischen Werken der ungarischen und ausländischen Reaktion beschriebenen „Massenmorden“ steht. 1923 veröffentlichte der stellvertretende Generalstaatsanwalt Ungarns ein Werk, <Albert Váry, A vörös uralom áldozatai Magyarországon (Vác 1922)> das 590 Opfer namentlich anführt. In diesem sind auch alle im bewaffneten Kampf gegen die Räterepublik Gefallenen eingeschlossen, sowie alle hingerichteten „gewöhnlichen Kriminellen.“⁸⁵⁷ 1936 wurde ein Denkmal für die Opfer der Räterepublik errichtet. Darauf wurden 497 Personen namentlich angeführt.⁸⁵⁸ Gräfe spricht von 129 Todesopfern.⁸⁵⁹

Die Opfer des „Roten Terrors“ trafen vor allem die Eliten und die Mittelklasse. Es gab kaum Opfer in den unteren Klassen. Bauern waren eher Opfer, Händler weniger. Jüdinnen und Juden waren keine charakteristischen Opfer, obwohl ihre Opferzahl über dem Bevölkerungsdurchschnitt lag. Es gab unterdurchschnittlich wenige Opfer in den Städten, aber umso mehr auf dem Land. Es scheint, dass es weniger ein Konflikt zwischen arm und reich gewesen war, als eine Auseinandersetzung zwischen dem lebensmittelproduzierenden Land und der hungernden Stadt. 75% der Opfer waren in Zentralungarn zu beklagen.⁸⁶⁰ 30% der Opfer waren Angehörige der Sicherheitskräfte, 80% der Opfer hatten an Widerstandshandlungen teilgenommen. 5% waren Desserteure oder Kriminelle, 5% wurden wegen ihrer gesellschaftlichen Herkunft getötet.⁸⁶¹

8. Resümee

856 DER PROLETARIER, 11.7.1919, 3.

857 Bak, 554.

858 Béla Bodó, Actio und Reactio. Roter und Weißer Terror in Ungarn 1919-1921 In: Christian Koller, Matthias Marschik (Hg), Die ungarische Räterepublik 1919, Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen (Wien 2018) 69-82, 72.

859 Karl-Heinz Gräfe, Von der Astenrevolution zur Räterepublik. Ungarn 1918/19. In: UTOPIEKreativ 168 (2004), 885-900, 885.

860 Bodó, Actio und Reactio, 72-76.

861 Bodó, Actio und Reactio, 80f. Bodó geht von 390 Opfern aus.

Für die Menschen des Untersuchungsgebiets war die Zeit ab Oktober 1918 eine Zeit der Ungewissheit, aber auch eine Zeit der Erlösung vor den Schrecken des Weltkrieges. Das Sterben an den Fronten hatte aufgehört. Die zurückgekehrten Soldaten versuchten, sich wieder in das zivile Leben einzugliedern, und deren Familien mussten die ehemaligen Soldaten wieder in ihr Leben aufnehmen.

Die Kleinbauern des Untersuchungsgebietes werden dies ohne wesentliche Schwierigkeiten bewältigt haben. Die Arbeiter standen sicherlich vor größeren Schwierigkeiten, ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien zu bestreiten.

Die Dorfbewohner begannen ihre Opfer zu zählen. Durch Gefangenschaft und Verschollenheit dauerte es noch länger, bis eine Bilanz gezogen werden konnte. Das Schicksal vieler blieb unklar. Die Sterbebücher der Gemeinden spiegelten den Tod im Krieg nicht wider. Die meisten Toten und Vermissten hatten kein Vermögen, Todeserklärungen waren daher selten. Der Wunsch, ein Mahnmal für die Gefallenen und Vermissten zu errichten, kam bereits während des Krieges auf. Die geplanten „Kriegerdenkmäler“ konnten aber vorerst nicht errichtet werden, denn einerseits fehlte die materielle Grundlage, andererseits wollten die Menschen abwarten bis „... *nach den großen politischen Entscheidungen*“.

Die Geldentwertung, sie hatte während des Krieges bereits einen hohen Stand erreicht, begann sich weiter zu beschleunigen. Ersparnisse wurden immer weniger wert. Kriegsanleihen wurden faktisch wertlos. Landwirte konnten sich günstig entschulden und ihre Produkte wurden noch wertvoller. Wegen der bescheidenen Größe der Landwirtschaften im Untersuchungsgebiet sollte es aber keine größeren Bankverbindlichkeiten gegeben haben.

Die Bevölkerung war in den Dörfern grundsätzlich gut versorgt.⁸⁶² Jeder, der selbst Nahrungsmittel produzieren konnte, hatte ausreichend zu essen. Aber auch im Dorf gab es Menschen, die davon ausgeschlossen waren. In den Gemeinderatsprotokollen wurden sie als „Dorfarme“ bezeichnet, deren Grundversorgung von der Gemeinde zu tragen war. Die Märkte in Ödenburg und Wiener Neustadt nahmen jeden Lebensmittelüberschuss zu Höchstpreisen auf, Hamstern und Schmuggeln war ein alltägliches Phänomen.

Die revolutionären Ereignisse in Budapest und Wien strahlten bis in die kleinsten Dörfer aus. Die Notäre in den kleinen Ortschaften Altungarns wurden zu den ersten Opfern der Revolte. Wie dargestellt wurde, hatten diese Ausschreitungen nicht nur nationale Wurzeln. Es war der

862 In einer Gemeinde (Rohrbach bei Mattersburg) wurden die Geburten bzw. die Kleinkindersterblichkeit des Jahres 1914 und 1919 verglichen. Es wäre für diese Zeit mit einem Rückgang der Geburten und einem starken Anstieg der Kindersterblichkeit zu rechnen. Tatsächlich wurden keine auffallenden Veränderungen festgestellt. 1914 wurden beispielsweise in Rohrbach 73 Geburten verzeichnet. Von diesen starben 17 Kinder im gleichen und im Jahr darauf. 1919 gab es 72 Geburten, davon starben 14 im gleichen und im folgenden Jahr.

altungarische Repressions- und Unterdrückungsstaat, der hier angegriffen wurde. Ungarn war, in der Retrospektive scheint dies mehr und mehr vergessen zu werden, ein ausgesprochen bedrückender Unrechtsstaat, der dazu noch seine anderssprachigen Bewohnerinnen und Bewohner drangsalierte.

Politische Rechte hatte lediglich eine kleine Minderheit, soziale Rechte fehlten gänzlich. Parteien, die sich dafür einsetzten, wurden brutal unterdrückt. Und die Forderung nach nationalen Rechten galt als Staatsverbrechen und Hochverrat. Das magyarische Herrenmenschentum stieß die anderssprachigen Menschen besonders ab.

Wir wollen „*unbedingt einen Beamten deutscher Abstammung ...*“, war keine deutschnationale Manifestation, sondern der Wunsch, endlich der Behörde auf gleicher Augenhöhe entgegenzutreten. Die Soldaten waren jahrelang im ganzen Reich unterwegs, hatten ihre Leben riskiert und konnten sich offenbar nicht mehr vorstellen, in ein Land zurückzukehren, in dem sie Menschen zweiter Klasse waren. Sie fühlten sich, nachdem soviel von ihnen und ihren Familien abverlangt wurde, nicht mehr als Untertanen, sondern als Staatsbürger.

Viele Menschen hatten die berechtigte Überzeugung, dass dieser Staat bzw. dessen Repräsentanten ihnen sehr vieles schuldig war. Und der Staat, der auf einmal selbst infrage gestellt war, hatte jedes Recht und auch die Macht verloren, sie so zu behandeln, wie es die alten magyarischen Eliten gewohnt waren.

In den deutschsprachigen Dörfern Westungarns hatten bis jetzt die magyarisierten Dorfeliten und die Besitzenden das Sagen. Diesen traten nun Menschen entgegen, die Demokratie und Selbstbestimmung forderten. Sie gründeten Nationalräte und ermächtigten sich selbst, ihre Zukunft in die eigene Hand zu nehmen.

Sie forderten aber nicht nur demokratische Mitbestimmung, sie forderten auch nationale Selbstbestimmung. Je mehr die Magyaren in Budapest ihren Nationalstaat feierten, desto heftiger wurde die Angst, Teil dieses Staates zu werden bzw. zu bleiben. Diese Angst stand auf berechtigtem Boden und sollte sich als höchst zutreffend herausstellen. Selbst „christliche“ Politiker wie Bleyer, die fanatisch und radikal für den Verbleib bei Ungarn eintraten, erkannten dies schlussendlich.

Die Frage, ob Menschen in den Dörfern eine Revolution erlebt hatten, ist eindeutig mit ja zu beantworten. Eine Revolution gegen den altungarischen Unrechts- und Untertanenstaat, dem ein Habsburger vorstand, für den Gottgnadentum noch eine aktuelle politische Kategorie war. Eine Revolution für eine Republik, die demokratisch und national selbstbestimmt aufgebaut sein sollte. In den Dörfern sind bis dahin politisch rechtlose Menschen den Dorfhonoratioren und Besitzenden als gleichberechtigte, mündige Staatsbürger entgegengetreten.

Die Konstituierung von National- und Volksräten erfolgte oft ohne Mitwirkung von Behörden. Die Menschen traten den Behörden überraschend selbstsicher entgegen. Die Wahlen dazu wurden in selbstbewusster Anarchie durchgeführt. Die Wahlen für die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte waren oft schon abgewickelt, bevor Direktiven eintrafen. Die Menschen hatten ihren jahrhundertlang eingeübten Gehorsam, ihre Gefügigkeit und Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit mutig abgelegt und die ihnen zustehenden Rechte als Menschen und Staatsbürger eingefordert.

In Mattersburg versuchten die Menschen, in der Zeit der Konterrevolution eine eigene, demokratischere Wahlordnung durchzusetzen.⁸⁶³ Versuche, demokratische Errungenschaften aufrechtzuerhalten und nicht zurückzufallen in die Zeit Altungarns, sind auch in Rohrbach bei Mattersburg und Bad Sauerbrunn zu finden. Die Menschen mussten sich bald fügen. Aber allein der Versuch, den Direktiven aus Ödenburg zu widersprechen, zeigte, dass nicht mehr Untertanen am Werk waren.

In Rohrbach ist ein besonders charakteristisches Zeitdokument zu finden, das belegt, dass eine Konterrevolution nicht andere Ziele als die Revolution hat, sondern wünscht, die in der Revolutionszeit erfolgten Veränderungen rückgängig zu machen. Der Notär schrieb seine Wünsche in das Protokollbuch, *„Wenn wir alle Gesetze, Anordnungen der politischen Behörden blindlings befolgen, den kirchlichen Gebote uns unterwerfen, erreichen wir ... Ruhe und Frieden.“*⁸⁶⁴

In den Dörfern trat tatsächlich Ruhe ein. Die Menschen, die monatelang politische Akteure waren, fielen zurück in den vorrevolutionären Zustand. Der christlich-sozialen Bewegung, der *„ausschließlich dominierenden ... Partei auf westungarischem Gebiet“*, gelang es nicht mehr, die Menschen in den Dörfern zu überzeugen. Ihre Agitation, für den Verbleib bei Ungarn, verlief *„im Volk ohne große Resonanz“*.⁸⁶⁵

Erst als das Gebiet als Burgenland Teil Österreichs wurde und die ersten wirklich demokratischen Wahlen abgehalten werden konnten, wurde auch über das räterepublikanische Experiment Bilanz gezogen. Die burgenländische Sozialdemokratie war keine Nachfolgepartei der ungarischen Sozialdemokratie, sie wurde am 9. Jänner 1921 in Wiener Neustadt gegründet, als *„Sozialdemokratische Arbeiterpartei für das Burgenland“*. Das Personal dieser Partei setzte sich aber in großem Ausmaß aus den Männern zusammen, die die Räterepublik repräsentiert hatten. Das Misstrauen aus Wien hielt daher noch jahrelang an.⁸⁶⁶ Umso beliebter waren die sozialdemokraten

863 Protokoll der Gemeinderatssitzung von Mattersburg vom 2.9.1919.

864 Protokoll der Gemeinderatssitzung von Rohrbach bei Mattersburg vom 31.8.1919.

865 Unger, 3.

866 Gerald Schlag, Die politischen Parteien des Burgenlandes 1921-1934 In: 50 Jahre Burgenland (Eisenstadt 1971) 93-124, 96f.

Politiker bei den Menschen im Land, in den Dörfern. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei wurde von den Wählerinnen und Wähler zur stärkste im neuen Bundesland Burgenland gemacht. Bei der Nationalrats- und Landtagswahl am 18. Juni 1922 erreichten die Sozialdemokraten in 18 von 27 Gemeinden des Untersuchungsgebietes die absolute Mehrheit.⁸⁶⁷ In sieben Gemeinden erhielten sie sogar über 70%, lediglich in vier Gemeinden kamen sie auf unter 40%.⁸⁶⁸

Die vielen positiven Entwicklungen, die in dieser Zeit zwischen Oktober/ November 1918 und August 1919 sich zu entwickeln begonnen hatten, wurden aus ideologischen Gründen nicht genug gewürdigt. Dieser kurze Zeitabschnitt hat für den deutschsprachigen Teil der Bevölkerung Entwicklungen gebracht, die jahrzehntelang von den ungarischen Eliten verhindert wurden.

Durch die Versuche einer Autonomieregelung im Rahmen des ungarischen Staates wurde ein wesentlicher Anteil an der raschen Entstehung des späteren burgenländischen Landesbewusstseins in die Wege geleitet. Diese Autonomie, im Jänner 1919 gesetzlich geregelt, wurde in der Zeit der Räteregierung noch großzügig ausgebaut. Viele Menschen aller Parteirichtungen hatten in dieser kurzen Zeit im Rahmen der bestehenden Autonomie gemeinsam gearbeitet und nach dem Anschluss an Österreich wichtige Positionen in Politik und Verwaltung ausgefüllt.

Es war Fred Sinowatz, der bereits vor bald 60 Jahren als Provisorischer Landesbibliothekar sah, dass ein wichtiger Grund für das Entstehen des Anschlusswillens der Bevölkerung in der Überwindung der Verwaltungspraxis der Komitate und deren zentralistischer Ausrichtung durch die deutsch-westungarischen Autonomiebestrebungen und deren Einrichtungen lag. Dies waren, seiner Ansicht nach, die wahren Wurzeln für das bald einsetzende Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in diesem Gebiet, das vorher keinerlei gemeinsame Verbindungen kannte. Und dies war seiner Meinung nach jedenfalls bedeutender als die vielen vereinzelt bedingungslosen und oft illusorischen Anschlussforderungen.⁸⁶⁹

867 siehe Anhang

868 BURGENLÄNDISCHE FREIHEIT, 30.6.1922, 3. 14.7.1922, 5.

869 Sinowatz, Das Werden eines österreichischen Bundeslandes, 24.

9. Quellen und Literatur

Parlamentarische Quelle, Gesetzesquellen und ungedruckte Quellen

Landesgesetz-Sammlung für das Jahr 1868 (Ofen 1868).

Reichs-Gesetz-Blatt für das Kaiserthum Oesterreich, 1876, Nr. 142 vom 21. December 1867.

Stenographisches Protokoll, Haus der Abgeordneten, XXII. Session, Österreichische Nationalbibliothek, Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses des Reichsrates 1861-1918, <http://alex.onb.ac.at/spa.htm>.

Stenographische Protokolle – 1. Republik, 1. Session, Österreichische Nationalbibliothek, Stenographische Protokolle der Ersten Republik, <http://alex.onb.ac.at/spe.htm>.

Burgenländisches Landearchiv

Gemeinderatsprotokolle der Gemeinden Bad Sauerbrunn, Hornstein, Mattersburg, Pöttsching, Rohrbach bei Mattersburg, Wulkaprodersdorf.

Primärliteratur

Karl Amon, Was wollen wir? Entwurf über die Errichtung der Landes-Autonomie (Selbstverwaltung) für Deutschwestungarn (Neusiedl am See 1919).

Albert Apponyi, The American Peace and Hungary (Budapest 1919).

Otto Bauer, Die Österreichische Revolution (Wien 1923).

Klaus Berchtold (Hg), Österreichische Parteiprogramme 1868-1966 (Wien 1967).

Ladislaus Bizony, 133 Tage ungarischer Bolschewismus, Die Herrschaft Béla Kuns und Tibor Szamuelys, die blutigen Ereignisse in Ungarn. Authentische Darstellung über den Ausbruch und Sturz des Bolschewismus, die Gegenrevolution, Morde, Hinrichtungen und Gewalttaten der Lenin-Buben (Leipzig, Wien 1920)

Wilhelm Böhm, Im Kreuzfeuer zweier Revolutionen (München 1924).

Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, 8. Band, Freiheitskämpfe in Deutschösterreich (Berlin 1942).

Geschichte der Eisenbahnen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, III. Band (Wien, Teschen, Leipzig 1898).

Gustáv Gratz, Das Zeitalter der Revolutionen, Geschichte Ungarns 1918-1920 (Budapest 1935).

Gustáv Gratz, Deutschungarische Probleme (Budapest 1938).

Oskar Jászi, Magyariens Schuld Ungarns Sühne, Revolution und Gegenrevolution in Ungarn (München 1923).

Albert Kaas, Fedor Lazarovics, Der Bolschewismus in Ungarn (München 1930).

Josef Kath, Die „Gaukultursektion“ des kommunistischen Deutsch-westungarn In: Monatshefte für pädagogische Reform (1920) 49-52.

Heinrich Kunnert, Vor zehn Jahren In: Burgenland, Vierteljahreshefte für Landeskunde, Heimatschutz und Denkmalpflege (Eisenstadt 1929) 127-131.

Ludwig Leser, Der Burgenländer In: Burgenland, Vierteljahreshefte für Landeskunde, Heimatschutz und Denkmalpflege (Eisenstadt 1929) 175-177.

Ernst Löger, Heimatkunde des Bezirkes Mattersburg im Burgenland (Wien, Leipzig 1931).

Heinrich Marczali, Ungarisches Verfassungsrecht (Tübingen 1911).

Viktor Miltschinsky, Das Verbrechen von Ödenburg (Wien 1922).

Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild, Croatien und Slavonien, siebenter Band der Länder der St. Stephans-Krone (Wien 1902).

Ludmilla Schlereth, Die politische Entwicklung des Ungarländischen Deutschtums während der Revolution 1918/19 (München 1939).

Hedwig Schwind, Jakob Bleyer - der Führer des ungarländischen Deutschtums (Dissertation Universität München 1941).

Edmund Steinacker, Lebenserinnerungen (München 1937).

Hans Suchard, Gesprengte Ketten (Sauerbrunn 1931).

Tibor Szamuely, Alarm (Berlin 1959).

Zeitungen und Zeitschriften

ARBEITER-ZEITUNG
BURGENLAND
BURGENLÄNDISCHE FREIHEIT
BURGENLÄNDISCHES LEBEN
BURGENLÄNDISCHE HEIMATBLÄTTER
CHRISTLICHES ÖDENBURGER TAGBLATT
DEUTSCHE FREIHEIT
DEUTSCHES VOLKSBLATT
KURIER
NEUE FREIE PRESSE
DER PROLETARIER
OBERWARTER SONNTAGS-ZEITUNG
ÖDENBURGER ZEITUNG
ÖSTERREICH JOURNAL
ÖSTERREICHISCHE STATISTIK
PESTER LLOYD
POLITISCHE CHRONIK
PROFIL
REICHSPPOST
WECKRUF

Internetquellen

100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte

https://www.1000dokumente.de/index.html?c=1000_dokumente_ru&viewmode=0&l=de

Bundesministerium für Inneres

https://www.bmi.gv.at/magazinfiles/2006/01_02/files/alkoholverbot_wahlen.pdf

Deutsche Biographie <https://www.deutsche-biographie.de/home>

Encyclopaedia Britannica <https://www.britannica.com/>

Forum Oberösterreichische Geschichte <http://www.oogeschichte.at/themen/wir-oberoesterreicher/wir-oberoesterreicher/wilderer-in-oberoesterreich.html>

Leibnitz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS), Biographisches Lexikon zur Geschichte Südosteuropas <https://www.biolex.ios-regensburg.de/BioLexViewview.php?ID=903>

KUGA - Kulturna zadruha <http://www.kuga.at/fileadmin/templates/hrvati/de/nikitsch.htm>

Marxists Internet Archive <https://www.marxists.org/index.htm>

ORF <https://tv.orf.at/unseroesterreich/burgenland110.html>

Österreichisches Biographisches Lexikon <http://www.biographien.ac.at/oeb1?frames=yes>

Österreichisches Staatsarchiv 100 Jahre Erster Weltkrieg <http://wk1.staatsarchiv.at/>

Raab-Oedenburg-Ebenfurter Eisenbahn AG <https://www.raaberbahn.at/>

The American Presidency Project <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=65396>

Sekundärliteratur

50 Jahre Burgenland 1921-1971, Statistische Daten über Industrie und Musikpflege (Eisenstadt 1971).

725 Jahre Pöttelsdorf (1996).

Albert Absenger, Neufeld – Chronik (Neufeld 2007).

- Manfred Alexander, Kleine Geschichte Polens (Stuttgart 2003).
- Allgemeine Landestopographie des Burgenlandes, 3. Band, 1. Teilband (Eisenstadt 1981).
- Hannah Arendt, Über die Revolution (München 1965).
- Harald Bachmann, Die Landesregierung von Deutschböhmen und das verweigerte Selbstbestimmungsrecht 1918/19 In: Der Donauraum (1989) 13-32.
- János M. Bak, Die Diskussion um die Räterepublik in Ungarn 1919 In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas (1966) 551-578.
- George Barany, Ungarns Verwaltung 1848-1918 In: Helmut Rumpler (Hg), Verwaltung und Rechtswesen, Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band II (Wien 1975) 306-468.
- Baumgarten Pajngt, Der Ort.Die Geschichte.Die Menschen – Selo.Povijest.Ljudi (2017).
- Joachim Bentzien, Die völkerrechtlichen Schranken der nationalen Souveränität im 21. Jahrhundert (Frankfurt am Main 2007).
- Richard Berczeller, Verweht (Eisenstadt 1983).
- István Bibó, Die Misere der osteuropäischen Kleinstaaterei (Frankfurt am Main 1992). Der Text erschien erstmalig unter dem Titel, A kelt-európai kisállamok nyomorúsága (Budapest 1946).
- István Bibó, Deformierter ungarischer Charakter, ungarische Geschichte auf Irrwegen. Übersetzt aus István Bibó, Összyűjtött munkái, In: Európai Protestán Magyar Szabadegyetem (Bern 1982) 255-286.
<http://www.kakanien-revisited.at/beitr/fallstudie/Ibibo1.pdf>,
- Béla Bodo, The White Terror in Hungary 1919-1921, The Social Wolds of Paramilitary Groups In: Austrian-History Yearbook (2011) 133-163.
- Béla Bodó, Actio und Reactio, Roter und Weißer Terror in Ungan 1919-1921 In: Christian Koller, Matthias Marschik (Hg), Die ungarische Räterepublik 1919, Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen (Wien 2018) 69-82.
- Eszter Brader, Ungarn und Deutschösterreich zur Zeit der ungarischen Räterepublik 1919 (Dissertation Universität Wien 1981).
- Peter Broucek (Hg), Anton Lehár - Erinnerungen, Gegenrevolution und Restaurationsversuche in Ungarn 1918-1921 (Wien 1973).
- Ernst Bruckmüller, Landwirtschaftliche Arbeitswelten und ländliche Sozialstrukturen In: Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Hg), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band IX, 1. Teilband (Wien 2010) 251-322.
- Otto Brunner, Werner Conze, Reinhard Koselleck (Hg), Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Band 5, Revolution 653-788 (Stuttgart 2004).
- Mark Cornwall, Auflösung und Niederlage, Die österreichisch-ungarische Revolution In: Mark Cornwall (Hg), Die letzten Jahre der Donaumonarchie, Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts (Essen 2004) 174-201.
- Ralf Dahrendorf, Müssen Revolutionen scheitern? In: Transit, Europäische Revue (1991/1992) 8-18.

Ernö Deák, Änderung in der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung im heutigen Burgenland In: Ungarn-Jahrbuch (2000/2001) 79-96.

August Ernst, Geschichte des Burgenlandes (Wien, München ²1991).

József Farkas, Räterepublik und Kultur Ungarn 1919 (Budapest 1979).

Jörg Fisch, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Die Domestizierung einer Illusion (München 2010).

Zoltán Fónagy, Die Epoche des Dualismus (1867-1914) In: István György Tóth (Hg), Geschichte Ungarns (Budapest 2005) 543-600.

Lajos Gecsényi, Die Lebenserinnerungen von Moritz Graf Esterházy In: Ungarn-Jahrbuch (1990) 179-204.

András Gergely, Geschichte Ungarns In: László Kósa, Die Ungarn ihre Geschichte und Kultur (Budapest 1994) 85-204.

Robert Gerwarth, Die Besiegten, Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs (München 2017).

Walter Göhring, Werner Pfeifenberger (Hg), 60 Jahre Burgenland (Mattersburg 1981).

Karl-Heinz Gräfe, Von der Asternrevolution zur Räterepublik, Ungarn 1918/19 In: UTOPIEKreativ 168 (2004) 885-900.

Karl-Heinz Gräfe, Mythos und Historische Wirklichkeit eines Weltereignisses, Bürgerlich-demokratische Volksrevolution und sozialistische Räterevolution in Ungarn 1918-1919 In: Christian Koller, Matthias Marschik (Hg), Die ungarische Räterepublik 1919, Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen (Wien 2018) 17-46.

Otto Guglia, Die Angliederung des Burgenlandes an Österreich In: 50 Jahre Burgenland (Eisenstadt 1971) 3-14.

Péter Hanák (Hg), Die Geschichte Ungarns (Essen 1988).

Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates, Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Wien 1994).

Peter Haslinger, Der ungarische Revisionismus und das Burgenland 1922-1932 (Frankfurt am Main, Wien u.a. 1994).

Hans Hautmann, Die verlorene Räterepublik, Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs (Wien, Frankfurt, Zürich ²1971).

Veronika Helfert, Judith Szapor, Revolution der Männer? In: Christian Koller, Matthias Marschik (Hg), Die ungarische Räterepublik 1919, Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen (Wien 2018) 141-154.

Michail Heller, Alexander Nekrich, Geschichte der Sowjetunion (Königstein 1981).

Samuel Hirsch, Nachdem wie gewöhnlich der erste Prügelknab der Jude ist, Aus dem Tagebuch der Vertreibung In: Joachim Riedl (Hg), Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder, Festschrift zum 90. Geburtstag von Richard Berczeller (Wien 1992) 145-170.

Eric J. Hobsbawm, Revolution und Revolte, Aufsätze zum Kommunismus, Anarchismus und Umsturz im 20. Jahrhundert (Frankfurt am Main 1977).

Lothar Höbelt, Parteien und Fraktionen im Cisleithanischen Reichsrat In: Helmut Rumpler (Hg), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Verfassung und Parlamentarismus, Band VII (Wien 2000) 895-1006.

Pieter M. Judson, Habsburg, Geschichte eines Imperiums (München 2017).

Pieter M. Judson, Wilson versus Lenin, The New Diplomacy and Global Echos of Austria-Hungary's Dissolution In: Helmut Rumpler, Ulrike Harmat (Hg), Bewältigte Vergangenheit? Die nationale und internationale Historiographie zum Untergang der Habsburgermonarchie als ideelle Grundlage für die Neuordnung Europas (Wien 2018) 385-396.

Robert A. Kann, Geschichte des Habsburgerreiches 1526 bis 1918 (Wien, Köln 1990).

Robert A. Kann, Die Habsburgermonarchie und das Problem des übernationalen Staates In: Helmut Rumpler (Hg), Verwaltung und Rechtswesen, Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band II (Wien 1975) 1-56.

Robert A. Kann, Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie (Graz, Köln 1964).

Andreas Kappeler, Ungleiche – Brüder, Russen und Ukrainer - vom Mittelalter bis zur Gegenwart (München 2017).

Johann Karall, Ein Priester als Opfer der Diktatur In: MARTINUS, Kirchenzeitung der Diözese Eisenstadt, 5.5.2019, 8f.

Ian Kershaw, Höllensturz, Europa 1914 bis 1949 (München 2017).

Árpád von Klimó, Die Räterepublik in der ungarischen Gedenkpolitik seit 1919 In: Christian Koller, Matthias Marschik (Hg), Die ungarische Räterepublik 1919, Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen (Wien 2018) 249-258.

Gebhard Klötzl, Die Verwaltungsgliederung des späteren Burgenlandes 1848-1921 (Eisenstadt 2001).

Károly Kókai, Ungarn Geschichte und Kultur (Wien 2017).

Elisabeth Kovác, Untergang oder Rettung der Donaumonarchie? Die österreichische Frage, Kaiser und König Karl I. (IV.) und die Neuordnung Mitteleuropas, Band 1 (Wien 2004).

Martin Krenn, Westungarn in der Räterepublik. Mit besonderem Augenmerk auf verfassungspolitische Aspekte In: Claudia Kuretsidis-Haider, Manfred Mugrauer (Hg), Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe, Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert (Innsbruck 2013) 83-100.

András Krisch, Die Vertreibung der Deutschen aus Ödenburg 1946 (Sopron 2007).

Ivan Kristan, Verfassungsentwicklung in Slowenien In: Peter Häberle (Hg), Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart (Tübingen 1994) 59-110.

Roman Kriszt, Ungarische Parlamentswahlen und die Wahlbezirke Zurndorf, Ungarisch-Altenburg und Neusiedl In: Burgenländische Heimatblätter (2017) 135-175.

Mihály Kubinszky, Der Bau der Ödenburger-Wiener Neustädter Eisenbahn In: 150 Jahre Eisenbahn im Burgenland, Katalog der Burgenländischen Landes-Sonderausstellung 1997 (Eisenstadt 1997) 11-30.

Hannes Leidinger, „Der Einzug des Galgens und des Mordes“ Die Parlamentarischen Stellungnahmen polnischer und ruthenischer Reichsratsabgeordneter zu den Massenhinrichtungen in Galizien 1914/15 In: Zeitgeschichte (2006) 235-260.

Hannes Leidinger, Der Untergang der Habsburgermonarchie (Innsbruck, Wien 2017)

Hannes Leidinger, „... von vornherein provisorischer Natur“ Rätebewegung und Kommunismus in Österreich 1918-1924 In: Stefan Karner, Lorenz Mikoletzky (Hg), Österreich - 90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament (Innsbruck 2008) 91-100.

Paul Lendvai, Die Ungarn, Ein Jahrtausend Sieger in Niederlagen (München ³1999).

Wladimir Iljitsch Lenin, Staat und Revolution, V. Kapitel Die ökonomischen Grundlagen für das Absterben des Staates, 2. Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus (1918).

<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/staatrev/kapitel5.htm>,

Reinhold Lorenz, Das Selbstbestimmungsrecht im österreichischen Kriegsparlament 1917/18 In: Wilhelm Wegener (Hg), Festschrift für Karl Gottfried Hugelmann, Band 1 (Aalen 1959) 345-382.

Wolfgang Maderthaner, Urbane Lebenswelten - Metropolen und Großstädte In: Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Hg), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band IX, 1. Teilband (Wien 2010) 493-538.

Stefan Malfer, Der Konstitutionalismus in der Habsburgermonarchie – siebenzig Jahre Verfassungsdiskussion in „Cisleithanien“ In: Helmut Rumpler (Hg), Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918, Band VII, 1. Teilband (Wien 2000) 11- 67.

Margarete Matisovits, St. Michael: eine Chronik der Gemeinde St. Michael, Gamischdorf, Schallendorf (St. Michael 1995).

Miklós Molnár, Geschichte Ungarns, Von den Anfängen bis zur Gegenwart (Hamburg 1999).

Manfred Moser, Geschichte der sozialistischen Bewegung in Pötsching (Pötsching 1985).

Herfried Münkler, Der Grosse Krieg, Die Welt 1914-1918 (Reinbek bei Hamburg ²2017).

Jürgen Osterhammel, Die Verwandlung der Welt, Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts (München ⁴2009).

Dorothea Pados, Studien zur Ortsgeschichte von Mattersburg (Dissertation Universität Wien 1962).

Zsuzsanna Peres, Die rechtlichen Grundlagen und ihre Auswirkungen auf den Alltag, Die Gesetzesartikel Nr. 63 von 1912 und Nr. 50 von 1914 über die außerordentliche Macht In: Rudolf Kropf (Hg), Der Erste Weltkrieg an der „Heimatfront“, Tagungsband der 33. Schlaininger Gespräche 22. bis 26. September 2013 (Eisenstadt 2014) 85-94.

Leonhard Prickler, Die Entstehung des burgenländischen Landeswappens als Ausdruck des politisch-kulturellen Umfelds in den „Geburtsjahren“ des Burgenlandes In: Wolfgang Gürtler (Hg), Forscher – Gestalter – Vermittler, Festschrift Gerald Schlag (Eisenstadt 2001) 325-344.

Josef Püchler, Aus meinem Leben. (maschinschriftlich, Wiener Neustadt o.J.).

Manfried Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914-1918 (Graz, Wien, Köln 2013).

Karl Renner, An der Wende zweier Zeiten, Lebenserinnerungen (Wien 1946).

Imre Röss, Das Königreich Ungarn im Ersten Weltkrieg In: Helmut Rumpler (Hg), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band XI, Teil 2, Vom Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zum neuen Europa der Nationalstaaten (Wien 2016) 1095-1163.

Tamás Révész, The Last Soldiers of the Emperor, Transformation of the Habsburg army in the borderland conflicts of Austria and Hungary in 1918-1919 (Dissertation Universität Wien 2018).

Ignác Romsics, Weltkrieg, Revolution, Trianon (1914-1920) In: István György Tóth (Hg), Geschichte Ungarns (Budapest 2005) 601-626.

Eugen Rosenstock-Huussy, Die europäische Revolution und der Charakter der Nationen (Zürich, Wien 1951).

Helmut Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa, Bürgerliche Emanzipation und Staatszerfall in der Habsburgermonarchie (Wien 1997).

Béla Sarló, Das Rechtswesen in Ungarn In: Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch (Hg), Verwaltung und Recht, Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band II (Wien 1975) 499-537.

Aegid Schermann, Geschichte von Lockenhaus (Pannonhalma 1936).

Gerald Schlag, Hornstein im 20. Jahrhundert In: Hornstein 1271-1971 (Hornstein 1971).

Gerald Schlag, Die politischen Parteien des Burgenlandes 1921-1934 In: 50 Jahre Burgenland (Eisenstadt 1971) 93-124.

Gerald Schlag, Sigleß 1914-1945 In: Sigless, Eine Gemeindegeschichte (1982) 117-145.

Gerald Schlag, Die Sozialdemokratische Partei des Burgenlandes und der Anschluß des Landes an Österreich 1918-1921 In: Walter Faymann (Hg), Um Freiheit und Brot, Geschichte der Burgenländische Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945 (Eisenstadt 1984) 29-38.

Gerald Schlag, Zur Frühgeschichte der industriellen Wanderarbeiter aus dem Burgenland In: Burgenländische Heimatblätter (1989) 33-41.

Gerald Schlag, Burgenland - Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien (Eisenstadt 1991).

Gerald Schlag, „Aus Trümmern geboren...“ (Eisenstadt 2001).

Péter Schmidt, Die Entstehung der Apostolischen Administration Burgenland, Die kirchliche Regelung des Burgenlandes durch den Heiligen Stuhl 1918-1922 (Dissertation Universität Wien 2017).

Sabine Schmitner, „Keine unnötige Angst, ruhige Fortarbeit!“ Wirtschaftliche Mobilisierung am Beispiel des Rüstungszentrums Wiener Neustadt In: Jubel & Elend. Leben mit dem Grossen Krieg 1914-1918 (Schallaburg 2014) 302-307.

Günter Schödl, Kroatische Nationalpolitik und „Jugoslavenstvo“ (München 1990).

Herta Schreiner, 750 Jahre Zemendorf (o.O. 1987).

Gerhard Schulz, Revolutionen und Friedensschlüsse 1917-1920 (München ⁵1980).

Gerhard Seewann, Geschichte der Deutschen in Ungarn, Band 1: Vom Frühmittelalter bis 1860 (Marburg 2013).

- Gerhard Seewann, Geschichte der Deutschen in Ungarn, Band 2: 1860-2006 (Marburg 2012).
- Denis Silagi, Ungarn seit 1918, Vom Ende des I. Weltkriegs bis zur Ära Kádár In: Theodor Schieder, Handbuch der Europäischen Geschichte, Band 7 (Stuttgart ²1992) 883-919.
- Fred Sinowatz, Das Werden eines österreichischen Bundeslandes In: 40 Jahre Burgenland, Festschrift aus Anlass der vor vierzig Jahren erfolgten Heimkehr des Burgenlandes zu Österreich (Eisenstadt 1961) 24-26.
- Fred Sinowatz, Zur Geschichte des Landesnamens In: Burgenländische Heimatblätter (1961) 123-130.
- Sebastian Sparwasser, Identität im Spannungsfeld von Zwangsmigration und Heimkehr, Ungarndeutsche Vertriebene und die Remigration (Dissertation Andrásy Gyula Universität Budapest 2016).
- Friedrich Spiegel-Schmidt, Zu den Geistesströmungen in der deutschen Minderheit Ungarns zwischen den beiden Weltkriegen In: Ungarn-Jahrbuch (1995/1996) 262-271.
- Ludwig Steindorff, Kroatien, Vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Regensburg ²2007).
- Hannes Stekl, Hans Heiss, Klein- und Mittelstädtische Lebenswelten In: Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Hg), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band IX, 1. Teilband (Wien 2010) 561-619.
- Arnold Suppan (Hg), Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich (ADÖ), Band 1 (Wien 1993).
- Dániel Szabó, Die Agonie des historischen Ungarn, Die einheitliche und unteilbare ungarische Nation im Weltkrieg In: Helmut Rumpler (Hg), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band XI, Teil 2, Vom Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zum neuen Europa der Nationalstaaten (Wien 2016) 679-710.
- János Szulovszky, Die Dienstleistungsgesellschaft in Ungarn In: Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Hg), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band IX, 1. Teilband (Wien 2010) 467-491.
- Stephan-Immanuel Teichgräber, Huzulenrepublik (Dokumentationsstelle für ost- und mitteleuropäische Literatur 2017). <https://www.univie.ac.at/doml/drupal/content/vergessene-republiken-nach-der-revolution-1918>.
- Charles Tilly, Die europäischen Revolutionen (München 1993).
- David Tréfás, Die Rolle der Räterepublik in der ungarischen Erinnerungspolitik In: Christian Koller, Matthias Marschik (Hg), Die ungarische Räterepublik 1919, Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen (Wien 2018) 259-272.
- Marko Trogrlić, Die Südslawische Frage als Problem der österreichisch-ungarischen und internationalen Politik In: Helmut Rumpler (Hg), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg, Band XI (Wien 2016) 965-1015.
- Günter Michael Unger, Die Christlich Soziale Partei im Burgenland (Dissertation Universität Wien 1964).
- Fritz Valjavec, Jakob Bleyer In: Neue Deutsche Biographie (1955) 302 f.
- Klaus Westermann (Hg), Joseph Roth - Werke I, Das journalistische Werk 1915-1923 (Köln 1989).
- Helmut Widder, Verfassungspolitische und verfassungsrechtliche Fragen bei der Angliederung des Burgenlandes an Österreich In: Burgenland - Anfänge, Übergänge, Aufbau - Schlaininger Gespräche 1991 (Eisenstadt 1996) 27-37,
- Roland Widder (Hg), 800 Jahre Marz 1202-2002 (Mattersburg 2002).

Péter Krisztián Zachar, Autonomie und Zentralisation in Ungarn 1919-1944 In: András Cieger u.a., Autonomie in Ungarn 1848-2000 (Budapest 2006) 82-105.

Martin Zirkovitsch (Hg), Wulkaprodersdorf eine Gemeinde stellt sich vor - Vulkaprodrštof Selo se predstavlja (Wulkaprodersdorf 1992).

F. Tibor Zsuppán, Die politische Szene Ungarns In: Mark Cornwall (Hg), Die letzten Jahre der Donaumonarchie, Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts (Essen 2004) 107-125.

10. Zusammenfassung

Die Arbeit beschäftigt sich mit einem Teil des heutigen Burgenlandes in der Zeit zwischen dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie im Oktober/November 1918 und dem Sturz der ungarischen Räteregierung im August 1919.

Dieser Teil des Burgenlandes war überdurchschnittlich stark mit Österreich verbunden.

In ihm wohnten hauptsächlich deutschsprachige Menschen. Daneben gab es auch Dörfer in denen mehrheitlich kroatisch gesprochen wurde. Es handelt sich um den Bezirk Mattersburg und einen Teil des Bezirkes Eisenstadt, an den Eisenbahnlinien Ödenburg – Wiener Neusdtadt – Wien und Ödenburg – Ebenfurt – Wien gelegen.

Die Revolutionen in Budapest und Wien machten aus ungarischen Untertanen selbstbewusste Staatsbürger, die ihre politischen und nationalen Rechte einforderten.

Sowohl in der Zeit der bürgerlichen Regierung Károly/ Berinkey, aber noch viel stärker in der Zeit der Räteregierung gelang es den handelnden Personen, fundamentale nationale Rechte für das deutschsprachige Gebiet in Westungarn zu erreichen.

Die Räteregierung anerkannte dieses Gebiet sogar als föderales Gebiet im Rahmen der Räterepublik mit weitgehenden legislativen, exekutiven und judikativen Rechten.

Ein nicht unbedeutender Teil des politischen Personals des späteren österreichischen Bundeslandes Burgenland wurde in dieser Zeit politisiert und gelangte zu wichtigen und einflussreichen Positionen.

Die späteren Wahlergebnisse im Burgenland zeigten auf allen Ebenen einen überaus großen Zuspruch für die Sozialdemokratische Partei.

Deren Führungspersonal war im großen Ausmaß in der Räterepublik aktiv. Das durchaus negative Narrativ der Landesgeschichtsschreibung wirft daher eine Reihe von Fragen auf.

Mit dieser Arbeit soll ein etwas differenzierteres Bild über diese Zeit geschaffen werden.

Anhang 1/2 S 174

Orstname deutsch	kroatisch	ugarisch	Stuhlrichterbezirk	deutsch	kroatisch	ungarisch	son.	VZ 1923 Σ
Antau	Otava	Ottova, Selegszántó	Mattersburg	417	454	7	1	879
Bad Sauerbrunn	Kisela Voda	Savanyúkút	Mattersburg	1.274	15	65	3	1.357
Baumgarten	Pajngrt	Kertes, Sopronkertes	Ödenburg	33	920	34		987
Draßburg	Rasporak	Darufalva	Mattersburg	231	979	31	3	1.244
Forchtenau	Fortnava	Fraknó	Mattersburg	1.091	2	10	2	1.105
Hirm		Félszerfalva	Mattersburg	885	4	13	5	907
Krensdorf	Kreništof	Tormafalu	Mattersburg	864	2	2	3	871
Loipersbach		Lépesfalva	Ödenburg	975				975
Marz		Márcfalva	Mattersburg	1.856	6			1.862
Mattersdorf, Mattersburg	Matrštof	Nagymarton	Mattersburg	3.567	14	120	5	3.706
Neudörfl		Lajtaszentmiklós	Mattersburg	2.166	24	184	43	2.417
Neustift		Ujtelek	Mattersburg	1.020	1	1		1.022
Pöttelsdorf		Petőfalva	Mattersburg	660		4	3	667
Pötsching	Pecva	Pecsenyéd	Mattersburg	2.033	1	6	3	2.043
Rohrbach	Orbuh	Nádasd, Franknónádasd	Mattersburg	2.079	1	8		2.088
Schattendorf	Šundrof	Somfalva	Ödenburg	2.154	10	9		2.173
Sigleß	Cikleš	Siklós, Siklósd	Mattersburg	914	534	22	1	1.471
Stöttera		Stodra, Selegd	Mattersburg	761	1			762
Walbersdorf		Borbolya	Mattersburg	812		2		814
Wiesen	Bizmet	Rétfalu	Mattersburg	1.878		1		1.879
Zemendorf		Zemenye	Mattersburg	798	1	1		800
Hornstein	Vorištan	Szarvkő	Eisenstadt	264	2.173	75	8	2.520
Müllendorf	Melindof	Száravám	Eisenstadt	1.027	4	29	2	1.062
Neufeld	Novo Selo	Lajtaiújfalu	Eisenstadt	2.692	88	232	67	3.079
Stinkenbrunn, Steinbrunn	Štikapron	Büdöskút	Eisenstadt	281	1.299	24	4	1.608
Wulkaprodersdorf	Vulkaprodrštof	Vulkapordány	Eisenstadt	127	1.611	51	3	1.792
Zillingtal	Celindof	Völgyfalva	Eisenstadt	101	795	106	12	1.014

Quelle: Die Bevölkerungsentwicklung im Burgenland zwischen 1923 und 1971,
 Tabellenteil (Hg) Amt der Burgenländischen Landesregierung Abt. IV o.J.
 1923 wurden die Anwesenden gezählt

41.104

Anhang 2/2 S 175

	VZ 1923	r.k.	ev	so+unbk	VZ 1869	VZ 1900	VZ 1923	1869-1900	1869-1923	NR u. LT Wahl 1922
Antau	MA	876	3		926	927	879	100%	95%	51,38
Bad Sauerbrunn	MA	1.177	101	79			1.357			49,41
Baumgarten	MA	986	1		721	870	987	121%	137%	71,17
Draßburg	MA	1.225	7	12	1.107	1.256	1.244	113%	112%	73,80
Forchtenau	MA	1.099	3	3	760	1.004	1.105	132%	145%	52,81
Hirm	MA	891	15	1	455	728	907	160%	199%	77,27
Krensdorf	MA	868	1	2	963	956	871	99%	90%	55,01
Loipersbach	MA	49	925	1	600	841	975	140%	163%	32,56
Marz	MA	1.862			1.401	1.666	1.862	119%	133%	50,44
Mattersdorf, Mattersburg	MA	3.194	59	453	3.300	3.789	3.706	115%	112%	47,28
Neudörfl	MA	2.341	51	25	1.700	2.336	2.417	137%	142%	66,15
Neustift	MA	1.016	1	5	925	1.050	1.022	114%	110%	49,80
Pöttelsdorf	MA	45	622		614	719	667	117%	109%	15,98
Pöttsching	MA	2.038	4	1	1.586	2.451	2.043	155%	129%	64,82
Rohrbach	MA	2.087	1		1.451	1.767	2.088	122%	144%	37,37
Schattendorf	MA	2.169	4		1.503	1.900	2.173	126%	145%	70,14
Sigleß	MA	1.463	4	4	1.181	1.361	1.471	115%	125%	87,29
Stöttera	MA	762			788	920	762	117%	97%	54,23
Walbersdorf	MA	458	356		535	766	814	143%	152%	45,76
Wiesen	MA	1.866		13	1.322	1.623	1.879	123%	142%	9,79
Zemendorf	MA	800			774	825	800	107%	103%	31,53
Hornstein	EU	2.510	4	6	1.989	2.416	2.520	121%	127%	73,53
Müllendorf	EU	1.056	6		956	1.090	1.062	114%	111%	55,98
Neufeld	EU	2.940	103	36	777	2.904	3.079	374%	396%	85,85
Stinkenbrunn, Steinbrunn	EU	1.595		13	1.516	1.779	1.608	117%	106%	69,32
Wulkaprodersdorf	EU	1.791		1	1.343	1.749	1.792	130%	133%	69,03
Zillingtal	EU	1.008	5	1	938	969	1.014	103%	108%	63,93
		38.172	2.276	656	30.131	38.662	41.104	128%	136%	Ergebnis der SDAP in %